

geographische

revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 13 · 2011 · Heft 1/2

Heimat in Europa
Heimat Europa

geographische

revue

Jahrgang 12 · 2010 · Heft 2

Essays

- | | |
|---|----|
| Claus Leggewie | 5 |
| Erinnerungsorte als Heimat? Wie zeitliche und räumliche Faktoren die Erinnerung beeinflussen | |
| Wilfried Heller und Wolf-Dieter Narr | 11 |
| Heimat – zu Verwendungen dieses Begriffs | |
| Christian Scholze | 29 |
| Heimat Europa – ein Erfahrungsbericht | |
| Wolfgang Aschauer | 45 |
| Unwürdige Armut als Form gesellschaftlicher Beziehungen – das Beispiel der ungarischen Roma | |
| Jonathan Everts und Henning Füller | 73 |
| Making life safe. Biosicherheit als Gegenstand geographischer Forschung | |
| Hans-Joachim Bürkner | 93 |
| Reduktionistische Raumansichten und diskursive Schließung: Zum Stand geographischer und landeskundlicher Südosteuropa-Forschung | |

Besprechungsaufsatz

- 115 Walter Siebel
Von der Vision zur Resignation: die Ideengeschichte
des Städtebaus im 20. Jahrhundert
- 124 Vittorio Magnago Lampugnani
Keine Resignation, wohl aber Nachdenklichkeit.
Eine angeregte Entgegnung auf Walter Siebels
Rezension meines Buchs „Die Stadt im 20. Jahrhundert“
- 127 Michael Fahlbusch
Grenze als Kampfraum
- 135 Jürgen Lethmate
„Alles, was auf der Erde drauf ist, ist Geographie“
- 141 Wilfried Heller
Gesellschaftliche Entwicklungen im ländlichen Raum
Südosteuropas – Erkenntnisse einer Aufsatzsammlung

Impressum

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer, Günther Beck, Jörg
Becker (verantwortlich für diese Ausgabe),
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 12,00 EUR (zzgl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
22,00 EUR (zzgl. Versandkosten).

Die geographische *revue* erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Geographische Revue
Zwoller Str. 33, 46485 Wesel
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Prof. Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Claus Leggewie ■

Erinnerungsorte als Heimat?

Wie zeitliche und räumliche Faktoren die Erinnerung beeinflussen

1 Ist ein Erinnerungsort ein Ort?

Den Begriff „Erinnerungsort“ hat der französische Historiker Pierre Nora 1984 mit seinem Großforschungsprojekt *Les lieux de mémoire* eingeführt. Nora wollte die Kristallisationspunkte der öffentlichen Erinnerung inventarisieren und zugleich in patriotisch-republikanischer Mission Orte benennen, die „Gewicht für die Herausbildung der politischen Identität Frankreichs“ besitzen. Erinnerungsorte werden damit zu Medien des kollektiven Gedächtnisses eines Gemeinwesens, wozu neben physisch markanten, häufig ausdrücklich zur Weckung und Pflege der Erinnerung inszenierten Orten (wie Gedenkstätten, Museen und Mahnmalen) auch weniger selbstevidente Ereignisse, Gedenkfeiern, Persönlichkeiten, Organisationen, Rituale und Embleme sowie wissenschaftliche, literarische und Gesetzestexte zählen. Voraussetzung war laut Nora, dass sie einen materiellen, einen symbolischen und einen funktionalen Sinn aufweisen; zur Illustration wählte er die Schweigeminute, die das „extremste Beispiel einer symbolischen Bedeutung zu sein scheint, [sie] ist materieller Ausschnitt einer Zeiteinheit und dient gleichzeitig dazu, periodisch eine Erinnerung wachzurufen“.

Die Schweigeminute, die in Israel alljährlich die Erinnerung an den Holocaust wachrufen soll, belegt die Potenz solcher Erinnerungsorte, die, wie Nora formuliert hat „einfach und vieldeutig, natürlich und künstlich, der sinnlichen Erfahrung unmittelbar gegeben und gleichzeitig Produkt eines höchst abstrakten Gedankenwerks“ sind. Nachhaltiger als die originäre Widmung wirken oft die Metamorphosen und Adaptionen von Erinnerungsorten im Laufe der Zeit, wobei sich verschiedenste Vergangenheitsbezüge mosaikartig verbinden können. Erinnerungsorte bilden eine Art Geschichte zweiten Grades, die nicht rekonstruieren soll, „wie es wirklich gewesen ist“, sondern die Konstruktion und Verwendung von Geschichte(n) im öffentlichen Raum zum Gegenstand hat.

Reizvoll ist der Begriff Erinnerungsort vor allem dadurch, dass er eine zeitliche Dimension (Ereignisse, Menschen und Dinge, die wir aus der Vergangenheit holen und aktualisieren) in der räumlichen Dimension lokalisiert, also mit einem realen oder imaginä-

ren Ort verbindet, an dem in der Vergangenheit etwas geschehen ist – oder auch mit dem Ort assoziiert, an dem wir uns eben daran erinnern. Dauer und Raum konvergieren hier zu einer Art mentalen Übertragung, die den Raum in Perspektive setzt und ihn für aktuelle Handlungen rahmt. Raum existiert nicht unabhängig vom Handeln jener, die ihn bevölkern, inszenieren, transformieren. Aber die Handelnden müssen sich zugleich an die Container und Raumordnungen anpassen, die sie vorfinden und an deren physische und virtuelle Grenzen sie stoßen. Aus soziologischer Sicht ist der Raum eine relationale Grundeinheit der Gesellschaft, eine „(An)Ordnung“ (Martina Löw) von Personen und Dingen, der in unserer Wahrnehmung, Vorstellung und hier wesentlich in unserer Erinnerung hergestellt wird. Erinnerungsorte besitzen demnach eine Struktur- und Ordnungsdimension für die menschlichen Vorstellungen und Deutungen und sind zugleich Spielorte für Handlungen. Sie ordnen etwas an und werden angeordnet. Erinnerungsorte sind in diesem Sinne „Spacing“ und „Syntheseleistung“ (Löw); sie funktionieren, wenn die Platzierung eines Objektes oder eine räumliche Konstellation durch Erinnerungsleistungen belebt werden.

Diese Synthese von Raum und Zeit gilt auch für die Heimat, diesen notorisch unbestimmten Begriff, der auf Grund seines Missbrauchs durch nationalistische und totalitäre Regime viel Ideologiekritik auf sich gezogen hat. Nüchterner betrachtet kreuzen sich auch hier die Kristallisationspunkte einer aktuellen oder lebensgeschichtlich hoch bewerteten Ansiedlung an einem bestimmten Ort mit der Vorstellungswelt sozialer Beziehungen. Heimaten sind dabei eher „Nahwelten“ als eine Nation oder eine noch größere Einheit, aber im Verhältnis zur Welt als Ganzer können auch Nationalstaaten Heimatcharakter zugeschrieben bekommen. Der Heimatbegriff entwickelt sich historisch in der Phase, in der soziale und räumliche Mobilität zunehmen und zur Normalität moderner Gesellschaften werden. In ihm wird dann weniger Herkunft und eine aktive Beheimatung verhandelt.

2 Von nationalen zu europäischen Erinnerungsorten?

Eine Nation ist eine Landmasse, die ihre „Nationalität“ freilich nicht durch räumliche Ausdehnung erhält (nationale Grenzen sind bekanntlich variabel), sondern durch historische Vorgänge, die in diesem begrenzten Raum stattgefunden und spontan oder rituell erinnert werden. Genau diese Erinnerungsleistung wollte Nora für die französische Nation erbringen.

Lässt sich dieses Konzept nun auf Europa als Ganzes übertragen? Während sich nationale Erinnerungsorte in der Regel auf eine territorial geschlossene, also im wahrsten Sinne eingegrenzte Erinnerungsgemeinschaft beziehen, stehen europäische Pendanten vor der Schwierigkeit, dass Europas Grenzen nicht eindeutig zu bestimmen, ihre Referenz und Wirkung also offen sind. Zwar bildet die Europäische Union ein räumlich klar – wenn auch nicht abschließend – definiertes Objekt, doch anders als bei der politischen und ökonomischen Routinekooperation auf supranationaler Ebene, die auch Gesellschaftsstrukturen konvergieren lässt, verharrt das kollektive Erinnern bislang meist noch ganz im

nationalhistorischen Rahmen. Dennoch wächst in ganz Europa nun „eine neue Wahrnehmung der Vergangenheit [...], die die gemeinsamen Aspekte der getrennten Geschichten hervorhebt und die Geschichte des Nachbarn als Teil der eigenen Geschichte betrachtet“ (Etienne Francois).

Damit treten genuin europäische Erinnerungsorte ins Bewusstsein, auch wenn sie in divergente, oft antagonistische nationale Kontexte eingebettet bleiben. Ein Beispiel ist das Datum des 8. Mai 1945: In Westeuropa symbolisiert es das Ende des „Dritten Reiches“, in Mittel- und Osteuropa den Beginn einer neuerlichen und lange anhaltenden Okkupation durch die Sowjetunion. Das offizielle Russland verknüpft mit dem 8./9. Mai positive Heldennarrative, in Deutschland schwankt die Deutung des Gedenktages zwischen „Befreiung“ und „Zusammenbruch“. Nationale und europäische Erinnerungsorte können sich überlappen: Der Mord an den europäischen Juden wird in Deutschland und Polen je spezifisch gedeutet und aufgearbeitet, aber der Holocaust bestimmt zugleich die gesamt-europäische Erinnerung.

So muss das für die französische Nation entwickelte Konzept, das auf andere Nationalstaaten und Regionen übertragen wurde, auf supranationaler Ebene neu gedacht werden. Auch in Sachen Kommemoration sind Europa resp. die Europäische Union Gebilde sui generis, deren kollektives Gedächtnis jenseits der Nationalgeschichten und diesseits der Globalgeschichte angesiedelt ist. Und es ist, wie es der Historiker Henry Rousso ausgedrückt hat, per se in die Zukunft gerichtet: „Ein gesamteuropäisches Gedächtnis schriebe sich demnach eher in einen Erwartungshorizont als in einen Erfahrungsraum ein; es wäre eher zu konstruieren als zu exhumieren.“

Wie exemplarische Erinnerungsorte zeigen, ergibt sich Europas heterogene Erinnerungsgemeinschaft somit auch nicht aus normativen Vorab-Konsensen, Wertekatalogen und Leitkulturen, sondern genau aus der Strittigkeit solcher Konsensannahmen und der diskursiven und zivilen Bearbeitung von Deutungs- und Anerkennungskonflikten. Europäisch ist demnach nicht eine ex post aus der historischen Tradition geformte Identität oder eine aus der Autorität der „Quellen“ und/oder einer sie verwaltenden Historikerzunft begründbare alleuropäische Geschichtsbetrachtung, sondern die Art und Weise, wie öffentliche Meinungsverschiedenheiten über die Bewertung historischer Ereignisse und über disparate Erinnerungen geschlichtet werden. Exemplarisch war die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs im Deutschen Bundestag; dass er die umstrittenen bundesdeutschen Bewertungen des 8. Mai 1945 zusammenführte, schloss die langjährige Kontroverse über Befreiung versus Zusammenbruch nicht ab, bot aber einen Referenz- und Gesprächsrahmen, auf dessen Grundlage konträre Positionen abzuwägen waren. Ähnliches darf man bei der Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ erwarten, die sich zuletzt an der immer noch kontroversen Bewertung des Bau des Berliner Mauer am 13. August 1961 gezeigt hat. Das Beispiel zeigt, wie sehr die Vergangenheit aktuelle Machtkämpfe beeinflussen kann.

Solche Auseinandersetzungen können Jahrzehnte dauern, doch im Laufe der Zeit schält sich zumeist eine Lesart heraus, die nicht für alle, aber für viele akzeptabel und meinungsbildend ist. Analoge Beispiele finden sich im internationalen Bereich. Im April 2010 stürzten auf dem Flug zu einer Gedenkfeier für die Opfer von Katyn, wo im Frühjahr 1940 Teile der polnischen Elite von den Sowjets umgebracht worden waren, zusammen mit dem Staatspräsidenten Lech Kaczyński zahlreiche führende Mitglieder der heutigen polnischen Elite beim Landeversuch in Russland ab. Das tragische Ereignis bewirkte eine ungeahnte Annäherung zwischen Russland und Polen und einen nun vielleicht inklusiveren polnischen Patriotismus. Und ganz gleich, ob das gegenseitige Misstrauen zwischenzeitlich wieder erstarken sollte, kann selbst „Katyn“ siebzig Jahre nach dem Massaker ein Katalysator der Europäisierung Europas werden.

Katyn ist ein zentraler Mythos der polnischen Nation, aber bislang nur ein peripherer Erinnerungsort für den Rest des Kontinents. Auch die von uns gewählten Erinnerungsorte beziehen sich auf geschichtspolitische Konflikte an der europäischen Peripherie. Auf den ersten (und oft auch zweiten) Blick stehen sie einer geteilten Erinnerung des heutigen Europa ebenso im Wege wie nach 1945 die offenen Wunden des Zweiten Weltkriegs dem gespaltenen Europa. Aber wie diese besitzen sie das Potential, durch eine Debatte zivilisiert, in einem gewissen Sinne auch geheilt zu werden. Dazu reichen Harmoniebekundungen in Sonntagsreden nicht aus; schmerzhaftere Wahrnehmungsunterschiede müssen angesprochen und „auf den Tisch gelegt“ werden, bevor man supranationale Sichtweisen in der Zeitgeschichtsforschung, in Schulbüchern und nicht zuletzt vor Strafgerichten erreichen kann, die in die öffentliche Geschichtskultur und ins allgemeine Geschichtsbewusstsein übergehen können. Selbst wenn das geschehen ist, gibt es niemals eine Garantie gegen mögliche Rückfälle in antagonistische Sichtweisen und sogar das Wiederaufblühen gewaltsamer Konflikte, aber wie werden unwahrscheinlicher, zumal dann, wenn diskursive Fortschritte in institutionelle und vertragliche Arrangements und Routinen überführt werden.

3 Heimat Europa?

Erinnerungsorte sind, wie gesagt, nicht allein physisch-materielle Orte (wie ein Denkmal), an denen sich konkrete Ereignisse abgespielt haben oder reinszeniert werden. An symbolischen und virtuellen Orte kann sich das kollektive Gedächtnis politischer Gemeinschaften ebenfalls kristallisieren und ausrichten. So wie Auschwitz ein authentischer Ort ist, an dem sich ein ungeheuerliches Menschheitsverbrechen ereignet hat, ist „Auschwitz“ eine Metapher, die in der Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim genauso wie am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in der Mitte Berlins vergegenwärtigt werden kann.

In diesem Sinne behandeln Leggewie/Lang (2011) verschiedene Erinnerungsorte: „Aljoscha“, die umgestellte Bronzeskulptur eines gefallenem Rotarmisten in der estni-

schen Hauptstadt Tallinn, in ihrer ambivalenten Bedeutung für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, für die politische Verfolgung in der Ära des Stalinismus und das prekäre Verhältnis zwischen der EU und der Russischen Föderation. Ein auf Youtube verbreitetes Video aus dem Gerichtssaal des Jugoslawien-Tribunals in Den Haag ist dort als Erinnerungsort des Jugoslawienkrieges aufbereitet, ebenso Artikel 301 im türkischen Strafgesetzbuch, der die „Beleidigung der türkischen Nation, des Staates der türkischen Republik und der Institutionen und Organe des Staates“ unter Strafe stellt, als Erinnerungsort, der die türkische Öffentlichkeit, die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU und die türkische Diaspora betrifft, der dieses spaltet und am Ende wohl auch zusammenbringt. Und eine öffentlich kaum beachtete Wanderausstellung über den Holodomor, den Hungertod Hunderttausender Ukrainer in den 1930er Jahren, sagt viel über die gegenwärtige Orientierungskrise der Ukraine, ein völlig verstaubt wirkendes Museum vor den Toren Brüssels bringt ungewollt die verdrängten Kolonialmassaker von Europäern in Afrika zur Sprache, und ein randständiges Ausstellungsstück im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, das Zündapp-Moped, das 1964 dem millionsten Gastarbeiter übergeben wurde, bezeugt die schwierige Inklusion von Migranten. Manche der Erinnerungsorte (wie Aljoscha) sind direkte Auslöser von Erinnerungskonflikten gewesen, andere (wie das Youtube-Video) sind Medien oder Arenen des Konflikts, wieder andere demonstrieren lediglich die Potentialität eines Erinnerungskonflikts.

Erinnerungsort werden zum Streitfall, wenn sie - sozusagen aus dem geschichtspolitischen „Off“, vermiedene Debatten und verdrängte Konflikte zum Vorschein bringen. Dabei zählt weniger der derzeitige Stand der zeithistorischen Forschung als die dahinter liegenden Deutungs- und Anerkennungskonflikte. Der Zeitgeschichte ist eigen, dass sie „qualmt“ (Barbara Tuchman), mit anderen Worten: Empirie und Bewertung sind noch offene Fragen. Auch, wo eine bestimmte Interpretation der Vergangenheit, wie sie wirklich gewesen ist, näher liegen dürfte als andere Deutungen, kann ein mit der „herrschenden Meinung“ begründetes Wissensregime keinen geschichtspolitischen Dissens autoritativ entscheiden oder gar beenden.

Europäische Ebenen und Arenen des geschichtspolitischen Konflikts haben (vor allem bei Bürgerkriegen) eine Binnendimension, weisen in der Regel eine außenpolitische Dimension auf und können von Fall zu Fall auch Exil- und Diasporagruppen aktivieren. Das Europäische des Erinnerungskonflikts, seine „Europäizität“, ist darin zu suchen, wie supranational seine Auslöser waren, welchen Einfluss er auf die Dynamik der europäischen Integration hatte, und wie seine Austragung die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union heute behindert oder befördert. In vielen Erinnerungskonflikten geht es um den Status ethnischer und religiöser Minderheiten, die Bewertung der Kollaboration mit Besatzungsregimen, die Wirkung der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ auf Demokratisierungsprozesse und die geschichtspolitische Dimension zwischenstaatlicher Konflikte.

4 Einheimische und Fremde

In diesem Zusammenhang ist vor allem eine Überlegung von Bedeutung, die für „Ortsverbundene“, „Ansässige“, „Einheimische“ etc. oft nur ein Denkeperiment ist, für „heimatlose“ Menschen mit Migrationshintergrund (das ist heute ein Fünftel der deutschen Bevölkerung!) aber eine fast tägliche Herausforderung: Wie stellen sie sich zu den historischen Erfahrungen der „Mehrheitsgesellschaft“, die für sich oft beansprucht, eine Leitkultur zu repräsentieren? Konkret: Was hat die (oft in Deutschland geborene) dritte Einwanderergeneration mit dem Holocaust zu tun, wie unterscheidet sich ein 1975 geborener Türke mit Lebensmittelpunkt in Deutschland von einem 1975 geborenen ethnischen Deutschen, der mit dem Massenmord an den europäischen Juden persönlich und auch familiär ebenso wenig zu tun hatte? Ein anderes Beispiel: Welches gedankliche Verhältnis nimmt ein Westdeutscher zu den Verbrechen und Gewalterfahrungen stalinistischer Regime ein, hat ein Kölner der dritten Generation dazu im vereinten Deutschland dieselbe Beziehung wie ein Dresdner der Täter/Opfer-Generation oder ein nachgeborener Rostocker des Jahrgangs 1990?

Heimat ist in dieser Perspektive der Verallgemeinerung von primärer Heimatlosigkeit als Normalfall der Globalisierung also ein pluralistischer Begriff, den man besser auch im Plural verwendet: Heimaten. Dieser ergeben sich aus der sukzessiven Beheimatungsgeschichte in einer individuellen oder Familienbiografie, sie ergeben sich aber auch in der Vorstellung der Vereinigten Staaten von Europa, deren kollektive politische Identität sich aus dem Zusammenwirken mehrerer Erinnerungskreise ergeben kann. Dazu gehört im Rückblick auf das katastrophalen 20. Jahrhundert die Erinnerung an zwei miteinander kämpfende, bisweilen aber auch kollaborierende totalitäre Regime, an die mit ihnen verbundenen Kriege, Völkermorde und ethnischen Säuberungen bzw. Vertreibungen. Der Aspekt der (Zwangs-)Migration spielt hier eine besondere Rolle, auch die koloniale Geschichte der europäischen Nationen und von Europa (mit)verursachte Völkermorde und Kriege an seiner Peripherie. Erst 1945 beginnt eine glücklichere Geschichte Europas, zu nächst des Westens, dann von ganz Europa, die mit wirtschaftlichen und politischen Integrationsritten beginnt, nun aber auch mit dem Rekurs auf ein (im doppelten Sinne) geteiltes Geschichtsbewusstsein kulturell fundiert werden kann.

* Der Aufsatz greift Aspekte des mit Anne Lang verfassten Buches „Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt“ auf, das 2011 im C.H. Beck Verlag München erschienen ist.

Wilfried Heller und Wolf-Dieter Narr ■

Heimat – zu Verwendungen dieses Begriffs

1 Konzeption und Zusammenfassung

Heimat als Thema wird in schier unzähligen Publikationen behandelt: dichterisch, literarisch, wissenschaftlich und politisch. In der zuletzt genannten Hinsicht wird es oft mit nationalstaatlichen Bestrebungen, Legitimationen, im Kontext neuerlicher Globalisierung, jedoch vor allem in seiner Hinfälligkeit bedacht.

Das Thema wurde vor Jahr und Tag von einem der beiden Autoren, W. H., in einem Vortrag behandelt*. Über dessen Manuskript hat er sich danach mit dem anderen Autor, W.-D. N., ausgetauscht. So entstand die Idee zu dem, was mit ‚Heimat‘ gemeint sein könnte, so verschieden und kontrovers der Ausdruck gebraucht wird, einen gemeinsam verantworteten Text zu komponieren, einen Text, der indes die erheblichen Spuren des Originals nicht verwischen und der durch inkursartige Modifikationen perspektivisch erweitert und modifiziert werden soll. Darum werden im Text zuweilen verschiedene Akzente des nur auf den ersten Blick einfachen Themas erkenntlich. Wir haben nicht versucht, diese immer gedanklich und sprachlich zu harmonisieren. Wir hoffen vielmehr, dass unsere Überzeugung, die unsere Zusammenarbeit beflügelte, auch für die meisten Lesenden gilt: dass man nämlich dem Heimatthema heute nur einigermaßen gerecht werden kann, wenn man seine guten Gründe, jedoch auch seine Abgründe, seine erhebliche Relevanz, indes gleichfalls seinen beträchtlichen Bedeutungsverlust nicht retuschiert, sondern zusammensieht. Zusammensicht, Zusammenwissen sind bekanntlich nicht nur in der indogermanischen Sprache die Voraussetzung verantwortlichen Wählens und Urteilens.

Zum Einstieg in das Thema (in Kap. 2) wird von einem der beiden Autoren, W.H., seine persönliche Wahrnehmung von ‚Heimat‘ als Heimatvertriebener in der Folge des Zweiten Weltkriegs berührt. Danach wird kurz apostrophiert, welche Vorstellungen über ‚Heimat‘ von einem Historiker (v. Engelhardt 2002) publiziert wurden. Es handelt sich bei seinen Variationen zum Thema um die Ergebnisse von Befragungen ausgewählter deutscher Flüchtlinge und Heimatvertriebener. Befragt wurden sie in den 1990er Jahren. Schon im Ausdruck ‚Heimatvertriebener‘, der zusammen mit dem Wort ‚Entrechtete‘ den Namen einer Partei in der frühen Bundesrepublik bildete (Bund der Heimatvertriebenen

und Entrechteten; abgekürzt: BHE), werden Konnotationen des Heimatausdrucks kenntlich. Im Hauptteil werden einige unterschiedliche Beispiele dessen, was ‚Heimat‘ bedeutet, aus der Literatur vorgestellt (in Kap. 3.1). Verfolgt wird eine kleine Strecke lang, wie sich das ‚Heimat‘-Verständnis in Deutschland entwickelt hat (in Kap. 3.2).

So vorbereitet wollen wir der Frage nachgehen, was unter dem Begriff ‚Heimat‘ verstanden werden kann und welche Inhalte seine Bedeutung ausmachen. Dabei wird nicht primär der Begriff ‚Heimat‘ berücksichtigt, wie er unter deutschen Heimatvertriebenen aus der Tschechoslowakei, Polen, der Sowjetunion und südosteuropäischen Ländern verwendet worden ist. Die Auseinandersetzung mit dem Begriff erfolgt vielmehr auf einer allgemeinen Ebene. Danach werden Gründe erwogen, die nahe legen, den Heimatbegriff gegenwartsgemäß zu fassen (in Kap. 3.3). Im darauf folgenden Abschnitt (in Kap. 3.4) ist die Rede davon, dass das EU-Europa von heute von der Realisierung eines gemeinsamen europäischen Hauses, einer Heimat, noch weit entfernt ist. Begegnete uns nicht bei uns selbst und bei anderen immer erneut so etwas wie ein Bedürfnis nach Heimat (in Kap. 3.5), müssten wir nicht erneut im begrifflich immer wieder undurchsichtigen Schlammwasser grundeln und dem auf die Spur zu kommen suchen, was ein konservativ, auch braun geprägter Soziologe in seiner längst verblichenen ‚Theorie des gegenwärtigen Zeitalters‘ (Freyer 1955) die „haltenden Mächte“ genannt hat. Ein Fazit (Kap. 4.) schließt die Ausführungen ab.

2 Vorstellungen deutscher Heimatvertriebener über Heimat

Die Vorstellungen des Autors W.H. über den Begriff ‚Heimat‘ hängen zunächst mit seiner Lebensgeschichte zusammen. Geboren wurde er im Egerland (Böhmen). Im Jahre 1946 wurde seine Familie zwangsausgesiedelt, so wie Millionen anderer Deutscher. Seine Erinnerung an den Ort seiner Geburt besteht nur aus Bruchstücken. Für eine zusammenhängende Wahrnehmung dieses Ortes war er zu jung. Das meiste, was er über ihn weiß, erfuhr er aus Gesprächen mit seinen Eltern und Verwandten. Für seine Eltern und auch für Jüngere war die Heimat Zeit ihres Lebens das Gebiet, aus dem sie vertrieben worden waren. Dort war man geboren worden. Dort lebten die Vorfahren generationenlang

Allerdings tauchten in ihren Gesprächen immer mehr die Begriffe „unsere neue Heimat“ oder „unsere jetzige Heimat“ auf (vgl. dazu z. B. Fendl 2007). Ihre Verwendung wurde begründet durch die neue Alltagswelt. Viele Verwandte und Bekannte unter den Vertriebenen hatten ein neues Haus gebaut. Nach und nach heirateten sie in einheimische Familien ein. Zwar war die Erinnerung an die „alte Heimat“ noch sehr lange von Sehnsucht und Bitterkeit über den Verlust geprägt, aber das Interesse wurde immer stärker auf die „neue Heimat“ gerichtet, in der man zurechtkommen musste. Die „neue Heimat“ wurde immer mehr aus einer unbefriedigenden Fremde zu einem auf Dauer akzeptierten Lebensraum. Die Integration darin wurde nicht nur als notwendig anerkannt, der Wunsch verstärkte sich, Teil der neuen gesellschaftlich räumlichen Umgebung zu sein. Die meisten passten sich immer mehr an. Manche verhielten sich sogar überangepasst, etwa dadurch, dass sie die sozialen Beziehungen zu Mitgliedern der Herkunftsgesellschaft vernachlässigten und diejenigen zu Einheimischen bevorzugten, oder indem sie versuchten,

sich den alten Dialekt abzugewöhnen und den Dialekt der Alteinheimischen anzunehmen. Damit wollten sie ihr Dazugehören demonstrieren und von den länger Eingesessenen anerkannt werden. Für den Großteil aber blieb bis heute die „alte Heimat“ ein Teil ihres Seelenlebens. Viele Jahre ist die vergangene Heimat von ihnen sogar glorifiziert worden. An die Möglichkeit einer Rückkehr dachte ernsthaft schon nach wenigen Jahren kaum noch jemand, auch nicht die Älteren, die sich oft nur äußerlich an die neue Heimat anpassten (vgl. schon Bausinger, Braun, Schwedt 1959, S. 171). Diese Einstellung änderte sich nach der politischen Wende in den 1990er Jahren nicht und sie wird sich auch unter den Bedingungen der EU voraussichtlich nicht oder nicht erheblich wandeln.

Soweit die subjektiven Eindrücke des Autors W. H. darüber, wie er aus der Perspektive eines Heimatvertriebenen, der zur Zeit der Ausweisung ein kleines Kind war, ‚Heimat‘ wahrnahm. Damit sollte eine erste Annäherung an den Begriff ‚Heimat‘ versucht werden.

In einer Arbeit des oben genannten Historikers v. Engelhardt (2002) werden die Vorstellungen über Heimat unter ausgewählten Flüchtlingen und Heimatvertriebenen dargestellt. Er will zeigen, dass auch in einer Gruppe, die durch ein gemeinsames Schicksal verbunden ist, sehr unterschiedliche Positionen vorkommen. Von Engelhardt stellte unter seinen Befragten drei große Gruppen fest, die teilweise geradezu gegensätzliche Vorstellungen über das haben, was ‚Heimat‘ sein soll. Für die einen, d.h. für etwa 20 % der 213 Befragten, ist die Vorstellung über Heimat durch die „gewaltsame Trennung von den angestammten Lebensorten und Lebensverhältnissen, von Kultur und Tradition“ bestimmt. Heimat ist demnach für sie der räumlich begrenzte Ort der Herkunft, der Geburtsort. Dazu gibt es keine Alternative. Diese Heimat ist zwar verloren, aber der Herkunftsort als „die Heimat“ lebt weiter durch Erinnerungen, Erzählungen und kulturelle Veranstaltungen aller Art. Dazu gehören Treffen mit Menschen aus dem gleichen Herkunftsraum und Herkunftsort (vgl. Heller, Hartmut, 2005, S. 266). Beispiele solcher Orte, an denen „Erinnerungsarbeit“ geleistet wird, sind auch Museen, Ausstellungen und Heimatstuben (vgl. z. B. Fendl 2002).

Für eine andere Gruppe, d.h. etwa 40 % der Befragten, können sich infolge des Lebenslaufes, der durch Vertreibung und auch durch nachfolgende räumliche Mobilität im Zuwanderungsland geprägt wird, verschiedene ‚Heimaten‘ entwickeln. Dabei muss diese Mobilität im Zuwanderungsland nicht erzwungen worden sein; sie kann freiwillig erfolgt sein. Für diese Gruppe kommt der Kindesheimat, der „ersten Heimat“, gleichfalls eine besondere Bedeutung für ihre Lebensgeschichte zu. Aber die „erste Heimat“ kann im Laufe des Lebens fremd werden. ‚Heimat‘ muss wieder neu gefunden werden. Das kann aus eigener Kraft geschehen. ‚Heimat‘ ist also sowohl die Herkunftsregion als auch der Zuwanderungsraum. Sie ist damit „geteilte Heimat“ (Noack 2005). Der Zuwanderungsraum wird eine „zweite Heimat“. Die Bindungen zur „ersten“ oder zur „alten Heimat“ werden nicht aufgegeben. Sie können für das Selbstverständnis sogar sehr wesentlich sein.

Einer dritten Gruppe, die ebenfalls etwa 40 % der Befragten umfasst, liegt die Heimat jedoch im Zuwanderungsland bzw. in der Aufnahmegesellschaft.

Ähnlich wie die eben genannte zweite Gruppe von deutschen Flüchtlingen des Zweiten Weltkrieges entwickelten (Spät-)Aussiedler verschiedene Heimatbegriffe. Bei ihnen handelt es sich um deutsche Volkszugehörige, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen nach 1949 in Deutschland einwanderten. „Deutschland“ bezeichnen sie oft als „Urheimat“ (vgl. z. B. Heller, Koch 1987). Von ihr waren einst ihre Vorfahren nach Ostmittel-, Südost- und Osteuropa ausgewandert, um ostwärts bessere Lebensbedingungen zu finden. Als Nachkommen kehren sie in das Herkunftsland der Vorfahren zurück. Viele von ihnen sehen sich aber in Deutschland so großen Problemen sich zurechtzufinden ausgesetzt (vgl. z. B. Fink, Willeke, Edmundts 1992 und Heller, Bürkner, Hofmann 2002), dass manche deshalb wehmütig von ihrer verlassenen polnischen, rumänischen oder russischen Heimat sprechen (vgl. z. B. Hirsch 1988; Saslawskaja 1992). Dabei verstehen sie unter ‚Heimat‘ oft die engeren Herkunftsregionen, wie Schlesien, Siebenbürgen oder West-Sibirien. Einige kehren sogar zurück, weil ihre Sehnsucht nach diesen Regionen zu groß ist.

3 Was kann unter dem Begriff ‚Heimat‘ verstanden werden?

3.1 Beispiele für unterschiedliche Vorstellungen über den Begriff ‚Heimat‘

Der empirische Kulturforscher Hermann Bausinger sagte zur Definition des Begriffs ‚Heimat‘ vor fast 50 Jahren etwas, was heute noch gilt, nämlich: „Versuche, Heimat zu definieren, enden im Allgemeinen bei dem Bekenntnis, daß es sich um etwas sehr Komplexes und Unsagbares handelt, das zu beschreiben eigentlich nur dem Dichter zukommt.“ (Bausinger, Braun, Schwedt 1959, S. 159).

Und der Schriftsteller Jean Améry formulierte vor mehreren Jahrzehnten die Frage „Wie viel Heimat braucht der Mensch?“, die heute noch gilt, und beantwortete sie mit weiteren Fragen: „Gleich denkt, wer davon reden hört, an engen Nationalismus, an Territorialansprüche von Vertriebenenverbänden, an Gestriges. Heimat – ist das nicht ein verblassender Wert, ein noch emotionsbeladener, aber schon sinnlos werdender, aus abgelebten Tagen mitgeschleppter Begriff, der in der modernen Industriegesellschaft keine Realentsprechung mehr hat?“ Er fügte hinzu: „Wir werden sehen.“ (Améry 1977, S. 92).

Dieser Zusatz gibt zu erkennen, dass Jean Améry seine rhetorische Frage mit „Nein“ beantwortet. ‚Heimat‘ war von großer Bedeutung für ihn. Ein besonderes Gewicht erhalten seine Äußerungen deshalb, weil er diese Frage als einer stellte, der vom nationalsozialistischen Deutschland ausgebürgert und der von dessen Vertretern im KZ gefoltert worden war. Dass seine Folterer die geliebte deutsche Sprache sprachen, machte ihn schier irre. Denn diese Sprache war für ihn insbesondere seine Heimat.

Eine emotionale Bindung an ein Land über die Sprache ist gerade oft bei Schriftstellern gegeben. Ein bekanntes Beispiel dafür bietet Heinrich Heine, der im Alter von 34 Jahren aus politischen und beruflichen Gründen nach Frankreich, nach Paris, emigrierte und Deutschland nur bei zwei flüchtigen Besuchen wiedersah. An einen dieser Besuche knüpft sein narratives politisches Gedicht „Deutschland, ein Wintermärchen“ an. Darin

stellt er nicht nur mit beißendem Witz deutsche Schwächen bloß, sondern es finden sich auch die folgenden Verse, die sich auf seinen Grenzübertritt von Frankreich nach Deutschland beziehen:

„Und als ich die deutsche Sprache vernahm,
Da ward mir seltsam zu Mute;
Ich meinte nicht anders, als ob das Herz
Recht angenehm verblute.“
(Heine, 5. Aufl. 1991, S. 119).

Heinrich Heine verwendete nicht den Ausdruck ‚Heimat‘. Er drückte nur seine tiefe, emotionale Beziehung zu seinem Herkunftsland mit dem Hinweis auf die deutsche Sprache aus. Améry und Heine machen darauf aufmerksam, wie substantiell verschieden das Gefühl ‚Heimat‘ und die Orientierung an ‚Heimat‘ sich ausdrücken und gefasst werden können. Vom Nah- und Geburtsraum, dem Ort der Vorfahren, der Mutter-/Vatersprache, dem Organ von Ausdrucks-, Phantasie- und Orientierungsvermögen, kann ‚Heimat‘ – wie in Deutschland nach der „Reichsgründung“ 1871 – zum herrschaftlich bestimmten Raum und der ebenso herrschaftlichen Orientierung werden. Dieser herrschaftlich erzeugte, dann wie selbstverständlich wirkende nationale Identifikationsraum kann nicht nur wie im nationalsozialistischen Extrem Menschen – jüdische Deutsche, Sinti und Roma sowie andere – und Andersartigkeiten allgemein herrschaftlich ausgrenzen bis zu Todeslagern und Exterminationen. Er droht auch das „harmlose“, uns fast natürlich erscheinende Gefühl besonderer Verbundenheit mit dem Nahraum, in dem man aufgewachsen ist, herrschafts-abstrakt zu enteignen. ‚Heimat‘ wird nationalstaatlich vergrößert: Sie wird ins nicht mehr Greif- und Erlebbare abstrahiert. Sie kann dadurch zum Gegenstand projektiver Abstraktion werden, dem Gegenteil der Assoziationen, die mit Heimat als dem Nahen, dem Vertrauten verbunden sind.

3.2 Zur Geschichte des Begriffs ‚Heimat‘

3.2.1 Der Begriff in der vorindustriellen Zeit

Schon ein flüchtiger Blick auf die Geschichte des Begriffs ‚Heimat‘ zeigt, dass seine Bedeutungsinhalte sich veränderten. Ein verbindlicher, allgemein gültiger Begriff existiert nicht. Einen solchen bestimmten und klaren Begriff kann es im übrigen angesichts der Geschichtlichkeit des Menschen, seiner Dinge und seinem Verstehen nicht geben. Die Feststellung des nicht eindeutig Feststellbaren trifft für die meisten Begriffe des Alltags, der Politik sowie der Sozial- und Geisteswissenschaften zu. Umso wichtiger ist es, dass man sich über Form und Inhalt der jeweils gebrauchten Heimatbegriffe (oder anderer) informiert und selbst nur Begriffe gebraucht, deren hauptsächlichen Kriterien, Wirklichkeit zu erfassen, und deren Verwendungssinn offen zu Tage liegen. Anders erliegt man leicht der Gefahr, mit solchen Ausdrücken transportierte Vorurteile mitzutragen und dem Begriffsmissbrauch Vorschub zu leisten.

Wenn man die ältesten greifbaren Wurzeln der deutschen Sprache ausgräbt, nämlich solche der gotischen Sprache, dann bedeutet „Heimat“ einen Ort, an dem man sich niederlässt, der wohnlich und behaglich ist, wo Frieden herrscht (Kluge 1975, S. 299). In der althochdeutschen und mittelhochdeutschen Sprache und im Neuhochdeutschen des 19. Jahrhunderts bedeutete Heimat den Wohnort, den Grundbesitz oder Haus und Hof (Duden Etymologie 1953, S. 257).

Der Begriff ‚Heimat‘ hatte sich im Laufe des Mittelalters immer mehr zu einem Begriff entwickelt, mit dem ein Raum oder Ort bezeichnet wurde, der für dessen Bewohner eine bestimmte Rechtsqualität hatte. Daraus leitete sich das Wort ‚Heimatrecht‘ ab. Das Wort ‚Heimat‘ war also ursprünglich kein gefühlsmäßiges Klischee, sondern ein sehr konkretes Faktum. Das Recht bestand aus drei Elementen: 1. dem Recht, an einem bestimmten Ort zu wohnen, 2. der Sicherheit vor Ausweisung und 3. der Unterstützung in der Not, welche die Gemeinde den Armen und den in Bedrängnis Geratenen zu gewähren hatte. Die Funktion dieses dritten Elements kam jedoch oft nur unzureichend zur Geltung. Wenn heute noch ‚Heimat‘ mit dem Geburts- oder Wohnort verbunden wird, dann liegt dies auch an der ehemaligen gewohnheitsrechtlichen Bedeutung, die in Deutschland bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz (1870) sowie der Reichsverfassung (1871) galt (vgl. Brockhaus Enzyklopädie 1969, S. 316).

3.2.2 ‚Heimat‘ seit der Industrialisierung

Der Grund für die Veränderung ist der soziale und ökonomische Wandel, der aus einer dominant stationären Agrargesellschaft eine mobile Industriegesellschaft schuf. Die Industrialisierung löste Massenmigration aus. Gerade die sozial Schwachen mussten sich von ihren sozialen und beruflichen Zusammenhängen trennen. Das auf Gewohnheit beruhende, nicht modern staatsgesetzte und einzuklagende Heimatrecht, das auf diese bezogen war, verlor seine Funktion. Es wurde allmählich ersetzt durch das Niederlassungsrecht und andere staatliche Rechte. Damit wurde der Begriff ‚Heimat‘ frei für andere, nicht-rechtliche Bedeutungszuordnungen (Greverus 1979, S. 64). In der Zeit der Industrialisierung wurde ‚Heimat‘ oft mit Dorfidylle assoziiert. Im Nachhinein, d. h. nach der ‚Landflucht‘, der Migration vom Land in die Stadt, wurde die Herkunftsregion verklärt. Die sozialen Spannungen, die dort bestanden hatten, wurden ausgeblendet. Bausinger (1990, S. 79) nannte das Bild, das über die Herkunftsregionen, die verlassene Heimat, erzeugt wurde, „Besänftigungslandschaft“. Die Ursache für die Beschönigung des ländlichen Lebens waren die miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen des sich vermehrenden Proletariats.

Im 20. Jahrhundert, zwischen den beiden Weltkriegen, wurde der Begriff ‚Heimat‘ oft mystifiziert, ideologisiert und politisch missbraucht, im Nationalsozialismus sogar pervertiert. ‚Heimat‘ wurde häufig gleichbedeutend mit ‚Nation‘ und ‚Vaterland‘ verwendet. Eroberungskriege wurden als notwendiger Kampf für Heimat und Vaterland deklariert.

Die nationalsozialistischen Umfunktionierungen und Perversionen des Heimatbegriffs, die bis heute nachwirken, verdienen ein eigenes Kapitel. Benedict Anderson, Ernest Gellner und andere haben dafür wichtige Vorarbeiten geleistet (z. B. Anderson 1983, Gellner 1983). Aus einer gleichsam angeborenen Heimat wurden, mit Anderson geredet, „imagined communities“. Sie sind für Projektionen und herrschaftlichen Missbrauch aller Art geradezu perfekt geeignet. Durch überlebende Kriegsteilnehmer und teilnehmend beobachtende Autoren wie Arnold Zweig und Erich Maria Remarque (Zweig 1929, Remarque 1929), um nur zwei Autoren des 1. Weltkriegs zu nennen, ist der Mythos entmystifiziert worden, als seien die Soldaten für ihr ‚Vaterland‘ oder, ein Stück kleiner, ihre ‚Heimat‘ in den Krieg gezogen, umgekommen oder im Krieg tapfer gewesen. Nach wie vor aber werden junge Menschen im Herrschaftsinteresse regelrecht kriegsverheizt – als ginge es um Schutz und Schirm der eigenen Eltern und die in der Regel noch ungeborenen Kinder.

3.2.3 Der Begriff ‚Heimat‘ unter dem Einfluss der Vertreibung von Millionen Deutscher nach dem 2. Weltkrieg

Nach dem 2. Weltkrieg und bis zu den 1960er Jahren, aber auch später noch, ist der Begriff ‚Heimat‘ durch den Krieg und seine Folgen beeinflusst worden, insbesondere durch das Schicksal der Millionen von Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Der Begriff war sehr stark emotional beladen. Die wissenschaftlichen Debatten bewegten sich mehr darum als um eine allgemein akzeptierbare Begriffsklärung. Dabei wurde davon ausgegangen, dass das Recht auf Heimat selbstverständlich gegeben ist. Die deutschsprachige Belletristik zum Thema ‚Flucht und Vertreibung‘ befasste sich mit der Frage, was der Verlust der Heimat für die Identität, d.h. das Selbstverständnis und das Gefühlsleben, der Betroffenen bedeutet. Dies kann am Beispiel des Romans ‚Heimattmuseum‘ von Siegfried Lenz veranschaulicht werden, wo es heißt: „Heimat, das ist der Ort, wo sich der Blick von selbst nährt, wo das Gemüt zu brüten beginnt, wo Sprache durch ungenaues Gefühl ersetzt werden darf“... Heimat ist „nicht allein der Ort, an dem die Toten liegen; es ist der Winkel vielfältiger Geborgenheit, es ist der Platz, an dem man aufgehoben ist, in der Sprache, im Gefühl, ja, selbst im Schweigen aufgehoben, und das ist der Flecken, an dem man wiedererkannt wird, und das möchte doch wohl jeder eines Tages: wiedererkannt, und das heißt: aufgenommen werden ...“ (Lenz 1978, S. 120; vgl. auch Stark 1991, S. 275). Unter den Vertriebenen wurde an Stelle des Begriffs ‚Heimat‘ immer mehr der Begriff ‚Alte Heimat‘ verwendet. Der Zuwanderungsraum wurde zur ‚Neuen Heimat‘. – Diese Aussagen beziehen sich nur auf Westdeutschland. In der DDR wurden diese Debatten um ‚Heimat‘ nicht geführt, jedenfalls nicht öffentlich (vgl. Löffler 2005).

Auffälligerweise haben viele sich lange ihre eigenen Sorgen und Verluste mit der Nahbrille groß gesehen. Um die von den deutschen Nationalsozialisten und der stalinistischen Sowjetunion vor allem bewusst in Gang gesetzten und zusätzlich durch die Folgen ihrer Politik bewirkten Massenvertreibungen, anhaltenden Fluchtbewegungen, Massen-

morde und die Fülle der ‚Displaced Persons‘ selbst nach 1945 haben sich Politik, Medien und Wissenschaft wenig gekümmert. Dass Vertreibung und Flucht nicht nur durch die Politik der Sowjetunion und ihrer Trabanten, sondern auch deutsch bewirkt worden sind, blieb als *factum brutum* lange vor der Tür von Ursachen und Folgen. Ein Lob verdient der Parlamentarische Rat 1948/49, der – vordiskutiert in seinem Hauptausschuss – das individuelle Grundrecht auf Asylrecht ins Grundgesetz aufgenommen hat (Art 16 Abs. 2 GG). Dieses Grundrecht, schon zuvor faktisch stark beschädigt, ist im Mai 1993 im Zuge der Vereinigung der beiden vorläufigen deutschen Staaten am 3.10.1990 von der verfassungsändernden Mehrheit des Bundestages bis zur Unkenntlichkeit geschleift worden. Angesichts der ungeheuerlichen Zahl von Menschen, die fortdauernd vertrieben werden und/oder sich aus bitterer Not eine neue Bleibe suchen müssen, ist wieder und wieder an Hannah Arendts treffliche Zusammenfassung der menschenwidrigen Lebensbedingungen der immer erneuten ‚Displaced Persons‘ zu erinnern (Arendt 1986). Diese erhielten eine existentielle ‚Heimat‘, wenn sie endlich das Recht bekämen, an einem lebbareren Ort der Welt zu weilen.

3.2.4 Der Begriff ‚Heimat‘ in der ‚Adenauer-Zeit‘ (bis in die 1960er Jahre)

Auch die Aufnahmegesellschaft, die Einheimischen, entwickelte eine bestimmte Heimatsicht. Die Nachkriegsgesellschaft suchte Geborgenheit, eine heile Welt, intakte Naturlandschaften. Damit wird der Boom an Heimatliteratur und Heimatfilmen in Westdeutschland erklärt. Diese Werke werden meist als trivial eingeschätzt. Von 1947 bis 1960 sollen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 300 Heimatfilme gedreht worden sein, das seien mehr als 20 % der Gesamtproduktion gewesen (Neumeyer 1992, S. 42 ff.). In diese Heimatfilme wurden auch Geschichten von Heimatvertriebenen aufgenommen (schon ab 1951). Aber es wurde eher beschönigend von ihrer Aufnahme in Westdeutschland geredet, etwa im Film ‚Grün ist die Heide‘ (mit dem Bambi-Preis 1952 ausgezeichnet). Schrecken und Schuld der Vertreibung wurden nicht behandelt (Kossert 2008, S. 269). Die filmisch oder romanhaft abgebildete Nachkriegsheimat hatte keinen Bezug zu bestimmten Räumen mehr. Sie war ein privates, individuelles Zuhause, das überall eingerichtet werden konnte. Sie war ein Wunschbild oder eine Fiktion, für die es allerdings materielle Symbole gab, z.B. in Form von Einrichtungsgegenständen oder Schallplatten, Gemälden oder Stickerarbeiten. Röhrende Hirsche in scheinbar heilen Berg- und Waldlandschaften sind bekannte Motive. Diese Zeit wird in Westdeutschland nach dem damaligen Bundeskanzler abgekürzt oft Adenauer-Zeit genannt. In wirtschaftlicher Hinsicht beschleunigte sich der Aufschwung seit den 50er Jahren immer mehr, was Folgen für den Umgang mit dem Begriff ‚Heimat‘ hatte.

3.2.5 Der Begriff ‚Heimat‘ in der ‚68er Zeit‘

In den 60er Jahren veränderte sich der Heimatdiskurs. Erinnerungen an die alte Heimat wurde von manchen Nicht-Vertriebenen und jungen Menschen als Heimattümelei abgetan.

Ewig Gestrige oder Vorgestrige wurden nicht nur Vertreter von Vertriebenenverbänden, sondern auch andere genannt, selbst wenn sie über ihre alte Heimat ohne Verwendung nationalistischen und revanchistischen Vokabulars sprachen. Der Sozialwissenschaftler und Historiker von Krockow (1990, S. 61) beschreibt diese Menschen und ihr Heimatbild wie folgt:

„Inzwischen (d. h. seit der Vertreibung) sind Jahrzehnte vergangen. Einer großen Zahl der Heimatvertriebenen ist es zur Gewohnheit geworden, sich jährlich zusammenzufinden, und gegen manche Mißverständnisse muß betont werden, daß den meisten kaum wichtig ist, was dann die Festredner sagen. Vielmehr: Die Verwandten und Bekannten, die alten Freunde und Nachbarn wollen sich wiedersehen, die weit verstreut wurden. Das ist so konkret wie in den Unterteilungen eng umgrenzt; nicht aufs Weitläufige kommt es an, kaum auf die Provinz, sondern auf die eine Stadt oder die zwei, drei Dörfer. Denn dort war man zu Hause, dort erscheint im Erinnern die Heimat auf, und was sie bedeutet, kann ganz nur der ermessen, wer sie wirklich verlor.“

Im Schulunterricht wurde in den 60er Jahren aus der Heimatkunde, die der Umwelt der Schüler immer weniger entsprach, die Sachkunde. Anfang der 70er Jahre war die alte Heimatkunde überwunden. Aber sie entstand neu, als eine Art emanzipierter Heimatkunde, als Kunde von einem Raum, in dem unter den modernen industriegesellschaftlichen Verhältnissen bessere Lebensbedingungen geschaffen werden sollten.

3.2.6 „Heimat-Renaissance“ in den 1970er und 1980er Jahren

In den 70er und 80er Jahren bewegte sich das Pendel des Interesses, das speziell die öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten über Heimat betraf, wieder in eine andere Richtung. Es kam zu einer „Heimatrenaissance“. Kritiker der Wachstumsgesellschaft zogen den Begriff ‚Heimat‘ in ihre Überlegungen über gesellschaftliche Alternativen ein, die gegen die wachsende Gleichmacherei und Monotonie einer hektischen, schnelllebigen Welt gerichtet waren (Neumeyer 1992, S. 48). Sie thematisierten die in der Bevölkerung feststellbare Sehnsucht nach menschlicher Nähe und persönlichen Beziehungen im konkurrenzgetrimmten Dasein der technischen Welt. Materielles Wachstum reichte für eine als befriedigend akzeptierbare Lebenswelt nicht aus, zumal die Erkenntnis wuchs, dass Wirtschaftswachstum keine Garantie für Wohlstand und Arbeitsplätze bot. Außerdem ging das Wirtschaftswachstum mit Umweltzerstörung einher, die immer stärker in der Bevölkerung registriert wurde. Ausdrucksformen der Unzufriedenheit sind in organisatorischer Hinsicht Bürgerinitiativen, Stadtteilzeitungen, Ortsjubiläen und -chroniken, Heimatbücher, Altstadtfeiern, behutsame Altstadtsanierung, Dorferneuerung, Denkmalpflege und auch Regionalbewegungen, die allerdings auch politische und ökonomische Gründe hatten (vgl. z. B. Aschauer 1987). Es gab auch Aktivitäten ohne einen besonderen Regionalbezug, teilweise aus den gleichen Motiven heraus, z. B. die Öko- und Bio-Bewegungen, alternative Lebensstile, religiöse und pseudoreligiöse Gruppen. Alle artikulierten sich gegen die Zerstörung der Umwelt, die Entfremdung des Menschen und für die Natur

und natürliches Leben. Allerdings wurden an Stelle des Begriffes ‚Heimat‘ zunächst eher Begriffe wie ‚Umwelt‘ und ‚Region‘ verwendet. Erst als die emotionalen Beziehungen zur Umwelt wieder mehr betont wurden, kam ‚Heimat‘ erneut ins Gespräch.

Auch die moderne Humangeographie hat sich seit den 1980er Jahren mit dem Begriff ‚Heimat‘ befasst (als einer der ersten Bartels 1981). Heimat wurde dabei allerdings sehr nüchtern als Satisfaktionsraum bezeichnet, also als Raum, in dem zufriedenstellende Lebensbedingungen bestehen. Und einen solchen Raum kann man sich schaffen, hat man die materiellen Mittel. Er ist also kein Gegenstand kontextgebundenen Gefühls, sondern der Aneignung, ein Medium und ein Ziel praktischer Auseinandersetzung. Die Debatte über Regionalbewusstsein geht in eine ähnliche Richtung. Wenn vorgeschlagen wurde (von Hard 1987), anstelle der Beschäftigung mit Bewusstseinsräumen sich mit Kommunikation und sozialen Interaktionen zu befassen, dann ist dies – dem Anscheine nach – ein operationalisierbares Vorgehen, das auf den Umgang mit ‚Heimat‘ übertragen werden kann.

‚Der Spiegel‘ sah damals (1984), in den 80er Jahren, den Begriff ‚Heimat‘ akzeptiert und nicht mehr nur mit dem Begriff ‚Blut und Boden‘, schnulzigen Heimatfilmen, Touristenfolklore, Trachtengruppen und Blasmusik verbunden. Es tauchte eine neue Art von Heimatfilmen auf, die nicht Idyllen, sondern Menschen in der heutigen Welt zeigte (z. B. die Filme von Edgar Reitz; vgl. z. B. Mikula 1984). Auf wissenschaftlichen Tagungen wurde über ‚Heimat‘ und ‚Identität‘ diskutiert. Auch politische Linke, die traditionell eher international ausgerichtet sind, entdeckten Heimat als einen Raum, der zu gestalten und zu verbessern sei. Diese ‚Heimat‘ ist auch in Großstädten zu finden – im Unterschied zu den bis etwa 1970 herrschenden Vorstellungen (vgl. z. B. Reuber 1993). Sie ist dem Konzept nach auf die eigene Lebenswelt bezogen, auf alltägliche Lebensmöglichkeiten. Sie ist also kleinräumig mit von weither geholten kulturellen Möglichkeiten.

Neben dieser Art von Beschäftigung mit ‚Heimat‘ existiert noch die traditionelle Orientierung. Sie ist auf Bewahrung der Vergangenheit, auf Heimatgeschichte, auf Brauchtum und Heimatmuseen gerichtet. Ebenso besteht ‚Heimat‘ als Bestandteil der Kulturindustrie. Sie vermarktet ‚Heimat‘ als eine Art Kulisse mit Gefühlswerten. Insgesamt kennzeichnen zwei entgegengesetzte Heimatbilder die Zeit: eine weitgehend gefühlige Ersatzwelt einerseits, ein konkreter Entfaltungs- und Gestaltungsraum andererseits. Zwischen diesen beiden Extremen flimmern Heimatbilder, die Elemente beider Extreme enthalten.

Mit seinen neuen Varianten zeigt der Heimatbegriff ähnliche Bedeutungen wie Redensweisen von der vorindustriellen Zeit. ‚Heimat‘ bedeutet bei beiden Dasein in einer befriedigenden Lebenswelt. In der vorindustriellen Zeit war es das Leben in einer dörflichen Gemeinschaft mit Grundbesitz oder zumindest einer gewohnheitsrechtlichen Sicherheit. Nun ist es der Satisfaktionsraum, der allerdings im Unterschied zur vorindustriellen Heimat nicht auf einen bestimmten Raumausschnitt bezogen sein muss. Vielmehr kann die Verortung der Heimat wechseln, d.h., der Ort, der Heimat ist, kann abgelöst wer-

den durch einen anderen Ort, der zur Heimat wird. Entscheidend sind die Eigenschaften, die mit diesem Ort oder Raumausschnitt verbunden sind. Die Eigenschaften müssen die Bedürfnisse der Bewohner befriedigen können. Zu diesen Eigenschaften gehören intakte soziale Beziehungen, rechtliche und emotionale Geborgenheit sowie Vertrautheit mit den gesellschaftlichen, kulturellen und natürlichen Bestandteilen dieses Raumes, kurzum mit Thomas Mann gesagt: veränderte bürgerliche „Wonnen der Gewöhnlichkeit“ (s. z. B. Schröter 2000).

3.2.7 Wirkungen der politischen Wende von 1989 in Deutschland und andere Gründe für stärkeres Interesse an historischen Themen und ‚Heimat‘

Die politische Wende von 1989 verstärkte die Hinwendung vieler Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Geschichte und zu den Themen der 70er und 80er Jahre, auch wenn Heimat explizit weniger als vorher genannt wurde. Erscheinungen dieser Entwicklungen sind Filme, Literatur, Artikel in Massenmedien und große Ausstellungen als „Massenevents“, die sich mit Geschichte befassen (Fuhr 2007).

Das Interesse für historische Themen und ‚Heimat‘ wird noch aus anderen Quellen gespeist. Da ist zum einen die Debatte über Multikulturalismus, die in den 90er Jahren durch den Anstieg der Migranten in Deutschland belebt wurde. Sie stand teilweise im Zusammenhang mit ethnischen Säuberungen und dem Verlust der Heimat auf dem Balkan (Körner 1997). Zum anderen verstärkten die Globalisierungsprozesse das Gefühl der Unübersichtlichkeit. Die Hinwendung zu Regionen und überschaubaren regionalen Lebenswelten wird als eine Folge davon begriffen. Durch die EU-Politik wird diese Hinwendung insofern unterstützt, als die regionale Ebene bei der finanziellen Förderung mit EU-Mitteln gestärkt wird (vgl. z. B. Heller, Aschauer 2004). Auch die Betonung der Rechte von ethnischen Minderheiten in ihren Siedlungsräumen ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

3.2.8 Wiederbelebung der Begriffe ‚Heimat‘ und ‚Patriotismus‘ durch sportliche Großereignisse?

Im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft des Jahres 2006 in Deutschland tauchten überraschend die Begriffe ‚Patriotismus‘ und ‚Heimat‘ in weiten Teilen der Gesellschaft Deutschlands wieder auf. So schrieb Roger Boyes, der Deutschland-Korrespondent der ‚Londoner Times‘ (Boyes 2007, S. 19): Während der Fußballweltmeisterschaft schienen auch Türken und Libanesen „wirklich deutsch zu fühlen. Sie wollten Teil der deutschen Gesellschaft sein, die plötzlich attraktiv, offenherzig und, nun ja, cool erschien.“ Inzwischen – so Boyes – sei die Emotionalität wieder reduziert, aber manche sagten, Deutschland sei ihr Zuhause geworden, wenn nicht sogar ihre Heimat. Boyes glaubt aber, dass unabhängig von diesem Ereignis die Deutschen bei der Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit sich mit ‚Heimat‘ befassten. Davon zeugten nicht nur die Filme von Edgar Reitz (1984-2004) und die zahlreichen Dokumentationen über Flucht

und Vertreibung, sondern auch Filme, die sich mit den Problemen des Aufwachsens in der DDR und des Lebens dort beschäftigen.

3.3 Determinanten für die Neubegründung von ‚Heimat‘

Ob ‚Heimat‘ neubegründet und konstruiert werden kann, hängt ab zum einen von den Eigenschaften der Zuwanderer, von ihrem Willen und ihren Bemühungen, sich im Zuwanderungsraum einzugliedern. Zum anderen und vor allem hängen die Annäherungen von Migranten und Einheimischen ab von den Umgangsformen, Angeboten und der Toleranzbereitschaft der Institutionen und der Gesellschaft der Bundesrepublik (Treiml 1990, S. 73). Das Zuwanderungsgesetz von 2005 und in jüngster Zeit noch mehr der Bestseller von Thilo Sarrazin (Sarrazin 2010) stellen keine Symptome dafür dar, dass Andere und Andersartigkeiten mit offenen Armen empfangen würden. Das Wort Ciceros, wo es gut ist, bin ich zuhause – ubi bene ibi patria – nahm vor einigen Jahren der Philosoph Sloterdijk in einem Essay über den Heimatbegriff in der globalisierten Welt auf. Er schrieb: „Denn die Heimat als Ort des guten Lebens läßt sich immer weniger einfach dort vorfinden, wo man durch den Zufall der Geburt schon ist. Sie muß, wo immer man (ist), durch Lebenskünste und kluge Allianzen fortwährend neu erfunden werden.“ (Sloterdijk 1991, S. 29).

3.4 Das „gemeinsame Haus Europa“ als Heimat?

Gorbatschow, unter dessen Regierungszeit die Prägekraft des 20. Jahrhunderts glücklicherweise weithin friedlich zerfiel, d. h. die Aufteilung der Welt in zwei Herrschaftsblöcke, die nach 1945 als „Kalter Krieg“ in Erscheinung trat, hat bemerkenswert sentimental immer wieder auf das „gemeinsame europäische Haus“ aufmerksam gemacht. Ohne die Motive im einzelnen zu bedenken, kann festgestellt werden, dass die Orientierung in Richtung eines „gemeinsamen Europas“ in vielen europäischen Ländern und über sie hinaus nach dem Zweiten Weltkrieg zur leitenden, dann auch zu einer praktisch bedeutsamen Idee geworden ist. „Europa“ jenseits aller Nationalismen, „Europa“ als Konzept eines friedlichen europäischen Raums, das friedensstiftend über Europa hinaus ist, wurde für Jüngere – wie den älteren der beiden Autoren (W,-D. N.), der noch vor dem Zweiten Weltkrieg geboren und als Knabe den Verführungen des Nationalsozialismus „unschuldig“ ausgesetzt und jung kriegserfahren worden war – zu ihrem nachnationalsozialistischen, auch nachnationalen, nämlich europäisch kosmopolitischen Leitbild schlechthin. Dort, wo es die politischen Verhältnisse zuließen, erhielt das Wort Europa eine Aura, in der sich alle politischen Sehnsüchte ballten. Die in der frühen Nachkriegszeit erschienene Zeitschrift ‚Frankfurter Hefte‘, herausgegeben von Walter Dirks, Eugen Kogon und anderen, war beispielhaft erfüllt durch die Ideen von einer anderen, nicht-nationalstaatlich bornierten radikaldemokratischen Politik sowie von einer nichtkapitalistischen Ökonomie, die mitbestimmend sozial, wenn nicht sozialistisch organisiert war, und durch die Ideen von einer europäischen Kultur der Einheit in der Vielfalt,

einer neuen Renaissance in europäischer Kooperation, der französisch-deutschen an erster Stelle. Mehr noch als nach dem Ersten Weltkrieg machte der Europagedanke trunken. Und er zeitigte auch – anders als die Lähmungen und Restaurationen nach 1919, die das Lernen der Politik blockierten – bis heute anhaltende institutionell praktische Schritte. Insofern könnte man davon reden, dass Europa als Idee und Kulturraum – frei nach Eduard Mörike: die bist Europa, das ferne, das nun schon nah leuchtet und gestaltet – zur vorweggenommenen, zur angestrebten Heimat geworden ist. Aber das, was heute als Europäische Union sich wirklichkeitsgewichtig täglich darstellt, hat mit dem Sehnsuchtseuropa, hat auch mit einer gelungenen europäischen Einheit in der Vielfalt, leider wenig zu tun. Warum das so ist, warum die paradox verfassungslose Verfassung der 27 EU-Staaten, die einen strukturell ungleichen Wirtschaftskoloss mit einem bürokratischen Regulierungskomplex darstellen, nicht über ein eigenes politisches Bürger(innen)-Konzept nicht-imperialer Art verfügt, ist hier nicht darzustellen und zu analysieren. Nur soviel: Das EU-Europa hat nichts als ideelle Nebenketten von dem, was auch nur einigermaßen in die Nähe einer ideellen Heimat Europa käme. Denkt man heute an Griechenland, zu dessen Quellen alle europäischen Renaissance zurückwollten, zeigt sich die Realisierung einer Heimat Europa weit entfernt.

3.5 Erklärungsversuche des Bedürfnisses der Menschen nach Heimat

Wie ist das Bedürfnis der Menschen nach Heimat als einer vertrauten und sicheren Lebenswelt mit engen sozialen Zugehörigkeiten zu erklären? Die Konzepte von ‚Territorialität‘ und ‚Identität‘ bieten zwei Erklärungsmöglichkeiten. Sie sind allerdings problematisch, da sie mit Hilfe einer Analogie aus der zoologischen Verhaltensforschung gewonnen wurden (Greverus 1972 und Bausinger 1977). Die ‚Territorialität‘ bzw. das ‚territoriale Verhalten‘ ergäbe sich aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus. Die ‚Identität‘, die Verhaltenssicherheit bedeute, strebe der Mensch durch die Herstellung von Vertrautheit mit seiner Umwelt sowie durch Aneignung dieser Umwelt an (vgl. Brepohl 1953). ‚Identität‘ bedeute Übereinstimmung des Menschen mit sich und seiner Umwelt. Sie komme durch und in Interaktionen mit anderen zustande. Insofern ist ‚Identität‘ ein Gegenbegriff zur Entfremdung. ‚Heimat‘ könne man denjenigen Raum nennen, in dem der Zustand der Identität bestehe (vgl. z.B. auch Stark 1991; kritisch dazu siehe Narr 1999).

4 Fazit

Insgesamt ist ‚Heimat‘ ein vielschichtiger und ambivalenter Begriff dar. Die fehlende Eindeutigkeit und Verbindlichkeit wird nicht nur beklagt. Im Gegenteil, gerade deshalb sei der Begriff attraktiv und rege zur Beschäftigung mit Phänomenen an, die nicht rasch zu identifizieren seien (vgl. z. B. Körner 1997, S. 25; Mitzscherlich 2000).

Es scheinen uns folgende Aspekte und Zusammenhänge über den Horizont dieses Artikels und seine knappen Rekapitulierungen hinaus im Zusammenhang des Themas ‚Heimat‘ durchgehend beachtenswert:

1. Wieviel Heimat braucht der Mensch, hat Jean Améry gefragt (Améry 1977). Er konnte in der Bundesrepublik Deutschland und in dieser Welt nicht mehr heimisch werden. Seine nationalsozialistischen Folterer haben ihn bei gemartertem, aber überlebendem Leib – selbst über ‚Heimat‘ konnte er noch schreiben – das Stück elementares Vertrauen ausgepeinigt. Eines solchen Vertrauens bedürfen wir Menschen wohl, um das Risiko des Lebens zu wagen. Die Liebe Amérys zur deutschen Sprache verriet den Verlust ‚elementaren Vertrauens‘ zuerst und zumeist: Heimatverlust, Vertrauensverlust, Weltverlust.

2. Jean Améry hat seiner Frage im letzten Absatz seines oben genannten Essays selbst eine Teilantwort gegeben: „Dass alles abfloss wie ein großer Regen, haben gründlicher jene erfahren, die das Dritte Reich überlebten und Zeit hatten, mit sich ins reine zu kommen. Spätestens haben sie es an dem Tag begriffen, an dem sie zum ersten Mal sich altern spürten. Es altert sich schlecht im Exil. Denn der Mensch braucht Heimat. Wieviel? Das war natürlich keine echte Frage, nur eine Titelformulierung, über deren Geglücktsein man streiten kann. Es lässt sich, was der Mensch an Heimat nötig hat, nicht quantifizieren. Und doch ist man gerade in diesen Tagen, da die Heimat an Reputation verliert, stark versucht, die bloß rhetorische Frage zu beantworten und zu sagen: Er braucht viel Heimat, mehr jedenfalls, als eine Welt von Beheimateten, deren ganzer Stolz ein kosmopolitischer Ferienspaß ist, sich träumen lässt. Man muss sich wehren gegen unstatthafte Gefühlssteigerung, die einen aus der Überlegenssphäre hinaus ins Sentimentalische reißen würde. Nietzsche ist da mit seinen schreienden, schwirren Flugs zur Stadt ziehenden Krähen und dem Winterschnee, der dem Vereinsamten droht. Weh’ dem, der keine Heimat hat, heißt es im Gedicht. Man mag nicht als exaltiert erscheinen und verdrängt die lyrischen Anklänge. Was bleibt, ist die nüchterne Feststellung: Es ist nicht gut keine Heimat zu haben.“ (Améry 1986, S. 101).

3. Was aber heißt Heimat, die man zweifelsohne nicht quantifizieren kann? Deren Kriterien kann man nicht mitten in der historischen Zeit und mitten im humanen, kulturell angeeigneten Raum systematisch und wie fix aufreihen. Man kann bestenfalls Richt- und Bezugspunkte nennen. Außerdem sind Gefahren historisch erfahren auszuflaggen.

4. Fasst man gegenwärtige Gegebenheiten oberflächlich, scheint (fast) alles gegen eine mögliche ‚positive‘ Darstellung als Antwort zu sprechen. Zutreffender: Eine Antwort scheint gar nicht nötig und, gäbe man sie, wäre sie für strebsame Menschen und Gesellschaften eher kontraproduktiv. Bindungen an ‚Heimatliches‘ würden wie konservative Bleiklotze am Fortschrittsbein hängen. Von Innovation zu Innovation sollen die gesellschaftlichen Entwicklungen springen. „Flexibel“ und „mobil“ lauten die leeren, aber habituell hart überprüften Devisen universellen Manpower-approaches lebenslangen Lernens. Schnelligkeit ist Trumpf, Schnelligkeit, die sich täglich übertrumpft. Und zu dem, was die längst alten, aber in ihrer Logik rund erneuerten Neuen Technologien habituell verlangen, passt allein die schon von Kant geheischte „ungesellige Geselligkeit“ (s. z.B. Belwe 2000). Die zwieträftig einander überholenden Individuen dürfen nicht einen Augenblick

verweilen, weil's so schön wäre, geschweige denn, gemäß dem emphatischen Leerformelkauerwelsch sich „solidarisch“ verhalten.

5. Wie kann man nur gegen diese Entwicklungen halten wollen, es sei denn in einer Ekstase der Ohnmacht? Schafft man es aber einzuhalten, seiner selbst und anderer inne zu werden, dann stürzt man über Günther Anders' neu und verschärft zu stellende Frage nach der Antiquiertheit des Menschen und der sogenannten Menschenrechte an erster Stelle (Anders 1956). Mit Hilfe historischer Anthropologie wissen wir bei weitem nicht alles und nichts Sicheres über den Menschen. Wir wissen, dass er sich wandelt. Wir wissen, dass das Spektrum seiner Verhaltensmöglichkeiten von höchster Humanität gelungenen Lebens reicht bis zur tiefsten Stufe von Tatsächlichkeiten dessen, was wir inhuman nennen. Wir können aber auch mit einem hohen Grad an Plausibilität, nämlich Millionen zählender Bestätigung, annehmen, dass der Mensch eine erkleckliche Reihe physischer und zugleich habituell psychisch-geistiger Bedürfnisse hat. Versäumt man sie, sind Leiden und/oder Aggressionen die Folge (vgl. eine entsprechende Skizze von Narr 2012 im Erscheinen). Und zu diesem Bleigewicht gehören sozialräumliche und sozialzeitliche Orte und Zeiten, die über eine erhebliche (soziale) Statik verfügen, „Heimaten“ also. Dynamik pur funktioniert nicht einmal technologisch, jedenfalls nicht ohne den langsamen Störfaktor Mensch. Ohne Statik gehen – kürzer oder länger – Menschen mit nicht mehr korrigier- und therapierbaren Verhaltensschludrigkeiten zugrunde. Statische Faktoren allein lassen es auch zu, sich zu orientieren und zu urteilen. Menschen brauchen auch Muße und – mit einem seit kurzem öfters verwendeten Begriff gesagt – ‚Entschleunigung‘.

6. Wieviel Heimat braucht der Mensch? Keine betulichen Täuschungen gärtnerkonservativer Beschaulichkeit. Wohl aber brauchen Menschen als Körpergeist- und Körperraumzeitwesen sehr viel mehr, als ihnen heute konkurrenz-, leistungs- und schnelligkeitsneurotisch zugebilligt wird. Und wer alt und arm ist und nicht mitkommt, wird psychophysisch abgedrängt. Das, was Menschen an sozialer, an kognitiver, an historischer Statik brauchen, genauer herauszufinden – im Kontext heutiger Zeit und ihrer Dynamik mit deren schmalspuriger Penetranz –, das, was Heimat heute besagen könnte, besagen müsste, ist des Schweißes nicht nur von Raumwissenschaftlern wert. Wohlan denn: Heimat!

* Der Vortrag wurde am 17.10.2008 im Egerländer Kulturhaus in Marktredwitz gehalten und in der Zeitschrift ‚Schönere Heimat‘ (Heller 2009) publiziert.

Literatur

Améry, Jean 1977.: Wieviel Heimat braucht der Mensch? In: Améry, J. (Hg.): *Jenseits von Schuld und Sühne*. Stuttgart, S. 74-101 (zuerst 1966).

Anders, Günther 1956: *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München.

- Anderson, Benedict 1983.: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London, New York.
- Arendt, Hannah 1986: *Der Niedergang des Nationalstaats und das Ende der Menschenrechte*. In: Arendt, H. (Hg.): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München. S. 559-625.
- Aschauer, Wolfgang 1987: *Regionalbewegungen – Aspekte eines westeuropäischen Phänomens und ihre Diskussion am Beispiel Südtirol*. Kassel (= *Urbs et regio*, Band 45).
- Bartles, Dietrich 1981: *Menschliche Territorialität und Aufgabe der Heimatkunde*. In: Riedel, Wolfgang (Hg.): *Heimatbewußstein. Erfahrungen und Gedanken. Beiträge zur Theoriebildung*. Husum. S. 7-13.
- Bastian, Andrea 1995: *Der Heimat-Begriff. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung in verschiedenen Funktionsbereichen der deutschen Sprache*. Tübingen.
- Bausinger, Hermann 1977: *Zur kulturellen Dimension von Identität*. In: *Zeitschrift für Volkskunde*, 73, 2, S. 210-215.
- Bausinger, Hermann 1990: *Heimat in einer offenen Gesellschaft. Begriffsgeschichte als Problemgeschichte*. In: Cremer, W., A. Klein: (Hg.): *Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven*. Bielefeld. S. 76-90.
- Bausinger, Hermann, M. Braun, H. Schwedt 1959: *Neue Siedlungen*. Stuttgart.
- Belwe, Andreas 2000: *Ungesellige Geselligkeit. Kant: Warum die Menschen einander ‚nicht wohl leiden‘, aber auch nicht ‚voneinander lassen‘ können*. Würzburg.
- Boyes, Roger 2007: *Die Neuen Patrioten*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2, S. 19-24.
- Brepohl, Wilhelm 1953: *Heimat als Beziehungsfeld*. In: *Soziale Welt*. Bd. 4, S. 12-22.
- Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden 1969. *Siebzehnte völlig neubearbeitete Auflage des Großen Brockhaus*. Achter Band. Wiesbaden.
- Burger, Rudolf 1994: *Patriotismus und Nation*. In: *Leviathan*, H. 2, S. 161-170.
- Duden-Etymologie 1953: Mannheim, Wien, Zürich.
- Engelhardt, Michael von 2002: *Alte Heimat – neue Heimat. Zur Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges*. In: Heller, Hartmut (Hg.): *Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionaler Bindung*. Erlangen. S. 29-69 (= *Erlanger Forschungen. Reihe A. Geisteswissenschaften*, Band 95).
- Fendl, Elisabeth 2002: *Deponien der Erinnerung – Orte der Selbstbestimmung. Zur Bedeutung und Funktion der Egerländer Heimatstuben*. In: Heller, Hartmut (Hg.): *Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung*. Erlangen. S. 63-78 (= *Erlanger Forschungen. Reihe A. Geisteswissenschaften*, Band 95).
- Fendl, Elisabeth 2007.: *Zwischen zuhause und daheim. Zum Heimatbegriff von Heimatvertriebenen*. In: *Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg* (Hg.): *Heimat – Annäherungsversuche*. Stuttgart. S. 21-30.

- Fink, Andreas, Stefan Willeke, Corinna Edmundts 1996: Heimat erreicht, Heimat verloren. In: Die Zeit, 5. April. Nr. 15, S. 9-10.
- Freyer, Hans 1955: Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Stuttgart.
- Fuhr, Eckhard 2007: Was ist des Deutschen Vaterland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 3-7.
- Gellner, Ernest 1983: Nations and Nationalism. Malden, Oxford, Carlton.
- Greverus, Ina-Maria 1979: Auf der Suche nach Heimat. München.
- Hard, Gerhard 1987: „Bewußtseinsräume“. Interpretationen zu geographischen Versuchen, regionales Bewußtsein zu erforschen. In: Geographische Zeitschrift, 75, 3, S. 127-148.
- Heine, Heinrich 5. Aufl. 1991: Atta Troll. Ein Sommernachtstraum. Deutschland. Ein Wintermärchen. München (Goldmann Verlag).
- Heller, Hartmut 2005: Stratigraphie des Heimatbegriffs. In: Heller, Hartmut (Hg.): Raum – Heimat – fremde und vertraute Welt. Entwicklungstrends der quantitativen und qualitativen Raumansprüche des Menschen und das Problem der Nachhaltigkeit. Münster u.a. (= Schriftenreihe der Otto-Koenig-Gesellschaft, Wien. *matreier* Gespräche zur Kulturrethologie). S. 260-275.
- Heller, Wilfried 2009: Heimat – ein selbstverständlicher Begriff? In: Schöner Heimat. Zeitschrift des Bayerischen Landesamtes für Heimatpflege, H.1 , S. 3-10.
- Heller, Wilfried, Friedhelm Koch 1987: Deutsche Aussiedler aus Rumänien – Landsleute oder eine Minorität? In: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde, Band 30, S. 21-55.
- Heller, Wilfried, Hans-Joachim Bürkner, Hans-Jürgen Hofmann 2002: Migration, Segregation und Integration von Aussiedlern – Ursachen, Zusammenhänge und Probleme. In: Heller, Hartmut (Hg.): Neue Heimat Deutschland. Erlangen. S. 79-108 (= Erlanger Forschungen, Reihe A – Geisteswissenschaften, Band 95).
- Heller, Wilfried, Wolfgang Aschauer 2004: Regionen als Instrumente der Kooperation und Integration. In: Revue des études sud-est européennes. Académie Roumaine. Institut d'études sud-est européennes. Tome XL, II, no. 1-4, 2004, Bucureşti. S. 271-292.
- Hirsch, Helga 1988: Fremde, die nie Heimat wird. Die polnischen Aussiedler fühlen sich bei uns nicht zu Hause. In: Die Zeit, 25. Nov., Nr. 48, S. 3.
- Kluge, Friedrich 1975: Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Berlin.
- Köhle-Hezinger, Christel 1999: Europa – eine Chance für ein neues Verständnis von Heimat? Vortrag in Bad Lörach am 5.10.1999. Bericht in: www.gemeinsamlernen.de/laufend/heimat/h321.htm (Zugriff: 08.07.2008).
- Körner, Hans-Michael 1997.: Heimat – Klischee, Mythos, Provokation. In: Weigand, K. (Hg.): Heimat. Konstanten und Wandel im 19./20. Jahrhundert. Vorstellungen und Wirklichkeit. München. S. 17-30.
- Kossert, Andreas 2008: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München.
- Krockow, Christian Graf von 1990: Heimat – Eine Einführung in das Thema. In: Cremer,

- W., A. Klein (Hg.): Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven. Bielefeld. S. 59-69.
- Lenz, Siegfried 1978: Heimatmuseum. Roman. Hamburg.
- Löffler, Roland 2005: Fremde in der neuen Heimat. In: Das Parlament, 55. Jg., Nr. 16, Berlin. 18. April.
- Mikula, Anna 1984: Edgar Reitz, ein Deutscher. In: Zeitmagazin, 26. Okt., Nr. 44, S. 36-42.
- Mitzscherlich, Beate 2000: „Heimat ist etwas, was ich mache.“ Eine psychologische Untersuchung zum individuellen Prozeß von Beheimatung. 2. Aufl. Herbolzheim (= Münchener Studien zur Landes- und Sozialpsychologie, Band 9) (Diss. FU Berlin 1995).
- Narr, Wolf-Dieter 1999: Identität als (globale) Gefahr. Zum Unwesen eines leeren Wesensbegriffs und seinen angestrebten Befindlichkeiten. In: Reese-Schäfer, W. (Hg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung. S. 101-128.
- Narr, Wolf-Dieter 2012: Kritik der menschenrechtlichen Urteilskraft – Zu Physik und Metaphysik der Sitten oder: Versuch, mir selbst und anderen die menschenrechte zu erklären. (Im Druckverfahren).
- Neumeyer, Michael 1992: Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens. Kiel (= Kieler Geographische Schriften, Band 84).
- Noack, Hans-Joachim 2005: Die geteilte Heimat. Vom Nachkriegschaos zum „Wunder der Integration“. In: Der Spiegel, 51, S. 54-62.
- Remarque, Erich Maria 1929: Im Westen nichts Neues. Berlin.
- Reuber, Paul 1993: Heimat in der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu Raumbezug und Entstehung von Ortsbindung am Beispiel Köln und seiner Stadtviertel. Köln (= Kölner Geographische Arbeiten, H. 58; Geographisches Institut der Universität zu Köln).
- Saslawskaja, Marina 1992: „Mein deutsches Leben, meine russische Heimat“. In: Zeitmagazin, 23. Oktober, Nr. 44, S. 26-35.
- Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München.
- Schröter, Klaus 2000: Thomas Mann im Urteil seiner Zeit. Frankfurt am Main.
- Sloterdijk, Peter 1999: Der gesprengte Behälter. Notiz über die Krise des Heimatbegriffs in der globalisierten Welt. In: Spiegel Spezial, 06, S. 24-29.
- Der Spiegel 1984: Die Republik im Lodenmantel. 38, 3, S. 144-154.
- Der Spiegel 1984: Geh über die Dörfer. 38, 40, S. 252-261.
- Stark, Joachim 1991: Heimat in Osteuropa. Das Problem territorialer Bindung am Beispiel deutscher Aussiedler. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, II, S. 273-286.
- Treiml, Manfred 1990: Wieviel Heimat braucht der Mensch? Überlegungen für den schulischen Unterricht. In: Cremer, W., A. Klein (Hg.): Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven. Bielefeld. S. 70-75.
- Zweig, Arnold 1929: Der Streit um den Sergeanten Grischa: Roman. Potsdam.

Christian Scholze ■

Heimat Europa – ein Erfahrungsbericht

Dem jungen Mann fällt es schwer zu antworten, fast ist es ihm unangenehm und doch will er das Gespräch, beteiligt sich, ist interessiert. Es ist ein Konflikt in ihm, der ihn sowohl belastet, wie auch interessiert. Weil es letztendlich eine Frage nach seiner Identität ist. Da diese Frage so schwer für ihn ist, ist er ihr bisher weitestgehend ausgewichen.

Ich hatte nicht damit gerechnet, dass allein die Frage „Was bedeutet der Begriff ‚Heimat‘ für Sie“ ein solches Gewicht haben würde. Doch mein Hintergrund ist ein anderer, viel klarer. Ich bin im Ruhrgebiet geboren, aufgewachsen, ich arbeite hier. Zwar sind meine Eltern als Kinder aus dem heutigen Polen gekommen, doch das hat in meinem Leben nie wirklich eine Rolle gespielt. Ich komme aus dem Ruhrgebiet, bin mit dieser Region verbunden. Vor allem kenne ich das Gefühl „Heimat“, weiß, dass das unabhängig ist von schönen Gebäuden, beeindruckender Natur und kulturellen Reichtümern. Das Gefühl stellt sich ein, wenn ich auf der Autobahn das Schild „Nordrhein-Westfalen“ passiere, wenn ich mich im Zug Dortmund nähere. Aber definieren lässt es sich kaum. Im Vorfeld dieses Projekts war ich einigermaßen naiv davon ausgegangen, dass jeder Mensch das kennt. Ich habe mich getäuscht.

Für den Mann, der mir an diesem Vormittag in Rüsselsheim gegenüber sitzt, ist das ganz anders. Sein Vater ist Türke, seine Mutter Irin, aufgewachsen ist er in Rüsselsheim. In den Osterferien war er immer in Irland, in den Sommerferien in der Türkei. Was ist Heimat?

Er kennt das Gefühl nicht. Er windet sich, er versucht etwas zu beschreiben, er scheitert. Nach langem Überlegen sagt er, dass es viel besser wäre, über „zu Hause“ zu sprechen. Das ist für ihn klar.

Die NRW-Stiftung Natur – Heimat – Kultur feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum. 1986 wurde sie von der Landesregierung zum 40. Geburtstag des Landes NRW nach dem Vorbild des britischen National Trust gegründet und hilft seitdem gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und ehrenamtlich arbeitenden Gruppen, die sich in NRW für den Naturschutz und die Heimat- und Kulturpflege einsetzen. Über die Jahrzehnte hat die NRW-Stiftung im ganzen Land unzählige Einrichtungen, Gebäude und Anlagen in ihren Bestrebungen unterstützt und nicht selten die Existenz gesichert. Die Jubiläumsfeierlichkeiten ziehen sich in zahlreichen Aktivitäten in einer Tournee über das ganze Land NRW. Ein Teil dieser Aktivitäten ist die Theaterproduktion „Projekt Heimat. Die Vögel“ des Westfälischen Landestheaters Castrop-Rauxel (WLT), in der ich Regie geführt habe.

Schon seit einigen Jahren hat das WLT einen künstlerischen Schwerpunkt auf das sehr weite Feld „Interkultur“ gelegt. Dabei ist es gelungen, mit Hilfe von Produktionen wie „Schwarze Jungfrauen“ von Feridun Zaimoglu und Günter Senkel und der Bühnen-Uraufführung der Adaption von Fatih Akins Film „Auf der anderen Seite“ ein Profil zu entwickeln, das überregional sehr stark wahrgenommen wird. Neben den Produktionen ist es in einem solchen Zusammenhang immer wichtig, weitergehende Projekte zu initiieren, die die Auseinandersetzungen über ein Thema zuspitzen und intensivieren. Gerade das Thema „Interkultur“ hat in den letzten Jahren eine solche Dynamik bekommen, das man mit allen Initiativen, in denen man sich bewegt, aufpassen muss, nicht von der Aktualität überholt zu werden.

Der entscheidende Schritt, mit der Sensibilität zu dem Thema auf der Höhe der Zeit, des Gedankens und der Entwicklung zu sein, wurde beim WLT durch die Ansetzung von regelmäßigen Nachgesprächen zu der Produktion „Schwarze Jungfrauen“ geleistet. Das stets äußerst aufgewühlte Publikum hat die Gelegenheit, sich zu den thematisierten Lebensschicksalen zu äußern. Noch wichtiger ist dabei, dass es zu Gesprächen kommen kann zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und es so auch gelingt, zu einem Verständnis füreinander zu kommen.

Die Erlebnisse aus diesen Produktionen, den Auseinandersetzungen in den Probenphasen, den Nachgesprächen, die darüber hinausgehenden Erfahrungen aus Lesungen, Diskussionen etc. bildeten die Grundlage für die Entwicklung des Stückes „Projekt Heimat. Die Vögel“.

Was bedeutet „Heimat“ für Menschen mit Migrationshintergrund? In NRW? Generell? Für eine Theaterproduktion ist es zunächst einmal ungewöhnlich, dass der Ausgangspunkt ein Thema ist und kein Stück. Das ist eine besondere Herausforderung, weil die Regie bzw. das Ensemble eine vollkommen andere Herangehensweise verfolgen muss. Man kann nicht voraussetzen, dass Schauspieler das automatisch leisten können.

In unserem Fall war der Prozess der Auseinandersetzung mit der Thematik ein gleichermaßen inspirierender wie auch durchaus verstörender.

Die ersten Schritte führten zu einigen grundsätzlichen Entscheidungen.

- Die Produktion hat einen Tourneecharakter und soll dem Publikum ins Bewusstsein bringen, dass das Thema „Heimat“ für Menschen mit Migrationshintergrund eine andere Bedeutung hat als man denken könnte. Von daher soll das Stück an Orten gezeigt werden, die sonst nicht als Theaterkulisse dienen. Dies soll einerseits dafür sorgen, dass die Attraktivität des Landes betont wird, andererseits auch eine Spannung herstellen, da viele dieser Orte auch in einem Spannungsverhältnis zu den Alltagssituationen der Menschen mit Migrationshintergrund stehen.
- Kern des Stückes müssen Aussagen von Menschen mit Migrationshintergrund sein. Da man davon ausgehen muss, dass die Wahrnehmung und das Bewusstsein von „Heimat“ auch generationenabhängig ist, sollen Interviews möglichst mit Familien geführt werden.

- Es ist wichtig, die in den letzten Jahren so populäre Form des Dokumentations-theaters (Rimini-Protokoll) zu vermeiden. Von daher ist es wichtig, im Zentrum des Ganzen ein Stück bzw. einen Ausschnitt eines Stückes zu haben, das sich in der Theatergeschichte bereits bewährt hat.
- Das Ensemble soll aus drei Schauspielern, zwei Männern und einer Frau bestehen.

Es gab früh die Sicherheit, dass es notwendig sein würde, das Thema in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Das heißt, es aus dem Rahmen des lediglich Heutigen heraus-zuziehen und sich bewusst zu machen, dass die Thematik, über die seit einigen Jahren in Deutschland mit so großer Emotionalität und häufig auch Bösartigkeit gesprochen wird, eine immerwährende, grundlegend menschliche ist. Das Thema Heimat, die Angst vor et-was Fremden, das als Gefahr und nicht als Bereicherung gesehen wird, die Sorge, das Ver-traute zu verlieren, bzw. umgekehrt, das Vertraute aus unterschiedlichen Gründen verlas-sen zu müssen, ist ein so elementarer Teil der Geschichte eines jeden Landes, eines je-den Volkes, dass eine künstlerische Auseinandersetzung nur über die Ausweitung der Di-mension erfolgen kann.

Aus diesem Grund haben wir als Zentrum für die Produktion ein antikes Stück ge-sucht, das die Thematik behandelt. Dabei stießen wir auf „Die Vögel“ von Aristophanes, ein Stück, 2500 Jahre alt, das auf komödiantische Weise die Sehnsucht nach einem per-fekten Ort zum Leben in den Fokus rückt.

Zwei Griechen, Euelpides und Pisthetairos, haben ihre Heimatstadt Athen verlassen, um Tereus, einen Wiedehopf, aufzusuchen, der einst ein Mensch war. Von dem wollen sie einen Rat bekommen, wo es sich zu leben lohnt, da sie sich in Athen nicht mehr wohl füh-len.

Euelpides: (...) Denn während heutzutage alle Ausländer nach Athen hinein wollen, drängt es uns, geborene Athener von echtestem Schrot und Korn, drängt es uns, ohne dass einer hinter uns her wäre, hinaus. Nicht, dass wir Sparta vorzögen oder Athen, das herrliche, nicht liebten.

Als sie Tereus schließlich finden, präsentiert er sich ihnen zunächst sehr feindselig. Seine Vorschläge und Äußerungen bringen Pisthetairos aber schnell auf den Gedanken, dass die Lösung des Problems des „perfektes Ortes“ darin besteht, selber eine Stadt zu gründen. Man soll sich also den Ort, an dem es am schönsten ist, selber schaffen. Diese Vision wird umgesetzt. Doch als die eigene Stadt, Wolkenkuckucksheim, steht, verwandelt sich auch dieser Ort schnell in ein von menschlichen Eitelkeiten, Korruption und Ei-fersüchteleien geprägtes Abziehbild des Herkunftsortes.

Es ist ein Stück, das mit einem hohen Grad an Absurdität, die Sehnsucht nach einem Ort, nach Heimat, behandelt. Trotz aller Komik wird bei den Protagonisten immer eine Verlorenheit deutlich, eine Identitätssuche, die sie dazu bringt, keine Alternative zu sehen als Vertrautes aufzugeben, um im wahrsten Sinne des Wortes Boden unter die Füße zu kriegen. Dabei stoßen sie immer wieder auf starke Ablehnung bei den Personen, mit denen sie es zu tun bekommen. Zu keinem Zeitpunkt ist ihnen aber bewusst, dass sie in ihrer

Suche nach einem lebenswerten Ort zu genau den „Ausländern“ werden, wegen denen sie selber Athen verlassen haben.

Es stellte sich schnell raus, dass die Arbeit an der Thematik schwierig werden würde. Ein erster Beweis dafür war die Schwierigkeit, Gesprächspartner zu finden. Viele Anfragen wurden in dem Moment abschlägig beschieden, in dem das Thema erläutert wurde. Allein daraus wurde uns klar, dass es sich offensichtlich um ein Thema handelt, das mit großer Sensibilität behandelt werden muss, ein Thema, bei dem das Schamgefühl noch ausgeprägter ist, als in vielen anderen Bereichen.

Familie U

Das erste Gespräch fand bei Familie U statt. Der Familienvater ist Afghane, seine Gattin ist eine zum Islam konvertierte Deutsche, die Kinder, anwesend waren ein Sohn und eine Tochter mit ihrem Ehemann, sind muslimisch erzogen worden. Der Familienvater hat Kabul Ende der 70er Jahre verlassen.

Es wird sofort deutlich, dass insbesondere bei dem Familienvater die Gedanken an „Heimat“ und wie sich diese definieren lässt, schmerzhaft sind:

Sie werden es auch merken, dass es für mich schwer ist zu sagen: Was ist Heimat? Weil das mit meinem ganzen Leben und so weiter zu tun hat. Weil ... meine Heimat in dem Sinn existiert nicht mehr. Bei mir ist es ganz anders und das hab' ich auch selber feststellen müssen. Als ich weg war von Afghanistan, hatte ich genauso Heimweh und hab' mich nach den Dingen gesehnt, was ich als Kind erlebt hatte.

Sofort wird klar, dass man in einem solchen Gespräch auf einer elementaren und tiefen Ebene über Leben und Identität spricht. Selbstverständlich ist es auch so, dass es in der Wahrnehmung des und in der Reflexion über das Leben große Unterschiede gibt.

Als Recherche für eine Theaterproduktion bedeuten diese Gespräche auch immer eine Spiegelung zu den eigenen Wahrnehmungen.

Herrn U ist in jedem Moment anzumerken, wie verloren er sich fühlt, wie stark auch das Bewusstsein ist, etwas für sein Leben Entscheidendes verloren zu haben:

Nur wenn ich an frühere Zeiten denke, als ich Kind war ... das ist eine schöne Zeit. Ich möchte die letzten Jahre in Afghanistan verbringen. Es ist so: Ich hab' diesem Land z. B. überhaupt nichts bis jetzt geben können ... Obwohl ich die Mittel besitze, habe ich es nie geschafft, das Ruder rumzureißen. Das Problem ist: Wenn ich gehe, ich kann nicht alle mitnehmen. Heimat in dem Sinne, wovon ich träume, das werd' ich nie wieder sehen.

Er macht eine Pause. Er dreht sich im Kreis.

Als ich das erste Mal dann nach vielen, vielen Jahren wieder dort (in Afghanistan) war. Und das erste Mal war ich eine Nacht in Kabul, zwei Tage sozusagen. Das war ein Schock für mich. Alles war kaputt. Sogar so, dass man manche Straßen nicht finden konnte. Und die Menschen, die man kannte, waren überhaupt nicht mehr da.

Neue Leute aus den Dörfern waren in der Stadt, haben in den Ruinen gelebt. Man kannte weder die Menschen noch die Stadt, keine Freunde, gar nichts. Also diese zwei Tage waren für mich eine sehr lange Zeit. Ich wollte so schnell wie möglich weg. Und da hab' ich festgestellt: Heimat, das existiert nicht mehr. Es ist eine Erinnerung ... ja ... von früher, als noch alles intakt war.

Eine solche Erkenntnis muss außerordentlich schmerzhaft sein, weil in so einem Moment klar ist, dass man nicht mehr vor der Frage steht, bleibe ich in dem Land, in dem ich zur Zeit lebe, und kehre irgendwann in mein Geburtsland zurück. Für Herrn U ist dieses Land nicht mehr existent, es gibt keine Möglichkeit zu etwas Vertrautem zurückzukehren, es gibt somit auch keine Basis mehr, keinen Boden, auf dem man landen kann. Zu diesem Zeitpunkt blieb ihm nur übrig, sich in Deutschland mehr oder weniger endgültig zurechtzufinden und sich mit allem, mit dem er in Deutschland Tag für Tag konfrontiert ist, zu arrangieren.

Als praktizierender Moslem kennt er z. B. die fast täglichen Anfeindungen, den latenten Terrorismusverdacht, die Politik, die eher an der Befriedigung der Stimmung in der Bevölkerung interessiert ist als der Unterstützung einer Minderheit:

In Deutschland hatte ich auch nie dieses Heimatgefühl. Weil man muss sich wirklich wohl fühlen. Und jeden Tag, wenn man aufwacht, wird man dran erinnert: Du bist ein Ausländer. Meine Frau auch. Vom ersten Tag an: Wir wollten weg. Aber so können wir nicht gehen. Ich muss zuerst meine Ausbildung fertig machen und dann können wir gehen. In der Zeit ... wenn wir irgendwas kaufen wollten ... einen Wohnzimmerschrank ... wozu? Wir gehen doch.

Komplizierter als für ihn stellt sich die Situation für seine Frau dar. Sie ist im verbreiteten Klischeedenken eindeutig als Muslima erkennbar und hat dementsprechend Erfahrungen gemacht – wenn man so will, in ihrem eigenen Land!

Sie berichtet von Blicken, wenn sie einkaufen geht, in Busse steigt, kurz, wann immer sie sich in einem öffentlichen Raum befindet, schlägt ihr Ablehnung entgegen, einzig aus dem Grund, weil sie ein Kopftuch trägt und daraus geschlossen wird, dass sie keine richtige Deutsche ist. Sie hat die absurde Erfahrung gemacht, dass ihr das Gefühl für ihre Heimat, das sie im Gegensatz zu ihrem Mann gut kennt, genommen wird.

Noch schwieriger ist die Situation für die Tochter der Familie und ihren Mann. Denn während die Eltern nicht mehr so unbedingt vor den Fragen stehen, wie das Leben zu leben ist, wie man die Existenz sichern kann und ob es eine Alternative zum Leben in Deutschland gibt, stehen die Kinder am Anfang ihrer beruflichen Entwicklung. Sie müssen Entscheidungen treffen für ihre Zukunft, sie müssen sich positionieren und Erfahrungen machen.

Auch aus ihren Berichten wird deutlich, dass die Überlegungen, mit denen sie sich auseinandersetzen haben, von Anfang an eine andere Intensität haben als die vieler anderer Menschen, da die Bedingungen unter denen sie leben, andere sind. Beide, Tochter und Schwiegersohn bekennen sich eindeutig zum Islam, sind in Deutschland geboren und auf-

gewachsen, haben in Deutschland studiert und ihre Abschlüsse gemacht. Jedoch, ein Gefühl zu haben, das sich mit einer „Heimat“ in Zusammenhang setzen lässt, das ist ihnen fast unmöglich:

Das was ich Deutschland nenne, das, was für mich deutsch war und das, was an mir auch immer deutsch war, ist halt so ein altes Deutschland, was ich von meinem Opa kenne. Durch die Bücher die er mir gegeben hat, dir Lieder, Kasperltheater, Wanderlieder, Grimms Märchen und so. Das ist für mich eigentlich immer Deutschland gewesen. Und natürlich die deutsche Sprache. Aber was jetzt ist – da kann ich immer weniger damit anfangen. Obwohl ich weiß, dass ich deutsch bin, hab ich das Gefühl, dass sich die Gesellschaft nicht so stark öffnet. Es ist schwer für mich Deutschland noch als Heimat zu bezeichnen. Ich hab ganz stark gemerkt im Moment, wo der Sarg von meinem Großvater unter der Erde war: Scheiße irgendwas ist gerade weggegangen. Da ist jetzt ne Mauer und da kommen wir nicht rüber. Ich lebe zwischen zwei Welten. Wenn es nach mir ginge, würde ich beide in meinem Herzen tragen wollen. Aber eine Welt gibt mir das Gefühl, unerwünscht zu sein. Ich bin deutsch! Ich spreche deutsch! Mein Blut ist deutsch. Ich kenne auch das Kasperle-Theater. Aber mein Aussehen ist nicht deutsch! Ich betrachte mich im Spiegel und erkenne den Grund, weshalb man mich anstarrt, als wäre ich eine Schwerverbrecherin. Als Kind habe ich nie wahrgenommen, dass ich anders bin, dass mein Vater dunkel ist. Erst heute merke ich, wie verschlossen die Gesellschaft mir gegenüber ist. Wer bin ich? Warum wollt ihr mir meine Identität rauben? Sobald ich mein Kopftuch abnehme, werdet ihr doch neue Gründe finden, um mich zu verjagen.

Sie befindet sich mitten in einem Prozess, der ihr Erfahrungen bereitet, die verletzend sein müssen. Teilweise bedeutet das puren Rassismus, da auch sie eindeutig als Muslima zu erkennen ist, dies auch eine sehr klare Haltung ihrerseits ist, die dazu führt, dass sie aufgrund von Äußerlichkeiten beurteilt wird. Diese Erfahrungen, die in sich häufig vielleicht nur einen Anekdotencharakter haben, führen in der Masse dazu, dass ihr ihr Land entfremdet wird. Sie tut sich sehr schwer mit dem Begriff „Heimat“, weil das für sie eine Art Bekenntnis bedeutet, die sie so nicht eindeutig fühlen kann. In ihrem Inneren vielleicht schon, doch dieses Innere wird Tag für Tag zugedeckt von Erfahrungen, die sie machen muss und die sie Kraft kosten. Sie muss sich grundsätzlich die Frage stellen, wie viel Anpassung bzw. Selbstverleugnung von ihr verlangt werden kann oder, um es anders zu formulieren, wie viel sie bereit ist, von dem was ihr wichtig ist, in ihrer Identität, preiszugeben:

Als mein Opa gestorben ist, ist auch ein Teil Heimat in mir gestorben. All die schönen Erinnerungen an früher wurden ausradiert. Es begann ein neuer Lebensabschnitt. Die Veränderungen in meinem Leben, haben dazu geführt, dass ich die Welt mit einem anderen Blick wahrnehme. Situationen haben mir vor Augen geführt, dass ich Dinge verändern möchte. Ich will hier leben, akzeptiert werden und eine Familie gründen.

Doch der Prozess schreitet voran, denn sie und ihr Mann haben für sich die Entscheidung getroffen, die Herausforderungen, vor die sie dieses Land stellt, anzunehmen und aktiv an Veränderungen teilzunehmen. Sie wollen nicht, dass die ihnen entgegenprallende Aggressivität das ist, was dieses Land charakterisiert, sie nehmen Teil und forcieren einen gesellschaftlichen Wandel, weil sie Deutschland als ihr Land wahrnehmen.

Familie T

Als zweites sprachen wir mit der oben erwähnten Familie in Rüsselsheim. Was für eine Ausgangssituation: Der Vater Türke, als Student der Zahnmedizin Anfang der 60er-Jahre nach Deutschland gekommen, die Mutter Irin, die ihren Mann auf einem Kongress in London kennenlernt, der Sohn geboren und aufgewachsen in Rüsselsheim. „Heimat“?

Der Sohn:

Ich bin zwar hier geboren, aber ich fühle mich nicht heimisch. Es ist ein sehr schwieriger Begriff. Heimat nimmt heute keiner mehr in den Mund. Und „Mein Land“ gibt es auch nicht mehr. Ich lebe in Deutschland, meine Freunde wohnen hier, meine Arbeit ist hier, ich fühle mich wie ein Deutscher! Die Generation von heute ist heimatlos. Wie wollen sie das Gefühl bekommen?

So nimmt dieses Gespräch von Anfang an eine völlig andere Richtung. Während die Eltern mit ihrer bewussten Entscheidung ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland zu haben nach wie vor sehr glücklich sind und sie gleichzeitig überhaupt keinen Widerspruch zu ihren Heimatgefühlen sehen, sie diese auch klar haben, ist für den Sohn der Begriff „Heimat“ praktisch nicht existent. Er kennt das Gefühl nicht, hat es nie kennengelernt.

Der Sohn ist dreisprachig aufgewachsen, aber wo er hingehört, das weiß er nicht. Je länger das Gespräch geht, umso schwieriger wird es für ihn.

Im Gegensatz zu der jungen Generation bei Familie U stellt sich für den Sohn in dieser Familie überhaupt nicht die Frage, ob er in Deutschland leben will oder nicht. Er hat keine Alternative, da er als Lebensmittelpunkt nichts anderes kennt und seine Eltern wohl auch nie während ihres Arbeitslebens darüber nachgedacht haben, aus Deutschland wegzugehen. Gleichzeitig hatte er nie eine Perspektive, irgendwo eine Heimat zu finden. Er fühlt sich in Deutschland wohl, aber genauso auch in Irland und in der Türkei. Es macht keinen Unterschied, das Gefühl, das die Basis für eine Identität ausmacht, kennt er nicht.

Familie H

Weiter geht die Reise in die Ungewissheiten der Emotionen. Erneut erwarten mich Überraschungen und Tiefen, mit denen man erst mal umgehen muss.

Über einen Bekannten komme ich in Kontakt mit der Familie eines Schriftstellers. Rein türkisch, die Eltern mit der ersten Generation aus der Türkei als Kinder nach Deutschland gekommen, der Sohn, gerade mal 11 Jahre alt, in Deutschland geboren.

Als die Mutter nach einiger Zeit versteht, worum es geht, was das Thema des Be-

suchs ist, als ihr klar wird, dass das Gerät auf dem Tisch vor ihr ein Diktiergerät ist, dass die Aussagen in ein Theaterstück eingearbeitet werden sollen, erklärt sie, dass sie in diesem Moment einen Anruf bekommen hat, dass sie aus Versehen den Büroschlüssel ihrer Arbeitsstelle mitgenommen hat und jetzt dorthin muss, um jemanden hereinzulassen. Und weg ist sie.

Bleibt der Vater:

Nein, schlimm ist das nicht. So wurden wir am Anfang genannt: Wir sind Gastarbeiter. Und ab den achtziger Jahren nannte man uns Ausländer. Und jetzt nennen sie uns Migranten. Also der Name hat sich ständig geändert. –

Ich bin in Istanbul geboren. Damals wohnten meine Eltern in Istanbul in den fünfziger/sechziger Jahren. Ich war zehn Jahre alt, als ich hierher kam. Meine Eltern waren zuerst hier. Meine Mutter kam 1969 nach Deutschland. Mein Vater 1970. Dann haben sie uns zu sich geholt. Ja ... und dann haben wir angefangen hier zu leben. Das Allererste war die Sprache, die schwierig war. Bis ich das gelernt hab', das hat einige Zeit gedauert. Das Komische dabei war ... als meine Eltern mich her gebracht hatten 1970, bin ich drei Monate in die Schule gegangen, und ich habe kein Wort verstanden. Das einzige Wort, das ich gelernt habe, war Ball.

Es ist eine Angewohnheit bei allen Familien, die sich für die Gespräche zur Verfügung stellen, dass bei diesem Thema die Familiengeschichte erzählt werden muss, damit ein Verständnis geweckt werden kann. Und so erzählt er von seiner Kindheit, von Erfahrungen und Schlüsselsituationen, von allem Möglichen – aber er sagt nichts zu der eigentlichen Thematik. Erst nach mehrmaligem Nachfragen nähern wir uns.

Obwohl ich jetzt dreißig, vierzig Jahre hier bin, sitze ich hier auf Dornen. Ich bin jeden Tag, tagtäglich bin ich immer wieder bereit fortzugehen. Vielleicht kann ich morgen nicht mehr da sein. Seit dreißig Jahren sitze ich nun auf dem Sprung. Ich kann mich nicht entscheiden, ob ich nun in diesem Land bleibe oder es verlassen soll. Was wäre aus mir geworden, wenn ich nicht hierher gekommen, sondern in meiner Heimatstadt Istanbul aufgewachsen und zur Schule gegangen wäre? Einen Beruf erlernt und eine Familie gegründet hätte? Wieviel anders wäre mein Leben verlaufen?

In diesem Moment bekommt das Gespräch eine Wendung, die symptomatisch ist für alle Gespräche und alle Gesprächspartner, mit denen wir es zu tun bekommen. Ob er gar nicht merkt, was da zum Vorschein kommt? Minutenlang denkt er laut darüber nach, dass er sich nirgendwo wirklich zu Hause fühlt, dass er im Grunde nur im Ruhrgebiet wohnen bleibt, weil er nicht weiß, wo er hingehen soll. Er verbringt seine Zeit damit, darüber nachzudenken, wie es wäre, wegzugehen, aber er weiß einfach nicht, wohin. Er erzählt, dass er viel unterwegs ist, viele Orte sieht – und sich nirgends wirklich wohl fühlt. Er erklärt zwar, dass er davon ausgeht, den Ort, an dem er wohnen möchte, sofort zu erkennen, aber er begreift überhaupt nicht, dass er diesen Ort nicht finden wird. Es ist eine innere Verlorenheit, die immer stärker in den Vordergrund rückt, die schmerzhaft deutlich macht, wie hilflos der Mensch lebt, wenn seine Seele keine Heimat findet. Er wird unru-

hig, es ist eine Suche, die mit jedem Tag verzweifelter wird. Er erklärt, dass er sofort aufbrechen würde, wenn er wüsste, dass er den Ort der Sehnsucht gefunden hat. Für seine Familie muss das sehr schlimm sein, denn sie wissen, dass es ihnen passieren kann, dass von einem Moment auf den anderen ein Umzug anstehen könnte. Damit überträgt sich die Orientierungslosigkeit und Verlorenheit von ihm auf den Rest seiner Familie. Doch das ist ihm egal, denn er wird aufgefressen von seiner eigenen Hilflosigkeit.

Aus dieser Suche nach Heimat ergibt sich eine weitergehende Auseinandersetzung und ein Hadern mit dem eigenen Leben. Aus dem Gefühl, keinen Ort zu haben, zu dem man gehört, folgt, dass das Leben, das man führt, keinen Inhalt hat. Aus der Suche nach Heimat ergibt sich ein Gefühl von absoluter Sinnlosigkeit im Leben. Er denkt darüber nach, was hätte sein können.

Wie viel anders wäre mein Leben verlaufen? Ich bin irgendwie auf dem Sprung und mit diesen Gedanken lebe ich die ganz Zeit so. – Wenn ich in die Türkei reise, da fühl' ich mich auch nicht so ... jetzt bin ich da, jetzt kann ich ... so Erleichterung kann ich auch nicht feststellen. Ich bin noch auf der Suche. Ich weiß nicht wo ich hingehöre. Sozusagen. Das ist Gefühlssache. Das werd' ich dann wissen, wenn ich da bin. Dann würd' ich sagen, das hab' ich gesucht. Sind wir unterernährte Seelen? Ich weiß es nicht. Ich versuch' mir selbst manchmal zu erklären, warum ich so bin. Und dann fühl' ich mich meistens auch unglücklich. Und ich denke, das hat mit meinen unglücklichen Gefühlen zu tun. Ich kenne ziemlich viele Leute ... manchmal denke ich, dass ich das Glückseligsein vergessen hab'.

Man hat das Gefühl, dass die Niedergeschlagenheit des Vaters gleichzeitig den Sohn dazu bringt, permanent über sich selbst nachzudenken. Doch statt in eine Depression zu fallen, führt das zu einer hohen Sensibilität, die zwar auch von negativen Erlebnissen geprägt ist, die aber auch dazu führt, dass er eine Reife hat, die für sein Alter sehr ungewöhnlich ist:

Das ist wie ... wenn Sie jetzt eine Urlaubsreise machen und Sie haben keinen Koffer dabei. Sie kommen ... Sie gehen ... wie soll ich sagen ... nackt. So kommt man auch hierhin und dann muss man die Sachen auch erst mal finden oder kaufen. Ich versuche so deutsch wie möglich zu sein. Ich zeig's auch. Manche merken das auch nicht.

Er ist elf Jahre alt, er lebt seit knapp sechs Jahren in Deutschland, er kommt klar, er hat sich arrangiert. Über die Antwort auf meine letzte Frage an ihn, muss er nicht lange nachdenken: In Deutschland bleiben?

Nein, eher nicht!

Familie P

Weiter geht die Reise. Inzwischen wissen wir, dass jedes weitere Gespräch ein weiterer Kopfsprung ist in eine völlig ungewisse Tiefe an Emotionen.

Familie P ist wieder eine ganz andere Geschichte, die wieder alles, was wir bisher erlebt haben, in Frage stellt, anders aussehen lässt, uns wieder bewusst macht, nicht nur, dass Ausgangssituationen so enorm unterschiedlich sind, dass man zwar versucht ist, sie

miteinander in Beziehung zu setzen, das aber fast nicht geht. Die Schicksale von Menschen unterscheiden sich nun mal. Was natürlich jederzeit klar ist, wird, wenn man damit im Rahmen eines Projektes konfrontiert ist, verwirrend. Wie soll man mit so etwas umgehen können.

Die letzten Gespräche, die wir geführt hatten, brachten uns mit Menschen in Kontakt, die im Grunde ihre Lebenssituation einigermaßen frei gestalten konnten. Im Vergleich zu Familie P eine Luxussituation.

Den Familie P sind Roma aus dem Kosovo. Sie sind geduldet. Und haben diesen Status seit über 20 Jahren. Man muss versuchen, sich das vorzustellen. Geduldet sein bedeutet, dass alle paar Monate oder, wenn man Glück hat am Ende eines Jahres ein Brief kommt, der die Duldung verlängert. Doch eine Sicherheit, dass man bleiben darf, gibt es nicht. Das bedeutet, es gibt einen ständigen Begleiter im Leben dieser Familie namens Ungewissheit. Gleichzeitig hat die Familie ein sehr starkes Gefühl dafür entwickelt, was es bedeutet, in Deutschland zu leben. Der Begriff „Heimat“ bekommt in ihrem Zusammenhang eine andere Dimension.

Ja, sie sind im Kosovo aufgewachsen, haben dort gelebt, doch für sie ist der Begriff mit dem Gefühl von Sicherheit verbunden. Denn sie mussten das Herkunftsland verlassen, wurden in Deutschland aufgenommen und werden hier geduldet. Sie haben zahlreiche Erfahrungen gemacht, die sie geprägt haben, sowohl in negativer Hinsicht wie auch in positiver. Negativ ist zunächst fast alles, was mit Ämtern und Behörden zu tun hat. Die Regelung mit der Duldung ist ein Zustand, der selbst einen Menschen, der in sich stark gefestigt ist, auf Dauer zermürbt. Nach 20 Jahren kein Recht dahingehend zu haben, dass gesagt wird, „Ihr dürft bleiben, ruht Euch aus“ hat massive psychische Auswirkungen bei allen Familienmitgliedern. Und dennoch ist ihnen bewusst, dass sie sich auf einer anderen Ebene in Sicherheit befinden.

Am Besten formuliert das der Herr P, der auf meine Frage nach seiner Definition von „Heimat“ schlicht sagt, „Heimat ist da, wo ich auf die Straße gehen kann und keine Angst haben muss.“

Dieses Gespräch verschiebt die Perspektiven. Es macht deutlich, was man zu schätzen lernen muss. Familie P hat in all den Jahren immer wieder Unterstützung erfahren, vor allem von kirchlichen Einrichtungen wie z. B. der Diakonie, der Kirchengemeinde, aber auch von Nachbarn usw. All diese Hilfe, die sie bekommen haben, hat ihr Bild von Deutschland und den Deutschen geprägt. Sie lieben dieses Land und die Stadt, in der sie leben, aus tiefstem Herzen. Sie wissen zu schätzen, dass sie hier sein dürfen, und obwohl der Zustand der Duldung nur schwer zu ertragen ist, schaffen sie es zu differenzieren:

Es gibt viele Gründe warum ich diese Stadt so liebe. Der wichtigste ist die Sicherheit. Hier fühle mich so wohl, dass ich keine Probleme damit hätte, im Sommer mich auf den Bürgersteig zu legen und in den Himmel zu schauen. Ich fühle mich so frei, dass es mir egal ist, ob die Menschen lachen oder mir den Vogel zeigen. Denn diese Freiheit bekomme ich nicht überall. Ein Zuhause, ein kuscheliges Bett, eine warme

Mahlzeit, das ist für mich Heimat. Mehr brauche ich nicht.

Die Aussage von Herrn P kommt mit leiser Stimme, alle Leidenschaft ist für einen Moment ausgeschaltet, seine Frau weint leise. Sie haben als Familie das Gefühl, eine Heimat zu haben, einen Ort, an dem sie sein wollen, ein Ort, an dem Menschen ihnen positiv entgegenkommen, durch Kleinigkeiten ist dieser Ort für sie zum Lebenszentrum geworden, zur Heimat. Sie sind in all den Jahren zig mal umgezogen in der Stadt, sie wissen nie, ob sie wirklich bleiben dürfen und wie lange. Schon in ein paar Monaten sind sie wieder von der Abschiebung bedroht.

Frau A

Schließlich noch ein Einzelgespräch. Gerne hätte ich mich auch hier mit der ganzen Familie unterhalten, aber aufgrund einer Erkrankung des Vaters war das nicht möglich. So führe ich das Gespräch mit der Tochter. Letztendlich glaube ich, dass sie ein Beispiel dafür ist, wie es zahlreiche gibt, sie ist ein Beispiel dafür, wie es in den allermeisten Fällen läuft, und dafür, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt:

Ich komme aus einer Gastarbeiterfamilie. Mein Vater ist 1968 mit 37 Jahren nach Deutschland gekommen – allein zunächst. Er kam aus einer normalen Bauernfamilie aus dem Osten der Türkei. Er hat hier 8 Jahre gearbeitet und uns dann '76 nachgeholt. Es war so, dass mein Vater, immer wenn er Urlaub hatte, in die Türkei geflogen ist – Also deswegen sind wir ja auch alle in der Türkei auf die Welt gekommen. Mein Vater war da, hat seinen Spaß gehabt und alle 4 Jahre kam dann ein Kind. War wohl nicht geplant, ist wahrscheinlich Zufall – ich hab keine Ahnung! Das war für meine Mutter schon hart, weil sie natürlich in der Türkei war. Klar, die Familie war da. Aber 3 Kinder waren da und kein Vater. Das Ziel für meinen Vater war natürlich wieder in die Türkei zurückzukehren – ganz eindeutig. Ich glaube, das war dann das Drängen meiner Mutter :,, Nein wir kommen nach Deutschland, hier ist das Leben nicht so ...“ Mein Vater wollte auch später immer wieder zurück. Aber meine Mutter wollte nicht. Sie hat gesagt, in der Türkei könnte sie sich nie so frei bewegen. Sie hat mich sogar gefragt, ob ich meinem Vater sagen könnte, dass er mich hier nicht allein lassen darf. Ich hab mich dann zurückgehalten und gesagt, dass sie das selbst klären muss. Und sie hat es geklärt.

So kam sie also als Kind einer anatolischen Familie nach Deutschland und musste sich hier zurechtfinden, genau wie ihre Eltern. Während der Vater arbeitete, die Kinder in die Schule gehen, muss die Mutter sich in einer völlig neuen, fremden Umgebung zurechtfinden. Sie kann nicht schreiben und lesen zunächst, sie kann die Sprache nicht, sie arbeitet als Hausfrau, ist viel allein. Ihre Tochter erzählt, dass es auch keinerlei Ansatz gab, ihr die Sprachen beizubringen, da alle davon ausgegangen sind, dass sie in absehbarer Zeit zurückkehren. Es ist sehr bemerkenswert, dass die Mutter die Sicherheit hatte, in Deutschland bleiben zu wollen, während der Vater offensichtlich immer das Ziel hatte, in

die Türkei zurück zu kehren. Doch sie blieben, die Kinder wachsen auf, lernen, sich zu behaupten in einer Umgebung, die ihnen gegenüber durchaus feindselig auftrat:

Es gab eine Schlüsselsituation bei der Hausaufgabenbetreuung in der Schule. Ich war mit den türkischen Mädchen im Nebenraum, weil die anderen uns schon dauernd genervt und geärgert haben, und als die Betreuerin kam und es aussah wie Sau, hieß es: „Das waren die türkischen Mädchen“. Da hab ich gesagt: „So, das lässt du nicht mit dir machen!“ und bin nach drüben mit den türkischen Mädchen im Schlepptau und hab mich total aufgeregt, wer denn das gesagt hätte. Und dann kam Michael – ein dicker Junge – viel größer als ich. Ich, ich war klein und dünn und er war groß und dick, der meinte dann: „Halt die Fresse, Missgeburt!“ oder so was. Ich hab mich umgedreht und gesagt: „Du entschuldigst dich bei mir!“ Er : „Nee, mach ich nicht!“ Also bin ich aufgestanden, hab mich auf den draufgesetzt und hab ihn verprügelt. Um uns herum die ganzen Schüler: die türkischen Mädchen „... ..!“ und die Deutschen „Michael, Michael!“ Und nach diesem Punkt haben mich wirklich alle mit Respekt behandelt. Das war echt irre, wie im Tierreich: Der Stärkere gewinnt. Ich bin dann da die Stärkere gewesen und alle haben mich plötzlich ganz anders behandelt. Auch Michael Meyer. Ich war hinterher sogar auf seinem Geburtstag. HALLO??!?!“

Sie behauptet sich und erkämpft sich Erfolgserlebnisse, die dazu führen, dass sie ein Selbstbewusstsein aufbaut und sich Visionen erarbeitet. Sie muss für sich selber sorgen, sie macht Erfahrungen, bei denen ihre Eltern ihr nur bedingt helfen können, weil deren Leben völlig anders verlaufen ist. Ihr Heimatgefühl ist ein grundlegend anderes als das ihrer Eltern. Sie macht eine Lehre als Grafikdesignerin, sie arbeitet, es macht ihr keine Freude, sie bricht diesen Weg ab und beginnt zu studieren: Deutsch und Französisch auf Lehramt. Für ein Semester geht sie nach Frankreich:

Mir wurde nach Frankreich auch klar, wie hässlich Duisburg ist. Ich kam wieder und habe gedacht: Mein Gott, in was für einer hässlichen Stadt wohnst du eigentlich? Aber ich lebe gerne hier. Es ist hässlich, aber ich weiß wie ich damit umgehe. Ich hab als Kind schon immer irgendwie gewusst, dass ich anders bin. Ich wollte immer wie die hier sein, ich wollte dazu gehören, ja ich wollte einfach deutsch sein.

In ihrem Fall funktioniert das deutsche Bildungssystem. Es funktioniert gerade deswegen so gut, weil sie immer weiß, dass nichts selbstverständlich ist. Sie weiß, wie hart das Leben für ihre Eltern war und ist, wie schlimm das Gefühl sein muss, nicht dort zu leben, wo die Seele sich zu Hause fühlt. Doch ihr Leben ist anders, sie weiß, dass sie hier verwurzelt ist. Aus dieser Ausgangssituation plant sie ihr Leben:

Natürlich will ich was verändern. Neulich saß ich im Zug und zwei türkische Jungs haben sich unterhalten und nach jedem Satz kam ein „Alter!“ und die Sätze so verkürzt – man hat nicht darauf geachtet, dass der Satz grammatikalisch korrekt und vollständig ist, sondern verkürzt – ganz schnell sagen, was Sache ist. Ich hab mich echt zusammengerissen. Ich war ´n paar Mal ganz kurz davor zu sagen: „Sprich bitte ordentliches Deutsch, das regt mich total auf!“ Und das ist natürlich ´ne Sache, die

will ich verändern. Ich will nicht, dass Kinder so reden. Ich merke einfach, wie wichtig Sprache ist. Wenn du die Sprache nicht beherrschst, wirst du nicht für voll genommen. Dass du überhaupt wahrgenommen wirst als jemand, der äußerlich zu erkennen gibt: Ich bin wirklich nicht aus diesem Land, ich komme aus weiter Ferne. Da muss man wirklich die Sprache beherrschen. In dem Moment, wo ich die Sprache beherrsche, ist der Andere gezwungen mir zuzuhören. Und dass man mir in irgendeiner Form auch das Recht gibt etwas äußern zu dürfen. Und erst darüber kann ich dann etwas verändern.

Ihr ist völlig klar, dass all das, was sie erlebt hat und wo sie im Leben steht, Erfahrungen bedingt, die zu schaffen sind. Sie wird Lehrerin werden, sie sieht ihre Berufung darin, anderen, die vielleicht eine ähnliche Ausgangssituation haben wie sie, zu helfen, einen Weg zu finden, Selbstbewusstsein aufzubauen und Deutschland als Heimatland zu entdecken.

Herr M

Schließlich und endlich: das Ensemble. Während zwei der drei Darsteller keinen Migrationshintergrund haben, dementsprechend die Heimat- und Identitätsfrage relativ klar und eindeutig ist, ist die Produktion für den Jüngsten im Ensemble durchgehend eine Konfrontation mit der eigenen Geschichte, der eigenen Identität, der Reflexion über das eigene Leben in Bezug auf Entscheidungen, das Verhältnis zu den Eltern. All diese Gedanken haben mit der Suche nach der Antwort auf die Frage „Was ist Heimat“ zu tun. Aus all den Gesprächen, die wir im Vorfeld geführt haben, ist allen klar, dass die Thematik so komplex ist, dass sie nicht einfach eindeutig zu beantworten ist. Es spielen immer Fragen nach der eigenen Vergangenheit, der Vergangenheit der Eltern und der augenblicklichen Selbstwahrnehmung mit rein.

Herr M ist pakistanischer Abstammung. Er ist in Deutschland geboren. Als er ungefähr 11 war, sind seine Eltern probeweise für ein Jahr nach Pakistan zurück gekehrt. Für ihn war das keine schöne Zeit, er fühlte sich noch stärker ausgegrenzt als in Deutschland. Was blieb, war die Gewissheit einerseits, dass er Pakistan nicht als seine Heimat ansehen kann, andererseits aber auch, dass er sich in einem Vakuum befindet, denn auch in Deutschland wurde ihm immer wieder vermittelt, dass er da eigentlich nicht hingehört. Statt zweier Identitäten dachte er lange, er habe gar keine.

Der Prozess der Auseinandersetzung brachte ihn dazu, sich für Deutschland zu entscheiden, sich nicht zu bemitleiden, sondern das Schicksal, wie es ist, anzunehmen und dafür zu sorgen, dass seine Existenz in Deutschland so wird, dass er dieses Land als seine Heimat sehen kann. Er begriff, dass es an ihm selber lag und liegt.

Ich will meine Fantasiewelt, meine Traumwelt in meinem Kopf nicht zerstören. Traumwelt. So etwas kann schnell entstehen, wenn man auf der Suche nach etwas ist. Es hat lange gedauert, mir über diese Traumwelt klar zu werden. Landschaften, Auto-

bahnen, Städte, Menschen, dass alles befindet sich in meinem Kopf. Wie eine Landkarte sieht es aus. Alles ist grün und schön, die Menschen sind glücklich unter einem wunderschönen Vanille-farbenden Himmel. Kinder planschen im Wasser. Welch eine Utopie. Ich kann das Land meiner Familie nicht besuchen, weil ich Angst habe, diese Traumwelt nicht zu finden und das dann alles wie ein Kartenhaus in mir zusammenbricht. Ich bin hier gefesselt und bin mir ziemlich sicher, dass ich dieses Land niemals verlassen werde. Dieser Satz klingt negativ, aber ich möchte damit sagen, wie sehr ich mich als Deutscher fühle.

Was wie ein Kompromiss klingt, wie eine Notlösung wirkt, ist in Wahrheit für ihn der einzige gangbare Weg. Er hat begriffen, dass all das, was ihm vielleicht über das Herkunftsland seiner Eltern erzählt wurde, eine Form der Verherrlichung ist, die als unrealistisch erkannt werden muss. Die Realität ist Deutschland, das hat er akzeptiert in der für ihn positivsten Weise. Nur so kann er dann nach vorne blicken, er hat seine Herkunft nicht verleugnet, er trägt sie in sich, aber er blickt in die Zukunft als Deutscher.

Träume. Was sind Träume? Was haben unsere Träume zu bedeuten? Können Träume Glück, Unglück oder die Zukunft voraussagen oder geben Träume Handlungsanweisungen an uns? Träume sind Gefühle in Bildern. Ob Träume Glück, Unglück oder die Zukunft voraussagen, ist noch ungewiss. Aber ich bin der Meinung, dass Träume Menschen Halt geben, und wenn wir an nichts anderes glauben, dann wenigstens an unsere Träume. Denn Träume können Menschen verändern, sie können einem Stärke geben und glücklich machen.

Die Produktion

Was macht man mit den Ergebnissen aus diesen Gesprächen? Zweifellos haben wir uns der Begrifflichkeit „Heimat“ so genähert, dass wir wissen, dass das, was für viele von uns mit einer absoluten Selbstverständlichkeit hingenommen wird, für einen großen Teil der Bevölkerung etwas sehr Schwieriges ist. Es ist immer mit den Fragen über die eigene Identität verbunden. Mit diesen Fragen sind dann auch alle an der Produktion Beteiligte konfrontiert. Somit führen wir in den Probenphasen auch häufig intensive Gespräche über unsere Leben. Mit Probenbeginn ist die Sensibilität für die Lebenssituationen von Migranten und von Menschen mit Migrationshintergrund sehr hoch.

Gleichzeitig sind alle Kanäle für Einflüsse von außen offen. Wir lesen gezielt Bücher, denken über die Arbeiten von Künstlern nach, die es geschafft haben oder schaffen, in ihren Werken existenziell zu werden. Dazu gehören vor allem Joseph Beuys und Ai Weiwei. Aber auch alle Nachrichten haben einen gewaltigen Einfluss auf den Entwicklungsprozess des Stückes. Die Gespräche mit den Familien haben dazu geführt, dass unsere Empathie für die Schicksale anderer Menschen größer geworden ist. Wir denken permanent darüber nach, wie das Stück am Ende aussehen wird.

Die Schauspieler sind in ihrer Empfindsamkeit durch die Gespräche mit den Familien auch besonders gut in der Lage, sich in die Figuren des Stückes von Aristophanes hin-

einzuversetzen. All das, was bei unseren Gesprächspartnern die Ausgangssituation ihrer Leben war, nämlich der eigentliche Vorgang der Migration, sei es durch die Eltern oder durch sie selbst, ist im Stück das, was die Protagonisten gerade erleben.

Wie kann es gelingen, dies alles in einer Produktion in einen solchen dramaturgischen Bogen zu kriegen, dass die Inszenierung nicht in einem Dokumentationsstadium steckenbleibt? Denn wir wollen ja keine Zustandsbeschreibung von etwas, das sich ein Publikum auch selber überlegen kann. Unser Ziel ist es immer gewesen, aus einer Wahrnehmung etwas zu kreieren, das das Publikum inspiriert.

Die Lösung ist ein Geschenk.

Am 1. Juni 2011 erscheint in der ZEIT unter dem Titel „Wir brauchen einen neuen Aufbruch“ ein Gespräch zwischen Stéphane Hessel und Richard David Precht. Gerade in den Lebenserfahrungen des Widerstandskämpfers Hessel finden sich Antworten auf die Lebenssituationen unserer Familien, ihren Schicksalen, aber auch auf die Fragen, die uns in der Produktionszeit so intensiv beschäftigt haben. Während wir häufig in den Gesprächen beinahe schon eingeschüchtert und demütigt den Geschichten zuhörten und oft nicht wussten, was wir sagen sollten, zeigt sich nun eine Form des Friedens, mit der wir so nicht gerechnet hatten:

Hessel: Wir müssen versuchen, Gedanken nicht nur in Institutionen, sondern auch in die Köpfe der jungen Leute zu bringen. Um ihre Haltung ändern zu können, brauchen sie Gedanken der Gelassenheit, der Nicht-Gewalt, des Zusammenlebens von Kulturen, von Zivilisationen. (...) Ich plädiere für das Prinzip des Experiments. Experimente sind überhaupt das Wichtigste für uns. Wir sollten in Demokratien soziale und politische Experimente befürworten, damit die Leute Freiheit empfinden. (...) Etwas, was viele als wünschenswert empfinden, wird wahrscheinlich auch wahr. (...) Der Mensch ist als Einzelner überfordert, weil er Heimatlichkeit regional oder lokal empfindet. Die Grenze, die mich vom Nachbarn trennt, kann ich übersteigen. Aber ich kann nicht alle Grenzen übersteigen. Doch wenn es keine Grenzen gäbe, würde man die Notwendigkeit, sie zu überschreiten, nicht empfinden. (...) Aber als sehr alter Mensch sage ich, solche Widersprüche hat es immer gegeben. Nehmen wir zum Beispiel die Kolonialreiche von Frankreich und England. Man sagte sich: Natürlich, es wäre schön, wenn diese Völker befreit würden. Aber es geht einfach nicht. Denn wir haben unsere Interessen, die dagegenstehen. Dann kommt plötzlich ein Wind auf, und der Wind wird so stark, dass die Menschen sich ändern müssen. Nehmen wir den Stalinismus. Er sah aus wie für die Ewigkeit gemacht, aber es kam ein Wind der Freiheit auf, und dann wurde seine Überwindung plötzlich möglich. Daran glaube ich. Das hängt mit meiner Biografie zusammen. Wenn man 1942 im Widerstand war und sich jetzt 70 Jahre später fragt: Was nun? Na ja, dann spürt man ein Glücksgefühl, dass die Welt vorwärts geht. Das Glücksgefühl teile ich gern mit jungen Menschen. Und Sie würden mir sehr helfen, wenn Sie mir sagen könnten, was aus Ihrer Sicht eines jungen Deutschen heute für Europa, für die Welt möglich wäre.

Der Ausschnitt, den wir in der Produktion verwenden, ist länger. Es gelingt, das Thema durch die Distanz eines Lebens auf eine andere Ebene zu stellen, die Mut macht. Die begreifen lässt, dass die Frage nach Heimat und Identität eine Frage ist, die weit über unsere Aktualität hinausgeht, die eine Menschheitsfrage ist. Das Thema Migration ist eines, mit dem die Menschen seit Tausenden von Jahren konfrontiert sind.

Das Begreifen, dass sich jede Gesellschaft in einem ständigen Wandel befindet, ist der Schlüssel dazu, dass alle unsere Gesprächspartner und Zuschauer das Signal bekommen, dass jede Anstrengung einen Wert hat.

*Ich werde als Junge die Stadt verlassen
und komme als Mann wieder zurück.
Weint nicht,
spart euch die Träne
Mama, ich liebe dich
bald komm ich wieder heim
Ich laufe mit Tränen die Straßen entlang
Fühle mich schlecht,
bekomme Schuldgefühle
Mein Herz zerbricht mit jedem Schritt
Doch mit Gottes Hilfe
werde ich es schaffen
Vater, du hast doch gesagt, ich muss mein Weg gehen
also unterstütze mich
und benehme dich wie ein Vater
Jede Nacht tut meine Seele weh
jede Nacht weine ich in meinem Zimmer
wenn ich dir was bedeute, dann gib mir ein Gefühl von Liebe*

Ali Murtaza

Wolfgang Aschauer ■

Unwürdige Armut als Form gesellschaftlicher Beziehungen – das Beispiel der ungarischen Roma

1 Einleitung

Sich mit Armut zu beschäftigen, kann ganz unterschiedliche Inhalte haben. Zum einen kann es sich darum handeln, wie ganze Gesellschaften (die sog. „armen Länder“) mit dem absoluten oder relativen Mangel an bestimmten Gütern umgehen; zum anderen kann Armut ein Begriff sein, der sich auf einen Teil einer gegebenen Gesellschaft bezieht. Armut ist dann das definatorische Merkmal einer Personengruppe, die etwa über weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens in einem Land verfügt (so die Definition der Armutsgefährdung in der EU); Personen dieser Merkmalskategorie können danach untersucht werden, wie sie mit diesem (wenigen) Einkommen zurecht kommen oder welche staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation beitragen können.

Die folgenden Ausführungen versuchen, einen anderen Zugang zum Thema der Armut zu finden; sie verstehen Armut nicht als Merkmal bestimmter Personen, sondern als eine Form gesellschaftlicher Beziehungen. Armut bedeutet dann nicht, dass einzelne Personen arm sind und andere reich und beides eher zufällig nebeneinander existiert, sondern dass Armut Ausdruck und Ergebnis des Verhältnisses zwischen den einzelnen Mitgliedern einer Gesellschaft ist.

Diese grundlegende Perspektive impliziert auch, dass es von der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Armut abhängt, ob und inwieweit Armut existiert bzw. als gesellschaftlich zu lösendes Problem anerkannt wird. Die zentrale Unterscheidung in der Wahrnehmung von Armut ist diejenige zwischen würdigen und unwürdigen Armen.¹ Würdige Arme sind diejenigen, deren Armut als unverdient angesehen wird und die deshalb einen prinzipiellen, wenn auch nicht immer realisierten Anspruch auf gesellschaftliche Unterstützung haben; hierzu können etwa Rentner, chronisch Kranke oder Unfallopfer gehören. Unwürdige Arme² sind hingegen solche Personen, deren Armut durch Merkmale der eigenen (zumeist liederlichen) Lebensführung erzeugt wurde, die also faul, kriminell oder insgesamt deviant sind.³ Da die Armut der ersteren Gruppe gesellschaftlich insofern nicht kontrovers ist, als es – unter der Voraussetzung vorhandener Finanzmittel – kaum

gesellschaftlichen Widerstand gegen eine stärkere Alimentierung dieser Personen gibt, soll im folgenden ausschließlich die zweite Gruppe betrachtet werden, da sich an der Debatte, ob jemand zu den unwürdigen Armen zählt oder nicht, auch der Wille zur Beeinflussung dieser Form von Armut entscheidet. Die in Ungarn wichtigste Gruppe, an der diese Debatte geführt wird, sind die Roma. Sie stehen daher im Zentrum dieses Beitrags.

Armut als Element gesellschaftlicher Beziehungen zu betrachten, hat noch eine weitere Konsequenz: Es wird unmittelbar offensichtlich, dass Armut gesellschaftlich wirksam nur von Nicht-Armen diskutiert wird; eine Reichtumsdebatte durch – vielleicht sogar unwürdige – Arme ist demgegenüber gesellschaftlich nicht existent. Vor allem Mittelschichtsangehörige befassen sich mit den Armen, nicht umgekehrt. Daher soll im folgenden auch und insbesondere die Sichtweise der Armen auf die Gesellschaft – und das heißt: auf die gesellschaftlichen Beziehungen, die Armut ausmachen – dargestellt werden. Dies bedeutet aber auch, dass Roma-Intellektuelle eher ungeeignet sind, diese gesellschaftlichen Beziehungen authentisch wiederzugeben; einzelne Personen aus der ungarischen Roma-Bevölkerung können aber ebenfalls nur mit Einschränkungen als Gewährsleute herangezogen werden, da die Zugehörigkeitsdefinition („Wer ist Roma?“) bereits Element der zu betrachtenden gesellschaftlichen Beziehungen ist und somit eine repräsentative Erhebung vor große methodologische Probleme stellt (vgl. Ladányi/Szelényi 1997 und 1998). Es werden daher Interviews mit lokalen Roma-Aktivisten als Quellen verwendet, da hier einerseits gute Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse angenommen werden kann und andererseits die Definition als Roma nicht strittig ist.

Damit ergeben sich für diesen Beitrag folgende Forschungsfragen:

- Welche theoretischen Modelle erlauben es, das Phänomen der „unwürdigen“ Armen zu diskutieren und zu erklären?
- Inwieweit können diese Modelle auf das Beispiel der ungarischen Roma angewandt werden?
- Wie wird die prekäre Lebenssituation der Roma von diesen selbst erklärt?

2 Armut als wissenschaftliches Problem

Das Thema der unwürdigen Armen, also derjenigen Personen, die innerhalb einer Gesellschaft als selbst verantwortlich für ihre Armut betrachtet werden, kann auf drei analytischen Ebenen untersucht werden: durch eine genaue Beschreibung (was charakterisiert diese Form von Armut?), durch eine kausale Erklärung (wie kommt es zu dieser Armut?) und durch eine funktionale Betrachtung (welche Funktionen haben unwürdige Arme für andere Teile der Gesellschaft?).

Die beiden in diesem Zusammenhang wichtigsten Konzepte sind die „Exklusion“ und die „Unterklasse“ (Kronauer 1997: 31-32). Der in der Armutsdiskussion in Europa heute wichtigere Begriff ist die Exklusion.⁴ Dieser Begriff verbindet (scheinbare) Radikalität – Personen können nur exkludiert oder inkludiert sein, eine dritte Möglichkeit existiert

nicht – mit Prozesshaftigkeit, da Exklusion immer auch als ein Vorgang zu verstehen ist. Dennoch und vielleicht gerade deshalb wirkt dieser Begriff in der Anwendung seltsam diffus; denn wenn jemand exkludiert wird, muss es auch jemanden geben, der dies tut. Und hier ist die einschlägige Literatur nicht sehr auskunftsfreudig – zumeist sind es wenig fassbare „strukturelle Gegebenheiten“, die als Akteure auftreten. Insofern liegt für den Begriff der Exklusion noch keine vollständige theoretische Ausarbeitung vor, die ihn für eine umfassende Betrachtung von Armut geeignet macht.

Wo der „Exklusion“ Mängel der theoretischen Füllung attestiert werden müssen, liegt bei der „Unterklasse“ das Problem eher in der konzeptionellen Überfüllung. Insbesondere als Leitbegriff der Armutsdiskussion in den USA können mit der *underclass* zwei diametral entgegengesetzte, überaus politisierte gesellschaftstheoretische Grundpositionen identifiziert werden. In der Übernahme des Begriffs, der von dem schwedischen Ökonomen G. Myrdal (1962) für diejenige Bevölkerungsgruppe der USA geprägt wurde, die aus der herkömmlichen Unterteilung der Gesellschaft in Klassen, die nach der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel bzw. die Einbettung in die wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse definiert wurden, herausfallen, entwickelten sich zwei Erklärungsmodelle, die eng mit politisch-ideologischen Richtungen in den USA verbunden sind: zum einen „Unterklasse“ als Kampfbegriff der sog. *reagonomics*, mit dem der bis heute vorherrschende rechtskonservative *mainstream* Armut auf die kulturellen Defizite der Armen zurückführt, zum anderen „Unterklasse“ als Beschreibungsformel für den dauerhaften Ausschluss bestimmter Teile der Bevölkerung vom gesamtgesellschaftlichen Wohlstand – eine Position, die mangels einer politischen ausschließlich von der akademischen Linken getragen wird (vgl. Bremer/Gestring 1997; Wilson 1992).

In der bloßen Beschreibung der unwürdigen Armen sind sich die Autoren jedoch weitgehend einig. Charakteristisch für diese Form von Armut sind folgende Aspekte:

- Langzeitarbeitslosigkeit oder Arbeit im Niedriglohnsektor, z. T. in informellen Beschäftigungsverhältnissen oder mit semi- oder illegalen Tätigkeiten;
- Ausschluss von höherwertigen Bildungseinrichtungen, kaum Zugang zu kulturellen Angeboten;
- schlechte gesundheitliche Situation, z. T. verbunden mit dem Konsum gesellschaftlich geächteter Drogen (etwa: Lösungsmittel statt Sekt);
- prekäre Wohnsituation, zumeist in Substandard-Wohnungen oder obdachlos;
- räumliche Konzentration und Segregation, Bildung von gettoähnlichen Wohnverhältnissen; z. T. wenig Sozialkontakte außerhalb der Familien;
- Ethnisierung der Armut: in der Literatur wird insbesondere auf die homogenen Viertel mit schwarzer Armutsbevölkerung in den USA hingewiesen, wobei ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Hautfarbe und der Wahrscheinlichkeit, zu den unwürdigen Armen zu gehören, besteht;
- „unbürgerliche“ Lebensformen: Sozialhilfe oder (Klein-)Kriminalität als wichtige Erwerbsformen; frühe Schwangerschaften, uneheliche Kinder, allein erziehende

Mütter u. ä. (Bremer/Gestring 1997: 63-64; Gans 1993; Katz 1993; Kronauer 1997: 39-43; Kuhm 2000: 62-63; Wilson 1992: 226-228)

Gerade die Bedeutung des letzteren Aspekts, in der Zusammenfassung auch „Kultur“ genannt, ist in der Diskussion höchst strittig. Es lassen sich insgesamt drei Argumentationsrichtungen unterscheiden, in denen „Kultur“ in die Erklärung der Armut der unwürdigen Armen Eingang findet (Kronauer 1997: 40-41).

Die erste Argumentationsrichtung (die als „politisch-ökonomische Variante“ bezeichnet werden kann) leitet diese Form von Armut aus im wesentlichen zwei Faktorenbündeln ab – ökonomischen Umstrukturierungen und Veränderungen zentralstaatlicher Wohlfahrtspolitik. So habe die Krise des herkömmlichen Wirtschaftssystems seit den 80er Jahren in den USA und in Westeuropa einerseits hochproduktive und gut bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten in neuen Wirtschaftsbereichen geschaffen, andererseits aber Arbeitsplätze für geringer qualifizierte Personen in großem Ausmaß vernichtet; in diesem Sektor sind niedrige Löhne mit hohem Arbeitsplatzrisiko verbunden, statt Dauerarbeitsplätzen existieren Teilzeitbeschäftigungen und Aushilfstätigkeiten. Zugleich hat sich der Zentralstaat in zunehmendem Maße aus der Regulierung (der Folgen) dieser Entwicklung zurückgezogen, es obliegt nun fast ausschließlich den einzelnen Kommunen, die Auswirkungen dieser ökonomischen Umstrukturierungen zu kompensieren. Gerade in denjenigen Städten und Regionen, die zu den Benachteiligten der Wirtschaftsentwicklung gehören, fehlen jedoch die finanziellen Mittel zur Gegensteuerung, so dass kumulative Effekte der Krise auftreten: etwa geringere Investitionen in den kommunalen Bildungssektor oder den kommunalen Wohnungsbau. Diese Entwicklung potenziert sich durch Konzentrations- bzw. Segregationsprozesse, wenn besser gebildete oder höher bezahlte Personen Stadtteile, Städte oder Regionen verlassen, in denen die soziokulturelle Umwelt (also: Angebot an Bildungs- und Kultureinrichtungen, Wohnmöglichkeiten, soziale Lage der Nachbarn usw.) negativ bewertet wird (Naroska 1988). Hinzu tritt eine Verknüpfung mit ethnisch-rassischen Merkmalen, da Schwarze (in den USA) aufgrund von Diskriminierung mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit Opfer dieser Entwicklungen werden. All dies führt zu Kulturformen, die gesellschaftlich als normabweichend gelten: Deviantes Verhalten ist dann Ausdruck und Ergebnis einer umfassenden sozialen Marginalisierung (Katz 1993; Wilson 1992).

Die zweite Argumentationsrichtung (die „kulturalistische Variante“) dreht diesen Zusammenhang um. Danach sind es die Verhaltensdefizite der Armen selbst, die zu ihrer schlechten sozioökonomischen Lage führen. Die Unterklasse ist Produkt einer besonderen „Kultur der Armut“ (Lewis 1959), in der sich die Auswirkungen der Armut auf die kulturellen Merkmale der Betroffenen von ihren Ursachen getrennt haben und sich nun autonom weitervererben und damit auch bei einer Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen zu einem Verbleiben im Armutsstatus sorgen. Wichtige Merkmale dieser Kultur der Armut sind unter anderem das geringe Bildungsniveau, das Misstrauen gegenüber staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die frühe sexuelle Aktivität, das

häufige Verlassen der Familie durch die Väter, Autoritarismus und Gewaltneigung seitens der Männer sowie geringe Zukunftsorientierung, Resignation und Fatalismus (Goetze 1992: 89 ff.). Wenn etwa junge alleinstehende Frauen Kinder gebären, anstatt eine Ausbildung zu machen oder ins Berufsleben einzutreten, dann sei die daraus resultierende Armut Ergebnis eben diesen Verhaltens und nicht irgendwelcher struktureller Faktoren. Diese Armut werde noch verstärkt durch eine Politik, welche die Armen in ihrem devianten Verhalten bestärke; so erhöhe Sozialhilfe den Anreiz, nicht zu arbeiten, und unterstütze damit die Herausbildung der Unterklasse.

Die dritte Argumentationsrichtung (die „Wechselwirkungsvariante“) kritisiert an der ersten Position die Reduzierung der Armen auf die Rolle als bloße Opfer der Verhältnisse und an der zweiten Position die empirisch entweder nicht belegten oder sogar widerlegten Zusammenhangsvermutungen (vgl. Bremer/Gestring 1997: 61; Katz 1993: 441-442) und setzt ein Wechselwirkungsmodell dagegen. Danach sei Armut grundsätzlich strukturell erzeugt; das deviante Verhalten sei als eine Kulturform zu verstehen, die sich diesen Gegebenheiten anpasse und insofern eine adäquate Reaktion darauf darstelle (Goetze 1992: 96). Zugleich reproduziere diese Kultur aber auch die extern induzierte Marginalisierung, verstärke und verstetige sie dadurch. Insofern hätten die unwürdigen Armen Kulturformen entwickelt, die zur Lebensführung innerhalb der Gegebenheiten sehr gut geeignet seien, aber keinerlei Perspektive darüber hinaus eröffneten.

Insgesamt befremdet in diesem gesamten Diskussionszusammenhang der verdinglichte „Kultur“-Begriff. Empirisch lediglich als diffuses Sammelsurium von Verhaltensweisen, Einstellungen und Verwendungsformen von Artefakten konstruiert, erhält „Kultur“ hier den Charakter einer Art zweiten Haut, die im wesentlichen unveränderlich zu konstanten, gruppentypischen Verhaltens- und Denkweisen der einzelnen Personen führt. Zugleich aber wird von der Armutsbevölkerung zumindest implizit gefordert, diese ihre zweite Haut doch umgehend abzustreifen, um in eine andere soziale Schicht gelangen zu können. Diese Vorstellung von Kultur ist nicht nur in sich widersprüchlich – einerseits determiniert sie Verhalten, andererseits kann sie nach Bedarf ausgetauscht werden –, sondern derart unkonkret, dass die Konsequenzen völlig beliebig sind. So werden zwar die sog. Defizite der „Kultur der Armut“ aufgezählt, die Alternativen aber nicht als Versprechen sozialen Aufstiegs formuliert; konkret: Den jungen Frauen der unwürdigen Armen wird etwa vorgeworfen, zu früh zu gebären. Dennoch erhalten sie auch dann nicht, wenn sie versprechen, erst mit 25 Jahren Mutter zu werden, eine gut bezahlte Stelle. So bleibt der Kultur-Begriff nicht nur analytisch sehr fragwürdig, sondern wirkt auch sozialpolitisch eher als Propaganda-Begriff denn als Ausdruck eines wirksamen Konzepts.

Dies wird auch dann deutlich, wenn die Durchlässigkeit anderer Schichten mit kultureller Begrifflichkeit betrachtet wird. Wenn etwa der „gute“ Unter- oder Mittelschichtsangehörige als „pünktlich zur Arbeit erscheinender, fleißig und sorgsam arbeitender“ Arbeiter oder Büroangestellter beschrieben wird, ganz ähnlich auch der „ehrliche und gewissenhafte“ Geschäftsmann, dann haben diese Werte nur sehr wenig mit den dominie-

renden Kulturmerkmalen der Oberschicht zu tun, in der es im wesentlichen darum geht, Zugehörigkeit bzw. Exklusivität im Habitus und in der Gestaltung des sozialen Umfelds zu organisieren. Trotz dieser kulturellen Differenzen wird dem aufstiegswilligen Mittelschichtsangehörigen nicht in erster Linie empfohlen, Oberschichtsatitüden anzunehmen (was dann auch als Hochstapelei gelten würde). Vielmehr werden solche kulturellen Anpassungsleistungen erst dann erwartet, wenn der soziale Aufstieg (etwa durch Anhäufung von Vermögen) bereits realisiert ist. Insofern wäre es konsequent, den unwürdigen Armen ebenfalls erst die Verbesserung des ökonomischen Status zu ermöglichen, bevor die diffusen Ansprüche an die kulturellen Merkmale gestellt werden.

Nicht zuletzt fällt in diesem Zusammenhang besonders auf, dass die öffentliche Meinung⁵, die von den Armen eine Verhaltensänderung einfordert, da sie nur so staatlicher Unterstützung würdig seien, moralische Ansprüche gerade an diejenige Bevölkerungsgruppe richtet, welche die geringsten ökonomischen und kulturellen Ressourcen hat, diesen Ansprüchen zu genügen. Eine entsprechende moralische Härte existiert gegenüber Personen, die z.B. unter Ausnutzung von Lücken in der Steuergesetzgebung Millionen anhäufen, nicht; offensichtlich ist es einfacher, sich über die geringe Summe, die an einen unwürdigen Armen ausgezahlt wird, zu entrüsten, als über Millionen, die von einzelnen der Allgemeinheit vorenthalten werden (vgl. a. Wilson 1992: 225).

Diese – nüchtern betrachtet doch recht seltsame – Verschiebung moralischer Maßstäbe hilft einerseits erklären, warum empirische Ergebnisse über den spezifischen Zusammenhang von (ökonomischer) Armut und Armutskultur in der öffentlichen Diskussion der unwürdigen Armen weitestgehend unbeachtet bleiben. Andererseits bedarf sie selbst einer Erklärung, d.h. es stellt sich die Frage, warum den Armen überhaupt mit moralischen Argumenten begegnet wird und warum gerade bei ihnen die Messlatte derart hoch liegt, dass sie mit größter Wahrscheinlichkeit nur darunter durch springen können. Die Antwort auf diese Frage ist kaum zu finden, wenn die kausalen Zusammenhänge von Armut, strukturellen Gegebenheiten und Armutskultur untersucht werden; vielmehr heißt es, sich mit der Funktion von Armut in der Gesellschaft und für einzelne Teile der Gesellschaft zu beschäftigen. Dabei zeigt sich, dass die unwürdigen Armen derart reich an Funktionen für die Gesellschaft sind, dass ein Verschwinden von Armut das Funktionieren der heutigen Gesellschaft tiefgreifend gefährden würde. Wichtige Funktionen sind unter anderem folgende (die folgenden Abschnitte beziehen sich insbesondere auf Gans 1992: 51-57):

- *wirtschaftliche Funktionen:*
- Arme füllen Lücken im Angebot an Arbeitskräften, in Boomzeiten könnten sie für Aushilfstätigkeiten herangezogen werden, in Krisenzeiten sind sie schnell zu feuern (nicht zuletzt da unwürdige Arme selten gewerkschaftlich organisiert sind).
- Arme können bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben eingesetzt werden: Wenn eine Kommune kein Geld etwa für die Pflege von Straßenbegleitgrün hat, kann sie Arme

-
- unter Androhung der Kürzung von Sozialhilfe zwangsverpflichten und so ihren Aufgaben mit minimalen Kosten nachkommen.
- Arme können gut als Tagelöhner auf dem grauen oder schwarzen Arbeitsmarkt eingesetzt werden, da sie kaum in der Lage sind, sich gegen ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse (incl. Einbehaltung von vereinbarten Löhnen) zu wehren.
 - Arme befriedigen den Bedarf an ökonomisch marginalen oder illegalen Gütern (etwa Sammeln von Feuerholz; Drogenhandel auf der Endverbraucherebene).
 - Arme ermöglichen durch fehlenden Marktüberblick und geringe Mobilität Einzelhändlern und Dienstleistern an peripheren Standorten Monopolgewinne, wie sie etwa in infrastrukturell gut erschlossenen Mittelschichtsvierteln nicht existieren.
 - Arme schaffen indirekt Arbeitsplätze, da die (übrige) Gesellschaft sie gut verwaltet sehen will; deshalb gibt es Sozialarbeiter, Polizisten, Gefängnispersonal.

 - *gesellschaftlich-ideologische Funktionen:*
 - Unwürdige Arme legitimieren die Besserversorgung von Mittel- und Oberschichtsvierteln mit öffentlicher Infrastruktur etwa im Bildungswesen oder im Wohnungsbau; da unwürdige Arme als kulturell unfähig zum Erwerb einer höheren Bildung oder zur Pflege des Wohnungsbestandes angesehen werden, kann damit die Verschiebung entsprechender Finanzmittel in andere Stadtteile oder Regionen gerechtfertigt werden.
 - Arme legitimieren die gesellschaftliche Schichtung; da sie aufgrund ihrer persönlichen Defizite „unten“ sind, sind die anderen aufgrund ihrer persönlichen Vorzüge „oben“. So können gesellschaftliche Schichtungsprozesse moralisch-ideologisch gegen Kritik immunisiert werden.
 - Arme legitimieren und stabilisieren die sozialen Normen. Da sie – zumindest in der unerschütterlichen Wahrnehmung der Öffentlichkeit – gegen Verhaltensnormen verstoßen und zugleich arm sind, können die sozialen Normen zur Grundlage gesellschaftlicher Wohlfahrt stilisiert werden. Erst wenn auch in den Mittelschichten eine soziale Norm an Bedeutung verliert (so etwa die Ehe als alleinige Form des Zusammenlebens), dient sie nicht mehr als Indikator a-sozialen Verhaltens.
 - Arme erfüllen eine herausragende Funktion als Inkarnation sozialer Verwerfungen und als Sündenböcke. Sie ermöglichen es, die Existenz von Armut nicht den strukturellen Gegebenheiten zuzuschreiben, sondern den Armen als Personen. Und sie können – in der Rolle des Sozialhilfebetrügers – ausbleibende öffentliche Investitionen begründen helfen (etwa in dem Sinne, dass mehr in die Ausstattung der kulturellen Infrastruktur investiert werden könnte, wenn nicht so vielen ungerechtfertigten Forderungen nach Sozialhilfe entsprochen werden müsste).
 - Arme erhöhen das Wohlfühlniveau derjenigen, die sich karitativ mit ihnen beschäftigen; auf dieser Grundlage finden etwa Spenden-Galas der Oberschicht ihren moralischen (und selbstverständlich auch medialen) Mehrwert.

- *politische Funktionen:*
- Armut legitimiert Armutspolitik, sei es als (zumeist „linke“) Politik, die sich die Verringerung oder zumindest bessere Verwaltung von Armut zum Ziel setzt, sei es als (zumeist „rechte“) Politik, die als vermeintlicher Sachwalter des „ehrbaren Bürgers“ eine Reduktion von Transferzahlungen an die unwürdigen Armen anstrebt.
- Armut legitimiert die Konzentration von Politik auf Mittelschichtsinteressen, da das deviante Verhalten der unwürdigen Armen deren Interessen delegitimiert und somit den Mittelschichtsinteressen einen moralisch höheren Wert zuschreibt.
- Armutsregionen eignen sich aufgrund der geringen politischen Stärke von Armen als Problemdeponie und als infrastrukturelle Puffer. In armen Gegenden können, ohne größeren Widerstand befürchten zu müssen, Einrichtungen wie Autobahnkreuze, Müllverbrennungsanlagen, psychiatrische Anstalten usw. errichtet werden; arme Gegenden können aber auch „unbeplant“ bleiben, bis marktwirtschaftlich und städteplanerisch geklärt ist, ob etwa ein Stadtteil luxusmodernisiert oder zugunsten eines Gewerbegebiets abgerissen werden soll.

Insgesamt hat die Diskussion um die underclass insbesondere in den USA gezeigt, dass es sehr wirksame Mechanismen gibt, die in einer Gesellschaft nicht nur zur Herausbildung von Armut führen, sondern diese (ökonomische) Armut auch in die Segregation und Konzentration von Personen überführt, die mehrere Elemente von Armut in sich vereinen und zugleich ethnisch-kulturell wahrnehmbar gemacht werden. Durch die moralische Definition dieser Armen als „unwürdig“ erhalten sie zugleich große funktionale Bedeutung für die Gesellschaft und stabilisieren so den Status Quo. Von zentraler Bedeutung für den Begriff der underclass ist die Verknüpfung von Armut und ethnischen Merkmalen (in den USA entweder die Hautfarbe bei den sog. „Schwarzen“ oder die Muttersprache bei den „Hispanics“); dadurch wird es möglich, eindeutig definierte Personen für die Rolle als „unwürdige Arme“ zu rekrutieren. Nicht zuletzt deshalb ist die Definition der ethnischen Zugehörigkeit ein unverzichtbares Element der Herausbildung der underclass.

3 Die ungarischen Roma als underclass

3.1 Die wissenschaftliche Diskussion

Im Hinblick auf die ungarischen Roma⁶ als eine ethnisch definierte Armutsbevölkerung⁷ ist auffällig, dass bisher kaum theoretisch fundierte Abhandlungen vorliegen, obwohl die zahlreichen Parallelen etwa zu den wichtigsten Beobachtungen, die in der underclass-Diskussion geäußert wurden, eine entsprechende Übernahme nahelegen. Im folgenden soll daher zunächst ein Überblick über theoretische Konzepte der ungarischen Roma-Forschung, der notgedrungen sehr kurz ausfallen wird, gegeben werden, um dann einige Einblicke in die im öffentlichen Roma-Diskurs auch wesentlich wirkmächtigeren alltagstheoretischen Positionen zu geben.

Die ungarische Roma-Forschung kommt weitestgehend ohne ein konsistentes gesellschaftstheoretisches Modell aus. Am zutreffendsten ist es wohl, von einer „weichen“ Mischung aus a) ökonomischen, b) diskriminierungstheoretischen und c) kulturalistischen Erklärungsmodellen zu sprechen. Darunter ist zu verstehen, dass etwa der Ausschluss vom Arbeitsmarkt überwiegend auf die wirtschaftlichen Umwälzungen nach 1989 zurückgeführt wird, die Segregation im Schulbereich eher als Form von Diskriminierung verstanden wird und einzelne Aspekte der Lebenssituation als Elemente einer besonderen „Roma-Kultur“ interpretiert werden. Als „weiche“ Mischung kann ein solches Erklärungs-, besser: Beschreibungsmodell deshalb bezeichnet werden, weil die jeweiligen Teilaspekte zum einen nicht aufeinander zurückgeführt werden, sondern lose nebeneinander existieren, und zum anderen so formuliert werden, dass für einzelne Beobachtungen neben der primären Erklärung auch die anderen möglich sind (so wenn etwa für die Arbeitslosigkeit neben den allgemeinen Problemen der Wirtschaftsentwicklung auch Formen der Diskriminierung und kulturelle Merkmale als Erklärung herangezogen werden).

Diese eher diffuse theoretische Position ist insbesondere für die großen Roma-Studien charakteristisch (vgl. etwa Kemény/Janky/Lengyel 2004), in denen sehr viele Daten erhoben wurden, ohne dass ein gesellschaftstheoretischer Ansatz vorliegt, auf dessen Grundlage diese Daten auch sinnvoll ausgewertet werden können. Exemplarisch zeigt sich dieser Sachverhalt in dem Band „A magyarországi cigányság története“ („Die Geschichte der ungarischen Zigeuner“; Dupcsik 2009), einem sehr materialreichen Überblick über die bisherige Roma-Forschung und ihre Ergebnisse. Der Autor formuliert auf der ersten Seite seines Buches (im „Spiegel und Spiegelbilder“⁸ betitelten Kapitel) das Ziel zu zeigen, dass „die Zigeuner eine grundlegende Rolle im Selbstverständnis der Nicht-Zigeuner-Bevölkerung in Ungarn ausfüllen – die Rolle des Gegenbildes.“⁹ (S. 11). Auf den weiteren 325 Textseiten wird dann dieses Bild, wie es von der ungarischen Roma-Forschung gezeichnet wird, dargestellt und auch in ihren Widersprüchen diskutiert. Ein wesentlicher Aspekt bleibt dabei jedoch unberücksichtigt: Denn wenn eine Bevölkerungsgruppe eine „grundlegende Rolle“ für eine andere Bevölkerungsgruppe ausfüllt, und sei es nur die im Zitat erwähnte Rolle, ein Gegenbild zu sein, dann ist diese Rolle nur zu verstehen, wenn sie durch die Untersuchung dieser anderen Bevölkerungsgruppe (hier: die Nicht-Zigeuner) analysiert wird. Und versteht man die Herausbildung von „Spiegeln“ und „Spiegelbildern“ als Metapher für eine bestimmte Art gesellschaftlicher Beziehungen, dann führt kein Weg an einer Gesellschaftstheorie vorbei, ohne die diese Spiegelungsprozesse nicht sinnvoll beschrieben und analysiert werden können.

Eine solche gesellschaftstheoretische Position nimmt das bereits skizzierte Theorem der *underclass* ein. Im wesentlichen ist seine ungarischsprachige Rezeption auf Arbeiten von Ladányi und Szelényi (Ladányi 2001, Emigh/Fodor/Szelényi 2001; zusammenfassend Ladányi/Szelényi 2004) beschränkt. Bevor näher darauf eingegangen wird, sollen zunächst die für die Betrachtung der Roma bedeutsamen Anforderungen an die

Operationalisierung der Theoriebegriffe der oben skizzierten Varianten thematisiert werden.

Aus der politisch-ökonomischen Variante ergeben sich im wesentlichen drei Fragen: 1. Weshalb fehlen vielen Roma diejenigen beruflichen Fähigkeiten, die sie für den nach der Wende veränderten Arbeitsmarkt geeignet machen würden? 2. Welche Formen von Diskriminierung gibt es und warum? 3. Wie kumulieren diese Typen von Benachteiligung und wie wirken sie sich auf die betroffenen Personen und ihre kulturellen Merkmale aus? Eine nähere Definition von „Roma“ ist dabei nicht erforderlich, es reicht aus festzustellen, dass die beschriebenen Prozesse „wissen“, wer Roma ist, und dies dann zu beobachten.

Ganz anders sieht es bei der kulturalistischen Variante aus: Hier muss zur Erklärung des Umstandes, dass Roma aufgrund ihrer kulturellen Merkmale zu einer *underclass* gehören, erstens geklärt werden, welche kulturellen Merkmale überhaupt für sie signifikant sind, und zweitens, weshalb diese Merkmale sich sozioökonomisch negativ auswirken. Dabei kann es dann nicht genügen, Kulturmerkmale von Roma, die zur *underclass* gehören, einfach zu beschreiben, sondern es müssen genuin ethnische Charakteristika identifiziert werden, die der *underclass*-Zugehörigkeit vorausgehen, denn nur so können ihnen Verursacher-Qualitäten zugeschrieben werden.

Am schwierigsten ist die Wechselwirkungsvariante zu operationalisieren, was im folgenden am Beispiel von Ladányi/Szelényi, die diese Variante favorisieren, diskutiert werden soll. Für die empirische Anwendung der Wechselwirkungsvariante sind zwei Aspekte entscheidend: das Verhältnis zwischen den strukturellen Gegebenheiten und der sog. „Kultur der Armut“ und die Messung der Bedeutung ethnischer Zugehörigkeiten. Der erste Aspekt wird von Ladányi/Szelényi ausführlich diskutiert: „Mit anderen Worten gehen wir zwar davon aus, dass die Entstehung einer Kultur der Armut die Folge gesellschaftsstruktureller Veränderungen ist, aber zugleich denken wir auch, dass, wenn sich einmal diese Kultur herausgebildet hat, sie den Ausbruch aus Armut und Exklusion in starkem Maße erschwert.“¹⁰ (Ladányi/Szelényi 2004: 25) An anderer Stelle wird die Kultur der Armut direkt mit dem Begriff der *underclass* in Beziehung gesetzt: „Unter der Kultur der Armut verstehen wir eine solche Gesamtheit von Werten und Verhaltensweisen, die als solche zwar nicht die Herausbildung der *underclass* verursacht, aber wenn dieser Prozess einmal begonnen hat, zum Vorhandensein entsprechender Werte und Verhaltensweise in großem Ausmaß beiträgt.“¹¹ (72)

Dieser Zusammenhang wird mit ausführlichen Beispielen aus der Empirie illustriert und – teilweise überaus humorvoll – kommentiert, so wenn etwa von einem holländischen Landwirtschaftsfachmann berichtet wird, der mit dem Ziel, eine Musterfarm einzurichten, in eine Roma-Siedlung kam und dort innerhalb kürzester Zeit „verzigeunerte“, d. h. jeglichen Arbeitsethos verlor und schließlich auch von der örtlichen Bevölkerung verachtet wurde. (95-98) Gerade an diesem Beispiel wird aber auch die problematische Seite der Anwendung des *underclass*-Theorems deutlich. Denn dieses enthält ja die direk-

te Anbindung der sozialen und ökonomischen Misere der betroffenen Personen an ihre ethnischen Merkmale. Dies ist im US-amerikanischen Fall relativ unproblematisch, da dort die gesellschaftliche Definition der „Schwarzen“ recht eindeutig ist. Im Fall der ungarischen Roma ist dem aber nicht so, worauf auch Ladányi/Szelényi wiederholt hinweisen. So kann dann ein holländischer Agrarfachmann ebenso „verzigeunern“ wie auch aus Zigeunern durch sozialen Aufstieg „Nicht-Zigeuner“ werden, d. h. Personen, bei denen entsprechende Merkmale nicht mehr wahrgenommen werden. Ebenso lassen sich geschichtliche Epochen unterscheiden, in denen „Zigeuner“ anders definiert werden als vorher oder nachher. Nicht zuletzt definieren auch empirische Untersuchungen Roma jeweils ganz unterschiedlich (vgl. Emigh/Fodor/Szelényi 2001: 6-8; Ladányi/Szelényi 2004: 56-69; Ladányi/Szelényi 2010).

Zugleich ist die Herausbildung einer underclass mit ihrer Kultur der Armut nicht ethnisch neutral, trifft also Personen unterschiedlicher Kategorisierung nicht gleichermaßen. Daraus ergibt sich die Frage, wie aus einer ethnischen Kategorisierung die Zugehörigkeit zur underclass wird. Ladányi/Szelényi weisen darauf hin, dass die Zugehörigkeit einer Person zu einer ethnischen Kategorie Resultat eines klassifikatorischen Kampfes ist, d. h. dass in einer Gesellschaft permanent neu verhandelt wird, welche ethnischen Kategorien es gibt und aufgrund welcher Merkmale einzelne Personen dazu zählen oder nicht. (Ladányi/Szelényi 1998; Emigh/Fodor/Szelényi 2001). Für die empirische Untersuchung einer Roma-underclass folgt daraus, dass es der Analyse ebendieser klassifikatorischen Kämpfe und damit der Operationalisierung der gesellschaftlichen Definition der Zugehörigkeit zu den Roma bedarf, um auf die Entstehung einer underclass schließen zu können.

Es existieren mehrere Möglichkeiten einer solchen gesellschaftlichen Definition, die hier nur kurz angerissen werden sollen:

- Roma werden definiert als Personen, die zur underclass gehören; wenn Personen „verzigeunern“ können, dann ist „Zigeuner“ keine Bezeichnung für eine autonom existierende ethnische Kultur, sondern eine ethnisierende Kommentierung eines bestimmten (unerwünschten) Verhaltens. Zigeuner sind in diesem Fall diejenigen, die sich zigeunerisch verhalten; tun sie dies nicht (mehr), sind sie auch keine Zigeuner (mehr).
- Roma sind Personen mit einer besonderen, gesellschaftlich wahrnehmbaren Kultur. Zu dieser Kultur können im Rahmen der hier diskutierten Wechselwirkungsvariante (s. o.) keine Aspekte einer „Kultur der Armut“ gehören, da sich diese erst mit der Zugehörigkeit zur underclass entwickeln und ihr nicht vorausgehen können. Vielmehr dienen andere Kulturmerkmale (etwa Sprache, typische Kleidung usw.) zur Definition von Roma und können so ihre soziale Einstufung in eine underclass ermöglichen.
- Eine weitere Definition erfolgt über den Wohnort. Sie bezieht sich darauf, dass Personen in einer Zigeuner-Reihe, einer Zigeuner-Siedlung, einem Zigeuner-Viertel oder einem Zigeuner-Dorf leben. In diesem Fall ist die Wahrscheinlichkeit sehr

hoch, dass sie von anderen als Zigeuner angesehen werden und sich vielleicht auch selbst dafür halten. Hier können dann die Prozesse ansetzen, die zur Herausbildung einer underclass führen.

- Die rassistische Definition – im wesentlichen über die Hautfarbe – kann dieselbe Rolle spielen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass eine solche Definition deutlich komplizierter und uneindeutiger ist als diejenige über den Wohnort. Wie Telles (2004) zeigt, lässt die gesellschaftliche Wahrnehmung in Brasilien weitaus mehr Unschärfen bei der Bestimmung der Hautfarbe zu als in den USA. Und wenn schon die Differenz zwischen „Weißen“ und „Schwarzen“ wesentlich ungenauer sein kann als es die US-amerikanische Praxis suggeriert, dann gilt dies noch viel mehr für die Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma. Hautfarbenunterschiede als definitive Merkmale setzen also im Fall der Roma eine bereits sehr ausgefeilte Definition rassistischen Typs voraus.

Zu ermitteln, welche der angeführten Definitionen¹² in den „klassifikatorischen Kämpfen“ zur Anwendung kommt, ist die Voraussetzung für eine empirische Herleitung der Herausbildung einer Roma-underclass. Eine solche Untersuchung existiert bisher nicht. So müssen auch Ladányi/Szelényi für ihre empirischen Untersuchungen zur underclass auf das theoretisch wie methodologisch unzureichende Verfahren der Roma-Definition durch Gewährsleute zurückgreifen (wie es auch alle anderen größeren Roma-Studien machen). Dass dadurch im wesentlichen nur methodische Artefakte erzeugt werden, ist insofern offensichtlich, als solch ein Verfahren mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Definitionen nicht sehr viel zu tun hat: Niemand bemüht im Alltagsleben Gewährsleute, um zu entscheiden, ob eine andere Person ein Roma ist oder nicht. Man weiß es eben.

Die Produktion und Reproduktion einer underclass ist ein permanenter, tagtäglich ablaufender Prozess; dasselbe gilt für ethnische Kategorisierungen. Jeder Konflikt, in dem die ethnische Zugehörigkeit eine Rolle spielt, macht deutlich, dass die „klassifikatorischen Kämpfe“ immer nur vorübergehend eingestellt sind, aber sofort wieder aufflammen können – solange es ethnische Kategorisierungen gibt. Der ständige Wandel ethnischer Zuordnungen und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung macht es unerlässlich, in die Analyse einer underclass auch die ethnischen Kategorisierungen einzubeziehen. Nur wenn beides als parallele Erscheinungsformen eines gesellschaftlichen Prozesses, nämlich der sozialen Positionierung einzelner Menschen durch das Instrument der ethnischen Zuschreibung, betrachtet wird, kann die Verwendung des underclass-Theorems zu einer kausalen Erklärung beitragen.

Bislang existiert ein solcher Zugang in der empirischen Forschung nicht, auch wenn es bereits entsprechende Skizzen gibt (vgl. Ladányi/Szelényi 2010). Daher bleibt aktuell das underclass-Theorem auf zwei Funktionen beschränkt: zum einen dient es zur Etikettierung bestimmter Lebensumstände, um daraus ein Beschreibungsinstrument zu gewinnen, das eine beobachtete Bevölkerungsgruppe (hier: die ungarischen Roma) mit einer anderen Personengruppe (etwa die bulgarischen Roma oder die Bewohner US-

amerikanischer Gettos) vergleichbar macht; dies ist auch die Funktion, welche die underclass bei Ladányi/Szelényi (2004) hat.

Eine zweite Funktion besteht darin, ein Beobachtungsraster zu bieten, mit Hilfe dessen die gesellschaftliche Wahrnehmung der Roma untersucht werden kann; konkret: die skizzierten Varianten des underclass-Theorems verweisen auf die Möglichkeiten, wie in der innergesellschaftlichen Kommunikation die Lebenssituation der underclass-Roma wahrgenommen und erklärt werden kann. Diese Kommunikation unterfüttert die „klassifikatorischen Kämpfe“ und treibt sie voran; sie rechtfertigt (oder auch: kritisiert) zugleich die Existenz der underclass und kann somit als Zeiger gesellschaftlicher Verwerfungen betrachtet und untersucht werden. Welche gesellschaftlich dominanten Kommunikationen anzutreffen sind, soll im folgenden untersucht werden. Dazu werden zwei Typen von Quellen herangezogen: zum einen öffentliche Debattenbeiträge, die auch als solche verfasst wurden, und zum anderen Erklärungs- und Beschreibungsmodelle, die erst durch ihre öffentliche Rezeption zu Elementen von Debatten werden. Als Beispiele für den ersten Typ sollen Beiträge aus einem Diskussionsforum der Internetversion der (grund-seriösen) Zeitschrift „Heti Világgazdaság“ (HVG) vom Herbst 2009 verwendet werden, als Beispiele des zweiten Typs die Themenfelder „Zigeunerkriminalität“ und – in einer besonderen Ausprägung – „Sozialhilfeerschleichung“.

3.2 Die außerwissenschaftliche Diskussion

Da das Los der Armen in einer Gesellschaft auch und in besonderem Maße davon abhängt, ob sie als „unwürdige“ Arme angesehen werden oder nicht, ist der öffentliche Diskurs über sie von weitaus größerer Bedeutung als wissenschaftliche Debatten, die zumeist auf den akademischen Raum beschränkt bleiben. In diesem Diskurs hat neben dem Fernsehen und den Printmedien das Internet eine immer größere Bedeutung. Im folgenden soll eine Debatte auf den Internetseiten der Zeitschrift HVG auszugsweise nachgezeichnet werden, die insofern noch große Ähnlichkeiten mit Diskussionen auf den Seiten von Printmedien hat, als hier redaktionelle Auswahl und Kontrolle vorliegt. Damit unterscheidet sie sich wesentlich von vielen Internetforen oder -blogs, die journalistischen Standards nicht unterworfen sind. Dies vermindert einerseits die Vielfalt der Beiträge und damit eine höhere Repräsentativität bezüglich der Denk- und Wahrnehmungsmuster der Bevölkerung, garantiert aber andererseits eine höhere argumentative Qualität und die Vermeidung reiner Parolen-Ansammlungen.

Die Debatte begann am 14.10.2009 mit zwei Beiträgen von Sándor Romano Rácz und János Stadler und versammelte bis zum 29.10.2009 insgesamt 11 längere und kürzere Beiträge. Im folgenden soll auf ausgewählte Beiträge näher eingegangen werden.¹³ Doch zuvor scheint es angebracht, die Ausgangssituation, wie sie von der HVG formuliert wurde, zu betrachten. Denn laut HVG ist die Situation in Ungarn brenzlich: „Schon ist eine bürgerkriegsnahe Lage zwischen Zigeunern und Nicht-Zigeunern im Entstehen.“¹⁴ In die-

ser Situation erscheinen – so die HVG – „heuchlerische, scheinheilige Schriften vom Typ ‘wir vom Rosenhügel [Budapester Villenviertel, im öffentlichen Diskurs als Synonym für Linksliberale verwendet; W.A.] sehen es so’ oder, was das andere Extrem ist, aufgeregte und gehässige Papiere.“¹⁵ (HVG 14.10.2009) Welcher Art demgegenüber die Beiträge auf den HVG-Seiten sind bzw. sein sollen, wird nicht angegeben, aber offensichtlich geht es um sachliche und zugleich politiknähere Stellungnahmen. Aufhänger der Debatte, die sich quasi das Ziel setzt, einen Bürgerkrieg zu verhindern, ist die Leitfrage: „Warum integrieren sich die ungarischen Roma nicht?“¹⁶ (HVG 14.10.2009) Dies ist insofern bemerkenswert, als damit die Gegenfrage „Warum werden die Roma ausgeschlossen?“ als Wirklichkeitsbeschreibung gar nicht erst existiert. Es kann dann nur noch entschieden werden, ob für die Nicht-Integration eher die Roma selbst oder die Gesellschaft (wer auch immer das sein mag) verantwortlich sind bzw. ist.

Die Antwort auf diese Frage fällt bei den beiden ersten Autoren recht eindeutig aus. Der erste Autor, der Roma-Aktivist Romano Rácz, beantwortet die Frage im wesentlichen damit, dass noch nicht genügend Zeit vergangen sei. Die im 14. und 15. Jahrhundert zugewanderten Roma hätten sich mittlerweile perfekt integriert, den später zugewanderten sei dies aufgrund der gegebenen Möglichkeiten nicht gelungen. Nur während des Sozialismus habe eine starke Assimilation begonnen, die durch die ökonomischen Verwerfungen nach der Wende (vor allem Arbeitslosigkeit) unterbrochen worden sei. Als Problemlösung wird Geduld und Kommunikation eingefordert: „Von keiner Kultur kann man erwarten, dass sie sich sofort und vollständig an eine ihr unbekanntere Umgebung, Verhaltens- und Rechtsordnung anpasst. ... Es braucht Zeit, Geduld und den Willen beider Seiten, eine Lösung herbeizuführen. ... Es braucht einen klugen und besonnenen Dialog, ja vieler dieser Dialoge.“ (Romano Rácz 2009)¹⁷

Besonders bemerkenswert an dieser Stellungnahme ist die Feststellung, dass Zuwanderer einerseits 500 Jahre benötigen, um sich in Ungarn zu integrieren, andererseits aber durch eine Änderung des politischen Systems sehr schnell dazu in die Lage versetzt werden. Folgt man dieser Argumentation, gibt es zwei Möglichkeiten, Integration zu erreichen: warten oder die politischen Verhältnisse verändern. Der Autor schlägt das Warten vor – eine für einen politischen Aktivist sehr ungewöhnliche Position.

Der zweite Autor, der Publizist Stadler, argumentiert aus einer recht ähnlichen Perspektive, doch mit deutlich verschobenem Schwerpunkt. Insbesondere die – vorgebliche – Nicht-Integration der Roma wird wesentlich ausführlicher beschrieben und erklärt. So haben – folgt man dem Autor – die Roma eine „überholte, wilde Lebensform“¹⁸ (Stadler 2009a), durch die die Armut konserviert werde. Die heutigen Probleme lägen in erster Linie daran, dass die Roma anders als andere Zuwanderergruppen die Wertordnungen aus der Nomadenzeit beibehalten hätten, so etwa wenn die Eltern ihre in der Schule verhaltensauffällig (z. B. durch „legbrutálisabb modortalanságok“) gewordenen Kinder vor den Lehrern verteidigen.

Als Problemlösung schlägt Stadler im wesentlichen eine Verhaltensänderung der

Roma vor, die von der Mehrheitsgesellschaft dann auch belohnt werden sollte: „... sie (die Roma) erhalten auch wahre Zufriedenheit als Belohnung für ihre Anstrengungen. ... Das Denken muss verändert werden – nicht mit Gewalt, sondern mit der Kraft des Wortes. Und in erster Linie: durch das Angebot realer Perspektiven.“¹⁹ (Stadler 2009a) Was das konkret bedeuten soll, bleibt leider – und in der Konsequenz der Argumentation auch: logischerweise – unerwähnt.²⁰

Aus der Perspektive des underclass-Theorems wird deutlich, dass beide Autoren die kulturalistische Variante verwenden: Roma sind als solche anders, haben eine andere Kultur und sind innerhalb der problematischen Beziehung mit der Mehrheitsgesellschaft derjenige Teil, der eine Bringschuld hat. Die entscheidende Frage ist ausschließlich, welche Maßnahmen am schnellsten die Umwandlung dieser Kultur in die Mehrheitskultur hervorbringen.

In eine deutlich andere Richtung argumentiert der Beitrag von Szilveszter Póczik. Hier werden zunächst die immensen sozialen und ökonomischen Verwerfungen, welche die ungarische Gesellschaft seit der Wende durchlebt hat, aufgezählt. Insbesondere die sich seither öffnende Schere zwischen Arm und Reich wird vom Autor hervorgehoben, was als erstes und in überdurchschnittlichem Ausmaß die Roma getroffen habe. Darüber hinaus habe auch die Einstellung der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen sehr problematische Effekte gehabt: „Die für die Integration der Zigeuner verfügbaren Geldquellen wurden abgezogen, abgeschafft und umgeleitet, mit den Finanzmitteln wurden auch die vorher existierenden Ergebnisse des Integrationsprozesses zurückgezogen.“²¹ (Pocsik 2009) Neben diesen direkten ergeben sich auch indirekte Effekte, die sich auf die gesamte Gesellschaft auswirken: „In dem Maße, in dem soziale Sicherheit und Gerechtigkeit aus der gesellschaftspolitischen Praxis verschwand, erstarkten die Vorurteile, die Exklusion, der Rassismus, ja sogar die Geißel des Faschismus.“²² (Pocsik 2009)

Gleichzeitig geht der Autor von historisch entwickelten Verhaltensdefiziten der Roma aus: „Es handelt sich nicht ausschließlich um ein Armutsproblem, sondern um historisch herausgebildete, in Überlebens- und Sozialisationsmustern kodierte Hemmnisse. Dementsprechend ist der Kampf um Bürgerrechte überflüssig, denn die Rechte stehen zur Verfügung, und die Aufgabe besteht darin, normenkonforme Verhaltensweisen zu begünstigen.“²³ (Pocsik 2009) Obwohl die Verhaltensdefizite nicht aus den aktuellen sozialen und ökonomischen Entwicklungen hergeleitet werden, sondern zumindest implizit aus entsprechenden historischen Gegebenheiten, kann der Artikel der Wechselwirkungsvariante zugerechnet werden; in deren Konsequenz wird der Politik auch eine wesentlich wichtigere Rolle zugemessen als in den beiden ersten Artikeln der HVG-Diskussion.

Der Beitrag mit den meisten Online-Kommentaren²⁴ stammt von Németh György, der als Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler vorgestellt wird (Németh 2009). Hier finden sich einerseits die bereits vorgestellten Argumentationsformen, wenn auch mit deutlich stärker zugespitzten Formulierungen: so etwa die Vorstellung, die ungarischen Roma seien die einzigen Akteure, die für die Nicht-Integration verantwortlich seien, da

sie eine „Kultur des Außenseitertums“²⁵ entwickelt hätten. Andererseits geht dieser Artikel weit über die Versatzstücke der kulturalistischen Variante hinaus.

Besonders interessant ist die Frage nach der sozialen Realität hinter der Kategorie „Roma“ bzw. „Zigeuner“. Wahlweise ist von einer „Kultur“ der Roma die Rede, von einem „Volk“ (das eines Zigeuner-Moses’ bedürfe), von einer „Volksgruppe“ (als Teil welchen Volkes?), von einer „Rasse“ und von einer „Gesellschaft“ der Zigeuner, die sich wiederum nicht in die „Mehrheits-Gesellschaft“ integrieren wolle. Auch wenn man diese Begriffsflut wohlwollend betrachtet, ist zweierlei nicht zu übersehen: dass ein aktueller, inflationär gebrauchter Begriff bezeichnenderweise fehlt – nämlich die „Nation“ – und dass erstmals seit den frühen 1940er Jahren die Roma wieder aus der Gesellschaft herausdefiniert werden. Selbstverständlich soll nicht behauptet werden, dass eine solche Position repräsentativ für die Äußerungen in der sog. „seriösen Presse“ ist;²⁶ dennoch zeigt dieser Fall, dass derartige Argumentationen ohne weiteres ihre Publikationsforen finden und dort nicht nur auf – zumeist positiven – Widerhall stoßen, sondern zur weiteren Polarisierung beitragen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die gesamte Diskussion auf den HVG-Seiten eine innige Verzahnung von underclass-Merkmalen und ethnischen Kategorien vornimmt. Roma sind underclass und underclass bedeutet Roma. Die Definition von Roma ist starr, dass Klassifikationen gesellschaftliche Konstruktionen sind, ist den Autoren unbekannt oder für sie irrelevant. Dementsprechend kärglich fallen auch die Möglichkeiten aus, die zur Lösung des Problems der Roma-underclass angegeben werden.

Dass die beschriebenen Argumentationen nicht nur in den formal gesitteten Debatten der HVG geäußert werden, von den überaus unappetitlichen Tiraden auf zahlreichen Internetseiten (auch in den meisten Leser-Kommentaren auf der HVG-Seite) ganz zu schweigen, sondern auch öffentliche Auseinandersetzungen erzeugen, befeuern und verändern, soll im folgenden an Hand zweier Beispiele dargestellt werden.

Das erste Beispiel handelt vom Verhältnis zwischen Roma-Sein und Kriminalität. Als Ausgangsbeispiel mag die Posse um den Polizeichef der nordungarischen Großstadt Miskolc dienen. Dieser erläuterte auf einer Pressekonferenz im Januar 2009 die Entwicklung der Straftaten in seinem Amtsbereich und stellte dabei fest, dass alle in den vorangegangenen Monaten begangenen Raub-Straftaten von Roma begangen worden seien (Pelle 2009). Diese Äußerung wuchs sich innerhalb weniger Tage zu einem Skandal aus, der sich vor allem aus zwei Argumenten speiste: Zum einen gibt es keine ethnische Klassifizierung von Straftätern in der ungarischen Kriminalitätsstatistik, daher sei die zitierte Feststellung haltlos; zum anderen stelle die Äußerung einen direkten Zusammenhang zwischen ethnischer Kategorie und Kriminalität her und diffamiere so die Roma insgesamt. Diese Kritik trug dazu bei, dass der Polizeichef von seinem Posten entbunden wurde. Darauf folgten wieder zahlreiche Proteste – im wesentlichen mit dem Tenor, dass ja nur Tatsachen berichtet worden seien und political correctness nicht dazu führen dürfe, dass Wahrheiten unterdrückt werden –, was schließlich zur Folge hatte, dass die Suspen-

dierung bereits 24 Stunden später wieder aufgehoben wurde. Eigentlich ist also nichts passiert, und der Fall könnte als typisches Beispiel der Effektivität und zugleich Kurzlebigkeit von Skandalisierungsvorgängen betrachtet und damit abgehakt werden, würden nicht zwei grundsätzliche Aspekte, die über das Geschehen weit hinausreichen, damit zusammenhängen.

Zum einen fällt auf, dass der Polizeichef offensichtlich keinerlei Zweifel daran hatte, dass alle anwesenden Pressevertreter wussten, von wem er sprach, wenn er den Begriff „Roma“ benutzte. Es kann hier nur gemutmaßt werden, welche stillschweigende Übereinstimmung der Klassifizierung unter allen Anwesenden bestand – wahrscheinlich ein Mischung der Definitionskategorien „Wohnort“ und „körperliche Merkmale“ (rassistische Definition). Wer Roma ist, ist also weder für den Polizeichef noch die Pressevertreter fraglich, es ist von einer Definition seitens der Gesellschaft zu einer Eigenschaft der Definierten geworden. Diese Selbstverständlichkeit der Begriffsverwendung zeigt, dass die „klassifikatorischen Kämpfe“ für den Polizeichef und seine Unterstützer bereits entschieden sind oder erst gar nicht existiert haben, während der (scheinbare) Skandal auch als Versuch interpretiert werden kann, die klassifikatorischen Kämpfe (wieder) aufzunehmen.

Zum anderen verweist die behauptete „Tatsache“ auf allgemeine Merkmale der öffentlichen Wahrnehmung von Kriminalität. Dazu ist es nötig, den genauen Sinn der zitierten Äußerung zu verstehen. Jede Information über Tätermerkmale impliziert Kausalität: Aussagen wie „Diese Straftat wurde von einem Menschen begangen“ oder „Dieser Verstoß gegen das Jugendstrafrecht wurde von einem Jugendlichen begangen“ klingen sinnlos, weil sie zwar zutreffend sind, aber keine (versteckte) Kausalität enthalten. Die Äußerung über Roma und Raub-Straftaten hat den Charakter einer Information, eben weil sie eine Kausalität nahelegt.

Dies ist zunächst deshalb von Bedeutung, weil die Äußerung impliziert, dass diese Kausalität von größerer Relevanz ist als andere, nicht genannte Zusammenhänge (z. B. dass Raubüberfälle überwiegend von Männern durchgeführt werden oder dass die Täter zumeist jüngeren Alters sind). Dass ethnischen Kategorien offensichtlich eine größere Aussagekraft zugeschrieben wird als dem Alter, dem Geschlecht, der Schulbildung usw., entspricht insofern der politischen Praxis, sich etwa Programme für Roma auszudenken, nicht aber solche für junge Männer mit schlechter Berufsausbildung. Von allgemeinen Vorurteilen gegenüber Personen dieser Merkmalskombination ist ebenfalls nirgends die Rede. Und es gibt für diese Personen und ihre Straffälligkeit auch keinen eigenen Begriff, für die Roma hingegen schon: „Zigeunerkriminalität“.

Die vom Polizeichef geäußerte Kausalität selbst ist relativ ungenau; es wird zwar gesagt, dass Raubstraftaten ausschließlich (für einen größeren Zeitraum würde der Polizeichef sicherlich von „überwiegend“ sprechen) von Roma verübt werden, keine Auskunft gibt es hingegen zur Frage, warum dies so ist. Es bleibt offen, ob Kriminalität als Teil der Zugehörigkeit zur underclass Folge von Exklusionsprozessen ist oder Element einer au-

tonomen ethnischen Kultur, vielleicht sogar durch die Wechselwirkungsvariante erklärt werden muss.

Wesentlich eindeutiger ist dies bei dem bereits genannten Begriff „Zigeunerkriminalität“, der vom Polizeichef nicht verwendet wurde, aber auch durch den genannten Skandal eine immer größere Verbreitung fand und inzwischen den Sprung aus dem Hassvokabular der Rechtsextremisten in die Sprechweise und damit Wirklichkeitswahrnehmung breiter Kreise der Bevölkerung gefunden hat. In seiner Verwendung behauptet er nicht mehr nur eine bloße Kausalität zwischen der Zugehörigkeit zu einer irgendwie definierten Bevölkerungsgruppe und der Wahrscheinlichkeit der Ausübung von Straftaten, sondern suggeriert Kausalität als eine dieser Bevölkerungsgruppe immanente Disposition, als kulturelles Merkmal, das elementar zum (ethnischen) Verhaltensrepertoire der Roma gehört. Damit kann hier von einer eindeutig kulturalistischen Erklärungsvariante gesprochen werden: Kriminell sind Roma, weil sie Roma sind, weil es Element ihrer Kultur ist. In manchen Kreisen ist sogar von genetischer Fixierung kriminellen Verhaltens die Rede, was am grundsätzlichen Erklärungsansatz wenig ändert, nur an den daraus gezogenen politischen Perspektiven: statt Umerziehung und/oder Repression Vertreibung und/oder physische Vernichtung.

Ein zweites in der Öffentlichkeit oft thematisiertes Problemfeld ist die Sozialhilfe. Wie bereits ausgeführt, ist für die kulturalistische Variante des underclass-Theorems Sozialhilfe nicht nur keine Lösung des Problems der Zugehörigkeit zur underclass, sondern verstärkt das Problem noch, weil sie die betroffenen Personen in ihrer „Kultur der Armut“ noch bestärkt. In der politisch-ökonomischen und der Wechselwirkungsvariante wird Sozialhilfe nicht explizit diskutiert, aus der jeweiligen Logik heraus ist aber abzuleiten, dass Sozialhilfe sowohl aus humanitärer Perspektive als auch vom Gesichtspunkt gesellschaftlicher Kohäsion her prinzipiell befürwortet wird, wobei für die Wechselwirkungsvariante eine Problematisierung der konkreten Formen von Sozialhilfe wahrscheinlich ist.

Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass im öffentlichen Diskurs die kulturalistische Variante die weitaus größte Verbreitung gefunden hat: Die Roma, die zur underclass gehören, sind „unwürdige Arme“, d. h. gehören aufgrund individueller oder – mehr noch – ethnisch-kultureller Defizite zur underclass und verdienen daher Sozialhilfe wenn überhaupt nur als Form von Mildtätigkeit, keinesfalls jedoch als Menschen- oder Bürgerrecht. Eine besondere Ausprägung erfährt diese Position durch die verbreitete Vermutung, Roma erhielten nicht nur deshalb unverdientermaßen Sozialhilfe, weil sie an ihrer Armut selbst schuld seien, sondern auch weil sie sich mehr Sozialhilfe erschlichen als ihnen überhaupt zustünde – sei es direkt durch die Inanspruchnahme von Sozialhilfe bei gleichzeitigem Einkommen durch semilegale oder illegale Tätigkeiten, sei es indirekt durch die Geburt vieler Kinder, um dadurch in den Genuss von Unterstützungsgeldern für diese Kinder zu kommen.

In der Öffentlichkeit wurde diese Position in einer besonders krassen Version be-

kannt: durch den Skandal um den Parlamentsabgeordneten und Bürgermeister des nordostungarischen Städtchens Edelény. Dieser gab auf einer Stadtratssitzung im Juni 2009 kund, dass in zwei Nachbargemeinden Romafrauen „... während der Schwangerschaft mit Absicht bestimmte Medikamente einnehmen, um geisteskranke Kinder zu gebären ... die schwangere [Roma-]Frau schlägt sich mit einem Gummihammer auf den Bauch, um ein verkrüppeltes Kind zu gebären.“²⁷ – all dies mit dem Zweck, dadurch in den Genuss höheren Kindergelds zu gelangen. (HVG 12.9.2009, S. 10) Diese von keinerlei Faktenkenntnis getriebene Äußerung stieß auf großen Widerspruch und rief auch zivilgesellschaftliche Proteste hervor, was angesichts dessen, dass die Äußerung überhaupt nur als Hetzparole, nicht aber als Element einer irgendwie gearteten Problemnennung ihren kommunikativen Sinn erhält, überaus verständlich ist.

Dennoch bleiben zwei eher bedenkliche Aspekte des Vorfalls: zum einen die Weigerung der Parteiführung der damaligen Oppositions- und heutigen Regierungspartei Fidesz, Disziplinarmaßnahmen gegen ihren (damaligen) Abgeordneten zu verhängen, sondern die Äußerungen lediglich als einen „lokalen Vorfall“²⁸ zu bezeichnen, zum anderen der Umstand des Skandals selbst. Denn dass die Äußerung zum Anlass genommen wurde, entweder die Diffamierung zu kritisieren oder aber den Bürgermeister unter der Maßgabe der Meinungsfreiheit oder ähnlichem zu verteidigen, ist insofern bemerkenswert, als eine andere Option gar nicht gezogen wurde: die Äußerung als Ausdruck persönlicher Defizite und politischer Narretei zu verstehen und sich tatsächlichen Problemen zu widmen.²⁹

Dass dies nicht geschehen ist, weist darauf hin, dass in der öffentlichen Diskussion des Roma-Themas insbesondere kulturalistische oder sogar rassistische Äußerungen besonders gut geeignet sind, auf breite Resonanz zu stoßen, sei es positiver oder negativer Art. Aufmerksamkeit als solche ist die Währung, mit der solche Äußerungen bezahlt werden und die wiederum die öffentliche Resonanz dessen, von dem sie stammen, erhöhen. Vertreter der politisch-ökonomischen oder der Wechselwirkungsvariante finden demgegenüber weit weniger Resonanz. Unabhängig davon dokumentiert sich in allen öffentlichen Debatten eine implizite wie explizite Gleichsetzung von underclass und Roma, die weder die Herausbildung einer underclass noch die Ethnisierung sozialer Gegebenheiten thematisiert, geschweige denn deren enge Verbindung und Koevolution.

All dies gilt für die öffentlichen Äußerungen über die ungarischen Roma; um diese selbst zu Wort kommen zu lassen, können sowohl die Positionen von öffentlich auftretenden Aktivisten analysiert werden als auch entsprechende Veröffentlichungen von Roma-Organisationen.³⁰ Im folgenden soll ein anderer Weg beschritten werden, und zwar sollen Interviews mit lokal aktiven Roma-Vertretern ausgewertet werden.

3.3 Wie örtliche Roma-Aktivisten die Lage sehen

In teilstrukturierten Interviews wurden zwischen 2008 und 2010 mehrere Roma-Aktivisten befragt, und zwar in fünf Einzelinterviews und einem Gruppeninterview. In den Inter-

views wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen, die sich um die Bedeutung des „Roma“-Seins drehten. Im folgenden sollen nur diejenigen Themen angesprochen werden, die mit den bisher aufgeworfenen Problemstellungen korrespondieren.

Zunächst kann nicht überraschen, dass für örtliche Roma-Vertreter „eigentlich“ klar ist, wen sie vertreten, d. h. wer Roma ist. Auch hier sind die erwähnten klassifikatorischen Kämpfe offensichtlich schon entschieden. Zugleich weist die hier verwendete Vokabel „eigentlich“ darauf hin, dass eine genauere Interpretation der Antworten zeigt, dass eine zumindest unbewusste Kenntnis dieser Kämpfe existiert:

„Zigeuner sind diejenigen, die sich als solche bezeichnen – das ist die Soziologie. Sie sind aus historischen Gründen erschrocken [über das Regierungsvorhaben, sich für die Wahl von Minderheiten-Selbstverwaltungen in Minderheitenlisten einzutragen]. Registrierung – auf der Grundlage von Rassemerkmalen – lieber bezeichnen sie sich nicht als Zigeuner. Es gibt nicht 7-8000 Zigeuner, sondern 1-1,5 Millionen“ (I 3)

„Viele Leute wagen nicht, sich als Roma zu bezeichnen. Sie fürchten Repressalien.“ (GI)

„Ich sehe nicht, dass die Roma wählen gehen werden. Es ist klar, dass es nicht so sicher ist, wer Roma ist. ... Es gibt eine wohlhabende Schicht, die sich nicht registrieren wird. Die Roma nehmen seit 15 Jahren an der Politik teil. Es gibt Siedlungen, wo die wählen gehen werden, die in Kolonien leben, weil es dort kleine Könige gibt und es dort im Interesse von einzelnen Leuten ist, in die Minderheiten-Selbstverwaltung zu kommen“ (I 1)

„Wissen Sie, dass wir die Registrierung nicht mögen? Woher sollen wir wissen, dass es nie mehr Massaker geben wird (wie auf dem Balkan)?“ (I 1)³¹

Die Roma-Definition des ersten Interviews – „die sich als solche bezeichnen“ – wird bereits durch den Nachsatz „das ist Soziologie“ entwertet. Denn „eigentlich“ wissen die Befragten viel besser als die Soziologie, wer Roma ist, doch dieses „eigentliche“, d. h. zeit- und situationsunabhängige Roma-Sein wird von starken Einflüssen verfälscht: historische Erfahrungen, Aufstiegsaspirationen, sozialer Druck, Angst vor Verfolgung und Tod.

Insofern zeigt sich in den Interviews, dass selbst für Roma-Aktivist*innen die Zugehörigkeit zu den Roma nur scheinbar selbstverständlich ist, im wesentlichen aber ein Ergebnis externer Einflussfaktoren. Auffällig ist hierbei lediglich, dass diese Faktoren fast durchgängig dafür verantwortlich sind, dass es gesellschaftlich wahrnehmbar weniger Roma gibt als es „eigentlich“ sind. Dass die entgegengesetzte Position – es gibt in der öffentlichen Wahrnehmung mehr Roma als es tatsächlich sind – nicht artikuliert wird, ist in erster Linie aus der spezifischen Rolle der Befragten (nicht zuletzt als Roma-Vertreter im Rahmen des Interviews) zu erklären.

Die zweite wichtige Frage, die in den Interviews angesprochen wurde, bezog sich auf die verbreitete extreme Armut. Vorwegzunehmen ist, dass von keinem der Gesprächspart-

ner die kulturalistische Variante vertreten wurde. Stellvertretend sollen vielmehr folgende Stellungnahmen zitiert werden:

„Das Schlimmste ist, dass die Wirtschaftsprobleme die Roma belasten. Es gab Kohlenbergbau, das Hüttenwerk in Ózd, hier gab es keine arbeitslosen Roma, mit so etwas sind wir nicht aufgewachsen. Jetzt sind die Eltern zu Hause mit Sozialhilfe, das sieht das Kind. Das hat die ungarische Regierung gemacht.“ (GI)

„Es bräuchte ein Wohnungsbauprogramm, eine Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse. Die Roma verarmen immer mehr und gelangen ins Hintertreffen. Die Roma-Unternehmer erhalten keine Aufträge, in den Autobahnbau kamen sie auch nicht hinein.“ (I 1)

„Für alle ist die Beschäftigung das größte Problem, und das Gesundheitswesen und die sozialen Probleme. Seit 15 Jahren ist es nicht gelungen, Roma in eine Stellung zu bringen.“ (I 1)

„Es gibt hier eine Zigeunersiedlung, mit Wohnungen aus den 20er Jahren. (...) auch dort müsste man entwickeln.“ (I 1)³²

Zunächst werden eher allgemeine regionalökonomische Probleme aufgeführt, von denen die Roma in besonderem Maße betroffen sind. Auch die unterentwickelte Infrastruktur wird als Ursache sozialer Probleme thematisiert. Über diese bloße Beschreibung der Lebensverhältnisse gehen folgende Äußerungen hinaus:

„Es ist nicht wahr, dass die Roma nicht arbeiten wollen. Vor der Wende haben sie alles mögliche gearbeitet, doch sie blieben ungebildet, und in anderen Orten war es auch so.“ (I 1)

„In welcher Schule ist es nicht so? Es würde sich lohnen, sich die Schule anzusehen. Sie gehen in die Sonderschule – in zu kleinen Klassenräumen – es stinkt, den Kindern fehlt die Ausrüstung, wir gaben sie ihnen, aber es bedarf eines permanenten Nachschubs.“ (GI)

„Ich habe selbst die Segregation erfahren. Meine große Tochter ist gerade auf einem Ausflug, sie ist in einer gesonderten Zigeunerklasse, der Klasse B, ich habe mich mit dem Rektor gestritten.“ (I 2)

„Hauptsächlich in dieser Region fühle ich keine Demokratie, keine politische Wende. In den Medien ist Zensur, sie stehen nicht den Minderheiten zur Verfügung. ... Die Zensur lebt; wenn ein Roma-Anführer sprechen will, geben sie das nicht wieder.“ (I 1)³³

Während im ersten Interview noch eher allgemein davon die Rede ist, dass die Roma auch unter günstigen ökonomischen Bedingungen keine Ausbildung erhielten und daher für die wirtschaftlichen Veränderung der Nach-Wende-Zeit nur unzureichend gerüstet waren, formuliert das zweite Interview eine direkte Verantwortung des ungarischen Staates. Das dritte und vierte Interview wird noch grundsätzlicher: Nicht mehr der – gemeinsame – Staat ist dafür verantwortlich, dass eine Bevölkerungsgruppe – die Roma – schlechtere Lebenschancen haben als andere Gruppen, sondern es artikuliert sich die Gegenüberstel-

lung eines ungarischen, d. h. ethnisch definierten Staates mit einer diskriminierten Bevölkerungsminderheit: Segregation als – zumindest lokales – politisches Programm. Die Endposition einer solchen Skala von Erklärungen der Lebenssituation extrem armer Roma bilden folgende Interview-Ausschnitte:

„In der Zigeunersiedlung leben auf 800 m Länge 400 Menschen – der Rettungswagen kann dort nicht hineinfahren. Die Führung des Dorfes sorgt sich aber um Verschönerungen. In den subregionalen Verwaltungseinheiten sitzen Bürgermeister, Roma-Führer ruft man dorthin nicht. ... Das Rathaus ist voll mit [ethnischen] Ungarn.“ (GI)

„Die Verteilung des Roma-Geldes aus der EU geschieht zugunsten von [ethnisch neutral definierten; W.A.] benachteiligten Personen. Bis wir es bemerken, verteilen andere Interessengruppen bereits das Geld. 10 % bekommen zwei Roma-Siedlungen. Das übrige Geld bringen sie in die Mehrheitsgesellschaft.“ (GI)

„Wenn die Rathäuser landesweit eine anderen Einstellung hätten, würden sie die Roma in die Schulbildung einbinden. Es gäbe Roma-Pädagogen. Zur Zeit stellen sie bloß Ungarn ein. ... Ein Roma-Pädagoge könnte viel besser mit den Kindern und den Eltern umgehen. Der ungarischen Pädagogen kümmert sich nicht einmal darum.“ (GI)³⁴

Hier werden Roma und Ungarn als fundamentale Gegensätze formuliert: „Das Rathaus ist voll mit Ungarn.“ Dies als Ursache oder zumindest wesentliches Element der prekären Lebenssituation der örtlichen Roma anzusehen, bedeutet auch und in erster Linie, die (ethnischen) Ungarn und ihr Verhalten als Problem zu betrachten. Diese Äußerungen gehen weit über Formulierungen der institutionalisierten Diskriminierung und Segregation hinaus, setzen sie doch die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft dem umfassenden Verdacht einer Anti-Roma-Haltung aus. Eine solche Position personalisiert Diskriminierungsprozesse und schreibt sie den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft als dominantes Einstellungs- und Verhaltensmerkmal zu. Versteht man das Vorhandensein von Vertrauen in Institutionen und/oder andere Menschen als ein unabdingbares Element von gesellschaftlicher Kohäsion, dann scheinen zumindest letztere Äußerungen darauf hinzuweisen, dass hier einiges im Argen liegt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass in den Äußerungen der Roma-Aktivistinnen ganz andere Faktoren zur Erklärung der schlechten Lebenssituation herangezogen werden als in den im vorherigen Kapitel zitierten öffentlichen Debatten: es ist nicht von Roma-Kultur die Rede, sondern von ökonomischen Entwicklungsproblemen und institutionellen und individuellen Diskriminierungsakten. Insofern kann hier vom Vorhandensein der politisch-ökonomischen Variante gesprochen werden.

4 Schluss

Die vorliegende Studie hat drei Typen der Betrachtung von extremer Armut am Beispiel der ungarischen Roma unterschieden: die politisch-ökonomische Variante, die Armut auf

gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zurückführt, die kulturalistische Variante, nach der Armut das Ergebnis bestimmter Verhaltensdefizite („Kultur“) der Armen ist, und die Wechselwirkungsvariante, für die Armut durch gesamtgesellschaftliche Faktoren induziert und durch armutsspezifische Kulturmomente der Betroffenen perpetuiert wird. Diese Varianten lassen sich nicht nur in einschlägigen Versuchen der Erklärung von Armut finden, sondern können auch als Diskurse verstanden werden, in denen Armut gesellschaftlich wirksam wahrgenommen wird. Insofern sind diese Diskurse nicht beliebig, sondern entfalten ihre Relevanz innerhalb einzelner gesellschaftlicher Sphären, indem sie Beschreibungsformen vorgeben und Lösungsansätze determinieren.

In der wissenschaftlichen Sphäre tritt vor allem die Wechselwirkungsvariante auf, deren besondere Attraktivität wohl darin liegt, sehr viele, auch heterogene Beobachtungen in kausale Verbindung miteinander bringen zu können. Im öffentlichen Diskurs – analysiert an einer Internetdebatte und zwei „Skandalen“ – dominiert hingegen die kulturalistische Variante: Roma sind arm, weil sie als Roma kulturelle (Verhaltens-)Defizite aufweisen. Bei den Betroffenen selbst treten vor allem Elemente der politisch-ökonomischen Variante auf, die Armut auf Aspekte allgemeiner Verarmungstendenzen, regionaler Vernachlässigung und gruppenbezogener Diskriminierung zurückführen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Betrachtungsweisen (Diskurse) nicht nur die jeweilige Wahrnehmung von extremer Armut determinieren, sondern auch zu ganz unterschiedlichen Lösungsstrategien führen. Während für die politisch-ökonomische Variante Themen der Verteilungsgerechtigkeit bzw. Förderung benachteiligter Personen und der Herstellung von sozialer Gleichheit zentral sind, folgen aus der kulturalistischen Variante insbesondere Maßnahmen, die als Instrumente der „Kultur“-Änderung durch Bestrafung interpretiert werden können: etwa Zwangsarbeit, Vertreibung aus dem öffentlichen Raum (v. a. den Innenstädten) und ähnliches.

Welche dieser Handlungsperspektiven zu praktischer Politik wird, entscheidet sich in gesellschaftlichen Kämpfen, die sich in der Gesetzgebung materialisieren. Die geschilderten Diskurse sind essentielle Elemente dieser gesellschaftlichen Kämpfe. Für die Armen selbst ist mangels eigener Artikulationsmöglichkeiten die Frage, welcher Diskurs gesamtgesellschaftlich dominiert, von fundamentaler Bedeutung für die aktuelle Lebenssituation, aber auch für die Gestaltung der eigenen Zukunft. Nicht zuletzt entscheidet sich daran auch, welcher Art soziale Beziehungen eine Gesellschaft grundsätzlich für akzeptabel oder gar wünschenswert ansieht.

Anmerkungen

- 1 Dies ist kein modernes Phänomen, sondern durchzieht Armutsdebatten seit Alters her (vgl. dazu Gans 1992, S. 49 und die Beiträge in Katz 1993).
- 2 Wenn im folgenden der Begriff der „unwürdigen Armen“ verwendet wird, ist grundsätzlich die gesellschaftliche Wahrnehmung einer Gruppe von Armen gemeint, nicht hingegen eine irgendwie zu definierende „tatsächliche“ Qualität dieser Menschen;

- noch einmal: „Unwürdige Arme“ sind keine Personen mit bestimmten Merkmalen, sondern Elemente einer (besonderen) gesellschaftlichen Beziehung.
- 3 Eine dritte Gruppe von Armen, die in der Literatur meist unbeachtet bleibt, bilden Personen mit hoher Statusinkongruenz, die also hohes Ansehen mit niedrigem Einkommen verbinden (etwa Mönche, Künstler, z. T. Studierende).
 - 4 Dies zeigt sich auch an der Verwendung des Begriffs (bzw. des Gegenbegriffs „Inklusion“) in der europäischen Roma-Politik, so etwa bei der Ausrufung der „Decade of Roma Inclusion“.
 - 5 Öffentliche Meinung ist grundsätzlich Mittelschichtsmeinung, da die Oberschichten zur Verfolgung ihrer Interessen keine Vertretung in der „Öffentlichkeit“ benötigen und die Unterschichten keinen Zugang zu ihr haben.
 - 6 An manchen Stellen wird im folgenden auch der Begriff „Zigeuner“ verwendet. Dies geschieht durch den Bezug auf bestimmte wissenschaftliche oder öffentliche Diskurse. Obwohl zahlreiche Diskussionen eine Differenzierung zwischen den Begriffen „Roma“ und „Zigeuner“ nahelegen, sollen beide zugunsten einer stringenten Argumentation im folgenden synonym verwendet werden.
 - 7 Selbstverständlich gibt es auch als Roma klassifizierte Personen, die nicht arm sind; abgesehen von einzelnen wohlhabenderen Personen kann hier die gesamte Gruppe der sog. Musik-Zigeuner genannt werden. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit, als Roma zur Armutsbevölkerung zu gehören, ungleich größer als bei der Zugehörigkeit zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Insofern beziehen sich diese Ausführungen ausschließlich auf diejenigen Roma, die zur Armutsbevölkerung gezählt werden.
 - 8 „Tükrök, tükörképek” - im folgenden werden alle ungarischen Zitate im Text übersetzt angeführt, während sich das Original in der Fußnote befindet
 - 9 „a cigányok alapvető szerepet töltenek be a magyarországi nem cigány népesség önismeretében – az ellenkép szerepét.“
 - 10 „Más szóval, azt feltételezzük ugyan, hogy a szegénység kultúrájának létrejötte strukturális változások következménye, de ugyanakkor azt is gondoljuk, hogy ha már kialakult ez a kultúra, nagymértékben meg is nehezíti a mélyszegénységből, kirekesztettségéből való kitörést.“
 - 11 „A szegénység kultúráját úgy értelmezzük, mint az értékeknek és attitűdöknek olyan együttesét, mely önmagában ugyan nem okozza az underclass kialakulását, de ha már egyszer megindult ez a folyamat, akkor azt ezen értékek és attitűdök jelenléte nagy mértékben elősegíti.“
 - 12 Ein weiterer Typus von Definition ist die Selbstzuschreibung: Roma ist derjenige, der sich als solcher bezeichnet. Diese Definition ist auch die einzige, die das ungarische Minderheitengesetz vorsieht und anerkennt. Dennoch wird sie im weiteren nicht betrachtet, da sie gesellschaftlich überwiegend irrelevant ist, weil sie zumeist nur künstlich, in staatlich festgelegten Situationen (etwa bei Wahlen zu den Minderheitenselbstverwaltungen) erzeugt wird.

- 13 Dabei wird versucht, eine (eingeschränkte) Repräsentativität zu gewährleisten.
- 14 „Már-már polgárháború-közeli helyzet van kialakulóban cigányok és nem-cigányok között.“
- 15 „képmutató, szemforgató, a ‘Rózsadombról mi így látjuk’ jellegű, vagy, ami a másik véget: indulatos, gyűlölködő írások jelennek meg“.
- 16 „Miért nem integrálódnak a magyarországi romák?“
- 17 „Egyetlen kultúrától sem várható el, hogy azonnal és hiánytalanul alkalmazkodjék egy általa nem ismert környezethez, szokásrendhez, törvényekhez.. Időre van szükség, türelemre, és arra, hogy mindkét fél akarja a megoldást. ... Okos és higgadt párbeszédre, párbeszédre van szükség.“
- 18 „idejétmúlt, vad életforma“
- 19 „... valódi elégedettséget is kapnak majd erőfeszítéseik jutalmául. ... A fejeket kell átállítani – de nem erőszakkal, hanem emberi szóval. És főleg: reális perspektívák ajánlataival.“
- 20 In einem späteren Beitrag führt Stadler die Bildung von Aufkaufstellen an, durch die Produkte der landwirtschaftlichen Tätigkeit von Roma verwertet werden könnten, Arbeitsplätze im Umweltschutz und der Müllverwertung sowie die Unterstützung von Kleinbetrieben an (Stadler 2009b).
- 21 „Elvonták, eltűntették, átcsoportosították a cigányság integrációjára fordítható forrásokat, finansiális eszközökkel visszavonták a korábbi integrációs folyamat eredményeit.“
- 22 „Ahogy a társadalom politikai gyakorlatból fogyott a szociális biztonság és igazságosság, úgy erősödött az előítéletesség, a kirekesztés, a rasszizmus, sőt a fasiszta tendenciák ostromozása.“
- 23 „Nem kizárólag szegénységproblémáról van szó, hanem a történelmileg kialakult, megélhetési és szocializációs mintákban kódolt gátról, fékekről. Ennek megfelelően a polgárjogi harc felesleges, hiszen a jogok rendelkezésre állnak, a feladat éppen a normakonform magatartás elősegítése.“
- 24 Zum Zeitpunkt der Niederschrift des Manuskripts insgesamt 78 Anmerkungen. Bei den übrigen Beiträgen wurden entweder gar keine Kommentare verfasst bzw. nicht dokumentiert oder erscheinen auf der Startseite der Diskussion.
- 25 „kívülállás kultúrája“
- 26 Als Gegenbeispiel kann der Beitrag der NGO „Bewegung Würde für Jeden (Méltóságot Mindenkinek Mozgalom 2009)“ im selben Diskussionsforum dienen, zu dem es jedoch keine dokumentierten Reaktionen gibt, so dass unklar ist, auf welche Resonanz er gestoßen ist.
- 27 „a terhesség ideje alatt szándékosan olyan gyógyszereket szednek, hogy bolond gyerek szülessen“ és „gumikalapáccsal veri a terhes nő a hasát, hogy nyomorék gyereket szüljön“ (HVG v. 12. 9. 2009, S. 10).
- 28 „helyi ügy“ (Felhíborodás az edelényi polgármester rágalmain, in: HVG v. 7.9.2009.

Online verfügbar unter http://hvg.hu/itthon/20090907_edeleny_polgarmester_roma).

- 29 Eine bemerkenswerte Ausnahme von diesem Befund ist ein Leserbrief in der Zeitung Népszabadság vom 17.10.2009, der auch in verschiedenen Internetquellen nachzulesen ist (Méhes 2009).
- 30 Eine solche Auswertung erfolgt in einer gesonderten Publikation.
- 31 „Azok a cigányok, akik annak vallják magukat. – ez szociológia. A történelmi tények miatt megijedtek. Regisztráció – rasszjegyek alapján – inkább nem vallja magát annak. Nem 7-800 ezer cigány van, hanem 1-1,5 millió.” (I 3)
„Sok ember nem meri magát romának vallani. Félnék a megtorlástól.” (GI)
„Nem látom azt, hogy a romák el fognak menni szavazni. Bizony, hogy a romák nem is olyan meghatározóak. ... Van jól élő réteg, nem fognak regisztrálni. A romák 15 éve politizálnak. Vannak települések, ahol el fognak menni, akik kolóniában élnek, mert ott kiskirályok vannak és ott érdeke lesz valakinek, hogy bekerüljön a kisebbségi önkormányzatba.” (I 1)
„Tudja, hogy a regisztrációt nem szeretjük? Honnan tudjuk, hogy nem lesz többet embermészárlás (mint a Balkánon)?” (I 1)
- 32 „A legnagyobb baj, hogy a gazdasági problémák a romákat sújtják. Szénbánya, Ózdi kohó, itt nem volt munkanélküli roma, nem ebben nőttünk fel. Most a szülők otthon vannak segélyen, ezt látja a gyerek. Ezt a magyar kormány csinálta.” (GI)
„Kellene lakásépítési program, foglalkozási arányok változása. A romák egyre jobban elszegényednek és hátrányba kerülnek. A roma vállalkozók nem jutnak munkához, az autópálya építésbe sem kerültek be.” (I 1)
„A foglalkoztatás a legnagyobb probléma mindenki szerint, és az egészségügy és a szociális problémák. 15 éve nem sikerült helyzetbe hozni a romákat.” (I 1)
„Van itt egy cigánytelep, a 20-as évek lakásai. (...) ott is fejleszteni kellene.” (I 1)
- 33 „Nem igaz, hogy nem szeretnek dolgozni. A rendszerváltás előtt mindenfelé dolgoztak, de képtelenek maradtak, ez máshol is így volt.” (I 1)
„Melyik iskolában nincs? Érdeemes volna megnézni az iskolát. Kisegítő iskolába járnak – túl kis termekben – bűdös van, a gyerekeknek hiányzik a felszerelése, pedig mi adtunk nekik, folyamatos utánpótlás kell.” (GI)
„Tapasztaltam magam is a szegregációt. A nagylányom most kirándul, külön cigányosztály van, a „B” osztály, összevesztem az igazgatóval.” (I 2)
„Főleg ebben a térségben nem érzem a demokráciát, a rendszerváltást. A médiában cenzúra van, nem áll rendelkezésre a kisebbségek számára. ... A cenzúra él, ha roma vezető akar beszélni, azt nem közlik.” (I 1)
- 34 800 méteres cigánytelepen lakik 400 fő – nem tud bemenni a mentő. A falu vezetése pedig a díszítéseken gondolkodik. A kistérségi társulásokban polgármesterek vannak, roma vezetőt nem hívnak oda. ... A polgármesteri hivatal tele van magyarokkal.” (GI)
„Az EU-ból a roma pénz leosztása a hátrányos helyzetűek javára történik. Mire észbe

kapunk, más érdekcsoportok elosztják. 10%-ból felszámolnak két romatelepet. A többit kiviszik a többségi társadalomba.” (GI)

„Ha a polgármesteri hivatalok más szemléletűek lennének országosan, bevinnék a romákat az oktatásba. Roma pedagógusok lennének. Most csupa magyart raknak be. ... A roma pedagógus sokkal jobban tudna bánni a gyerekekkel, a szülővel. A magyar nem is foglalkozik vele.” (GI)

Literatur

- Bremer, Peter, Norbert Gestring 1997: Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten. In: Prokla 27, S. 55-76.
- Dupcsik, Csaba 2009: A magyarországi cigányság története. Budapest.
- Emigh, Rebecca Jean, Eva Fodor, Iván Szelényi 2001: The Racialization and Feminization of Poverty. In: Emigh, Rebecca Jean, Iván Szelényi (Hg.): Poverty, ethnicity, and gender in Eastern Europe during the market transition. Westport, S. 1-32.
- Gans, Herbert J. 1992: Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen. Zur Bedeutung der “underclass” in den USA. In: Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Opladen, S. 48-62.
- Gans, Herbert J. 1993: From “Underclass” to “Undercaste”. Some Observations about the Future of the Postindustrial Economy and its Major Victims. In: International Journal of Urban and Regional Research 17, S. 327-335.
- Goetze, Dieter 1992: “Culture of Poverty” – eine Spurensuche. In: Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Opladen, S. 88-103.
- HVG 2009: Edelényi botrány. In: Heti Világgazdaság (HVG) v. 12.9.2009, S. 10.
- HVG 14.10.2009: Miért nem integrálódnak a magyarországi romák? Online verfügbar unter http://hvg.hu/velemeney/20091014_roma_cigany_integracio.
- Katz, Michael B. 1993: Conclusion: Reframing the “Underclass” Debate. In: Katz, Michael B. (Hg.): The “Underclass” debate. Views from history. Princeton, S. 440-477.
- Kemény, István, Béla Janky, Gabriella Lengyel 2004: A magyarországi cigányság 1971-2003. A magyarországi cigány népesség helyzete. Budapest.
- Kronauer, Martin 1997: «Soziale Ausgrenzung» und «Underclass»: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan 25, S. 28-49.
- Kuhm, Klaus 2000: Exklusion und räumliche Differenzierung. In: Zeitschrift für Soziologie 29, S. 60-77
- Ladányi, János 2001: The Hungarian neoliberal state, ethnic classification, and the creation of a Roma underclass. In: Emigh, Rebecca Jean, Iván Szelényi (Hg.): Poverty, ethnicity, and gender in Eastern Europe during the market transition. Westport, S. 67-82
- Ladányi, János, Iván Szelényi 1997: Ki a cigány. In: Kritika 26/12, S. 3-6.

- Ladányi, János, Iván Szelényi 1998: Az etnikai besorolás objektivitásáról. In: *Kritika* 27/3, S. 33-35.
- Ladányi, János, Iván Szelényi 2004: A kirekesztettség változó formái. Közép- és délkelet-európai romák történeti és összehasonlító szociológiai vizsgálata. 1. magyar nyelvű kiadás. Budapest.
- Ladányi, János, Iván Szelényi 2010: A társadalom etnoszociális rétegződése összehasonlító elméletének vázlatja. In: *Kritika* 39/7-8, S. 2-7.
- Lewis, Oscar 1959: *Five families: Mexican case studies in the culture of poverty*. New York.
- Méhes, Janos 2009: Az edelényi lény (Olvasói levél). In: *Népszabadság* v. 17.10.2009, S. 11
- Méltóságot Mindenkinek Mozgalom 2009: "A média arrogancia újabb határokat sért". In: *HVG.hu* v. 6.11.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/velemeney/20091106_roma_integracio_vita.
- Myrdal, Gunnar 1962: *Challenge to affluence*. New York.
- Naroska, Hans-Jürgen 1988: Urban Underclass und "neue" soziale Randgruppen im städtischen Raum. In: Friedrichs, Jürgen (Hg.): *Soziologische Stadtforschung*. Opladen, S. 251-271.
- Németh, György 2009: A cigányok, a rózsadombiak és a Mózesfajták. In: *HVG.hu* v. 29.10.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/velemeney/20091029_ciganyvita_felzarkozas_integracio_akadaly.
- Pelle, János 2009: Miért cigányozott a miskolci rendőrkapitány. In: *HVG.hu* v. 2.2.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/print/20090202_miskolc_rendorseg.aspx.
- Póczik, Szilveszter 2009: Ég a város, ég a ház is. In: *HVG.hu* v. 6.11.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/print/20091106_poczik_ciganysag_szegenyseg.aspx.
- Romano Rácz, Sándor 2009: Cigánysor, cigány sors. In: *HVG.hu* v. 14.10.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/velemeney/20091014_roma_cigany_integracio.
- Stadler, János 2009a: Együtt élni, de hogyan. In: *HVG.hu* v. 14.10.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/velemeney/20091014_roma_cigany_integracio.
- Stadler, János 2009b: Cigányintegráció-vita: ami hátravan. In: *HVG.hu* v. 10.11.2009. Online verfügbar unter http://hvg.hu/velemeney/20091109_cigany_roma_integracio.
- Stewart, Michael S. 2001: Depriváció, romák és "underclass". In: *Beszélő* 7-8, S. 82-94.
- Telles, Edward Eric 2004: *Race in another America. The significance of skin color in Brazil*. Princeton.
- Wilson, William Julius 1992: Ghettoisierte Armut und Rasse. Zur öffentlichen Meinungsbildung in den USA. In: Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.): *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*. Opladen, S. 221-236.

Jonathan Everts und Henning Füller ■

Making life safe. Biosicherheit als Gegenstand geographischer Forschung

1 Einleitung

„Biosecurity might be crudely defined as making life safe. [. . .] [W]ho does this work, on behalf of what or for whom, and with what kind of resources and results?“ (Bingham et al. 2008, 1528)

Kontaminierte Nahrungsmittel, genetisch veränderte Organismen, hoch ansteckende Zoonosen, Bioterrorismus: Die Verschränkung von unterschiedlichen Lebensformen, Gesundheitspolitik und Sicherheit ist fortwährend präsent in der medialen Berichterstattung und in politischen Debatten. Es geht ums Überleben in diesen Beispielen, um die Frage nach dem Schutz vor existentiellen Bedrohungen. Dabei ist die Bedrohung selbst etwas Lebendiges, ein Leben also, das andere Leben gefährdet. Leben und Sicherheit sind daher doppelt verschränkt: Lebensformen, die als schützenswert angesehen werden und in Sicherheit gebracht werden müssen vor bedrohlicher Vitalität.

Das In-Sicherheit-Bringen ist dabei nicht nur umgangssprachlich zu verstehen, sondern auch als ein spezifisches Paradigma aktueller Sicherheitspolitik. Sicherheit meint hier ein Konglomerat das zum einen aus diskursiven Formationen oder sprachlichen Routinen besteht, die Schützenswertes von Feindlichem trennen. Zum anderen setzt sich dieses Konglomerat aus einer Vielzahl an Praktiken des Beschützens und Bekämpfens zusammen. Damit einher geht eine spezifische Form, Räume nach den Kriterien von Sicherheit zu gestalten, weshalb man auch von einem politisch-militärischen Komplex der Sicherheit sprechen könnte. Dabei ist eine Ausweitung dieses Komplexes auf Themenfelder zu beobachten, die jenseits der Auseinandersetzung zwischen geopolitischen Entitäten und ihren Bevölkerungen liegen. Dieser Ausweitung des traditionellen Freund-Feind-Schemas liegt das Muster der Versicherheitlichung (engl. securitization) zugrunde, das erstmals in der so genannten Kopenhagener Schule der Internationalen Beziehungen explizit formuliert wurde (vgl. Wæver 1995; Buzan et. al 1998). Die Kopenhagener Schule stellte heraus, wie in Debatten der internationalen Beziehungen alle möglichen auch nicht-militärischen Themenfelder verstärkt als Sicherheitsprobleme artikuliert wurden. „The distinguishing feature of securitization is a specific rhetorical structure. - That quality is the staging of existential issues in politics to lift them above politics. In

security discourse, an issue is dramatized and presented as an issue of supreme priority; thus by labeling it as security an agent claims a need for and a right to treat it by extraordinary means.“ (Buzan et al. 1998, 26)

Durch solche versicherheitlichenden Sprechakte werden dann etwa auch gesundheitspolitische Themen in ein Schema von Bedrohung und Feind/Freund eingeordnet (vgl. Fidler 1997) und Maßnahmen aus dem Repertoire der Abschottung, Bekämpfung und endgültigen Beseitigung nahe gelegt und legitimiert. Inzwischen wird dieses Muster für eine Vielzahl von Politikfeldern und Gegenständen auch jenseits der internationalen Beziehungen relevant (vgl. z.B. Ingram/Dodds 2009; Hagmann 2010). Dabei kann die „heimische Flora und Fauna“ genauso zum schützenswerten Ziel, z.B. vor invasiven Arten, erhoben werden wie kulturelle Praktiken (z.B. regionale Dialekte), politische Systeme oder lokale Bevölkerungen in Gebieten mit erhöhtem Überschwemmungs- oder Dürreerisiko.

In Hinblick auf die Existenz und Verbreitung gefährlicher Organismen lässt sich derzeit eine Versicherheitlichung des Lebens beobachten, in dem in unterschiedlichen Bezügen Lebendiges zu einem Sicherheitsproblem wird. Die Formulierung solcher neuer Bedrohungsszenarien von unbekanntem Krankheitserregern über durch den Klimawandel begünstigte invasive Arten bis hin zu gentechnisch verändertem Saatgut wirft immer auch die Frage nach politischer Regulierung und Steuerung auf. Der zunehmend verwendete Begriff für dieses sich formierende politische Interventionsfeld lautet „biosecurity“, den wir hier im Deutschen mit Biosicherheit wiedergeben. Zugleich ist noch keinesfalls ausgemacht, was unter Biosicherheit im Einzelnen zu verstehen ist. In unterschiedlichen nationalen Kontexten werden andere Dimensionen betont. So wird in Neuseeland beispielsweise Biosicherheit zuerst als Schutz vor invasiven Arten begriffen (Barker 2008). In Europa stehen potenzielle Gefahren durch Tierkrankheiten und kontaminierte Nahrungsmittel im Vordergrund (Enticott 2008; Frelth-Larsen 2009). In den USA und in Kanada bezieht sich Biosicherheit auf die Überwachung gesundheitlicher Gefahren durch die Ausbreitung von Krankheitserregern oder die Freisetzung toxischer Stoffe (Fearnley 2008; Van Wagner 2008; Major 2008) und die Reaktion auf solche Gefahren.

Auf Ebene einzelner Staaten wurden unter dem Eindruck von Biosicherheit interne Zuständigkeiten neu abgesteckt wie zum Beispiel die Verlagerung des Epidemic Treatment Team in das israelische Gesundheitsministerium (Samimian-Darash 2009, 484), inter-ministerielle Einrichtungen geschaffen wie das *National Invasive Species Council* in den USA oder eigens Behörden für Biosicherheit mit ausgeweiteter Zuständigkeit eingerichtet wie in Australien und Neuseeland (Waage/Mumford 2008).

Auch wenn die Verknüpfung diverser Gefahren unter der Klammer Biosicherheit bisher noch lose bleibt und von nationaler Schwerpunktsetzung geprägt ist, so scheinen Problemlösungen zunehmend grenzüberschreitende Koordination zu erfordern. Dementsprechend ist gegenwärtig ein verstärktes Bemühen um einheitliche Definitionen und Routinen auf internationaler Ebene festzustellen (Bingham/Hinchliffe 2008; Fidler/Gostin 2008). Daraus ergibt sich die Frage, inwiefern Biosicherheit zu einem neuen glo-

balen und geopolitischen Steuerungselement entwickelt wird, mit nachhaltigen Auswirkungen für menschliches und nicht-menschliches Leben, für territorial organisierte Gemeinschaften und Orte, für spezifische Lebensweisen und Praktiken. Dafür bedarf es einer Forschung, die aus kritischer Perspektive diese Entwicklungen begleitet, Deutungskämpfe analysiert und die Folgen dieser neuen Problematisierungen beschreibt. Nach Rabinow und Rose (2006, 208) sollten die im weitesten Sinne als biopolitisch zu bezeichnenden Veränderungen im Umgang mit Leben durch eine Forschung begleitet werden, die durch eine kritische Einschätzung der neuen Möglichkeiten und Gefahren auch einen Einfluss auf die weitere Entwicklungsrichtung nehmen könnte. Bisher bleibt der Forschungsoutput zum Thema Biosicherheit allerdings überschaubar. Immerhin haben sich aber innerhalb der englischsprachigen Geographie vermehrt Forscherinnen und Forscher dem Thema aus kritischer Perspektive angenommen und hier Pionierarbeit geleistet.

Im Folgenden möchten wir einen Überblick über die kritischen Arbeiten zum Thema Biosicherheit geben und klären, inwiefern es sich hier um ein wichtiges neues Themenfeld handelt, dessen Bearbeitung auch für die deutschsprachige Geographie wünschenswert wäre. Dazu möchten wir zunächst noch einmal einige regionalspezifische Ausprägungen von Biosicherheit aufgreifen. Darauf folgend skizzieren wir die Bedeutung einer raumsensiblen Analyse einzelner Aspekte des Themenfeldes Biosicherheit. Trotz der bisher relativ geringen Anzahl an Arbeiten innerhalb der kritischen Biosicherheits-Forschung wird dabei die Anschlussmöglichkeit an verschiedene bestehende Forschungsfelder der Geographie deutlich. Schließlich möchten wir klären, inwiefern das Thema aus unterschiedlichen konzeptionellen Perspektiven ein geeigneter Ansatzpunkt für eine kritische Gegenwartsdiagnose und eine besondere Herausforderung für die Geographie ist und wo wir weiteren Forschungsbedarf sehen.

2 Biosicherheit als regionales Phänomen

Die institutionelle Geschichte des Begriffs der Biosicherheit beginnt in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Im Hinblick auf die Geflügelzucht und die Gefahr durch Salmonellen wurden in den USA spätestens seit 1987 die Möglichkeiten zur Vermeidung von eindringenden Krankheitserregern unter dem Schlagwort „biosecurity“ diskutiert (Halvorson 1997). Allerdings war es Neuseeland, das als erster Staat 1993 einen gültigen *Biosecurity Act* erließ. Dieser verordnet die Ausgrenzung, Vernichtung und das Management von Risiken, die durch Schädlinge und Krankheiten für Wirtschaft, Umwelt und menschliche Gesundheit entstehen können (Barker 2010, 351). Dabei wird den Bürgern Neuseelands die Pflicht auferlegt, wachsam zu sein und jegliche Präsenz eines eventuell nicht nach Neuseeland gehörenden Organismus unverzüglich den Behörden über eine kostenlose Hotline zu melden (Barker 2010, 354). In Großbritannien wird der Begriff Biosicherheit seit dem Jahr 2001 in den Medien und der politischen Kommunikation verwendet. Im Zuge der damals grassierenden Maul-und-Klauen-Seuche-Epidemie er-

scheint Biosicherheit erstmals im Arsenal politischer und medialer Sprachlichkeit (Donaldson/Wood 2004; Donaldson 2008). Der Begriff verweist seither auf ein entstehendes Regelwerk, das den Landwirten Verantwortung und Maßnahmen zur Vermeidung und Eindämmung von Nutztierkrankheiten auferlegt (vgl. Enticott/Franklin 2009; Enticott/Vanclay 2011). Seit 2002 und in Reaktion auf die damals überstandene Maul- und Klauen-Seuche ist der Begriff der Biosicherheit im legislativen Instrument des britischen *Animal Health Act* verankert (Donaldson 2008, 1555).

In den USA taucht der Begriff der Biosicherheit verstärkt seit den 1990er Jahren auf. Dabei waren nach Collier et al. (2004) vor allem zwei Faktoren entscheidend. Erstens entstand in den USA nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Sorge, dass biowaffenfähiges Material nun aus unbewachten ehemals sowjetischen Laboren verschwinden und in die falschen Hände geraten könnte, aber auch dass die nun arbeitslosen Forscher ihr Wissen und entsprechendes Material an Organisationen und Staaten mit terroristischen Absichten verkaufen könnten. Zweitens waren die 1990er Jahre ein Jahrzehnt großer Fortschritte in der Genforschung. Prestigeprojekte wie das *Human Genome Project* versprachen nicht nur neue Möglichkeiten für die Molekularforschung, sondern galten auch als Produzenten neuer Risiken, deren Ausmaße noch überhaupt nicht abzuschätzen waren. Als verstärkender Effekt wirkten die direkt nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 ausgeführten Anthrax-Attentate, die den Bioterrorismus als die neue zentrale Gefahr in der Imagination US-amerikanischer Sicherheitsstrategen verankerten (King 2003; Sarasin 2004). Inzwischen wird der Begriff der Biosicherheit in den USA sehr breit und weniger konkret als in den vorher genannten nationalen Kontexten verwendet. Etabliert ist der Begriff vor allem in Regelwerken, die verhindern sollen, dass Laborarbeiter bewusst oder unbewusst gefährliche biologische Organismen oder Wissen über diese weitergeben (Caduff 2008). Zu diesem Zweck hat zum Beispiel die US-amerikanische Seuchenschutzbehörde CDC ein Biosecurity-Training entwickelt, das auch online verfügbar ist.¹

In Deutschland ist der Begriff der Biosicherheit nur sporadisch im Gebrauch. Auffallend ist vor allem die Webseite biosicherheit.de, die von der Genius Biotechnologie GmbH Darmstadt betrieben und durch das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderschwerpunktes Biologische Sicherheitsforschung gefördert wird. Biologische Sicherheitsforschung wird hier als die wissenschaftliche Begleitung von Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen definiert (Genius 2002). Die Webseite biosicherheit.de wird dabei vor allem als ein forschungsbegleitendes Informationsportal verstanden, bei der sich Medienvertreter sowie „interessierte Bürgerinnen und Bürger (...) umfassend über die konkreten Forschungsthemen und Ergebnisse der geförderten Projekte“ informieren können (BMBF 2010).

Ebenfalls mit der sicherheitsrelevanten Folgenabschätzung durch Gentechnik betraut ist die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS), die bereits 1978 ins

Leben gerufen wurde und per Verordnung 1990 (sogenanntes Gentechnikgesetz) institutionalisiert wurde. Organisatorisch ist das ehrenamtliche Expertengremium an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angebunden, welches die Mitglieder des ZKBS beruft (ZKBS-Verordnung 2006; BVL 2011). Physische Adresse ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Berlin. Das BVL ist ebenfalls zuständig für die Umsetzung des Protokolls über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Cartagena Protokoll). Dabei handelt es sich im Wesentlichen um ein internationales Abkommen (2000 verabschiedet, 2003 in Kraft getreten), das den grenzüberschreitenden Verkehr von gentechnisch veränderten Organismen im Sinne des Schutzes biologischer Vielfalt und menschlicher Gesundheit regeln soll.

Unter dem Schlagwort der biologischen Sicherheit finden sich in Deutschland weiterhin eine Anzahl Abteilungen in verschiedenen staatlichen Einrichtungen. Hier steht nicht zwangsläufig die grüne Gentechnik im Vordergrund. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) versteht Biologische Sicherheit als ein Arbeitsfeld mit der Aufgabe, gefährliche Mikroorganismen in und auf Lebensmitteln, Futtermitteln, Kosmetika oder Bedarfsgegenständen wie Essgeschirr oder Kinderspielzeug zu erkennen und mögliche Infektionen und Vergiftungen abzuwehren (BfR 2011). Das Robert Koch-Institut unterhält ein eigenes Zentrum für Biologische Sicherheit (ZBS), das sich mit der möglichen absichtlichen oder ungewollten Freisetzung von Infektionserregern oder Giften beschäftigt. Zentrale Aufgabe des ZBS ist es, Konzepte zur Erkennung, Eingrenzung und Versorgung der Betroffenen „von Anschlägen mit biologischen Agenzien, deren ungewollter Freisetzung und von ihnen hervorgerufener natürlicher Erkrankungen zu entwickeln“ (ZBS 2010, 2). Eingerichtet wurde das ZBS im Jahre 2002 unter dem Eindruck der bereits erwähnten Anthrax-Attentate in den USA. Auch das Paul-Ehrlich-Institut, das die Qualität, Wirksamkeit und Sicherheit biomedizinischer Arzneimittel prüft, besitzt Beauftragte für die Biologische Sicherheit. Deren genaue Aufgabenfelder sind der Öffentlichkeit allerdings nicht zugänglich.

Auf globaler Ebene werden Regelwerke entwickelt, die versuchen, Einfluss auf nationalstaatliche Gesetzgebungen und politische Praxis auszuüben. So hat beispielsweise die *Food and Agriculture Organization* (FAO) der Vereinten Nationen Biosicherheit bereits im Jahr 2003 dezidiert als neue Leitlinie herausgehoben (FAO 2003). Die damit einhergehenden Protokolle funktionieren als ein supranationales Steuerungselement, in dem sie beispielsweise Exportverbote bei Verstößen gegen die Biosicherheitsregularien vorschreiben (Mather/Marshall 2011).

Generell scheint sich der Begriff der Biosicherheit von seinen ursprünglichen Kontexten emanzipiert zu haben und wird auf sehr breiter und allgemeiner Ebene benutzt. Dazu haben neben der FAO auch andere supranationale Organisationen wie die WHO beigetragen, die Biosicherheit inzwischen als einen strategischen und integrierten Ansatz für die Analyse und das Management von Gesundheitsrisiken für Menschen, Tiere und Pflanz-

zen sehen („Biosecurity is a strategic and integrated approach to analysing and managing relevant risks to human, animal and plant life and health and associated risks for the environment.“ [INFOSAN 2010]).

In der Zusammenschau wird deutlich, dass mit dem Begriff Biosicherheit trotz unterschiedlicher Auslegungen zunehmend ein Problemkomplex markiert wird, der die regionalen Partikularinteressen miteinander verbindet. Generell verweist Biosicherheit auf Bedrohungen, die durch absichtliche oder unabsichtliche Mobilität von Schädlingen, Mikroben und anderen Lebewesen entstehen und verstärkt Aufmerksamkeit erhält.

3 Biosicherheit als Gegenstand kritischer geographischer Forschung

Bei der Formierung dieses neuen politischen Handlungsfeldes spielen Grenzziehungen, Reterritorialisierungen und die Kontrolle von Zirkulationen offensichtlich eine zentrale Rolle. Die Raumdimension, wie im Folgenden gezeigt wird, ist für die diversen Fallbeispiele unter der Klammer Biosicherheit jeweils entscheidend. Über die Skizzierung der Ergebnisse bereits vorliegender kritischer Analysen möchten wir die Relevanz einer raumsensiblen Beschäftigung mit Aspekten der Biosicherheit herausstellen.

Zunächst wollen wir zeigen, wie mit Bezug auf die globale Regulierung ansteckender Krankheiten geopolitische Dimension der Versicherheitlichung herausgearbeitet werden können. Vollzogene Strategien des Risikomanagements ansteckender Krankheiten funktionieren nicht selten als eine Reartikulation kolonialer Muster bzw. als eine Einschreibung westlicher Interessen in die lokalen Vorsorge- und Bewältigungsstrategien. So stellen beispielsweise Charles Mather und Amy Marshall (2011) fest, dass das Auftreten der klassischen Form der Schweinepest in Südafrika im Jahre 2005 zu einer Reterritorialisierung des ehemaligen Homelands Transkei führte und damit ungleiche soziale Strukturen reproduziert wurden, die an die Zeit der Apartheid erinnern. Nachdem die Schweinepest in der Provinz Westkap unter Kontrolle gebracht worden war, fiel das Augenmerk auf die Provinz Ostkap, in der die Seuche nun grassierte. Dort herrscht im Gegensatz zur industrialisierten Landwirtschaft am Westkap eine kleinbäuerliche Struktur vor, bei der Schweine vor allem zur Subsistenzsicherung im Freien gehalten wurden. Die Freilandhaltung wurde im Zuge der Biosicherheitsstrategien der südafrikanischen Regierung zum Hauptproblem deklariert, da sie die schnelle und effektive Tötung des Viehs behinderte. Um der Seuche dennoch Herr zu werden, wurde die Umsetzung von Biosicherheit an drei existierende politische Praxisfelder angedockt. Erstens wurde auf Modernisierung der Landwirtschaft gesetzt, in dem den Landwirten nur dann erneute Viehzucht zugestanden wurde, wenn sie sich an Biosicherheits-Auflagen hielten (u.a. Tierhaltung im Stall, sauberes Trinkwasser für die Tiere, Wechseln und Reinigung der Kleidung vor und nach dem Kontakt mit den Tieren sowie Desinfektion der Hände). Diese je nach Perspektive selbstverständlich klingenden Standards bedeuteten im konkreten Fall das Ende für die mehrheitlich als Subsistenzwirtschaft ausgeübte Schweinezucht und beförderte gleichzeitig die Errichtung kommerzieller Großbetriebe. Zweitens wurden

durch Armee und Polizei Checkpoints errichtet, die den Handel mit Schweinen unterbinden sollten. Drittens wurde die Gelegenheit genutzt, die von der OIE favorisierten Zonierungen nach krankheitsfreien und unsicheren Regionen auch intranational zu etablieren, um nicht den Gesamtstatus von Südafrika als „krankheitsfreies“ Gebiet zu gefährden und ein landesweites Exportverbot zu riskieren. Durch diese Maßnahmen, so Mather und Marshall (2011), werden letztendlich lokale agrikulturelle Praktiken verändert, neue Regionalisierungen etabliert und entscheidend in das Leben der Menschen vor Ort eingegriffen. Bis Mitte 2006 wurden mehr als 370.000 Schweine getötet und es starben nicht zuletzt mindestens 200 Bauern in der Transkei, da sie zu lange auf ihre Kompensationszahlungen warten mussten (Mather/Marshall 2011, 304-5 und 307).

Insgesamt sind, wenn wir Mather und Marshall folgen, die Ergebnisse der Biosicherheitsbemühungen in diesem Fall fragwürdig, da sie die Transkei als ein Operationsgebiet für Armee und Polizei reterritorialisierten und dabei den kleinen Farmern die Lebensgrundlage entzogen wurde. Die Modernisierung der Landwirtschaft bevorzugt gleichzeitig die Etablierung von kommerziellen Großbetrieben, die zu einer Verschärfung von lokaler Armut beitragen kann. Immer noch ungeklärt ist außerdem, inwieweit die Keulungsteams selbst durch ihre Reise von Ort zu Ort den Virus verbreiteten. Letztendlich hätte eine Impfkampagne mehr Erfolg haben können. Damit hätte auch verhindert werden können, dass viele der betroffenen Kleinbauern ihre Tiere versteckten. Vielen Kleinbauern war bewusst, dass sie auf ihre Rekompensation lange warten müssten bzw. nicht die Kriterien für eine erneute Viehzucht erfüllen würden. Das führte dazu, dass Tiere versteckt wurden und an andere, vor den Inspektoren sichere Orte verbracht wurden, was wiederum der Verbreitung des Virus höchstwahrscheinlich Vorschub leistete.

Eine ähnliche Problematik haben Hinchliffe und Bingham (2008) mit Bezug auf die zunehmende Besorgnis vor der Vogelgrippe in Ägypten in den Jahren 2005 und 2006 aufgedeckt. Hier wurden die Richtlinien der WHO und der OIE für Biosicherheit ernst genommen in dem Sinne, dass infizierte Vögel bzw. solche, die eventuell Kontakt mit infizierten Tieren hatten, vernichtet werden sollten. Das gestaltete sich aber in der Praxis als schwierig vor dem Hintergrund der ägyptenspezifischen Modernisierung der Landwirtschaft. Die Restrukturierung der Landwirtschaft hatte durch Monopolisierungstendenzen seit den 1980er Jahren zu einer deutlichen Verteuerung von Geflügelfleisch geführt. Als Reaktion darauf nahm die private Geflügelzucht im Hinterhof oder auf dem Dach zu, vor allem in den großen Städten. Als die ägyptische Regierung dann eine allgemeine Tötung und Vernichtung allen Geflügels anordnete, begannen viele Kleinhalter von Geflügel dieses zu verstecken oder notzuschlachten und sofort auf dem Markt zu verkaufen. Dadurch wurde effektiv das Risiko einer Verbreitung und Übertragung des H5N1-Virus auf den Menschen erhöht. Nach heftigen Protesten wurde die Vernichtungsstrategie geändert und Geflügelhaltung im Hinterhof zunächst wieder erlaubt, zumindest so lange die Tiere im Käfig gehalten wurden und gesund waren. Dennoch konnte das späte Einlenken der ägyptischen Regierung nicht gewährleisten, dass die Kleinzüchter den Status Quo erhalten

konnten. Laut Hinchliffe und Bingham (2008, 1545-6) profitierten letztendlich die kommerziell geführten Großbetriebe, die auch bei der Kompensation bevorzugt behandelt wurden.

Themen der Biosicherheit sind auch geeignet, um die Geographie gegenwärtiger globaler Vernetzung anschaulich zu machen. Insbesondere aus dem Umfeld der kritischen Health Geographies und aus stadtgeographischer Perspektive wird anhand so genannter *emerging diseases* aufgezeigt, inwiefern Mobilität und Zirkulation als Attribute globaler Vernetzung zunehmend auch als Risikofaktoren der Biosicherheit begriffen werden. Vor allem im Hinblick auf die SARS-Epidemie 2003 wurde gezeigt, wie Großstädte durch intensive globale Zirkulation von Personen, Organismen und Gütern zu einem Arbeitsfeld für Biosicherheitsstrategen werden (Ali/Keil 2008). Die SARS-Epidemie lässt sich auch als Weckruf für die Stadtforschung lesen, nicht-menschliches Leben in seiner Bedeutung für das Funktionieren der Städte ernster zu nehmen, den meist ausgeblendeten vernetzten Charakter einzelner Städte und der globalen Städtewelt stärker zu betonen sowie die Rolle von Gesundheitspolitik in der Stadt wahrzunehmen (Braun 2008). Im Umkehrschluss können die Erkenntnisse aus der Forschung zu globalen Städtenetzwerken zu einer präziseren Epidemiologie solcher Krankheiten beitragen. Die Perspektive eines globalen Städtenetzes erlaubt es Roger Keil und Harris Ali, die sozialen, kulturellen und geographischen Dimensionen der SARS-Epidemie zu integrieren (Ali/Keil 2006). Dabei wurde insbesondere der internationale Flugbetrieb problematisiert. Im Flugverkehr ist die Reisezeit meist weitaus kürzer als die Inkubationszeit einer Krankheit. Erst im Nachhinein zeigt sich durch die Verbreitung einer bestimmten Krankheit die jeweils spezifische Struktur globaler Verbindungen sowohl von menschlichem als auch nicht-menschlichem Leben. Folgerichtig lässt sich die globale Vernetzung gleichsam als eine Geographie der Krankheit darstellen:

„The geography of globalization is a geography of disease. The spread of diseases now reflects and reveals the economic, cultural and social relations that span the globe.“ (Keil/Ali 2010, 108)²

So geht es bei der konkreten Herstellung von Biosicherheit im Kern meist um die Einrichtung von Prozeduren und Infrastrukturen zur Kontrolle und Steuerung der Mobilität lebender Organismen quer zu etablierten politischen Maßstabsebenen. Die Definition von Grenzen und Territorien spielt dabei eine zentrale Rolle (etwa im Rahmen der OECD *Working Group for the Harmonization of Regulatory Oversight in Biotechnology*) ebenso wie die Etablierung von Techniken, die Grenzübertritte ermöglichen bzw. verhindern sollen (etwa *PulseNet International* als ein international abgestimmtes System zur Früherkennung von *foodborne diseases*). Entsprechend sind die Transitstellen wie Häfen und Flughäfen bevorzugte Orte der Intervention (Budd et al. 2009; Budd et al. 2010; Ali/Keil 2010). An diesen Knotenpunkten treten je spezifische Problematisierungen in den Vordergrund, wie z.B. die Fauna in den Ballastwassertanks der Containerschiffe oder die Körpertemperatur von Fluggästen.³

Ergänzend fügt die kritische Biosicherheitsforschung hinzu, dass die Sicherung menschlichen Lebens auch ein Regulieren von und Intervenieren in nicht-menschliches Leben beinhaltet. Problemfelder der Biosicherheit verdeutlichen den gegenwärtigen Anspruch gesellschaftlicher (Selbst-)Beherrschung, wonach jegliche Lebensform von einer sozusagen politischen Bevölkerungsgeographie erfasst wird. So könnte man alle politischen Bemühungen bezeichnen, die definieren, wer und was, wann und wo, in welcher Form und in welcher Menge erwünscht bzw. unerwünscht ist. Da es sich hier aber eben nicht mehr nur um eine Steuerung menschlicher Populationen handelt, sondern auch von Pflanzen, Tieren und Quasi-Lebewesen wie Viren, so könnte noch treffender von einer „politischen Biogeographie“ gesprochen werden, die das Ineinandergreifen menschlicher und nicht-menschlicher Systeme im Hinblick auf deren Verteilung in Raum und Zeit beschreibt (Donaldson/Wood 2008, 128).

Diese Perspektive einer politischen Biogeographie wird insbesondere in Arbeiten aus der Tradition einer Geographie des ländlichen Raumes bearbeitet. Hier geht es im Wesentlichen um die Kontrolle und das Management von Tieren und deren Gesundheit, die entweder in der Landwirtschaft eingesetzt werden oder die eine entsprechende Auswirkung auf die Landwirtschaft haben. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Arbeiten des britischen Geographen Gareth Enticott. Er hat zum Thema Rindertuberkulose in Großbritannien detailreiche Erkenntnisse publiziert. Rindertuberkulose ist eine Nutztierkrankheit, die weitverbreitet und auch für den Menschen gefährlich ist. Allerdings haben umfangreiche Maßnahmen wie das Keulen infizierter Tiere und die Behandlung von Fleisch und Milchprodukten dazu geführt, dass die Krankheit aus dem öffentlichen Diskurs weitgehend verschwunden ist. Dennoch verbirgt sich hinter dem Management dieser Krankheit ein kompliziertes System aus politischen Vorgaben und Protokollen, landwirtschaftlichen Interessen, Veterinärpraktiken und Bewegungen von Tieren und Mikroben (Enticott 2011). Dieses komplexe Gefüge ist keinesfalls als stabil anzusehen, sondern die Biosicherheit von Tieren und Konsumenten wird stets neu hergestellt und ausgehandelt.

Beispielsweise wurde in Großbritannien in den 1990er Jahren zunehmend darauf verwiesen, dass der Dachs als Überträger von Rindertuberkulose das eigentliche Problem sein könnte (Enticott 2001). Diese Tiere könnten die Krankheit von Hof zu Hof bringen. Auf diesen Vermutungen aufbauend wurde ein Forschungsprogramm gestartet, bei dem die gebietsweise Ausrottung des Dachses über die Zusammenhänge Aufschluss geben sollte. Zwar war es nicht die Kritik an diesem massiven Eingriff in regionale Dachsbestände, die das Programm letztendlich vorzeitig beendete, aber die Problematik, zwischen schützenswertem und zur Vernichtung freigegebenem Leben zu unterscheiden, wird hier überdeutlich (Enticott/Franklin 2009).

Letztendlich beschreibt Enticott in seinen Forschungsarbeiten zur Rindertuberkulose eine durch Biosicherheit gekennzeichnete Geographie des ländlichen Raumes, die konstituiert wird (aus Sicht der hier angewandten Akteur-Netzwerk-Theorie) durch netzwerk-

artige Verflechtungen von regionaler und internationaler Agrarpolitik und deren Protokollen und Dokumenten, von Landwirten, Rinderherden, Mikroben, Tierärzten und materiellen Dingen – vom Zaun und Stall über Traktoren bis hin zu den Spritzen der Tierärzte, mit denen die Rinder getestet werden (vgl. Law 2006; Law/Mol 2011 im Hinblick auf Maul-und-Klauen-Seuche). Darüber hinaus geht es hier auch um die Frage, was eigentlich der ländliche Raum ist, wer und was in ihm leben darf und wo. Explizit wird diese Fragestellung auch von Buller (2008) bearbeitet. In seinem Beispiel geht es um Wölfe, die von Italien und aus der Schweiz kommend die französischen Alpen seit den 1990er Jahren wiederbesiedelt haben. Zunächst wurde dieses Phänomen im Sinne der Biodiversität und des Tourismus als positiv gewertet. Allerdings stellte die Rückkehr eines großen Raubtieres ein Problem für die extensiv betriebene Schafzucht dar. Diese Form der Landwirtschaft wird von ihren Vertretern als das eigentliche Charakteristikum des alpinen Raumes verteidigt. Trotz Kompensationszahlungen konnten die Landwirte nicht an die Rückkehr des Wolfes gewöhnt werden und mittlerweile sind die Tiere in begrenztem Umfang wieder zum Abschuss freigegeben. Der Analyse von Buller (2008) folgend handelt es sich dabei nicht nur um einen klassischen Nutzungskonflikt zwischen verschiedenen Interessensgruppen. Vielmehr stehen sich hier ganz allgemein „wilde“ Natur und „gepflegte“ Kulturlandschaft als zwei Raumparadigmen konträr gegenüber.

Ähnliche Beispiele könnten auch im deutschsprachigen Raum untersucht werden. Es ließe sich sicherlich gut herausarbeiten, wie der am 26. Juli 2006 erlegte und berühmt gewordene „Problembrä Bruno“ letztendlich Opfer von widerstreitenden Raumbildern und Sicherheitsdiskursen wurde. Auch die Diskussionen um die Rückkehr von Wölfen in verschiedene deutsche Gebiete haben noch kein Ende gefunden. Darüber hinaus wird neu einwandernden Arten aus Südeuropa im Zuge des Klimawandels ebenfalls das Potenzial bescheinigt, den ländlichen Raum nachhaltig zu verändern und gleichzeitig neue Gefahren zu schaffen, beispielsweise durch mitwandernde Krankheitserreger.

Bei all den zuvor genannten Geographien sind kartographische Repräsentationen zunehmend zentral. Dabei geht es nicht mehr nur um eine de facto Darstellung von bereits bekannten Passagen und Verbreitungsgebieten spezifischer Lebensformen. Parallel zu einem wachsenden Gefahrenbewusstsein im Bereich Biosicherheit wurden und werden neue technische Möglichkeiten zur präventiven Gefahrenerkennung und -abwehr entwickelt. Insbesondere die Entwicklung von Techniken zur Früherkennung solcher Bedrohungen wird stark vorangetrieben. Oft geht es dabei um eine möglichst umfangreiche Datensammlung und eine unmittelbare Auswertung und Aufbereitung der Informationen. Dabei ist die Raumdimension zunehmend von Bedeutung – also die Frage nach der räumlichen Verteilung und Verbreitung bestimmter Merkmale. Vielfach werden daher neue Geoinformationssysteme eingesetzt, welche eine rechnergestützte Analyse und Visualisierung georeferenzierter Daten erlauben. Einschlägiges Beispiel ist etwa die *Disease Surveillance*, eine Früherkennung von Infektionskrankheiten, bei der kartographische Visualisierungen räumlicher Verbreitungs- und Verteilungsmuster eingesetzt wer-

den (Reinhardt et al. 2008). Zuletzt ist dieses Anwendungsfeld Geographischer Informationssysteme im Zusammenhang mit der Bedrohung durch das veränderte H1N1-Virus („Schweinegrippe“) einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Gefahrenabwehr und Gewährleistung von Biosicherheit scheint einerseits die lückenlose Überwachung und Früherkennung zu erfordern, andererseits die Verhinderung und Kontrolle von Zirkulation und Grenzüberschreitung, von Infiltration oder unreguliertem Austausch.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass Biosicherheit einerseits mit spezifischen Geographien korreliert, die wir oben mit Donaldson und Wood (2008) als politische Biogeographien bezeichnet haben. Andererseits gibt es für die geographische Forschung verschiedene empirische Ansatzpunkte. Diese reichen von den internationalen Abkommen und Konventionen, vom Gesundheitsmanagement in global vernetzten Großstädten über veterinäre Praktiken im ländlichen Raum und den Artenschutz bis hin zu den antizipierenden Geographien ermöglicht durch GIS und der digitalen Verarbeitung raumbezogener Datensätze.

Über diese vielfältigen Ansatzpunkte für kritische raumsensible Forschung hinaus lässt sich das Phänomen der gegenwärtigen Versicherheitlichung des Lebens noch grundsätzlicher gesellschaftsanalytisch in Beschlag nehmen. In den unterschiedlichen unter dieser Klammer verhandelten Problemfeldern wie Nahrungssicherheit, Pandemien, Bioterrorismus oder invasive Arten stehen jeweils grundsätzliche Fragen zu Debatte: etwa nach der politischen Steuerung in einer global vernetzten „post-westfälischen“ Staatenwelt (Fidler 2004; Keil/Ali 2007), nach der Trennung von schützenswertem und nicht-schützenswertem Leben oder nach der Grenzziehung zwischen Natur und Gesellschaft. Die Aushandlung dieser Fragen vollzieht sich vielfach erst, und das Themenfeld bietet damit vielfältiges Material für kritische Zeitdiagnosen. Diese besondere Herausforderung des Themenfeldes für kritische Sozialwissenschaften und insbesondere für die Geographie möchten wir abschließend herausstellen.

4 Biosicherheit als Herausforderung für die Geographie

Das breite Themenfeld Biosicherheit eröffnet in unseren Augen also in zwei Richtungen Forschungsbedarf gerade auch für die Geographie. Wie oben gesehen werfen die unterschiedlichen Problemfällen innerhalb der Klammer Biosicherheit und ihre jeweilige politische Bearbeitung eine Reihe konkreter Fragen auf und erfordern eine kritische Reflexion der impliziten Effekte. Biosicherheit ist auch eine Analysekategorie bzw. ein Konzept zur Erklärung verschiedener aktueller politischer und praktischer Phänomene,.

Zum anderen ist die zunehmend als Notwendigkeit wahrgenommene Regulierung „gefährlicher“ Lebewesen und Keime aber auch als Indiz für eine grundsätzlichere Versicherheitlichung des Lebens interessant und wirft die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung auf. Anders gesagt, für eine kritische Analyse im Schnittfeld Gesellschaft, Risiko und Gesundheit erscheint der Begriff Biosicherheit als „good to think with“

(Kezia Barker, mündliche Kommunikation 22.9.2011). Für die Anthropologie haben Stephen Collier, Andrew Lakoff und Paul Rabinow Biosicherheit als den Gegenstandsbereich definiert, an dem sich eine „Anthropologie der Gegenwart“ in besonderer Weise ablesen lässt (Collier et al. 2004; Collier/Lakoff 2005; Lakoff/Collier 2008). Wir teilen die Einschätzung, dass die Problematisierungen und Verfahren entlang der Sicherstellung von Leben einen neuralgischen Punkt gegenwärtiger Gesellschaft markieren und in besonderer Weise Einsichten erlauben. Unterschiedliche Anknüpfungspunkte für eine solche Perspektive auf Biosicherheit möchten wir im abschließenden Abschnitt betonen.

Aus der Perspektive einer poststrukturalistischen Machttheorie lässt sich Biosicherheit etwa als Ausdruck einer sicher veränderten Biomacht lesen und Rückschlüssen auf die gegenwärtige Form und den Umfang politischer Steuerung ziehen. Ausgehend etwa von Michel Foucaults Analyse unterschiedlicher Rationalitäten des Regierens ist die Gegenwart weniger von souveränen und disziplinierenden Machttechniken als von Techniken der Sicherheit geprägt (Foucault 2000). Die Entfaltung der Kräfte und die Gewährleistung von Zirkulation steht im Vordergrund, und entlang dieser Rationalität erweitert sich der politische Zugriff auf die Lebensfunktionen selbst. Während in der frühen Moderne ein Augenmerk auf den individuellen un/gesunden Körpern lag, die über Quarantäne- und Hygienebestimmung, Spitäler und Kliniken erfasst und geordnet wurden („Anatomie-Politik des menschlichen Körpers“ [Foucault 1999: 280]) so wird zunehmend nicht bloß der individuelle Körper, sondern der Mensch als Lebewesen zur zentralen Sorge politischer Steuerung („Biopolitik der menschlichen Gattung“ [Foucault 1999: 280]). Foucaults Genealogie der Macht arbeitet schlussendlich die Entstehung einer Bio-Macht heraus, die mit dem erwachten politischen Interesse an dem Menschen als Lebewesen wirksam wird. Mit Bio-Macht meint Foucault „das Ensemble von Mechanismen, durch die das, was in der menschlichen Art seine grundlegenden biologischen Züge ausbildet, in das Innere einer Politik, einer politischen Strategie, einer allgemeinen Machtstrategie eintreten kann“ (Foucault 2004, 13).

Die gegenwärtige Problematisierung von Themenfeldern in der Verknüpfung Leben/Sicherheit ist vor diesem Hintergrund eine weitere Zuspitzung und Konkretisierung solcher Bio-Macht. Aus dieser machtanalytischen Perspektive liegt das Augenmerk dezidiert auf den Effekten dieser veränderten Politisierung des Lebens, die zunehmend in Begriffen der Sicherheit zum Ausdruck kommt. Noch expliziter als die oben skizzierten Fallstudien zu unterschiedlichen Beispielen aktueller Versicherunglichung richtet diese Perspektive den Blick auf das hegemoniale Moment, welches etwa aus der Unterscheidung zwischen zu sicherndem und gefährlichem Leben resultiert.

Besonders deutlich wird das in der einflussreichen Analyse von Bruce Braun (2007), in der er sich mit der Art und Weise auseinandersetzt, in der das individuelle Leben gegenwärtig politisch adressiert wird. Einschlägig für diese Frage und Bezugspunkt für Braun ist die von Nikolas Rose (2001; 2006) herausgearbeitete Verschiebung biopolitischer Steuerung in die Individuen hinein. Mit den Fortschritten der Genforschung

und der Lebenswissenschaften hat sich unser Begriff von Lebensfunktionen molekularisiert. Mit dem nun detaillierteren Wissen über individuelle genetische Prädispositionem geht implizit auch eine stärkere individuelle Verantwortung zu einer gesunden Lebensführung einher. Rose erkennt hier ein verändertes biopolitisches Moment individueller Selbstsorge, eine so genannte *ethopolitics* (Rose 2001, 1), die weniger auf der Ebene der Gesunderhaltung der Bevölkerung als vielmehr auf der Ebene individueller Risikovorsorge ansetzt. Braun akzeptiert diese Gegenwartsdiagnose, plädiert aber für eine entscheidende Erweiterung. Ethopolitics beschreibt nur einen Teil des derzeit veränderten politischen Umgangs mit dem Phänomen „Leben“. Genetisch informierte Individuen sehen sich einer neuen Verantwortung gegenüber (*ethopolitics*), zugleich sind sie einer bedrohlichen und unkontrollierbaren molekularen Umwelt ausgesetzt (Biosicherheit):

„[M]olecular biology and genetics have given us a body known at the molecular scale, and thus made the physical mechanisms of ‘life’ available to political and economic calculation in new ways, they have also, in conjunction with the science of immunology and virology, given us another way to conceive of our biological existence, no longer in terms of a self-contained body whose genetic inheritance is to be managed and improved, but in terms of a body embedded in a chaotic and unpredictable molecular world, a body understood in terms of a general economy of exchange and circulation, haunted by the spectre of newly emerging or still unspecifiable risks.“ (Braun 2007, 14)

Unter der Klammer Biosicherheit vollziehen sich derzeit unterschiedliche politische Maßnahmen der Risikominimierung. Diese Politik nutzt die Unvorhersehbarkeit molekularen Lebens als Rechtfertigung – und zwar auf die Art und Weise, dass die Versicherunglichung tatsächlich als einzige mögliche politische Reaktion erscheint („[...] ‚biosecurity’ today names a set of political responses within globalization that take the *unpredictability* of molecular life – its ‚virtuality’ or ‚waywardness’ – as their own justification, and in such a way that ‚security’ appears the only viable political response.“ [Braun 2007, 15 Herv. i. O.]).

Braun zeigt auf, wie aus dieser Vorstellung einer individuellen molekularen Verwundbarkeit ein globaler Bio-Sicherheits Komplex entstanden ist, in dem vorwiegend westliche Länder ihre Bevölkerung vor molekularen Bedrohungen durch exterritoriale Eingriffe und die Installation von Präventionsverfahren in ärmeren Teilen der Welt zu schützen versuchen. Die Maßnahmen dienen Braun somit als Beleg für ein zusätzliche biopolitisches Moment jenseits der Ethopolitik.

Braun arbeitet dieses biopolitische Moment unter dem Schlagwort Biosicherheit weiter aus. Letztendlich argumentiert er, dass wir Biosicherheit als ein globales Projekt verstehen sollten, dessen Ziele die Regulierung biologischer (Un-)Ordnungen sowie die Erlangung einer bestimmten biomolekularen Zukunft durch die Verhinderung anderer möglicher Entwicklungen sind. Dabei wird Biosicherheit im Namen menschlicher Gemeinschaften propagiert und praktiziert, die sich vor allem in den reichen westlichen

Ländern befinden. Eine Folge ist, dass Biosicherheit einen extraterritorialen Charakter erhält, da biosicherheitsliche Probleme zwar in den westlichen Ländern definiert werden, die eigentlichen Akte der Sicherung sich aber überwiegend auf die Länder des Südens oder andere ärmere Regionen beziehen. So wird Biosicherheit zu einem neuen Ausdruck für alte geopolitische Muster mit neo-kolonialen bzw. neo-imperialen Zügen. Schließlich wird durch das Projekt der Biosicherheit das Verhältnis von Menschen zu Tieren und anderen Organismen sowie von Menschen untereinander rekonfiguriert (Braun 2007, 22ff.).

Die dadurch aufgeworfenen Fragen lassen sich unserer Meinung nach natürlich besonders gut im disziplinären Rahmen der Geographie untersuchen. Das empirische Phänomen Biosicherheit spannt ein Betätigungsfeld für zumindest zwei unterschiedliche Bearbeitungen durch geographische Forschung. Gegenstände innerhalb der Klammer Biosicherheit liegen dezidiert im Schnittpunkt zwischen Gesellschaft und Umwelt, einem der zentralen Themenfelder der Disziplin. Der Bedarf an anwendungsbezogener Forschung und an einer kritischen Reflexion der ergriffenen Maßnahmen zur Biosicherheit kann daher gut durch die Geographie gedeckt werden, insbesondere durch diejenigen Forschungsperspektiven, die human- und physiogeographische Perspektiven integrieren, wie z. B. die Gesellschaft-Umwelt-Forschung oder die geographische Naturgefahren- und Risikoforschung. Dennoch fällt auf, dass sich bisher ein Großteil der Gesellschaft-Umwelt-Forschung auf geophysikalische Großereignisse konzentriert und sich seltener für die biogeographischen Verflechtungen interessiert. Erdbeben, Dürren, Tsunamis, Überschwemmungen oder allgemein der Klimawandel haben sich bisher als festes Terrain der geographischen Schnittstellenforschung etabliert. Ausbreitung und Mobilität von Mikroben, Pflanzen und Tieren spielt hier höchstens eine untergeordnete Rolle. Wir vermuten, dass es sich bei dieser einseitigen Forschungsausrichtung im Kern um ein konzeptionelles Problem handelt. Die „klassischen“ Themen der geographischen Gesellschaft-Umwelt-Forschung beschäftigen sich im Prinzip mit etwas, das wir hier in Abgrenzung zur Biosicherheit als „Geosicherheit“ bezeichnen würden. Dabei geht es im Wesentlichen um lokalisierbare Phänomene überwiegend physikalischer Naturereignisse, meistens mit einem verortbaren (Epi-)Zentrum. Diese Phänomene stellen eine Bedrohung von Außen dar (bzw. aus der Tiefe oder der Höhe), also eine *Naturgefahr*, und sie haben eine klare Richtung, die sich kartographisch erfassen und eventuell vorhersagen lässt. Im Gegensatz dazu sind die Themen der Biosicherheit vor allem an Phänomene gebunden, die kein Zentrum besitzen und wesentlich schwieriger zu lokalisieren sind. Die Bedrohung ist hier eine von „Innen“, also von innerhalb des Menschen (z.B. Grippevirus) oder innerhalb der Gesellschaft (z. B. Bioterror oder kontaminierte Lebensmittel). Das Ausmaß der Bedrohung ist außerdem nicht anhand eines Ortes festzumachen, wie z.B. bei einem Erdbeben, dessen Bedrohlichkeit abhängig ist von spezifischen lokalen Faktoren wie Besiedlungsdichte und Qualität der Gebäude und Infrastruktur (vgl. Glade/Dikau 2001). Im Fall der Biosicherheit liegt die Bedrohung vielmehr in der Mobilität, in ihrem netzwerkartigen Cha-

rakter und in der Unvorhersehbarkeit der langfristigen, räumlichen wie biologischen Entwicklungspfade. Darin liegt auch die Herausforderung, welche die Themen der Biosicherheit für die geographische Risiko- und Gesellschaft-Umwelt-Forschung darstellen. Erfolg und Relevanz einer solchen Biosicherheitsforschung bzw. einer politischen Biogeographie wird sich unter anderem daran messen lassen müssen, inwieweit es ihr gelingt, Mobilitäten und die Praktiken, die bestimmte Mobilitäten ermöglichen oder einschränken sollen, konzeptionell und empirisch zu erfassen.

An der Herausbildung des Themenfeldes Biosicherheit wird zudem eine veränderte Problematisierung grundlegender gesellschaftlicher Kategorien sichtbar. Globale Vernetzung erscheint als pathogen, internationale Gesundheitsfürsorge als eine Aufgabe der Sicherheitspolitik, das enge Zusammenleben von Tier und Mensch erscheint als Gefahr. Das politische Interesse und Bemühen im Schnittpunkt Leben/Sicherheit artikuliert die Gegenstände in spezifischer Weise und bringt sie als zu bearbeitendes Problem erst hervor. Die Geographie hat aus der eigenen Disziplingeschichte und durch die Öffnung für konzeptionelle Entwicklungen in anderen Sozialwissenschaften einen geeigneten begrifflichen Rahmen, um Biosicherheit auf solche grundlegenden Momente gesellschaftlicher Entwicklung hin zu analysieren.

In der Geographie wurde beispielsweise die Dichotomie zwischen Natur und Gesellschaft etwa im Rahmen der Politischen Ökologie schon früh kritisch hinterfragt. Einschlägige Arbeiten in den 1980er und 1990er Jahren haben unser Bewusstsein für die soziale Konstruktion der Kategorie Natur geschärft (Smith 1984; Castree 1995; Harvey 1996). Seit 2000 lässt sich nun die Hinwendung zu der umgekehrten Blickrichtung beobachten, also die Berücksichtigung der nicht-menschlichen Natur und ihrer Prägekraft für soziale Verhältnisse (Whatmore 2002). So fragt etwa Nigel Clark:

„[W]hy is it that after all the vexing of the nature/culture binary, we are still so much more comfortable tracking the impact of globalization on the biophysical world than we are with any consideration of a biological or geological contribution to the global contours we now confront?“ (Clark 2002, 104)

Bezugnehmend vor allem auf die Arbeiten von Bruno Latour (2008) und Donna Haraway (1991) wird nun zunehmend die gegenseitige Hervorbringung von Natur und Gesellschaft betont. Noel Castree spricht vom Übergang einer dualistischen zu einer relationalen Ontologie in der Untersuchung von Gesellschaft-Umwelt-Verhältnissen (Castree 2003). Dies geht bis hin zu einem Neo-Vitalismus, der die Eigenständigkeit bzw. Widerständigkeit nicht-menschlicher Akteure ins Zentrum stellt (Braun 2008).

Als ein im wörtlichen Sinn neuralgischer Bereich individuellen Lebens und gesellschaftlichen Zusammenlebens bietet die Klammer Biosicherheit vielfältige Ansatzpunkte um aktuelle gesellschaftliche Naturverhältnissen, damit verbundene Machtstrategien, globale Kräfteverhältnisse sowie kommerzielle Interessen sichtbar zu machen.

Anmerkungen

- 1 Siehe: <http://www.cdc.gov/biosafety/biosecuritytraining/page2790.html>; zuletzt aufgerufen am 24.8.2011.
- 2 In der Geographie wird schon lange darauf hingewiesen, dass die Verbreitungen von Krankheiten ein guter Indikator für soziale Verflechtungen sind (so z.B. Hägerstrand 1952; kritisch dazu siehe Curtis 2004, 160ff.). Dass aber der Begriff der Globalisierung mit dem Beispiel ansteckender Krankheiten explizit verdeutlicht wird, scheint vor allem ein Phänomen der Zeit nach den Anthrax-Attentaten 2001 zu sein (vgl. Sarasin 2004).
- 3 Temperaturscanner am Check-In sind seit SARS und H1N1 insbesondere in Asien im Einsatz. Als allerdings bisher einziges Land hat China im Zuge der H1N1-Pandemie Beamte mit mobilen Körperscannern auf Inlandsflügen eingesetzt, um Passagiere auch während des Fluges auf erhöhte Körpertemperatur zu untersuchen (Huang/Smith 2010, 174).

Literatur

- Ali, S. Harris; Keil, Roger 2006: Global Cities and the Spread of Infectious Disease. The Case of Severe Acute Respiratory Syndrome (SARS) in Toronto, Canada. In: *Urban Studies* 43 (3), S. 491-509.
- Ali, Harris, Roger Keil (Hg.) 2008: *Networked disease: emerging infections in the global city*. Malden, MA.
- Ali, Harris, Roger Keil 2010: Securitizing networked flows: infectious disease and airports. In: Stephen Graham (Hg.): *Disrupted Cities*. New York. S. 97-110.
- Barker, Kezia 2008: Flexible boundaries in biosecurity: accommodating gorse in Aotearoa New Zealand. In: *Environment and Planning A* 40 (7). S. 1598-1614.
- Barker, Kezia 2010: Biosecure citizenship: politicising symbiotic associations and the construction of biological threat. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 35 (3). S. 350-363.
- Bingham, Nick, Gareth Enticott, Steve Hinchliffe 2008: Biosecurity: spaces, practices, and boundaries. In: *Environment and Planning A* 40 (7). S. 1528-1533.
- Bingham, Nick, Steve Hinchliffe 2008: Mapping the multiplicities of biosecurity. In: Andrew Lakoff, Stephen Collier (Hg.): *Biosecurity Interventions. Global Health and Security in Question*. New York. S. 173-194.
- Braun, Bruce 2007: Biopolitics and the molecularization of life. In: *Cultural Geographies* 14 (1). S. 6-28.
- Braun, Bruce 2008: Thinking the city through SARS: Bodies, topologies, politics. In: Harris Ali, Roger Keil (Hg.): *Networked Disease. Emerging Infections in the Global City*. Chichester. S. 250-266.

- Budd, Lucy, Morag Bell, Adam Warren 2010: Maintaining the sanitary border: air transport liberalisation and health security practices at UK regional airports. In: Transactions of the Institute of British Geographers 36 (2), S. 268-279.
- Budd, Lucy, Morag Bell, Tim Brown 2009: Of plagues, planes and politics: controlling the global spread of infectious diseases by air. In: Political Geography 28, S. 426-435.
- Buller, Henry 2008: Safe from the wolf: biosecurity, biodiversity, and competing philosophies of nature. In: Environment and Planning A 40 (7), S. 1583-1597.
- Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) 2011: Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit. www.bvl.bund.de, letzter Zugriff 13.9.2011.
- Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) 2011: Biologische Sicherheit. www.bfr.bunde.de/de/biologische_sicherheit-3981.html, zuletzt angesehen 13.9.2011.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2010: „Sicherheit hat bei der Pflanzengenetik Priorität“. Pressemitteilung des Ministeriums vom 7. Juli 2010 (121/2010). Berlin.
- Buzan, Barry; Wæver, Ole; Wilde, Jaap de 1998: Security. A new framework for analysis. Boulder, Colorado.
- Caduff, Carlo 2008: Anticipations of biosecurity. In: Andrew Lakoff, Stephen Collier (Hg.): Biosecurity Interventions. Global Health Security in Question. New York. S. 257-277.
- Castree, Noel 1995: The nature of produced nature: Materiality and knowledge construction in Marxism. In: Antipode 27 (1), S. 12-48.
- Castree, Noel 2003: Environmental issues: relational ontologies and hybrid politics. In: Progress in Human Geography 27 (2), S. 203-211.
- Clark, Nigel 2002: The Demon-Seed: Bioinvasion as the Unsettling of Environmental Cosmopolitanism. In: Theory, Culture & Society 19 (1-2), S. 101-125.
- Collier, Stephen, Andrew Lakoff 2005: On Regimes of Living. In: Aihwa Ong, Stephen Collier (Hg.): Global assemblages. Malden. S. 22-39.
- Collier, Stephen, Andrew Lakoff, Paul Rabinow 2004: Biosecurity. Towards an anthropology of the contemporary. In: Anthropology Today 20 (5), S. 3-7.
- Curtis, Sarah 2004: Health and Inequality. London.
- Donaldson, Andrew 2008: Biosecurity after the event: risk politics and animal disease. In: Environment and Planning A 40 (7), S. 1552-1567.
- Donaldson, Andrew, David Murakami Wood 2004: Surveilling strange materialities: categorisation in the evolving geographies of FMD biosecurity. In: Environment and Planning D: Society and Space 22 (3), S. 373-391.
- Donaldson, Andrew, David Wood 2008: Avian influenza and events in political biogeography. In: Area 40 (1), S. 128-130.

- Enticott, Gareth 2001: Calculating nature: the case of badgers, bovine tuberculosis and cattle. In: *Journal of Rural Studies* 17 (2), S. 149-164.
- Enticott, Gareth 2008: The spaces of biosecurity: prescribing and negotiating solutions to bovine tuberculosis. In: *Environment and Planning A* 40 (7), S. 1568-1582
- Enticott, Gareth 2011: The local universality of veterinary expertise and the geography of animal disease. In: *Transactions of the Institute of British Geographers Article first published online: 7 JUN 2011 (DOI: 10.1111/j.1475-5661.2011.00452.x)*.
- Enticott, Gareth, Alex Franklin 2009: Biosecurity, expertise and the institutional void: the case of bovine tuberculosis. In: *Sociologia Ruralis* 49 (4), S. 375-393.
- Enticott, Gareth, Frank Vanclay 2011: Scripts, animal health and biosecurity: the moral accountability of farmers' talk about animal health risks. In: *Health, Risk & Society* 13 (4), S. 293-309.
- FAO 2003: Biosecurity in food and agriculture: Report on the 17th Session on the committee on agriculture. U R L: <http://www.fao.org/DOCREP/MEETING/006/Y8453E.HTM> (besucht am 2011. 06. 21).
- Fearnley, Lyle 2008: Redesigning syndromic surveillance for biosecurity. In: Andrew Lakoff, Stephen Collier (Hg.): *Biosecurity Interventions. Global Health and Security in Question*. New York, S. 61-88.
- Fidler, David 2004: SARS, Governance and the Globalization of Disease. Houndmills.
- Fidler, David 2007: A Pathology of Public Health Securitism. Approaching Pandemics as Security Threats. In: Andrew Fenton Cooper, John Kirton und Ted Schrecker (Hg.): *Governing global health. Challenge, response, innovation*. Aldershot, S. 41-64.
- Fidler, David, Larry Ogalthorpe Gostin 2008: *Biosecurity in the global age: Biological weapons, public health, and the rule of law*. Stanford.
- Foucault, Michel (1999): Vorlesung vom 17. März 1976. In: Michel Foucault: *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975 - 76)*. Frankfurt am Main. S. 276-305.
- Foucault, Michel (2000): Die 'Gouvernementalität'. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main. S. 41-67.
- Foucault, Michel (2004): Vorlesung 1. Sitzung vom 11. Januar 1978. In: Michel Foucault: *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977-1978*. Frankfurt am Main. S. 13-51.
- Freljh-Larsen, Ana 2009: Semi-subsistence producers and biosecurity in the Slovenian Alps. In: *Sociologia Ruralis* 49 (4), S. 330-343.
- Genius Biotechnologie GmbH, Patricia Germandi 2002: *Biologische Sicherheitsforschung. Ein Überblick über die Projektförderung zur Biologischen Sicherheitsforschung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und europäische Initiativen*. Darmstadt.
- Glade, Thomas, Richard Dikau 2001: *Gravitative Massenbewegungen. Vom Naturereignis*

- zur Naturkatastrophe. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 145 (6). S. 42-53.
- Hägerstrand, Torsten 1952: The propagation of innovation waves. Lund.
- Hagmann, Jonas 2010: Räume der Unsicherheit. Konstruktion, Emanzipation und Exklusion durch Sicherheitspolitik. In: *Geographica Helvetica* 3, S. 172-180.
- Halvorson, David 1997: Good management practices for Salmonella risk reduction in the production of table eggs. University of Minnesota: Extension
- Haraway, Donna 1991: *Simians, cyborgs and women: The reinvention of nature*. New York.
- Harvey, David 1996: *Justice, nature and the geography of difference*. Malden, MA.
- Hinchliffe, Steve, Nick Bingham 2008: Securing life: the emerging practices of biosecurity. In: *Environment and Planning A* 40 (7), S. 1534-1551.
- Huang, Yanzhong, Christopher Smith 2010: China's response to pandemics: From Inaction to Overreaction. In: *Eurasian Geography and Economics* 51 (2), S. 162-183.
- Ingram, Alan, Klaus Dodds 2009: Spaces of Security and Insecurity: Geographies of the War on Terror. In: Alan Ingram, Klaus Dodds (Hg.): *Spaces of Security and Insecurity. Geographies of the War on Terror*. Farnham. S. 1-18.
- International Food Safety Authorities Network (INFOSAN) 2010: Biosecurity: An integrated approach to manage risk to human, animal and plant life and health. INFO-SAN Information Note No. 1/2010. http://www.who.int/foodsafety/fs_management/No_01_Biosecurity_Mar10_en.pdf, zuletzt aufgerufen 7.10.2011.
- Keil, Roger, Harris Ali 2006: The avian flu: some lessons learned from the 2003 SARS outbreak in Toronto. In: *Area* 38 (1), S. 107-109.
- Keil, Roger, Harris Ali 2007: Governing the sick city: urban governance in the age of emerging infectious disease. In: *Antipode* 39 (5), S. 846-873.
- King, Nicholas 2003: The influence of anxiety: September 11, Bioterrorism, and American public health. In: *Journal of the History of Medicine* 58 (4), S. 433-441.
- Lakoff, Andrew, Stephen Collier (Hg.) 2008: *Biosecurity Interventions. Global Health and Security in Question*. New York.
- Latour, Bruno 2008: *Wir sind nie modern gewesen: Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Frankfurt am Main.
- Law, John 2006: Disaster in agriculture: or foot and mouth mobilities. In: *Environment and Planning A* 38 (2), S. 227-239.
- Law, John, Annemarie Mol 2011: Veterinary realities. What is foot and mouth disease? In: *Sociologia Ruralis* 51 (1), S.1-16.
- Major, Claire 2008: Affect work and infected bodies: biosecurity in an age of emerging infectious disease. In: *Environment and Planning A* 40 (7), S. 1633-1646.
- Mather, Charles, Amy Marshall 2011: Biosecurity's unruly spaces. In: *The Geographical Journal* 177 (4), S.300-310.
- Rabinow, Paul, Nikolas Rose 2006: Biopower today. In: *BioSocieties* 1, S. 195-217.

- Reinhardt, Markus et al. 2008: EpiScanGIS: an online geographic surveillance system for meningo- coccal disease. In: *International Journal of Health Geographics* 7 (33), S. 1-7.
- Rose, Nikolas 2001: The Politics of Life Itself. In: *Theory, Culture & Society* 18 (6), S. 1-30.
- Rose, Nikolas 2006: *The Politics of Life Itself: Biomedicine, Power and Subjectivity in the Twenty-First Century*. Princeton.
- Samimian-Darash, Limor 2009: A pre-event configuration for biological threats: Preparedness and the constitution of biosecurity events. In: *American Ethnologist* 36 (3), S. 478-491.
- Sarasin, Philipp 2004: *Anthrax. Bioterror als Phantasma*. Frankfurt a.M.
- Van Wagner, Estair 2008: The practice of biosecurity in Canada: public health legal preparedness and Toronto's SARS crisis. In: *Environment and Planning A* 40 (7), S. 1647-1663.
- Waage, Jeff, John Mumford 2008: Agricultural biosecurity. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences* 363 (1492), S. 863–876.
- Wæver, Ole 1995: Securitization and de-securitization. In: Ronnie D. Lipschutz (Hg.): *On Security*. New York. S. 46–86.
- Whatmore, Sarah 2002: *Hybrid Geographies. Natures, Cultures, Spaces*. London.
- Zentrum für Biologische Sicherheit (ZBS) 2010: Robert-Koch-Institut, Zentrum für Biologische Sicherheit: Projektübersicht (Stand 24.09.2010). www.rki.de, zuletzt aufgerufen 13.9.2011.
- ZKBS-Verordnung 2006: Verordnung über die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS-Verordnung - ZK-BSV). o.O

Hans-Joachim Bürkner ■

Reduktionistische Raumansichten und diskursive Schließung: Zum Stand geographischer und landeskundlicher Südosteuropa-Forschung

1 Einleitung

Wissenschaftliche Diskurse rund um Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Ost- und Südosteuropa setzen sich nicht nur mit realen Entwicklungspfaden rund um Transformationsprozesse und ihre Folgen auseinander. Sie sind auch selbst das Ergebnis von ganz besonderen diskursiven Pfadabhängigkeiten. Diesen Eindruck konnten die Leserinnen und Leser sozialwissenschaftlicher Zeitschriften mit Fokus auf Gesellschafts- und Raumentwicklung in den Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas noch vor rund einem Jahrzehnt erhalten.

Akademische Spekulationen über gesamtgesellschaftliche und regionale Transformationswege, Diskussionen über postsozialistische Modernisierungstheorien, kritische Einschätzungen der Gesellschaftsentwicklung auf der Basis von Kontingenztheorien usw. zeigten an, dass die konzeptionellen Ausgangspunkte der 1990er Jahre nachwirkten und nur selten völlig verlassen wurden (Bürkner 2011). In der jüngeren Vergangenheit hat das Denken in Transformationsbegriffen und -konzepten hingegen deutlich an Attraktivität verloren. Die öffentlichen Aufmerksamkeitsgewinne der Nachwendezeit sind verlorengegangen, auch wenn die aktuellen Probleme sozialen und ökonomischen Wandels in der Region weiterhin auf die gewählten Transformationspfade und ihre besonderen Verknüpfungen mit Globalisierungsprozessen zurückzuführen sind.

Für Überraschung hat jüngst nicht etwa die Erinnerung an die genannten Denktaditionen und Diskussionen gesorgt. Vielmehr ist eine weitere Pfadabhängigkeit öffentlich sichtbar geworden, die bislang im Windschatten der dominanten Diskurse geblieben war. Nun, da die großen Debatten über die gesellschaftliche Transformation vorbei sind und sich die Schwerpunkte der öffentlichen und akademischen Aufmerksamkeitsproduktion verlagert haben, tritt sie umso deutlicher hervor. Ja, die Protagonisten nutzen

die entstandene Lücke im Diskurs für geradezu erstaunliche Selbstinszenierungen. Unversehens wähen sie sich nämlich im Rampenlicht einer an Raumfragen interessierten akademischen Öffentlichkeit, nachdem sich die „großen“ Fachvertreter/innen der Sozialwissenschaften zurückgezogen und anderen Themen zugewendet haben. Dieser Verdacht beschleicht nicht von ungefähr den Leser des unlängst erschienenen Themenheftes der geographischen Rundschau mit dem Schwerpunkt „Südosteuropa“.

Das Heft präsentiert sich als bodenständig, darüber lässt der einleitende Beitrag des Geographen Horst Förster mit dem Titel „Südosteuropa – zwischen Regionalismus und Integration“ keinen Zweifel. Südosteuropa wird als Makroregion zwischen Tradition und Moderne beschrieben, ausgestattet mit naturräumlich, ethnisch und religiös differenzierten „Landesnaturen“ sowie mit großem kulturellen und sozialen „Formenreichtum“. Förster gibt einen Überblick über „naturräumliche Potentiale“ (sic!) (Förster 2011: 5), das „historisch-kulturelle Erbe“, gewachsene Raumstrukturen, die Transformation nach 1990, die Folgen der EU-Osterweiterung, Probleme der Wirtschaftsentwicklung und der sozialen Kohäsion des „Westbalkan“ und spekuliert schließlich auch über die negativen Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Region.

Weitere Beiträge folgen diesem Beispiel. Peter Jordan setzt sich aus einer ähnlich traditionellen Perspektive heraus mit der Entwicklungsproblematik Kroatiens am Vorabend des EU-Beitritts auseinander. Er beschreibt die historisch-kulturellen „Prägungen“ (Jordan 2011: 15) und ihre Bedeutung für die Entstehung von „Konstanten der geopolitischen Stellung Kroatiens in Europa“ (ebd.), thematisiert „Besonderheiten der Raumstruktur“, insbesondere „ausgeprägte regionale Identitäten“ (ebd.), starke sozioökonomische Disparitäten und die Situation des wichtigsten Wirtschaftsbereichs, des Küstentourismus. Als neue geopolitische Rolle Kroatiens identifiziert er eine altbekannte historische, nämlich die Funktion als Brückenkopf Europas „in den Südosten“ (a.a.O.: 18).

„Serbiens mühsamer Weg in die EU“ ist der Artikel des Politikwissenschaftlers Hansjörg Brey überschrieben. Er konzentriert sich auf die Beschreibung der innenpolitischen Entwicklungen seit 1990 sowie der neuen außenpolitischen Situation des Landes „zwischen Europa und Russland“. Der Kosovo-Konflikt wird als schwere, aber lösbare Hypothek des angestrebten EU-Beitritts geschrieben. Eine vergleichsweise erfolgreiche Transformation mit stabiler Wirtschaftsentwicklung und Attraktivität des Landes für ausländische Investoren wird trotz fortbestehender struktureller Defizite als Bestandteil eines viel versprechenden Entwicklungsweges gesehen.

Der Beitrag „Periphere Regionen in Südosteuropa und ihr Potenzial“ von Elke Knappe, Jozsef Benedek und Margarita Ilieva behandelt die prekäre Situation ländlicher Räume in Südosteuropa. Sie wird als Ergebnis der Fragmentierung der Besitzverhältnisse in der Transformation, der Rückkehr einer verarmenden Landbevölkerung zu neuen Formen der Subsistenzwirtschaft und von selektiven Migrationsprozessen gedeutet. Am Falle Rumäniens und Bulgariens werden ländliche Räume irgendwo „zwischen Gunstregion und Be-

nachteiligung" (Knappe et al. 2011: 31) lokalisiert, gekennzeichnet durch fortlaufende Fragmentierungsprozesse, die sowohl die Verfestigung postsozialistischer Residualstrukturen und strukturelle Modernisierungen anzeigen.

Daniel Göler und Holger Lehmeier greifen unter dem Titel „Balkanmetropolen" urbane Entwicklungen in Belgrad, Bukarest und Sofia auf. In ähnlicher Weise wie die vorangegangenen Beiträge legen sie zunächst einen historisierenden Rückblick an („Bruch mit der osmanischen Vergangenheit und Aufbruch in die Moderne"), vor dessen Hintergrund sowohl die „sozialistische Überprägung" der Metropolen (Göler/Lehmeier 2011: 36) als auch ihre Nachwendegeschichte narrativ entworfen werden. Postsozialistische Strukturentwicklungen wie z.B. Suburbanisierung, zunehmende sozialräumliche Segregation, neue Citybildungsprozesse, informelle Ökonomien und die Entwicklung neuer Geschäfts- und Handelszentren werden auf diese Weise jeweils vor dem Hintergrund vorangegangener Epochen plausibel gemacht – quasi als immer wieder erfolgende strukturelle Einschreibungen in einen überdauernden „Stadtkörper" (a.a.O.: 40). Theoriegestützte Erklärungen, die insbesondere im Zusammenhang mit den angedeuteten sozialen und ökonomischen Adaptionen einer globalisierten Moderne durch regionale Akteure greifbar und naheliegend sind, sucht man hier allerdings vergebens.

Der abschließende Artikel von Lucian-B. Brujan und Horst Förster zum Thema „Grenzregionen in Südosteuropa" liefert eine regionalistische Interpretation der Veränderung der Grenzen in Südosteuropa. Grenzbildungen werden zunächst als Folge von nationalen bzw. regionalen Transformationsprozessen, neuen Regionalisierungsprozessen und der politischen Einflussnahmen seitens der Europäischen Union begriffen. Mit dieser Sichtweise werden Vorstellungen zur Persistenz von ethnischen und religiösen Siedlungsgebieten verbunden, deren Herkunft wohl bei älteren Volksgruppentheoretikern gesucht werden muss; eindeutige Quellen werden von den Autoren hierzu nicht genannt. Die Zerschneidung ehemals ethnisch homogener Siedlungsgebiete durch politische Grenzen und die zugeordneten „ethnischen" Spannungsfelder werden dabei als Realphänomene gedeutet, nicht jedoch als soziale Konstrukte (z.B. als Ergebnisse der Zirkulation nationalistischer Ideologien oder der Praxis alltäglicher Identitätspolitik). Am Fall der Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiss werden Grenzziehungen wie auch grenzüberschreitende Kooperationen erneut als Überschreiben einer „gewachsenen Kulturlandschaft" dargestellt (Brujan/Förster 2011: 47), deren Wurzeln in der Donaumonarchie identifiziert werden. Charakteristische ethnische Gemengelagen wären also historisch erbt und bedürften (daher?) der besonders aufmerksamen Begleitung durch EU-Programme und regionale grenzüberschreitende Projekte.

Wie aus der Beschreibung der Einzelbeiträge zu ersehen ist, melden sich in dem Sammelband überwiegend Geographinnen und Geographen zu Wort, die in weiten Teilen ihrer Texte den traditionellen landes- und länderkundlichen Perspektiven der Geographie die Treue halten und die Makroregion Südosteuropa als geeigneten Gegenstand des Legitimitätsnachweises älterer Perspektiven nutzen. Was lag angesichts der aktuellen

Diskurslücke näher, als ex post Deutungshoheit auf einem Terrain zu reklamieren, das noch kurz zuvor heiß umkämpft war, und zwar von ganz anderen Kontrahenten?

Nachdenklich macht in diesem Zusammenhang nicht etwa der Versuch des „Nachtretens“ als solcher. Abflauende Diskurse und bröckelnde Deutungshegemonien eröffnen nicht selten solchen Perspektiven und Positionen, die sich zuvor weniger Gehör verschaffen konnten, durchaus legitime Artikulationsmöglichkeiten. Nachdenklich machen eher zwei Umstände: zum einen die restaurative Tendenz der Beiträge, deren offensichtliches Ziel die Wiederherstellung älterer geographischer Betrachtungsweisen ist, zum anderen die Theorieabstinenz, die sich in ihnen offenbart. Insbesondere das weitgehende Ignorieren der Theorieansätze aus 20 Jahren sozialwissenschaftlicher Ost- und Südosteuropa-Forschung sowie die fehlende Rezeption aktueller Ansätze zum Zusammenhang von Globalisierung und Regionalentwicklung sind kaum erklärlich, leisten sie doch groben perspektivischen Verkürzungen und der gedanklichen Reduktion komplexer gesellschaftlicher Entwicklungen Vorschub.

Beide Umstände veranlassten den Autor dieser Zeilen zu einer kritischen Rezension des Themenheftes. Diese wurde dem Herausgeber eines auf Südosteuropa spezialisierten Periodikums, der Südosteuropa-Mitteilungen, sowie der Geographischen Rundschau zur Publikation angeboten. Das Angebot wurde, um es vorweg zu sagen, von beiden ausgeschlagen und im einen Fall (Südosteuropa-Mitteilungen) mit allerlei Repliken versehen, die zunächst als diskursfremd erscheinen. Es soll allerdings gezeigt werden, dass eben die von einigen raumwissenschaftlichen Klans von jeher praktizierte Verknüpfung von Theoriefeindlichkeit, Vermeidung fachlichen Disputs und alltäglicher Absicherung von reklamierter Deutungshoheit aktueller ist denn je. Sie harmoniert nämlich ausgezeichnet mit der neoliberalen Restrukturierung des hiesigen Wissenschaftsbetriebes. Dazu folgen weiter unten noch einige Erläuterungen.

An dieser Stelle soll zunächst der Inhalt der Rezension wörtlich wiedergegeben werden, (Kap. 2). Darauf folgt eine kurze Reflexion über die möglichen Folgen der Restauration länderkundlichen Denkens in der Südosteuropa-Forschung (Kap. 3). Anschließend (in Kap. 4) wird die diskursive Absicherung dieses Restaurationsversuchs problematisiert. Erkennbar werden diskursive Schließungen und disziplinpolitische Hierarchisierungsformen, die mit den konzeptionellen Restaurationstendenzen konform gehen. Aber alles der Reihe nach – hier kommt zunächst der Rezensionstext:

2 Rezension

„Südosteuropaforschung als Club der toten Dichter?“

Rezension zum Themenheft „Südosteuropa“, Geographische Rundschau 63, 2011, H. 4

„Es gibt sie noch, die guten Dinge“ – dieser Slogan eines Berliner Nostalgie-Kaufhauses scheint bei der Zusammenstellung des jüngsten Themenheftes der Geographischen Rundschau Pate gestanden zu haben. Alles ist noch da, was das Herz des landschafts- und länderkundlich beflissenen Geographen erfreut: formelhafte Bezugnah-

men auf Naturraumausstattungen und ihre Potentiale für die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung (Förster; Knappe et al.), die Beschwörung der landschaftlichen ‚Vielfalt in der Einheit‘ (Förster, S. 5), die Forderung nach einer ‚ganzheitlichen‘ Betrachtungsweise (v.a. Knappe et al., S. 29), die mit Sachinformationen und statistischen Belegen gespickte Deskription von Landesnatur und -entwicklung, der verbale Transport von normativen Überzeugungen und politischen Bewertungen, die sich in der Deskription verstecken, das theorielose Einsortieren der beschriebenen Entwicklungen in vermeintlich übergreifende historische, politische, ökonomische und kulturelle Trends, die Ästhetisierung der Regionen und sozialen Subjekte „zwischen Tradition und Moderne“ usw. usf. Mit einem ähnlichen Programm – d.h. vergleichbaren Betrachtungsweisen, Erzählhaltungen und alltagstheoretisch plausiblen Aussagen) kam bereits die Länderkunde der 1960er Jahre daher. Sie wurde damals wegen ihrer wissenschaftsfernen Attitüden und der internationalen Isolation ihrer Betrachtungsweisen von der nachfolgenden, gesellschaftstheoretisch orientierten Sozial- und Wirtschaftsgeographie zu Recht kritisiert. In den nachfolgenden Entwicklungen in Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeographie wurde diese Kritik zumindest ansatzweise beherzigt.

Umso erstaunlicher ist die hier zu besichtigende Neuauflage der genannten Basisperspektive im Zusammenhang mit Problemen der Transformation, der globalisierungsbeeinflussten Gesellschaftsentwicklung und der europäischen Integration der Regionen Südosteuropas. Selbstverständlich bemühen sich die Beiträge um Aktualität und entwicklungspolitische Relevanz. Dadurch werden allzu offensichtliche Anklänge an verstaubte traditionelle Länderkunden vermieden. Auch rhetorische Neuerungen sind zu beobachten, häufig im Zusammenhang mit interessierten Seitenblicken auf Globalisierungsprozesse, Transformationspfade, eigensinnige Disparitätenentwicklungen und veränderte Grenzen. Jedoch sind es genau diese Seitenblicke, die inzwischen – 40 Jahre nach der Hochkonjunktur regionaler Wesensschau – zu Stirnrunzeln Anlass geben. Vier Umstände lassen vermuten, dass die älteren Betrachtungsweisen lediglich in verändertem Gewand aufrechterhalten werden:

1. Die Seitenblicke werden eingeordnet in übergreifende Erzählungen, die einen weiten Bogen von natürlichen und kulturellen Vorläuferstrukturen (meist lange vor Mitte des 20. Jahrhunderts), den daraus ‚sich ergebenden‘ Gunstfaktoren, Entwicklungspotentialen, kulturellen Dispositionen und Eigensinnigkeiten der Regionen und sozialen Subjekte, der ‚Störung‘ dieser Potentiale und Dispositionen durch die Dysfunktionalitäten der Phase des Sozialismus, der Auseinandersetzung der postsozialistischen Akteure mit dem jüngeren und älteren strukturellen Erbe sowie der Bewältigung von ‚Herausforderungen‘ jüngerer Globalisierungs- und EU-Integrationsprozesse. Das Uralt-Thema ‚Zwischen Tradition und Moderne‘ wird dabei lediglich an die strukturellen Besonderheiten der postsozialistischen Transformation und der EU-Erweiterung angepasst.

2. In dieser Perspektive bleiben die eigentlichen Antriebsmomente der Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung wie z.B. zunehmende ökonomische und kulturelle

Globalisierungsprozesse, widersprüchliche Institutionalisierungsprozesse, die Bildung neuer Machtkonstellationen und Eliten, soziale und ökonomische Netzwerkbildungen, disparitäre Einkommensverteilungen und soziale Polarisierungsprozesse usw. unerklärt. Sie werden zwar erwähnt, aber sogleich als äußerliche Randbedingungen regionaler Entwicklung begriffen. Sie liefern allenfalls externe Impulse, die auf eine abstrakte, meist nicht explizierte und implizit bereits feststehende Entwicklungslogik treffen. So gerät die globale Finanzkrise im Eingangsbeitrag Försters zu einem veritablen *Deus ex machina*, der das ‚historisch-kulturelle Erbe‘ und damit die endogenen Entwicklungspotentiale der Regionen attackiert. Enge Verknüpfungen der globalen Krise mit regionalen ökonomischen Restrukturierungsprozessen, die etwa den Zugriff der Global Player in Finanzwesen und Industrie auf regionale Ressourcen sicherstellen, werden dabei nicht für erklärungsrelevant gehalten. Genau auf die Funktionalisierung der regionalen Strukturen für eine globalisierte Ökonomie lassen sich jedoch sämtliche Transformationspfade in Südosteuropa theoretisch und empirisch zurückführen. Diese Verknüpfungen herauszuarbeiten und hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die weitere Regionalentwicklung zu theoretisieren, müsste die primäre Aufgabe einer aktuellen Regionalforschung zu Südosteuropa sein.

3. Aktuelle ‚Rahmenbedingungen‘ und historisch ererbte Strukturelemente, Dispositionen, kulturelle Eigenheiten usw. werden zu einer deskriptiven Melange verrührt, die dem Leser keine theoretisch unteretzten Deutungsangebote unterbreitet. Stattdessen muss er sich ganz der Logik der vom Autor zelebrierten Erzählung ausliefern. Die Beurteilungskriterien, die die Autor/inn/en für das Konstatieren von Defiziten und Aktivposten der Regionalentwicklung, von Entwicklungschancen usw. einsetzen, sind somit nur indirekt erschließbar. Sie können auf der Reaktivierung älterer Mythen der historisch bedingten ethnischen, kulturellen und strukturellen Zersplitterung des Balkans beruhen (Jordan, S. 16) und daraus pessimistische Prognosen der geopolitischen Bedeutung einer Region ableiten (Kroatien als ‚Vorposten‘ der EU, nicht aber als ein Brückenkopf für die Anrainerstaaten). Sie können auf der Denkfigur ‚Inwertsetzung naturräumlicher Gunstfaktoren‘ beruhen und darüber rasonieren, dass die Nutzung des Potentials ‚fruchtbarer Lössböden‘ im ländlichen Raum Bulgariens durch die ‚demographische Krise‘ vereitelt wird (Knappe et al., S. 31; ein Schelm, wer darin einen weichen Geodeterminismus erkennt!). Oder sie können auch implizit modernisierungstheoretischen Deutungen folgen und südosteuropäische Stadtentwicklung als ‚Bruch mit der osmanischen Vergangenheit und Aufbruch in die Moderne‘ deklarieren (Göler/Lehmeier, S. 34).

4. Insbesondere die letztgenannte Figur der Intervention der als exogen gedachten Moderne in vorgezeichnete endogen-historische Entwicklungslinien bietet vielfältige Möglichkeiten der Exotisierung und Ästhetisierung der geschilderten Sachverhalte – ganz in der länderkundlichen Tradition der Darstellung fremder, pittoresker Weltgegenden. Selbst dann, wenn beispielsweise der funktionale Wandel städtischer Teilstrukturen im Zusammenhang mit Segregationsprozessen, neuer Citybildung und der Ausbreitung von

Shopping Malls thematisiert wird (Göler/Lehmeier), bleibt der kommunizierte Eindruck des Einbruchs einer anderen Realität in eine lokale, von Eigengesetzlichkeiten bestimmte Ordnung erhalten. Es bleibt dem Leser überlassen, zu vermuten, dass diese Art der Stadtentwicklung von den lokalen politischen Akteuren gewollt und vorbereitet, von den Bewohnern aufgrund neuer Konsumorientierungen und Lebensstile mitgetragen wird und auf diese Weise eine global-lokale Entwicklungskonstellation geschaffen wird, die alles andere als exotisch ist.

Theorielosigkeit, normativ und entwicklungspolitisch eingefärbte Deskription, alltagsempirischer Common Sense sowie Ästhetisierung und Exotisierung verweisen trotz aller rhetorischen Aktualisierung zurück auf altbekannte Charakteristika landschafts- und länderkundlicher Betrachtungsweisen. Dieser Befund ist umso erstaunlicher, als keine zwingende Notwendigkeit zu dieser nostalgischen Rückbindung zu erkennen ist. Die bisherigen Konzepte der Sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, der ökonomischen und kulturellen Globalisierungsforschung, der Regionalisierungsforschung sowie der Institutionen- und Governanceforschung bieten vielfältige Ansatzpunkte für theoretisch fundierte Analysen regionaler Entwicklungsprozesse. Dass derartige Analysen in der angelsächsischen Literatur weit verbreitet sind und daher ausgesprochen günstige Diskussions- und Kooperationsmöglichkeiten bestehen, wird in sämtlichen Beiträgen des Themenheftes nicht erwähnt. Selbst dort, wo einschlägige theoretische Begriffe wie z.B. ‚spaces of flow‘ fallen, werden Autoren und theoretische Konzepte (hier: der angloamerikanischen Globalisierungsforschung) nicht angegeben. Die zitierte Literatur ist zudem weit überwiegend deutschsprachig, mit auffälliger Konzentration auf den engeren Wirkungskreis des Heftmoderators. Auch innerhalb der deutschsprachigen Literatur werden wichtige Werke nicht genannt, insbesondere zur Grenzraumforschung (Brujan/Förster).

Eine Südosteuropaforschung, die sich derart isolationistisch gebärdet, bestärkt alte Vorurteile hinsichtlich des deutschen Sonderweges der ‚landscape school‘ und der geringen internationalen Anschlussfähigkeit der geographischen Südosteuropa-Forschung. Aus der Binnenperspektive der Forschenden mag die Vorstellung, sich einem ‚Club der toten Dichter‘ zurechnen zu können, zwar attraktiv sein. Sie müssen jedoch auch damit rechnen, dass sie in akademischen Kontexten gerade wegen der Alltagsnähe ihrer Argumentation nicht mehr richtig verstanden werden."

3 Verkürzte Perspektive auf komplexe Entwicklungen

Das Problem, das im Rahmen dieser Kurzrezension lediglich angerissen werden konnte, ist ein zweifaches: Zum einen wird eine vorwissenschaftliche Sichtweise in bewährter länderkundlicher Manier – d.h. unter Rückgriff auf die Gemeinplätze politischen Denkens, alltägliche Evidenzen, selektiv herangezogene Statistiken und vage Seitenblicke auf vermeintlich relevante Literaturen – eingeführt und ausgebreitet. Zum anderen wird

diese Variante der Vorwissenschaftlichkeit einem breiteren nicht-wissenschaftlichen, gleichwohl akademisch gebildeten Publikum als Resultat veritabler raumwissenschaftlicher Forschung präsentiert. Das Themenheft richtet sich nämlich bevorzugt an Erdkundelehrerinnen und -lehrer, die die herausgebende Zeitschrift traditionell als wichtige Informationsquelle nutzen. Beide Problemaspekte sollen hier weiterführend, wenn auch in gebotener Kürze beleuchtet werden.

Vorwissenschaftliche Sichtweisen und konzeptionelle Versäumnisse

Die Vernachlässigung der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Transformationsprozessen und Transformationsfolgen, die bekanntlich ein beträchtliches Volumen erreicht hat, ist erstaunlich. So werden in den genannten Beiträgen des Themenheftes beispielsweise nahezu alle Probleme des sozialen Wandels, der Umgestaltung städtischer Räume, der Regionalentwicklung usw. als weitgehend endogene Probleme behandelt, die auf die Frage der lokalen/regionalen Abwehr oder der Anpassung an kaum weiter benannte externe Push-Faktoren reduziert werden. In dieser Perspektive geht es um die Rettung lokaler und regionaler Traditionen, kultureller Eigenheiten, historischer Prägungen usw. gegen eine Übermacht „kulturfremder“ Herausforderungen. „Der Balkan“ wird unter Rückgriff auf historische Zustände als Völkergemisch und als regionale politische Gemengelage imaginiert, deren Persistenzen die aktuellen Modernisierungsaufgaben erschweren oder ihnen eine eigentümliche Ausprägung verleihen. Diese Vorstellung erinnert zwar an die Idee der Opposition von lokaler Entwicklung und nationalstaatlich organisierter oder global verursachter Modernisierung – sie ist aber nicht mit ihr zu vergleichen. Denn es wird keine erkennbare Analyse der konkreten Zusammenhänge und Widersprüche beider oder mehrerer beteiligter Ebenen betrieben. Vielmehr bleibt die Beschreibung im Evolvieren von Bildern und bisweilen schwarzromantischen Szenarien stecken – „der Balkan“ erscheint in dieser Sichtweise als ein politisches Projekt, das angesichts der tradierten Zersplitterung, Widersprüchlichkeit, Konfliktgeladenheit usw. auch unter den neuen Bedingungen eigentlich nur scheitern kann.

Genuin sozialwissenschaftliche Analysen würden nun keinesfalls bei dieser metaphorischen Redeweise stehenbleiben. Die Analyse ökonomischer und kultureller Globalisierungsprozesse und ihrer Auswirkungen auf Gesellschaft sowie Stadt- und Regionalentwicklung ist in weiten Teilen der Transformationsforschung bereits gut etabliert gewesen (für Probleme der ökonomischen Globalisierung s. Clement/Vincentz 1997; Deacon 2000; Neunhöffer 2001; Ehrke 2004; Assländer/Kaminski 2005; siehe auch den umgekehrten Blick der Globalisierungsforschung auf Transformationsprozesse in Osteuropa bei Altvater/Mahnkopf 1997: 423 ff.; für kulturelle Globalisierungsprozesse s. Kovacs 1999; Roth 2000; Sterbling 2000; Buksinski/Dobrzanski 2005; Pollack/Lauth 2009) – weshalb dann nicht auch in der geographischen Südosteuropa-Forschung? Mit Ausnahme weniger Beiträge (Turnock 1998; Heller 2004; Heller et al. 2007) werden hier kaum grundsätzliche sowie forschungsprogrammatisch relevante Überlegungen zum

Zusammenhang zwischen Transformation und Globalisierung angestellt. Auch die Autor/inn/en des Themenhefts tragen zur Behebung dieses Dilemmas kaum etwas bei. Dabei hätte ein Blick in die Runde vor allzu groben perspektivischen Verkürzungen bewahren können.

Relevante Debattenstränge, die keineswegs ausgereizt sind und weiterhin Anregungen für neue problemorientierte Fragestellungen und theoretisch untersetzte Forschungsperspektiven bieten, finden sich etwa in den folgenden Bereichen:

- im Zusammenhang mit Studien, die die regionalen Folgen der Integration der Regionen Ostmitteleuropas in die Weltwirtschaft thematisieren (Krätke 1998; Smith/Pickles 1998); während anfänglich der Einfluss von Direktinvestitionen aus dem globalen Raum auf die selektive Inwertsetzung von Agglomerationen und Grenzregionen noch als externe Intervention und als Konfrontation einer globalisierten Moderne mit alt-industrialisierten oder de-ökonomisierten Regionen konzipiert wurde, gehen jüngere Ansätze von einer stärkeren, zugleich selektiven Strukturintegration der osteuropäischen Regionen unter dem Einfluss fortschreitender Globalisierungsprozesse aus. Hierbei kommen in zunehmendem Maße Verflechtungen zwischen lokaler bzw. nationaler Politik und transnationalen Unternehmen bzw. Unternehmensnetzwerken zum Tragen, die als „investment promotion machines“ angesprochen werden können (Drahokoupil 2008: 150 ff.). In den regionalen Ökonomien äußert sich diese Entwicklung unter anderem in der Anknüpfung einzelner Unternehmen und Unternehmenscluster an globale Produktionsnetzwerke und in der Anbindung an transnationale Wertschöpfungsketten (Coe et al. 2008) – die gleichwohl asymmetrisch angelegt sind und die spezifischen, bereits in frühen Transformationsphasen angelegten Standortqualitäten (z.B. geringe Lohnkosten sowie die Abhängigkeit von andernorts erbrachten Forschungs- und Entwicklungsleistungen) weitgehend beibehalten (Bohle 2006: 354 f.; s. auch die Überlegungen von Nölke/Vliegthart (2009) zu einem abhängigen osteuropäischen Kapitalismus unter transnationalen Vorzeichen). Politische Nebeneffekte der ökonomischen Globalisierung, wie z.B. die gezielte Nutzung der Beziehungen zu globalen Akteuren zum Aufbau politischer Macht durch neue regionale Eliten, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls thematisiert (Christophe 2007: 264);

- in Analysen, die den Zusammenhang von postsozialistischer Stadtentwicklung und neuen, an globalen Modellen des Konsumismus und der technologisch fortgeschrittenen Warenproduktion orientierten Konsummustern thematisieren (Färber/Gdaniec 2006); hier wären insbesondere Ansatzpunkte zur weiteren Erforschung der offensichtlich reibungslos erfolgenden Etablierung urbaner ökonomischer Strukturen durch globale Investoren (vgl. Stanilov 2007: 275). Phänomene wie z.B. die Ausbreitung von Shopping Malls in osteuropäischen Großstädten und suburbanen Räumen beginnen in ihrer sozialen, kulturellen und ökonomischen Mehrdeutigkeit von einheimischen Forschern wahrgenommen zu werden. Ältere kurzschlussartige Deutungen als extern verursachte Konfrontationen von Tradition und Moderne (sprich: der ererbten sozialistischen Prädispositionen und

der exogenen Herausforderungen) greifen hier offensichtlich zu kurz. Vielmehr muss von einer mehrdimensionalen Stadtentwicklung ausgegangen werden, in der ökonomische und kulturelle Globalismen lokal vorbereitet und antizipiert werden, beispielsweise durch investitionsfreundliche Politiken, an globalen Medienkulturen orientierten Alltagspraxen usw. (vgl. Ger/Belk 1996). Letztere wären folgerichtig als Prozesse der Mikro-Globalisierung zu beschreiben (s. Dürrschmidt 2002) – als Andocken der sozialen Subjekte im Alltag an globalisierte Entwicklungsmodelle, neoliberal präformierte Vorstellungswelten (imaginaries) und ökonomische Wohlfahrtsversprechen, die von dem osteuropäischen Kapitalismusmodell im Verein mit global zirkulierenden, marktkonformen Ideologien zur Verfügung gestellt werden. Ein analytisches Denken in pittoresken Kontrasten wäre dann kaum mehr haltbar. Es müsste zugunsten der Analyse spezifisch osteuropäischer oder posttransformativer Kapitalismusvarianten samt ihrer lokalen und globalen Vernetzungsformen, Austauschbeziehungen (inklusive technologisch ermöglichter „flows“ im Sinne Castells', s. Castells 1996), Interessenkonflikte und Machtrelationen aufgegeben werden. „Landesnatur“ und „Überformung durch Modernisierung“ wären dann als naive Bilder entlarvt und müssten durch realistischere Ansichten auf eine komplexe gesellschaftliche Ausdifferenzierung (inklusive fortschreitender sozialer und sozialräumlicher Polarisierungen und Fragmentierungen) ersetzt werden.

- Ähnliches gilt für die Analyse der angeblichen Übernahme globaler Wohnformen und Siedlungsmodelle, die an neue soziale Mobilitäten gekoppelt sind – z.B. der Gated Communities (Smigiel 2009). Letztere sind längst nicht mehr als Ausdruck einer exogenen oder nachholenden Modernisierung zu begreifen (Brabec/Sýkora 2009); ihre Entwicklung ist vielmehr untrennbar in die Logiken der sozialen Ausdifferenzierung und der zunehmend am globalen Neoliberalismus orientierten politischen Steuerung von Stadt- und Regionalentwicklung „Marke Ost“ einbezogen. Auch innerstädtische Segregationsprozesse finden längst nicht mehr unter den Bedingungen endogener Privatisierung und lokaler Marktentwicklung statt, sondern sind wesentlich durch die Interventionen globaler ökonomischer Akteure (Hamilton/Carter 2005) und Prozesse der kulturellen Globalisierung (Konsumorientierungen!) geprägt.

- Studien zum Verhältnis global induzierter formeller Institutionenbildungen und der Bedeutung informeller (häufig persistenter) Institutionen für die Ausgestaltung formeller Institutionen und institutioneller Praxen haben bereits früh darauf verwiesen, dass genau in den formell-informellen Überschneidungsbereichen die Ursachen für die Entstehung von Eigenlogiken der Transformation zu suchen sind (Albrecht 1998; Tatur 2004). Angesichts des zunehmenden Wissens über informelle Interpretationen formeller Reinstitutionalisierungen lässt sich die alte Kontrastierung „Tradition vs. Moderne“ kaum noch aufrecht erhalten, denn die fortlaufenden Interpretationen von neuen Gesetzestexten, Verwaltungsvorschriften, Förderinstrumentarien usw. durch lokale und regionale Akteure haben längst zu einer selbstverständlichen, hybriden Praxis geführt, die zwar auf ihre Wurzeln während älterer Transformationsphasen zurückgeführt werden kann, jedoch

mittlerweile mit eigenständigen Praxisformen einhergeht. Diesem gesellschaftlichen Normalisierungsprozess, der keineswegs ohne soziale Verwerfungen und Konflikte erfolgt, muss die Forschung Rechnung tragen – vor allem dann, wenn es um die Erklärung widersprüchlicher Steuerungspraxen (Governance) in der Stadt- und Regionalentwicklung geht.

- Die Folgen der letzten EU-Beitrittsrunden auf die betroffenen ost- und südost-europäischen Länder sind eng mit Globalisierungsprozessen verbunden, die jedoch als solche bislang kaum angemessen thematisiert werden. So stellt die Heranführung der neuen Regionen an den einheitlichen Binnenmarkt und insbesondere die weitere Öffnung der nationalen Märkte gegenüber europäischem und globalem Finanz- und Investitionskapital im Sinne einer „negativen Integration“ (Jorens 2000: 266) einen Schritt dar, der nicht nur die regionalen ökonomischen Prozesse und Strukturen, sondern auch den Alltag der Bevölkerung nachhaltig prägt bzw. künftig prägen wird. Insbesondere die stärkere Bindung der neuen Mitgliedsregionen an das Wohlergehen der EU dürfte künftig als Faktor der Stadt- und Regionalentwicklung eine immer größere Rolle spielen. Die gegenwärtige globale Finanzkrise und die davon ausgelösten Schuldenkrisen einzelner EU-Länder lassen die Präsenz globaler Weichenstellungen via Zentralbanken und Rating-Agenturen unmittelbar zutage treten und erfordern verstärkte Forschungsaktivitäten. Mit dem Bild „Tradition und Moderne“ sind sie keinesfalls mehr in Einklang zu bringen.

- Auch jüngere Debatten rund um die These der Varieties of Capitalism (Hall/Soskice 2001; Hall 2008) und die Existenz spezifisch osteuropäischer Kapitalismusvarianten (King 2008; Buzogany 2007; Neunhöffer/Schüttpelz 2002; Nölke/Vliegenthart 2009; Bohle/Greskovits 2009) sucht man in der geographischen Südosteuropaforschung vergeblich – obwohl diese These nahtlos an die transformationstheoretischen Debatten um divergente institutionelle Entwicklungspfade anschließt und die „Besonderheiten“ Südosteuropas als Ergebnis der autochthonen Umformulierung ökonomischer und gesellschaftlicher Modellangebote konsistent erklären kann (s. Mykhnenko 2008; Feldmann 2008). Der interpretatorische Rückgriff auf „kulturelle Eigenheiten“ als Erklärungsfaktor und Interpretationsgegenstand wäre keineswegs ausgeschlossen, würde aber durch den politisch-ökonomischen Blick auf Restrukturierungsprozesse relativiert und vor allem zu einem dringend erforderlichen theoretischen Rahmen systematisch in Beziehung gesetzt.

Dieser kurze Blick auf aktuelle Optionen zur Konzeptualisierung von Stadt- und Regionalentwicklung erhebt keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit und ist noch um etliche Gesichtspunkte erweiterbar. Es dürfte deutlich geworden sein, wie weit die realen Entwicklungen und die einschlägigen sozialwissenschaftliche Erklärungsversuche von einer theorieleeren länderkundlichen Perspektive entfernt sind. Weshalb nun gerade in Bezug auf Südosteuropa die notwendigen Andockversuche der deutschsprachigen geographischen Forschung an Erkenntnis versprechende sozialwissenschaftliche Konzepte und Debatten weitgehend unterbleiben, ist – gelinde gesagt – rätselhaft. Eine mögliche, wenn auch allenfalls partielle Erklärung kann in den diskursiven Kontexten gesucht werden, die

weniger die Grundlagenforschung betreffen als vielmehr die Rezeption geographischen Alltagswissens. Dabei erscheinen möglicherweise die Schulgeographie und die Geographielehrerausbildung als die letzten Refugien länderkundlichen Denkens, die aus einer traditionellen Hochschulgeographie-Perspektive heraus adressiert werden können.

„Academia light“ verkauft sich gut

Der in der Geographischen Rundschau zelebrierten Wende rückwärts entspricht nämlich derzeit eine restaurative Entwicklung, die in Ostdeutschland bei der Formulierung der Curricula der Lehrerausbildung, der Gestaltung von Lehrmaterialien und der Praxis der Lehrer/innen/ausbildung zu beobachten ist. Besagte kontrastierende Bilder der Provenienz „Tradition vs. Moderne“, die in den westdeutschen Reformdebatten der 1970er und 80er Jahre in mühsamen Diskussionen durch gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven ersetzt wurden, finden sich hier in ungeahnter Zahl und neuem Variantenreichtum, ergänzt durch Forderungen nach der „Einheit des Faches“ (Näheres siehe Kanwischer 2006). Unterstützt wird diese Tendenz durch aktuelle Versuche der Vernaturwissenschaftlichung des Erdkundeunterrichts, der sich zunehmend als ganzheitliche Mensch-Umwelt-Kunde unter der Ägide der Physischen Geographie präsentiert. Ideologischen Rückhalt bekommen derartige Entwicklungen durch wissenschaftspolitische Weichenstellungen auf der Bundesebene, so wie sie beispielsweise in der DFG-Denkschrift zum „System Erde-Mensch“ zum Ausdruck kommen (Deutsche Forschungsgemeinschaft 2008), oder auch auf Länderebene, etwa im Land Brandenburg durch jüngst eingeleitete Kopplungen der universitären Erdkundelehrerausbildung an die derzeit politisch massiv geförderte Georisikenforschung (vgl. Eckardt 2010). Kritische Auseinandersetzungen mit dieser Entwicklung finden sich kaum, obwohl zu befürchten ist, dass die Entwissenschaftlichung der curricularen Inhalte und Denkansätze in Bezug auf die Thematisierung gesellschaftlicher Entwicklungen weiter voranschreitet.

Ein wissenschaftliches Organ wie die Geographische Rundschau, das sich das Motto „Science goes public“ zumindest teilweise auf die Fahnen geschrieben hat, müsste nun zur Entwissenschaftlichung und zur damit geförderten Deprofessionalisierung des Lehrerberufs zuvorderst Stellung nehmen oder diesen Tendenzen zumindest durch die eigene Publikationspraxis entgegenwirken. Genau dies ist allerdings nicht zu erkennen – im Gegenteil: Reduktionistische und „holistische“ Mensch-Umwelt-Betrachtungsweisen sowie theorieabstinente Forschung werden der eigenen Zielgruppe als der wissenschaftlichen Weisheit letzter Schluss präsentiert. Damit wird nicht nur der Lehrer/innen/profession, die traditionell um eine angemessene Rezeption der Ergebnisse wissenschaftlicher Grundlagenforschung ringt, ein Bären dienst erwiesen. Hier werden auch andere bildungsprofessionelle Akteure, die über teilweise profunde sozialwissenschaftliche Kompetenzen verfügen, genarrt. Dies ist der eigentliche Skandal, der sich mit dem Versuch der erneuten Inthronisierung des Themas „Südosteuropa“ als Bestandteil eines modernisierten landes- und länderkundlichen Projekts zeigt.

4 Diskursive Schließung – zum derzeitigen Umgang mit notwendiger Kritik

Als wäre ein Skandal noch nicht genug, findet die akademische Auseinandersetzung über Perspektiven auf Südosteuropa sogleich ihre disziplinpolitische und publikationsstrategische Fortsetzung. Genauer gesagt: Es handelt es sich um den Versuch, eine mit fachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung zu verhindern. Die Schriftleitungen der angeschriebenen Zeitschriften wiesen nämlich das Ansinnen, die Rezension an geeigneter Stelle zu publizieren, zurück und führten als Begründung im einen Fall formale, im anderen Fall sowohl inhaltliche als auch formale Gesichtspunkte an. Die wichtigsten werden im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben und anschließend (d.h. jeweils nach dem Gedankenstrich) kurz kommentiert.

Als inhaltliche Argumente werden angeführt:

1. Den Lesern werde eine fachinterne Theoriediskussion zugemutet, während es ihnen doch in Wirklichkeit nicht um theoretische oder methodische Probleme gehe, sondern um Sachinformationen zur Region Südosteuropa. – Dieses formale Argumentieren mit dem vermeintlichen Interesse einer heterogenen Leserschaft zielt zunächst darauf ab, die Position des Schreibers als Minderheitenposition darzustellen. Bei genauerem Hinsehen kommt jedoch zugleich ein inhaltliches Argument zum Vorschein: Es soll nämlich die generelle Berechtigung theoretisch fundierter Regionalanalysen in Abrede gestellt werden. Spätestens hier sind nun aber wieder alle beteiligten Disziplinen angesprochen: Der Versuch, Regionalentwicklung aus einer historisch weit zurückreichenden „Landesnatur“ abzuleiten und mit scheinbar unstimmgigen Tendenzen der Moderne zu kontrastieren, ist nämlich keineswegs auf die Geographie beschränkt. Er findet sich ebenso in Reiseführern, politischen und historischen Länderkunden und landeskundlichen Gegenwartsanalysen. Dass die Beiträge des rezensierten Themenheftes nun ausgerechnet von Geographinnen und Geographen verfasst wurden, die es nach 40 Jahren einschlägiger disziplininterner Kontroversen besser wissen müssten, wirft ein Schlaglicht auf die geringe Nachhaltigkeit der Diskussionen. Denn gerade diese Akteursgruppe müsste wohl in der Lage sein, den Rest der interessierten Leserschaft über die Folgen eines Denkens in ausschließlich länder- und landschaftskundlichen Kategorien aufzuklären. Dass sie es nicht fertigbringt, ist schwer erklärlich.

2. Es werde ein Feindbild gepflegt, in dem die deskriptive Länderkunde den Sündenbock spiele. Die Länderkunde habe jedoch in den letzten Jahrzehnten dazugelernt. Wer dies nicht zur Kenntnis nehme, sei ignorant und hänge veralteten Sichtweisen nach. – Gut gekontert, könnte man meinen, aber der Teufel steckt im Detail. Auch wenn Begriffe wie Modernisierung, Transformation, Globalisierung usw. verwendet werden, um Deskriptionen zu garnieren, entgehen die rezensierten Beiträge nicht dem Vorwurf der Theorielosigkeit und der intransparenten Installierung alltagsweltlicher Betrachtungsweisen.

3. Die Annahme der Funktionalisierung regionaler Strukturen für die globalisierte Ökonomie sei Ausdruck einer „theoretischen Enge“, vergleichbar mit den Dependenz- und Imperialismustheorien der 1980er Jahre. – Abgesehen davon, dass hier offenbar die gesamte Globalisierungsforschung samt ihrer Relevanz für Transformationsstudien ignoriert wird, werden hier auch untaugliche Vergleiche mit einer völlig anderen, historisch weit zurückliegenden Debatte aufgemacht.

Werden diese inhaltlichen Einlassungen bereits mit dem versteckten Versuch der persönlichen Diskreditierung des Autors vermengt, so findet eben diese Absicht in offenen persönlichen Angriffen ihre Fortsetzung. In den Reaktionen der Schriftleitungen werden bewährte formale und alltagsweltliche Taktiken der Exklusion und der argumentationsfreien Diskriminierung Andersdenkender erkennbar. Dort, wo fachlich begründete Argumente nicht gefunden werden können, um die angeblich fehlende Eignung eines Manuskripts zur Publikation zu behaupten, werden stilistische Textmerkmale und persönliche Merkmale des Autors pejorativ markiert und als Stigmata eingesetzt. Besonders weit entfernt von inhaltlichen Argumentationen sind folgende Punkte:

1. der Autor besitze wohl keine richtigen Regionalkenntnisse; er habe insbesondere nicht über Südosteuropa publiziert und dürfe daher nicht mitreden. – Nicht Wissenschaftler, sondern Landeskenner werden also für prädestiniert gehalten, Sachurteile abzugeben; zugleich wird suggeriert, dass der Autor nicht zur Gemeinde der Südosteuropa-Kenner gehöre und somit auch den falschen „Stallgeruch“ haben müsse. Dass damit jeder Versuch der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit beliebigen „regionalen“ Themen diskreditiert werden kann, ist kein Zufall – in der älteren Landes- und Länderkunde war diese Diskriminierungspraxis weit verbreitet.

2. formale Kriterien seien nicht erfüllt (Anzahl der Zeichen, Ausmaß der Inhaltswiedergaben der Originaltexte). – Dies allein wird bereits zum Ausschlussmerkmal erklärt; hingegen werden fachliche Qualitätskriterien, die an eine Rezension angelegt werden müssen (z.B. die gedankliche Tiefe, mit der die rezensierten Texte zum Stand der Forschung in Beziehung gesetzt werden, hinsichtlich ihrer Argumentationsfiguren und den Verfahren der Erkenntnisgewinnung gewürdigt und im Hinblick auf den erkennbaren Erkenntnisfortschritt geprüft werden), nicht bemüht.

3. Dem Autor werden charakterliche Mängel unterstellt, da er seine Rezension wohl aus niederen Motiven heraus geschrieben haben müsse, z.B. aus Neid auf seine Kollegen, die eine Gelegenheit zur Publikation in einer herausragenden Zeitschrift erhalten hätten. – In dieser Logik wäre wissenschaftliches Arbeiten wohl generell Ausdruck einer zweifelhaften Gesinnung. Kein weiterer Kommentar.

4. der Text sei polemisch und (daher) unsachlich. – Diese Kennzeichnung, die übrigens von beiden Schriftleitungen vorgenommen wurde, ist ein Widerspruch in sich, denn eine scharfe wissenschaftliche oder literarische Auseinandersetzung (so die die Definition des Begriffs in Langenscheidts Fremdwörterbuch) geht zwangsläufig zur Sache. Gemeint ist damit vermutlich aber eine angebliche Eigenschaft des Autors, nämlich un-

sachlich zu sein oder unsachlich zu argumentieren. Polemik müsse daher einen Wissenschaftler wohl automatisch disqualifizieren.

Selbstverständlich werden hier nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks deutlich überschritten. Mit Bezug auf die Geographie kann gesagt werden, dass die Einlassungen der Schriftleitungen an ältere Versuche der Schließung ähnlicher Diskurse erinnern. Bekanntlich dienten diese Versuche bereits damals der paradigmatischen Modernisierungsabwehr (vgl. Hard 1979). Als Faktor der Schließung wird allgemein der verhinderte Zugang zu den ideellen und materiellen Ressourcen einer Wissenschaftlergemeinschaft auf der Basis von Macht und sozialen Grenzziehungen begriffen (Aretz 2000: 173). Schließungsversuche der hier dargestellten Art stimmen mit dieser Definition überein, indem sie den Zugang zu Publikationsressourcen verhindern wollen. Sie stützen sich auf der sozialen Seite auf die Behauptung, nur richtige Regionalexperten dürften sich in die Diskussion einmischen; auf der thematischen Seite rekurren sie oft auf „natürliche“ oder durch offensichtliche Sachzwänge provozierte und daher alternativlose Interpretationen des Mensch-Umwelt-Verhältnisses. Dass derartige Perspektiven durch die erwähnten wissenschaftspolitischen Weichenstellungen in Richtung „System Erde-Mensch“ gestärkt werden, muss nicht unbedingt ein Zufall sein. Vermutlich verdankt sich das forsche Auftreten ihrer Protagonisten dem verspürten politischen Rückenwind, der von der Notwendigkeit der Herstellung wissenschaftlicher Legitimation zu entbinden scheint.

All dies kann als Teil einer Machtstrategie begriffen werden, die auf die Kontrolle von Diskursen und Diskursbeteiligungen durch mehr oder weniger direkte Zensur abzielt. Dies sei doch schon immer ein wichtiger Kontext fachlicher Auseinandersetzungen gewesen, mögen Zyniker einwenden. Und in der Tat erscheinen die geschilderten Vorgänge merkwürdig vertraut – wenn da nicht der Zeitpunkt der Inszenierung wäre. Das restaurative Projekt wird just zu einem Zeitpunkt vorangetrieben, da sich das bundesdeutsche Wissenschaftssystem in einem Prozess der Rehierarchisierung unter ökonomistischen Vorzeichen befindet (Bröckling 2009). Konservative Taktiken der Machtsicherung erhalten daher unweigerlich eine besondere Rahmung und auch eine besondere politische Brisanz. Sie fügen sich nämlich nahtlos in eine analoge Herabwürdigung fachlicher Qualitätskriterien zur Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen ein, die derzeit im Zuge der neoliberalen, marktanalogen Umgestaltung europäischer Wissenschaftssysteme unter dem Label „Bologna“ stattfindet. Nicht etwa der von den Disziplinen selbst organisierte Erkenntnisfortschritt, die Originalität von Ideen und die längerfristige Bearbeitung grundlegender Probleme gesellschaftlicher Restrukturierung und Ausdifferenzierung werden hier gewürdigt, sondern eher die kurzfristigen Reaktionen der Lehrenden und Forschenden auf tagespolitische Themenkonjunkturen und Förderprogramme. Spätestens seit der flächendeckenden Umsetzung der Bologna-Strategie wird eine stark formalisierte, hauptsächlich an außerwissenschaftlichen Kriterien orientierte Qualitäts- und Leistungsbeurteilung auf breiter Front praktiziert (ablesbar an Wissenschaftler- und Hochschul-

Rankings, basierend auf der Anzahl der Publikationen je Autor/Jahr, der Repräsentanz in Zitationsindizes, der Höhe der eingeworbenen Drittmittel, der erfolgreichen Teilnahme an Exzellenzwettbewerben usw.). Gemessen wird vor allem, wie sich Wissenschaftler in die öffentliche Aufmerksamkeitsproduktion einfügen und wie sie dabei bürokratische und formale Kriterien erfüllen. Dies sind in der Regel quasi-betriebswirtschaftliche Kriterien, die von einer fleißigen, aber nicht unbedingt herausragenden Masse von Wissensarbeitern mit ein wenig Bluff problemlos bedient werden können (Prisching 2009: 157). Diese exogenen Kriterien werden zu hegemonialen Leistungskriterien erhoben und lösen diejenigen Kriterien ab, die sich die Wissenschaftler-Gemeinschaften zuvor selbst gegeben und deren Einhaltung sie selbst überwacht hatten. Die individuelle Unterordnung unter die neue Evaluationskultur wird u.a. dadurch abgesichert, dass sie mit korporatistischen Ritualen der Selbstnobilitierung verknüpft wird. Diejenigen werden belohnt, die die (meist quantitativen) Ziele der Effizienzsteigerung gutheißen und erfüllen, während diejenigen, die andere – wissenschaftsnähere – Kriterien hochhalten, als ewig-gestrig, dem überkommenen Humboldtschen Bildungsideal nachhängend etc. apostrophiert und auf dieser Grundlage marginalisiert werden. Diese Schließung des Zugangs zu Macht, Prestige und Ressourcen ist eine wichtige Funktionsbedingung der neuen Wettbewerbskultur (Münch 2011).

Neue, mit pseudo-ökonomischer Rhetorik ausgestattete und dennoch bürokratisch sich gebärdende Machteliten an den Hochschulen begründen mittlerweile eine neoliberale Bildungshegemonie. Genau hier entstehen nun neue Koalitionen und Identifikationsangebote. Indem sich die alten Mechanismen der konservativen Ausgrenzung an die neoliberalen Gratifikations- und Exklusionssysteme anhängen, erfahren sie eine ungeahnte Bestätigung und Verstärkung. Ihre Akteure können zu Trittbrettfahrern des neuen Ökonomismus werden – ob gewollt oder nur als angenehme Nebenerscheinung der beschriebenen Nischenaneignung, spielt im Hinblick auf die erzielbaren Exklusionseffekte schon fast keine Rolle mehr.

Das Thema „Macht“ steht im angelsächsischen Diskurs bereits seit geraumer Zeit auf der Agenda einer kritischen Humangeographie (Katz 1998; Sharp et al. 2000) sowie einer als kulturkritisch und im Kern dekonstruktivistisch auftretenden Humangeographie (Radcliffe 1999). Es ist zu erwarten, dass Diskussionen um die diskursive Herstellung von Macht – insbesondere unter den Vorzeichen eines expansiven, gleichwohl krisenhaft sich entwickelnden Ökonomismus – demnächst auch in der deutschsprachigen Geographie an Intensität und Tragweite gewinnen werden. Angesichts der zunehmenden Erfassung des Hochschulbetriebs sowie auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen von Rekonfigurationen der Macht ist es höchste Zeit, dass die Wirkungen neoliberaler Reformprojekte auch in der deutschen Geographie von den VertreterInnen der eigenen Disziplin durchleuchtet werden. Dabei sollten keineswegs nur neue Machtrelationen und damit verbundene Exklusionen analysiert werden; auch der Durchmarsch älterer Seilschaften zu neuen Formen restaurierter Macht sollte vermehrt thematisiert werden, und

zwar unter dem Aspekt der Verstärkung und Beschleunigung durch neoliberal verbrämte Leistungsbürokratien und Evaluierungsfeudalisten. Die oben geschilderten Erfahrungen verweisen auf die Dringlichkeit des Vorhabens.

Anmerkungen

- 1 Kenner traditioneller Betrachtungsweisen in der Geographie werden hier unschwer die Denkfigur des landschaftlichen Palimpsests entdecken. Dauernde Veränderungen einer Kulturlandschaft unter Beibehaltung einer Art Landesnatur werden dabei metaphorisch mit dem Vorgang des Beschreibens und Abkratzens eines Pergaments verglichen, wobei frühere „Nutzungsschichten und Benutzerspuren“ wieder aufscheinen (Sigel 2000: 161)

Literatur

- Albrecht, Ullrich (1998): Informelle Regulation in Transformationsgesellschaften. In: Hopfmann, Arndt und Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel. Münster: Lit. S. 179–209 (Politische Soziologie, 12).
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1997): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 3. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot. Online verfügbar unter <http://www.worldcat.org/oclc/37644019>.
- Aretz, Hans-Jürgen (2000): Zur Konfiguration gesellschaftlicher Diskurse. In: Nennen, Heinz-Ulrich (Hrsg.): Diskurs. Begriff und Realisierung. Würzburg: Königshausen & Neumann. S. 161–182.
- Assländer, Michael S.; Kaminski, Robert (2005): Globalisierung. Risiko oder Chance für Osteuropa? Frankfurt am Main, New York: Lang. Online verfügbar unter <http://www.worldcat.org/oclc/68804012>.
- Ballint, Balla; Sterbling, Anton (Hg.) (2009): Europäisierung, Globalisierung, Regionalisierung. Hamburg: Krämer.
- Bohle, Dorothee (2006): "Race to the bottom"? Die Dynamik der Konkurrenzbeziehungen in der erweiterten Europäischen Union. In: Prokla, 36 (144). S. 343–360.
- Bohle, Dorothee; Greskovits, Béla (2009): Varieties of Capitalism and Capitalism „tout court“. In: European Journal of Sociology, 50 (3). S. 355–386.
- Brabec, Tomáš; Sýkora, Ludek (2009): Gated Communities in Prague. In: Smigiel, Christian (Hrsg.): Gated and guarded housing in Eastern Europe. Leipzig: Institut für Länderkunde. S. 83–89 (Forum IfL, 11).
- Brey, Hansjörg (2011): Serbiens mühsamer Weg in die EU. In: Geographische Rundschau, 63 (4). S. 20–27.
- Bröckling, Ulrich (2009): Von den Exzellenzen zur Exzellenz. Genealogie eines Schlüsselbegriffs. In: Forschung und Lehre (6). S. 422–424. Brujan, Lucian-B; Förs-

- ter, Horst (2011): Grenzregionen in Südosteuropa. Experimentierfelder der EU-Integrationspolitik? In: Geographische Rundschau, 63 (4). S. 42-50.
- Bürkner, Hans-Joachim (2011): From Transformation to Idiosyncratic Modernisation: Shifting Analytical Perspectives on the Re-shaping of Central East and East Europe. In: Journal of Urban and Regional Analysis, 3 (2) (im Erscheinen).
- Buksinski, Tadeusz; Dobrzanski, Dariusz (Hrsg.) (2005): Eastern Europe and the Challenges of Globalization. Washington DC: Library of Congress Cataloging-in-Publication (The Cultural Heritage and Contemporary Series IVA, Eastern and Central Europe, 27).
- Buzogány, Aron (2007): Variationen auf ein Thema? Spielarten des Kapitalismus in den neuen Mitgliedstaaten der EU. In: Buzogány, Aron; Frankenberger, Rolf (Hrsg.): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 157-174 (Weltregionen im Wandel, 2).
- Castells, Manuel (1996): The Rise of the Network Society. Volume 1: The Information Age. Economy, Society and Culture. Malden/Mass., Oxford: Blackwell.
- Christophe, Barbara (2007): Zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht. Staatlichkeit im postsowjetischen Georgien. In: Böhmer, Jule; Vietor, Marcel (Hrsg.): Osteuropa heute. Entwicklungen - Gemeinsamkeiten - Unterschiede. Hamburg, Münster: Lit. S. 259-280.
- Clement, Hermann; Vincentz, Volkhart (1997): Globalisierung und Osteuropa. Probleme und Perspektiven der Arbeitsteilung in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 44-45). S. 27-36.
- Coe, Neil M.; Dicken, Peter; Hess, Martin (2008): Global production networks: realizing the potential. In: Journal of Economic Geography, 8 (3). S. 271-295.
- Deacon, Bob (2000): Eastern European welfare states: the impact of the politics of globalization. In: Journal of European Social Policy, 10. S. 146-161.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (2008): System Erde-Mensch. Zukunftsaufgaben der geowissenschaften – Denkschrift. Weinheim: Wiley-VCH.
- Drahokoupil, Jan (2008): Globalization and the State in Central and Eastern Europe. The Politics of Foreign Direct Investment. New York: Routledge.
- Dürschmidt, Jörg (2002): Globalisierung. Bielefeld: Transcript (Einsichten).
- Eckardt, Barbara (2010): Fit für die Anforderungen der Zukunft. Ausbildung für Geographielehrer an der Universität Potsdam wird reformiert. In: Portal. Die Potsdamer Universitätszeitung (1). Online verfügbar unter http://www.uni-potsdam.de/portal/feb10/campus_leute/geographie.htm.
- Ehrke, Michael (2004): Das neue Europa. Ökonomie, Politik und Gesellschaft des postkommunistischen Kapitalismus. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (Internationale Poltikanalyse).
- Färber, Alexa; Gdaniec, Cordula (2006): Shopping Malls and Shishas. Urban Space and Material Culture as Approaches to Transformation in Berlin and Moscow. In:

- Arvastson, Gösta; Butler, Tim (Hrsg.): *Multicultures and Cities*. Copenhagen: Museum Tusulanum Press, University of Copenhagen. S. 113-128.
- Feldmann, Magnus (2008): *The Origins of Varieties of Capitalism: Lessons from Post-Socialist Transition in Estonia and Slovenia*. In: Hancké, Bob; Rhodes, Martin und Thatcher, Mark (Hrsg.): *Beyond varieties of capitalism. Conflict, contradictions, and complementarities in the European economy*. Oxford: Oxford University Press. S. 328-351.
- Förster, Horst (2011): *Südosteuropa – Zwischen Regionalismus und Integration*. In: *Geographische Rundschau*, 63 (4). S. 4-13.
- Ger, Göliz; Belk, Russell W. (1996): *I'd like to buy the world a coke: Consumptionscapes of the less affluent world?* In: *Journal of Consumer Policy*, 19 (3). S. 271-304.
- Göler, Daniel; Lehmeier, Holger (2011): *Balkanmetropolen. Urbane Entwicklungen in Belgrad, Bukarest und Sofia*. In: *Geographische Rundschau*, 63 (4). S. 34-41.
- Hall, Peter A. (2008): *The Evolution of Varieties of Capitalism in Europe*. In: Hancké, Bob; Rhodes, Martin und Thatcher, Mark (Hrsg.): *Beyond varieties of capitalism. Conflict, contradictions, and complementarities in the European economy*. Oxford: Oxford University Press. S. 39-80.
- Hall, Peter A.; Soskice, David (2001): *An Introduction into Varieties of Capitalism*. In: Hall, Peter A.; Soskice, David (Hrsg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, New York: Oxford University Press. S. 1-68.
- Hamilton, F. E. Ian; Carter, Francis W. (2005): *Foreign direct investment and city restructuring*. In: Hamilton, F. E. Ian; Andrews, Kaliope Dimitrovska und Pichler-Milanovic, Natasa (Hrsg.): *Transformation of Cities in Central and Eastern Europe. Towards Globalization*. Tokyo: United Nations University. S. 116-152.
- Hard, Gerhard (1979): *Die Disziplin der Weißwäscher. Über Genese und Funktion des Opportunismus in der Geographie*. In: Sedlacek, Peter (Hrsg.): *Zur Situation der deutschen Geographie zehn Jahre nach Kiel*. Osnabrück. S. 11-44 (Osnabrücker Studien zur Geographie, 2).
- Heller, Wilfried (2004): *Ethnizität und Globalisierung. Bedeutungswandel ethnischer Kategorien in Transformationsländern*. In: *Geographische Zeitschrift*, 91 (1/2). S. 21-38.
- Heller, Wilfried; Becker, Jörg; Belina, Bernd; Lindner, Waltraud (Hg.) (2007): *Ethnizität in der Globalisierung. Zum Bedeutungswandel ethnischer Kategorien in Transformationsländern Südosteuropas*. München: O. Sagner.
- Heyns, Barbara (2005): *Emerging Inequalities in Central and Eastern Europe*. In: *Annual Review of Sociology*, 31. S. 163-197.
- Hopfmann, Arndt; Wolf, Michael (Hrsg.) (1998): *Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel*. Münster: Lit (Politische Soziologie, 12).

- Jordan, Peter (2011): Kroatien ante portas. Was kommt auf die EU zu? In: Geographische Rundschau, 63 (4). S. 14-19.
- Jorens, Yves (2000): Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft. In: Maydell, Bernd von (Hrsg.): Transformation von Systemen sozialer Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Berlin: Duncker und Humblot. S. 259-274.
- Kanwischer, Detlef (2006): Der Doppelcharakter der Geographie und andere Katastrophen nebst einigen Bemerkungen zur fachdidaktischen Umsetzung. In: Horst, Uwe; Kanwischer, Detlef und Stratenwerth, Dietmar (Hrsg.): Die Kunst sich einzumischen. Vom vielfältigen und kreativen Wirken des Geographen Tilman Rhode-Jüchtern. Von Freunden und Weggefährten zum 60. Geburtstag zugeeignet. Berlin: Mensch & Buch, S. 127-142.
- Katz, Cindi (1998): Lost and found in the posts: Addressing critical human geography. In: Environment and Planning D: Society and Space, 16. S. 257-258. King, Lawrence P. (2008): Central European Capitalism in Comparative Perspective. In: Hancké, Bob; Rhodes, Martin und Thatcher, Mark (Hrsg.): Beyond varieties of capitalism. Conflict, contradictions, and complementarities in the European economy. Oxford: Oxford University Press. S. 307-237.
- Knappe, Elke; Benedek, Jozsef; Ilieva, Margarita (2011): Periphere Regionen in Südosteuropa und ihr Potenzial. Künftige Bedeutung der Landwirtschaft. In: Geographische Rundschau, 63 (4). S. 28-33.
- Kovacs, Janos Matyas (1999): Turbulenzen im Vakuum. Anmerkungen zur kulturellen Globalisierung in Osteuropa. In: Transit, 1999 (17). S. 33-45.
- Krätke, Stefan (1998): Regionale Integration oder fragmentierte Entwicklung? Die deutsch-polnische Grenzregion im Transformationsprozeß. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 42 (2). S. 117-130.
- Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Berlin: Suhrkamp.
- Mykhnenko, Vlad (2008): Strength and Weaknesses of 'Weak' Coordination: Economic Institutions, Revealed Comparative Advantages, and Socio-Economic Performance of Mixed Market Economies in Poland and Ukraine. In: Hancké, Bob; Rhodes, Martin und Thatcher, Mark (Hrsg.): Beyond varieties of capitalism. Conflict, contradictions, and complementarities in the European economy. Oxford: Oxford University Press. S. 351-378.
- Neunhöffer, Gisela (2001): Belarus und die internationale politische Ökonomie. Globale Zwänge – autoritäre Antwort. Münster: Westfälisches Dampfboot. Online verfügbar unter <http://www.worldcat.org/oclc/48919645>.
- Neunhöffer, Gisela; Schüttpelz, Anne (2002): "Offene" und "geschlossene" Transformation: Von peripheren und noch periphereren Kapitalismen in Osteuropa. In: Prokla, 32 (128). S. 375-398.

- Nölke, Andreas; Vliegenthart, Arjan (2009): Enlarging the Varieties of Capitalism: The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe. In: *World Politics*, 61 (4). S. 670-702.
- Pollack, Detlef; Lauth, Hans-Joachim (2009): Die Diffusion von Werten im Demokratisierungs- und Europäisierungsprozess – Transfer eines Modells nach Osteuropa? In: Ballint, Balla; Sterbling, Anton (Hrsg.): *Europäisierung, Globalisierung, Regionalisierung*. Hamburg: Krämer. S. 31-57.
- Prisching, Manfred (2009): Die Vermessung der wissenschaftlichen Landschaft. In: Kellermann, Paul; Boni, Manfred; Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hrsg.): *Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 147-162.
- Radcliffe, Sarah (1999): Popular and State Discourses of Power. In: Massey, Doreen B.; Allen, John und Sarre, Philip (Hrsg.): *Human Geography Today*. Cambridge, Malden, Mass: Polity Press, Blackwell Publishers. S. 219-243.
- Roth, Juliana (2000): Globalisierung im Westen – Lokalisierung im Osten? Europäische Reaktionen auf die Integration in Politik und Wirtschaft. In: Alsheimer, Rainer; Moosmüller, Alois und Roth, Klaus (Hrsg.): *Lokale Kulturen in einer globalisierenden Welt. Perspektiven auf interkulturelle Spannungsfelder*. Münster: Waxmann. S. 89-105.
- Sharp, Joanne P.; Routledge, Paul; Philo, Chris; Paddison, Ronan (2000): *Entanglements of power: geographies of domination/resistance*. In: Sharp, Joanne P.; Routledge, Paul; Philo, Chris und Paddison, Ronan (Hrsg.): *Entanglements of power. Geographies of domination/resistance*. London, New York: Routledge. S. 1-42.
- Sigel, Brigitt (2000): Die Kulturlandschaft – ein Erinnerungsalbum und Geschichtsbuch. In: Meier, Hans-Rudolf (Hrsg.): *Bauten und Orte als Träger von Erinnerung*. Zürich: vdf. S. 159-166 (Veröffentlichungen des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich, 21).
- Smigiel, Christian (Hg.) (2009): *Gated and guarded housing in Eastern Europe*. Leipzig: Institut für Länderkunde (Forum IfL, 11). Online verfügbar unter <http://www.worldcat.org/oclc/458720836>.
- Smith, Adrian; Pickles, John (1998): Theorising transition and the political economy of transformation. In: Pickles, John; Smith, Adrian (Hrsg.): *Theorising Transition. The Political Economy of Post-Communist Transformation*. London, New York: Routledge. S. 1-22.
- Stanilov, Stanislav T. (Hrsg.) (2007): *The Post-Socialist City. Urban Form and Space Transformations in Central and Eastern Europe after Socialism*. Dordrecht: Springer (The GeoJournal Library, 92).
- Sterbling, Anton (2000): *Globalisierung und Ungleichzeitigkeit des Denkens in Ost und West*.

- In: Alsheimer, Rainer; Moosmüller, Alois und Roth, Klaus (Hrsg.): Lokale Kulturen in einer globalisierenden Welt. Perspektiven auf interkulturelle Spannungsfelder. Münster: Waxmann. S. 79-88.
- Tatur, Melanie (2004): Introduction. Conceptualising the Analysis of "Making Regions" in Post-socialist Europe. In: Tatur, Melanie (Hrsg.): The Making of Regions in Post-Socialist Europe – the Impact of Culture, Economic Structure and Institutions. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 15-48.
- Turnock, David (1998): Globalisation and the East European transition. In: GeoJournal, 45 (1-2). S. 129-140.

Walter Siebel ■

Von der Vision zur Resignation: die Ideengeschichte des Städtebaus im 20. Jahrhundert

Anmerkungen zu: Vittorio Magnago Lampugnani: Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes. Berlin 2010. 2 Bände, 907 Seiten.

Zusammenfassung

Nach einer Übersicht über Aufbau und Inhalt des Werks wird eine Kritik aus sozialwissenschaftlicher Sicht formuliert. Es folgt eine Diskussion über das Verhältnis von Stadtplanung und totalitärem Denken. Am Schluß stehen Zweifel, ob der Anspruch Lampugnani's, die Spaltung von Architektur und Stadtplanung rückgängig zu machen, realistisch ist.

Eine Ideengeschichte

Thema dieser beiden in jeder Hinsicht schwergewichtigen Bände ist die Stadt „als physische Erscheinung, als künstlich geformtes Artefakt, als Stück gestalteter Umwelt“ (S. 7). Dabei geht es nicht um die Realität der gebauten Stadt sondern um ihr Projekt: „Gegenstand des Buches sind jene Entwurfsstrategien und Pläne, die darauf gerichtet sind, urbane Orte zu schaffen“ (S. 7). Insofern ist der Titel „Die Stadt im 20. Jahrhundert“ irreführend. Der Untertitel benennt es präziser: Es geht um „Visionen, Entwürfe, Gebautes“, und zwar zeitlich eingeschränkt auf das 20. Jahrhundert und inhaltlich auf die Arbeiten europäischer und amerikanischer Architekten.

Es ist eine Ideengeschichte des Städtebaus. Die einzelnen Kapitel beziehen sich auf Erneuerungsbewegungen wie City Beautiful, das Neue Bauen, New urban Design, auf Kunstströmungen wie Beaux Arts, Impressionismus, Futurismus, auf Konzepte wie Gartenstadt, Bandstadt, Broad Acre City, oder auf politische Bewegungen wie Faschismus oder Sozialismus und vor allem auf Personen. Die Geschichte der architektonischen und städtebaulichen Ideen wird erzählt als eine Geschichte von großen Männern. Strukturen und ökonomische Entwicklungen, politische und soziale Auseinandersetzungen spielen nur als Hintergrund eine Rolle. Deshalb dominieren Namen die Darstellung, teilweise in verwirrender

Fülle. Einzelnen Heroen des Städtebaus werden besondere Abschnitte zugestanden: Tony Garnier, Le Corbusier, Auguste Perret, Frank Lloyd Wright u.v.a. Andere Kapitel sind besonders herausragenden Beispielen des Städtebaus im 20. Jhh. gewidmet: Weißenhofsiedlung in Stuttgart, die Siedlungen des neuen Frankfurt, der Arbeiterwohnungsbau in Wien nach dem Ersten Weltkrieg, den Stadtgründungen von Chandigarh, Brasilia und Dhaka.

Bis 1918 bleibt es im wesentlichen bei Visionen. Das ändert sich nach dem Ende des ersten Weltkriegs. Die unhaltbaren Zustände, welche die kaum geregelte Bauspekulation im 19. Jhh. geschaffen hatte, und die geänderten politischen Verhältnisse führten in Deutschland zum sozialen Wohnungsbau und zu mehr Regulierung und Planung in der Stadtentwicklung. In den USA war es die große Depression, die weitreichende Interventionen des Staates in Wohnungsbau und Stadtentwicklung politisch möglich machte. Mit der gewandelten Rolle des Staates wuchsen die Chancen der Städtebauer, ihre Ideen auch zu realisieren. Lampugnani verdeutlicht das an den Siedlungen des Neuen Bauens in der Weimarer Republik und an den Baumaßnahmen des New Deal, die allerdings zunächst nicht über Nothilfe hinauskamen: Zelte, Blechhütten, Selbsthilfesiedlungen, Eigenheimförderung. Überhaupt sind die amerikanischen Projekte, die Lampugnani im zweiten Band vorstellt, weit mehr von praktischen Problemen und Aufgabenstellungen bestimmt als von Visionen: Auszug ins Umland der Städte, Shopping Malls, Autostraßen.

Entsprechend seiner Definition von Stadt als physischer Gestalt und künstlich geformtem Artefakt konzentriert Lampugnani seine Kritik auf architektonische und städtebauliche Qualitäten, wobei es ihm auch auf das nicht immer stimmige Verhältnis von verbalisiertem Anspruch und Entwurfsrealität ankommt. So verträgt sich ein revolutionäres Pathos, mit dem der Plunder der alten Welt abgeräumt wird, zuweilen problemlos mit Bauten, die sich vorsichtig in ihre Umgebung einzupassen versuchen, und die selber keineswegs ohne historische Vorläufer sind. Es werden in erster Linie ästhetische Probleme gelöst, manchmal in der Hoffnung, damit würden auch die sozialen automatisch verschwinden. Die soziale Frage wird von den Entwerfern selten direkt thematisiert, mit gutem Grund, weil es eine ökonomische und politische, keine ästhetische oder städtebauliche Frage ist. Architektur und Städtebau können die ökonomischen Realitäten nicht außer Kraft setzen. Das erläutert Lampugnani am Schicksal einiger Siedlungsentwürfe des Neuen Bauens, die ursprünglich der Unterschicht zu Gute kommen sollten, im Verlauf ihrer Realisierung aber auch in ihren baulichen Qualitäten erhebliche Kompromisse eingehen mußten, um wenigstens von der unteren Mittelschicht noch bezahlt werden zu können. Zuweilen endet ein Programm für das Bauen für die Armen bei Villen für die Wohlhabenden. Lampugnani, das ist eines der Leistungen seines Werks, arbeitet solche Paradoxien kenntnisreich heraus. Dabei bleibt er angenehm zurückhaltend in der Kommentierung noch der abstrusesten Proklamationen, wenn auch nicht ohne leise Ironie, beispielsweise wenn er im Kapitel über die Postmoderne in den USA auch Toontown, eine pseudomittelalterliche Plastikstadt in Disneyland, behandelt.

Einzelne Kapitel sind auch für den Sozialwissenschaftler aufschlußreich, weil sie das Zusammenspiel von Entwurf, ökonomischen Interessen und politischen Verhältnissen anschaulich beschreiben. So wird in Kap. 6 das zurückgestufte Hochhaus als Resultante aus Spekulation, politischer Regulierungen und historischen Assoziationen der Architekten zum Turm zu Babel und zu den Pyramiden der Mayas erklärt. Hoch interessant, weil hier nicht nur auf Ideen und Visionen sondern ebenso auf ökonomische und politische Realitäten detailliert Bezug genommen wird, ist auch die ausführliche Darstellung der Geschichte des Rockefeller Centers: im Zusammenspiel von Großkapital und einer Architektur, die über die Rolle eines Erfüllungsgehilfen wechselnder Interessenlagen nicht hinauskommt, wandelt sich die ursprüngliche Suche nach einem Bauplatz für die Metropolitan Opera zum reinen Spekulationsvorhaben ganz ohne Oper. Hervorzuheben ist auch Kapitel 20, das die beunruhigende Kontinuität zwischen dem Neuen Bauen der Weimarer Republik und dem nationalsozialistischen Städte- und Wohnungsbau zeigt: Der Stil änderte sich, aber der soziale Gehalt blieb derselbe.

Im letzten Kapitel schließlich kommen mit Venturi, Krier und Rossi Architekten zu Wort, die sich gegen „den Mythos des Architekten als Demiurgen (stellen), der dank einer Eingebung etwas nie Dagewesenes schafft“ (S. 817). Nun wird das Feindbild der Moderne, die historisch gewordene europäische Stadt, in der Manier Sitte's zum Bezugspunkt. Sie darf weiter gebaut werden, aber unter Achtung ihrer Strukturen, die allenfalls repariert und ergänzt werden sollen. Bei Krier wird aus dieser Haltung im Fall Poundbury ein Rentner-Dorf, dessen rigide Bauvorschriften nicht mehr weit entfernt sind von Disneys Celebration City. Das Buch endet mit einer Darstellung der IBA Berlin und der Olympia Bauten von Barcelona.

Die beiden Bände bilden ein beeindruckendes Kompendium, in dem der fast unüberschaubare Reichtum städtebaulicher und architektonischer Ideen des 20. Jhh. kenntnisreich und differenziert ausgebreitet wird. Sie bieten eine Fülle von Detailinformationen über herausragende Persönlichkeiten des Städtebaus und der Architektur: biographische Daten, Pläne, Projekte, Entwürfe, Proklamationen, Manifeste, deren Entstehung und deren Schicksal. Dazu zitiert Lampugnani fast nur Originaltexte. Allerdings wird das erkaufte mit einem Verzicht, einschlägige und wichtige Sekundärliteratur zu diskutieren, besonders auffällig bei den Kapiteln über Nationalsozialismus, DDR und Wiederaufbau in der BRD, wo selbst die grundlegenden Arbeiten von Werner Durth nur als Zitatnachweis Erwähnung finden.

Lampugnani hat eine bewundernswerte und durch die Fülle des ausgebreiteten Wissens beeindruckende Arbeit vorgelegt. Warum läßt die Lektüre einen sozialwissenschaftlichen Leser trotzdem etwas unbefriedigt? Es ist ein Buch über Städtebau und Architektur, wobei sich Lampugnani explizit wehrt gegen „die Spaltung zwischen Analyse und Entwurf, zwischen Zahlen und Poesie“. Die Aufspaltung des Städtebaus in Stadtplanung und Architektur werde und müsse rückgängig gemacht werden. Das sei die Perspektive seines Buches (S. 7). Aber sie ist auch das Problem des Buches.

Was vermißt ein Sozialwissenschaftler an dieser Geschichte?

Erstens. Städtebau erscheint hier als die heroische Arbeit großer, unabhängiger Geister. Deshalb dominieren freie Architekten die Darstellung. Die Alltagsarbeit des beamteten Stadtplaners interessiert nicht. Fritz Schumacher mit seiner Hamburg durchaus prägenden Arbeit spielt keine Rolle, während noch den abstrusesten Programmen selbsternannter Architekturrevolutionäre ausführlich Platz eingeräumt wird. Die architektonischen und städtebaulichen Qualitäten der Entwürfe werden sehr genau und auch kritisch beschrieben. Die tief greifenden Veränderungen der deutschen Städte in den 60iger und 70iger Jahren dagegen werden auf zwei Seiten abgehandelt „als wenig ruhmreiches Kapitel“, obwohl hier ja durchaus auch Stadtplaner beteiligt waren: zum Beispiel in Frankfurt Kampffmeyer. Die Neubau IBA Berlin wird weit ausführlicher behandelt als die für die deutsche Stadtpolitik revolutionäre Altbau IBA. Die IBA Emscher Park, deren Steuerungsmodell mit dem Entwurfsbegriff nun gar nicht mehr zu begreifen ist, kommt dementsprechend überhaupt nicht vor. Dafür werden ausführlich biografische Daten und Zitate von Architekten wie Aldo Rossi referiert. Es ist eine Geschichte von Entwürfen und eine Geschichte von Architekten, keine Geschichte der Stadtplanung und der Stadtpolitik.

Zweitens. Zwar spricht Lampugnani im Zusammenhang einzelner Planungen auch soziale Probleme an, etwa die fragwürdigen Verteilungswirkungen und die Uniformierungstendenzen des Neuen Bauens (vgl. S. 337). Im Kapitel über den französischen Städtebau nach dem zweiten Weltkrieg wird an das soziale Desaster der Pariser Banlieu mit dem Satz erinnert: „Die soziale Leistung des neourbanen Projekts blieb indessen hinter der architektonischen zurück“ (S. 715f). Aber dass Stadt eine soziale Tatsache ist, die sich räumlich geformt hat, umgekehrt also räumliche Gestalten soziale Implikationen beinhalten, wird nicht thematisiert. Daß die Frankfurter Küche mit der Rationalisierung der Hausarbeit zugleich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt festgeschrieben haben könnte, kommt ebenso wenig in den Sinn, wie die Frage, ob der Zeilenbau mit seiner Ausrichtung auf Licht, Luft und Sonne die Beziehung zwischen öffentlichen und privaten Räumen und damit die europäische Stadt als eine Form sozialer Organisation zerstört. Was einer Siedlung einen ausgesprochen „urbanen Charakter“ (S. 331) verleiht, wird nicht gesagt. Anscheinend steht dahinter nicht mehr als die simplifizierende Gleichsetzung von Urbanität mit einem bestimmten Bild von der Gestalt der Stadt: „obschon klein, sollte die Weißenhofsiedlung ein urbanes Gebilde werden: kompakt, dicht, einheitlich und wehrhaft“ (S. 340). Einflußreiche systematische Theorien der Stadt, wie die von Simmel oder Jane Jacobs, werden allenfalls kurz erwähnt, Jacobs bezeichnender Weise unter der Überschrift „Die Stadt als Bild“ (S. 790), andere wie Hans Paul Bahrdt's Theorie von Öffentlichkeit und Privatheit überhaupt nicht. Entsprechend großzügig geht Lampugnani mit zentralen Begriffen der Stadttheorie um, wenn er etwa im Anschluß an Luis Barragan Öffentlichkeit und Privatheit jeweils ganzen Stadtteilen zuordnet (S. 556f).

Drittens. Lampugnani begreift Städtebau als Entwurfstätigkeit verwandt mit Künsten wie Film und Malerei. Er betont zwar einleitend, die Geschichte des Städtebaus sei nicht

zu trennen von der Geschichte der Gesellschaft, also von Machtverhältnissen, ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und sozialen Entwicklungen, doch spielen diese Zusammenhänge nur am Rande eine Rolle. Das Städtebauförderungsgesetz wird ebenso wenig diskutiert wie die abrißswütige Sanierungspolitik der sechziger Jahre oder die Rolle der neuen Heimat für den westdeutschen Städtebau der Nachkriegszeit. Sein Hauptaugenmerk ist auf kulturelle Phänomene gerichtet: Malerei, Literatur, Philosophie, Lebensreformbewegung, die geistigen Strömungen und die Atmosphäre aus denen die architektonischen und städtebaulichen Ideen erwachsen. Politische Zusammenhänge werden eher nebenher erwähnt, die sozialen und ökonomischen Dimensionen von Stadtentwicklung fehlen fast völlig. Die Vielschichtigkeit des Städtebaus zwischen Ästhetik, Ökonomie, Technik und Funktion hätte in diesem um Grundlegendes bemühten Werk mehr Aufmerksamkeit verdient.

Große Männer und verstiegene Ansprüche

Die bisherigen Kritiken sind aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive formuliert. Das ist nicht die Perspektive, aus der Lampugnani seine eindrucksvolle Arbeit verfaßt hat. Anders gesagt: die Vernachlässigung des planerischen Alltagsgeschäfts, der Stadtsanierung und der sozialen Dimension der gebauten Stadt sowie die sehr kursorische Behandlung ökonomischer, politischer und sozialer Rahmenbedingungen des Städtebaus ist mit der bewußt gewählten Perspektive des Autors als eines Architekten auf seinen Gegenstand gut zu begründen. Man mag darüber streiten, ob diese Perspektive viel über „die Stadt im 20. Jahrhundert“ auszusagen vermag, aber Lampugnani hat einen beinahe vollständigen Überblick über die Ideen der europäischen und amerikanischen Städtebauer des 20. Jhh. vorgelegt. Nur – und das ist ein allgemeiner Einwand – bleibt man nach der Lektüre etwas ratlos. Das Buch bietet eine fast erschlagende Fülle an Informationen, aber dieser Vorzug geht einher mit einem weit gehenden Verzicht auf analytische Durchdringung des ausgebreiteten Materials. Man hätte sich eine stärker die Vielzahl der Projekte vergleichende Darstellung gewünscht. Wie gehen verschiedene Architekten mit ähnlichen Problemstellungen um, z. B. der Überwindung des Stadt-Land-Gegensatzes, die bei so unterschiedlichen Konzepten wie Howards Gartenstadt, Wagners wachsender Großstadt, der Broadacre City von Wright, der Band Stadt und anderen eine Rolle spielt. Ebenso aufschlußreich wäre eine systematische Untersuchung der geometrischen Schemata, die bei so vielen Entwürfen als Grundlage dienen; oder die Idee der Stadt als Parkanlage: wo taucht sie zum ersten Mal auf, wo wird sie weitergeführt, wann und aus welchen Gründen aufgegeben? Das Material legt viele solcher systematischeren Vergleiche nahe, aber keinem wird nachgegangen. Kurz: die Aufgabe, die sich Camillo Sitte gestellt hatte, nämlich aus der Analyse der Vergangenheit zentrale Elemente herauszufiltern und damit zu einem systematischeren Wissen beizutragen, hat sich Lampugnani nicht gestellt. Es gibt ein Bildnachweis und ein Personenregister, aber kein Sachregister.

So schwirrt einem nach 847 Seiten Text der Kopf von all den Namen und Projekten, von all den Manifesten, Resolutionen, Proklamationen, die mit mehr oder weniger gelunge-

nem Pathos ein neues Zeitalter, eine neue Gesellschaft, mindestens aber eine neue Stadt proklamieren und die sich gerade dann zu dem verstiegensten Geschwafel emporschwingen, wenn sie wie etwa bei Le Corbusier (S. 395f) Sachlichkeit, Logik und Rationalität verkünden wollen. Bescheidenheit angesichts ihres Gegenstands ist den Heroen des Städtebaus fremd. Städtebau ist die Kunst endgültiger Weltverbesserung. So beansprucht Hendrik Andersen, eine Stadt zu schaffen, „die alle wissenschaftlichen, künstlerischen und sportlichen Erfolge der Welt verkörpern und vereinigen und ihre Werke im Hinblick auf die Bedürfnisse und den Fortschritt der Menschheit erproben sollte, mit dem Ziel, sie schließlich, nachdem ihre Vortrefflichkeit internationaler Anerkennung gefunden hat, weltweit verbreiten zu lassen“ (S. 73). Solche Weltbeglückung kommt häufig mit sehr schlichten Prinzipien aus, etwa wird auf einfache geometrische Grundformen zurückgegriffen, um Ordnung in die unbegriffene Komplexität der Stadt zu bringen. Leonidow beispielsweise beansprucht mit seinem Entwurf der Stadt als potentiell unendlichem Band, aufaddiert aus gleichförmigen Quadraten, die Trennungen zu überwinden zwischen „Stadt und Land, zwischen Kultur und Natur, zwischen Architektur und Landschaft, zwischen Arbeit und Muße, zwischen Wohnung und Freiraum. Und zwischen Privatem und Kollektivem“ (S. 246). Erlösung der Welt durch Geometrie, durch gerade oder krumme Linien, durch eine geschichtslose Moderne oder durch Rekonstruktion des Mittelalters. Einen der Höhepunkte solcher Simplifizierungen von Stadt bietet die Zukunftsvision eines autogerechten Amerikas, die Geddes auf der New Yorker Weltausstellung 1939 nicht umsonst im Pavillon von General Motors realisiert hat (S. 544).

Anscheinend verleitet der Zwang, sich Aufmerksamkeit auf einem hart umkämpften Markt zu verschaffen, manche Architekten zu einem visionären Gebrüll, dessen teils naive, teils autoritäre, teils bedrohliche Phantasien nur insoweit erträglich sind, als dahinter keine Macht steht. Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus waren Herrschaftssysteme, die solche Ideen hätten Realität werden lassen können. Ihr Scheitern hat die Welt auch vor der Verwirklichung beängstigender Stadtentwürfe bewahrt.

Stadtplanung und totalitäres Denken

Das Verhältnis von Städtebau und Städtebauern zum Faschismus wird auch von Lampugnani diskutiert. Dabei belegt die Nähe einzelner Architekten, z. B. Le Corbusier's, zum Faschismus mit ihren verbalen Äußerungen, nicht an ihren Entwürfen. Aber die Verbindung zwischen Idee und Plan bleibt nur Behauptung. Was genau das Faschistische an den Plänen italienischer Futuristen ist, außer dass ihre Autoren die Nähe zum Faschismus suchten, wird nicht erklärt. Aber was Architekten schreiben, muss nicht immer als authentische Charakterisierung ihrer Entwürfe begriffen werden. Häufig sind die Beziehungen zwischen Text und Entwurf eher zufällig. Derselbe Entwurf verträgt sich mit sehr verschiedenen Ideologien, und dieselbe Ideologie kann zu den unterschiedlichsten Entwürfen den Begleittext liefern. So schreibt Lampugnani über Paulo Soleri, einen Schüler von Frank

Lloyd Wright, dieser habe das genaue Gegenteil seines Lehrers angestrebt, nämlich eine „hoch verdichtete, vollständig zentralisierte Stadt. Dabei sollte er von ideologischen Prämissen ausgehen, die sich von jenen des Meisters kaum unterschieden: allen voran die mystische Vorstellung einer neuen Gesellschaft, die abseits des Kapitalismus und der verhassten *mobocracy* (kursiv im Text) mit neuen Architekturformen auch neue Lebens- und Sozialisierungsformen suchen, finden und sogar erzeugen würde“ (S. 524f). Wenn Camillo Sitte's Grundsätze mal von Advokaten eines Städtebaus der germanischen Rasse (S. 101), mal von romantischen Nostalgikern, mal von Planern der Gartenstadt, mal von „Großstadt Architekten“ (S. 103) reklamiert werden können, dann dürften solche Vereinnahmungen mit Sitte's Maximen kaum etwas zu tun haben.

Es sind zunächst einmal nur Worte, die eine Verwandtschaft suggerieren. Aber gibt es auch eine Verwandtschaft auf der Ebene der Pläne? Zunächst ließe sich argumentieren, daß bestimmte Pläne – man könnte sagen, die meisten in den beiden Bänden beschriebenen Entwürfe einer neuen Stadt – zu ihrer Realisierung diktatorische Gewalt, zumindest ein hoch autoritäres System voraussetzen, wie bei Haussmann's Umgestaltung von Paris, oder heute beim Umbau von Shanghai. Oder, was noch beunruhigender wäre, sie bauen auf einen totalitären Konsens, der keine Abweichung duldet. Interessant aber wäre zu klären, ob auch ästhetische Prinzipien und Entwurfs-elemente selber faschistoid oder stalinistisch sein können. Verwirklicht sich in den leeren Aufmarschplätzen, den monumentalen Achsen, den wuchtigen Fassaden, den heroischen Monumenten und nur in diesen die politische Ästhetik totalitärer Systeme? Vielleicht aber gibt es diese Verwandtschaft gar nicht, weil Räume keinen politischen Gehalt haben? Dann wäre Städtebau politisch neutral und wird erst durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen er genutzt und interpretiert wird, mit politischer Bedeutung aufgeladen? Lampugnani legt diese These nahe, wenn er über ein Produkt des italienischen Faschismus, eine Stadtgründung Mussolinis in den trocken gelegten pontinischen Sümpfen, schreibt, diese Stadt erweise sich heute als „so etwas wie ein frühes Modell einer moderaten Stadtplanung [...], die Sitte und der deutschen Städtebau-Manualistik der Jahrhundertwende ebenso verpflichtet war wie den Experimenten des Neuen Bauens. Das Modell bewährt sich. Littoria ist heute eine gut funktionierende und durchaus vollwertige Stadt“ (S. 481).

Oder gibt es subtilere Verwandtschaften? Vielleicht ist die Verwandtschaft zwischen Stadtentwürfen und totalitärem Denken auf einer weit abstrakteren und zugleich sehr viel grundsätzlicheren Ebene zu suchen als auf der von ästhetischen Prinzipien und Entwurfs-elementen, nämlich in dem Wunsch nach Ordnung der Welt. Am Anfang jeder Stadtplanung steht der Wunsch, Ordnung zu schaffen, und dieser Wunsch hat unabwiesbare Notwendigkeiten zum Anlaß: von den unhaltbaren hygienischen und sozialen Zuständen in den Großstädten des 19. Jhh. über die Verkehrsprobleme des 20. bis zu dem die Jahrhunderte überdauernden Wunsch nach Schönheit. Doch allein schon die schiere Größe heutiger Städte und ihre enorme Dynamik entziehen die Stadt jedem umfassenden gestalterischen Anspruch. Das belegen die fünf im Buch ausführlicher behandelten Neugründungen des

20. Jhh. auf je verschiedene und je höher ihr Anspruch desto gründlichere Weise: Wolfsburg, Salzgitter, Chandigarh, Brasilia und Dhaka. Darüber hinaus wäre zu fragen, ob sich die moderne Stadt nicht grundsätzlich einem umfassenden, ordnenden Zugriff verweigert. Stadt ist Ort der Begegnung mit dem Fremden, der Differenz, des Widerspruchs und der Ambivalenz, sie ist zugleich Labyrinth und rationalistisches Straßennetz, Ordnung und Chaos, Jerusalem und Babel. So notwendig eine ordnende Planung der Stadt ist, so unweigerlich läuft jeder Versuch, Stadt einem Ordnungsschema zu unterwerfen, Gefahr, individuelle Differenz als die Harmonie des Ganzen störende Abweichung auszuschließen, und dies umso mehr, je mehr die Ordnung betrieben wird in der Überzeugung, das Richtige zu wissen. Zwischen der Ordnungsbesessenheit mancher städtebaulicher Entwürfe und den rigiden Ordnungsvorstellungen totalitärer Ideologien besteht mehr als nur eine metaphorische Ähnlichkeit, ganz gleich in welchen Formen sich dieser Ordnungswahn ausdrückt, ob in Broad Acre City des „militante(n) Individualist(en) Wright“ (S. 505) oder den Fantasien der italienischen Futuristen, in Howards Gartenstadt oder Leonidow`s Besessenheit vom Quadrat. Die urbane Stadt dagegen wäre, um Adorno zu paraphrasieren, ein Ort, an dem man ohne Angst verschieden sein kann.

Lampugnani zitiert aus einem Zeitungsbericht über Auguste Perret: „Mit einer sorgfältigen und kategorischen Handbewegung wischt er die aktuelle Wirklichkeit beiseite und streicht über seinen Zeichentisch [...]. Hier ist, sagt er mir, die Stadt, die ich mir zu konzipieren gefalle“ (S. 637). Der zweite Weltkrieg hat in Le Havre diese Handbewegung vollführt, der Wiederaufbau dieser Stadt ist das Hauptwerk eben dieses Planers und gilt – so scheint es – Lampugnani als Inbegriff gelungenen Städtebaus, denn hier „triumphiert die Idee der Stadt als kollektive Vorstellung über die individuellen Neigungen“ (S. 652). Lampugnani nennt das wieder aufgebaute Le Havre einen „der erfolgreichsten stadtarchitektonischen Komplexe im Europa der Nachkriegszeit“, denn hier sei es gelungen, „die Stadt als großmaßstäbliches architektonisches Artefakt zu begreifen und zu behandeln“ (S. 652). Wie human aber kann ein Städtebau sein, der die Geschichtslosigkeit der grünen Wiese, einen Diktator a la Napoleon III oder die Bombardements des zweiten Weltkriegs als Voraussetzung seiner Realisierung impliziert? Ein Schweizer Architekt, der in Basel ein 600 Jahre altes Haus gekauft hatte, hat mir erzählt, er scheue sich, an diesem Haus viel zu ändern. Zwar sei er der Eigentümer, aber bei einem so ehrwürdigen Haus sei auch er nicht anders als jeder Mieter nur einer von vielen Nutzern, die kommen und wieder gehen. Die europäische Stadt ist ein über tausendjähriges Artefakt, aber das Selbstbewusstsein fast aller Städtebauer, dass in diesem Buch zur Sprache kommt, ist weit entfernt von solcher Bescheidenheit. Meist wird sie ihnen erst von der Realität aufgezwungen.

Stadt läßt sich nicht behandeln wie ein Architekturprojekt. Erstens ist Stadt viel zu komplex und dynamisch, als daß sie sich in die notwendig vereinfachenden Schemata eines städtebaulichen Entwurfs pressen ließe, weder in die Neighbourhood Unit, noch in Kikutake`s Unabara, in LeCorbusiers Plan Voisin, Broad Acre City, Plug in City und wie die verstiegenen und zugleich schematischen Großentwürfe alle heißen. Zweitens ist jeder

Versuch einer umfassenden Ordnung der Gestalt der Stadt ein Stück Repression von Differenz. Und drittens sind diese Schemata geschichtslos. Stadt aber entsteht erst im Verlauf von Geschichte. Vielleicht werden Marzahn oder Dhaka in hundert Jahren lebendig werden, heute sind es allenfalls würdige Ruinen, wie Lampugnani über sie formuliert (S. 751).

Die Resignation des Künstlers angesichts der Stadt

Gegen Ende seines umfangreichen Werks äußert Lampugnani selber Zweifel zumindest an der Zeitgemäßheit seiner Auffassung von der Stadt als „großmaßstäblichen Artefakts“ und von der Rolle des Städtebauers als Gestalter dieses Artefakts. Vielleicht sei Le Corbusier bei seiner Arbeit an Chandigarh ein Zweifel gekommen, „dass sich große Städte nicht planen, sondern allenfalls steuern lassen und daß der Architekt nicht als Demiurg auftreten, sondern nur in neuralgischen Punkten eingreifen kann, um einem Prozeß, den er nicht zu kontrollieren vermag, Logik, Form und Schönheit zu verleihen“ (S. 733). Und Lampugnani fährt fort: „Nur im privilegierten Areal vor den Toren der Stadt, nur im Schutz eines klar begrenzten und ausgesonderten Bereichs kann der Architekt noch etwas vollbringen, was in sich kohärent ist und bleiben wird [...]. Er ist fernab des Getümmels, aber damit auch des eigentlichen Geschehens der Stadt“ (S. 734).

In seinem letzten Kapitel beschreibt Lampugnani mit Rob Krier und Aldo Rossi die Arbeit zweier Architekten, die „die niedergeschlagene (sic) Einsicht (teilen), daß es keine Stadt des 20. Jahrhunderts gibt und geben kann“ (S. 827). Nun gibt es ja durchaus auch im 20igsten Jhh. noch Städte, die Mehrheit lebt in Städten, und diese Städte funktionieren, nur sind es Städte, die sich dem Zugriff, den Lampugnani gewählt hat, und dem er, wie er zu Anfang schreibt, wieder Geltung verschaffen will, entziehen. Die Stadt entwickle sich heute, schreibt Lampugnani, „mit hartnäckiger Mediokrität oder unkontrollierbarem Anarchismus [...]. Der Künstler findet darin keinen Platz; er kann nur abseitsstehen, schauen und Metaphern des Schweigens träumen“ (S. 734). Die Stadt des 20. Jahrhunderts hat keinen Platz mehr für das Gott-Vater-Modell von Planung, wonach einer, der alles weiß, über alle Mittel verfügt und weder Widerspruch noch Ambivalenz kennt, eine neue Welt erschafft. Stadtplanung verfährt heute notwendig incrementalistisch, in kleinen Schritten, abhelfend und aushelfend, verhandelnd, mehr überredend als befehlend, auf jeden Fall demokratischer als es die großen Gesten der großen Visionäre erlaubt hätten. Und daß die Stadt sich dem Städtebauer als einem Künstler nicht fügt, macht einen Teil ihrer Urbanität aus. Aber vielleicht ist es doch auch zu bedauern, wenn heute angesichts der allgegenwärtigen ökonomischen Rationalisierung selbst Architekten sich keine Phantasien mehr erlauben wollen.

Eine Antwort von Vittorio Magnago Lampugnani auf die Rezension von Walter Siebel lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Vittorio Magnago Lampugnani ■

Keine Resignation, wohl aber Nachdenklichkeit. Eine angeregte Entgegnung auf Walter Siebels Rezension meines Buchs „Die Stadt im 20. Jahrhundert“

Von wenigen glücklichen Ausnahmen abgesehen, lassen sich die Rezensionen, die zu meinem Buch „Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes“ bislang erschienen sind, in zwei Kategorien einteilen. Die eine ist freundschaftlich bejahend: Das wichtige und nie in dieser Form behandelte Thema wird herausgehoben, die grosse Arbeit gewürdigt und zuweilen auch gelobt, Gebrauchs- und Unterhaltungswert werden anerkannt und längere Passagen des Waschzettels unverändert wiedergegeben. Die andere ist mäkelnd kritisch: Die Plausibilität der Gliederung wird hinterfragt, die Lücken, also die abwesenden Architekten und städtebaulichen Werke werden bemängelt und es wird ein anderes, alternatives Buch skizziert, das der Rezensent offensichtlich gerne selbst geschrieben hätte, wäre er nur dazu gekommen. Walter Siebels Rezension, „Von der Vision zur Resignation: Die Ideengeschichte des Städtebaus im 20. Jahrhundert“ betitelt, gehört weder zur einen noch zur anderen Gattung. Es ist die präzise, kluge und freundschaftliche Auseinandersetzung eines Gelehrten von Format mit der Arbeit eines Kollegen, die mit ebenso viel Empathie wie Sachverstand analysiert und beurteilt wird. Als solche regt sie zum Nachdenken an – und zur Entgegnung.

Siebel liest mein Buch zunächst so, wie ich es gelesen haben möchte: eine Ideengeschichte der Stadt im 20. Jahrhundert, die sich primär mit ihrer physischen Form befasst und sie zu erklären versucht. Für diese Erklärung bemüht meine Arbeit die verschiedenen Einflüsse, welche die Stadt prägen: Topographie, Beschaffenheit des Bodens, Materialien, die in der Umgebung verfügbar sind, Klima und der Komplex der örtlichen Tradition, Überlieferungen und Lebensgewohnheiten. Weitere, subtilere, aber nicht minder prägende Determinanten kommen hinzu: philosophische, religiöse, ideologische, politische, soziale, ökonomische, technische und kulturelle. Diese Einflüsse werden allerdings nur insoweit thematisiert, als sie die Form der Stadt zu erklären vermögen, die zentraler Gegenstand des Buches ist und auch bleiben soll. Aber Siebel liest das Buch auch aus der Sicht, die sein Metier nahe legt, nämlich die des Sozialwissenschaftlers. Und zu Recht vermisst er einiges.

Er vermisst beispielsweise Fritz Schumacher „mit seiner Hamburg durchaus prägenden Arbeit“. Ich schätze Schumacher sehr, erwähne ihn aber nur im Zusammenhang mit dem Hamburger Stadtpark, weil die meisten Prinzipien, die er in seiner städtebaulichen Arbeit befolgt, in anderen Episoden abgehandelt werden: vor allem bei Hendrik Petrus Berlage und seiner Planung für Amsterdam Süd. Es ist keine Entschuldigung, es ist eine Erklärung. Die Menge von Projekten und Materialien, die der Städtebau des 20. Jahrhunderts produziert hat, ist nicht einmal in zwei (zu) dicken Bänden zu bewältigen, deswegen habe ich bewusst auf jeden enzyklopädischen Anspruch und auf jede Vorstellung deterministischer historischer Kontinuität verzichtet. Stattdessen habe ich die Episoden so ausgewählt, dass sie stellvertretend für ganze Entwicklungen stehen können, im besten Fall als ihre Anfangspunkte. Sie wirken als *pars pro toto* und vermitteln, so hoffe ich zumindest, eine Art Triangulatur der Geschichte der Architektur der Stadt, die durch vergleichsweise sparsam ausgewählte Punkte weite Flächen erschliesst. Dieser Methode sind auch die deutschen Grosssiedlungen der sechziger und siebziger Jahre in weiten Teilen zum Opfer gefallen, die Siebel ebenfalls (und ebenfalls zu Recht) anmahnt. Die IBA Emscher Park, ein wichtiges Kapitel deutscher Raumplanung, ist ganz und gar unterschlagen, weil sie, wie Siebel selbst bemerkt, „mit dem Entwurfsbegriff nun gar nicht mehr zu begreifen ist“: aber Entwürfe (und nur Entwürfe, unrealisierte und realisierte) sind der Gegenstand meines Buchs.

Weiter vermisst Siebel die ausführlichere Darlegung von sozialen Ansprüchen und sozialen Folgen von städtebaulichen Planungen. Auch damit hat er recht, und gerade die Beispiele, die er aufzeigt, hätten in der Tat besser mit ihren sozialen Implikationen vorgestellt werden können: Der Zeilenbau der Moderne mit seiner Erosion der Beziehung zwischen öffentlichem und privatem Raum, die Frankfurter Küche mit ihrer Tendenz, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt festzuschreiben, die Pariser Villes nouvelles mit ihrer sozialen Ausgrenzungsfunktion. Aber das Buch hat bereits 907 Seiten, und abgesehen von meinem zu geringen Sachverstand hätte der Ausbau der sozialen Dimension von Stadtentwicklung noch ein paar hundert Seiten mehr bedeutet – und den ohnehin von der Masse überforderten Leser vermutlich den letzten Nerv gekostet.

Siebel mahnt auch die mangelnde „analytische Durchdringung des ausgebreiteten Materials“ an – wiederum zu Recht. Aber auch wieder nicht: Denn das wäre ein anderes Buch. Der Vergleich von Strategien, die die Überwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land anstreben, die systematische Untersuchung der geometrischen Schemata der Stadtentwürfe des 20. Jahrhunderts, das Aufspüren der Geburt der Idee der Stadt als Park und die Darlegung ihrer Entwicklung: Das sind Themen für weitere Bücher, und übrigens Themen, die wir in unseren Seminaren an der ETH mit den Studentinnen und Studenten bearbeiten. Vielleicht wird daraus wieder eine Publikation entstehen, aber bis dahin ist der Weg noch lang.

In einem Punkt, eigentlich in einem einzigen, möchte ich Siebel widersprechen. Er streitet dem von Auguste Perret und seinen Schülern nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebauten Le Havre eine humane Qualität ab. „Wie human aber kann ein Städtebau sein,

der die Geschichtslosigkeit der grünen Wiese, einen Diktator à la Napoléon III oder die Bombardements des Zweiten Weltkriegs als Voraussetzung seiner Realisierung impliziert?“ Ich glaube, er kann, und ich glaube, Le Havre ist dafür ein gutes Beispiel. Natürlich ist das historische Le Havre nicht zu ersetzen, und Perret war der erste, der das erkannt und eingeräumt hat. Aber da das historische Le Havre den Bomben der Alliierten zum Opfer gefallen war, musste es wieder aufgebaut werden; und Perrets Wiederaufbau versöhnt die harten und trockenen Erfordernisse des schnellen und ökonomischen Wiederaufbaus mit dem Wunsch der Bewohner nach Permanenz, Geschichte, Erinnerung und Identität.

Am Ende des Buches (und seiner Rezension) macht Siebel im Stadtverständnis und in den Entwürfen von Aldo Rossi sowie Rob und Leon Krier Resignation aus, weil diese Architekten die Einsicht teilen, es könne keine Stadt des 20. Jahrhunderts geben. Doch die Erkenntnis, dass nicht immer wieder neue Formen von Stadt erfunden werden können und müssen, ist nicht resignativ; im Gegenteil. Sie beinhaltet die Überzeugung, dass die zeitgenössische Stadt sich weniger an den Science-Fiction-Modellen orientieren sollte, die längst und schnell veraltet sind, sondern an die Stadt der Vergangenheit, die es neu und kreativ zu deuten gilt; und dass sie nicht einheitlich (um nicht zu sagen: totalitär) sein kann, sondern sich stets und allenthalben aus Fragmenten zusammensetzen muss. Wenn diese Fragmente sowohl künstlerischen Wert als auch Lebensqualität bieten, was nicht nur kein Widerspruch ist, sondern sich weitestgehend gegenseitig bedingt, könnte die zeitgenössische Stadt nicht nur den Architekten, sondern auch den Sozialwissenschaftler zufrieden stellen.

Michael Fahlbusch ■

Grenze als Kampfraum

Thomas Müller: Imaginierter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums“ im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus. Bielefeld 2009. 429 S.

Die Westgrenze und Deutschlands Westpolitik ist in vielen Detailstudien untersucht worden. Häufig wurden jedoch entweder Frankreich oder die Benelux-Staaten als Untersuchungsgegenstand gewählt, wodurch sich eine zu fokussierte Forschungsperspektive ergab.¹ Eine grundsätzliche Untersuchung über Raumkonzepte und Grenzdiskurse, die sich mit den Räumen und Grenzen von der Nordseeküste bis zur Schweiz befassen, stellte ein Desiderat dar, welches nun mit der vorliegenden, an der RWTH Aachen eingereichten Dissertation abgedeckt wird. Müller unterteilt seine Dissertation in sechs Kapitel: Die „westliche Grenzfrage“ im 19. Jahrhundert, das Konzept der politischen Geographie seit Friedrich Ratzel, die „Westmark“ der Alldeutschen, das Konzept der Geopolitik, das Jungkonservative „Westland“. Abschließend diskutiert er die um die Befassung mit der Westgrenze herausgebildete Semantik des „Westraumes“ im Nationalsozialismus. Der Schwerpunkt der Arbeit Müllers liegt eindeutig auf den letzten beiden Kapiteln.

Der Wandel der Definition von Grenzen als Naturgrenzen hin zu anthropozentrisch determinierten Grenzen durchzieht nicht nur geographische Fachdiskurse und -paradigmen, sondern schlägt sich auch mehr oder weniger reduziert in den politischen Diskursen nieder: einerlei ob sie völkisch, alldeutsch, geopolitisch oder nationalsozialistisch angefärbt sind. Die daraus abgeleiteten „Grenzräume“ und Raumkonzepte werden zu „Dispositiven der Macht“ (48). Die Vorstellung von Grenzen degenerierte, so Müller, zum „Ort perpetuierter Gewalt und suspendierter Normen“ (18). Die Leistung Müllers, anhand von Diskurszusammenhängen über mehr als ein Jahrhundert die Transformationen der Stereotypen, Differenzen sowie Kontinuitäten von völkischen Raumkonzepten herausgearbeitet zu haben, macht dieses Buch auch für die an historisch-politischen Fragestellungen interessierten Geographen zu einem unerläßlichen Kompendium.

1 ‘Germanomanen’ und die Westgrenze

Müller leitet das Kapitel über die Definition der Westgrenze durch den deutschen Nationalismus mit den Ansichten von Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich

Ludwig Jahn zur Zeit des Deutschen Bundes ein. Die Väter des deutschen Patriotismus gingen noch von einer Sprachgrenze aus, die mit Naturgrenzen von Gebirgskämmen oder Flüssen übereinstimmen sollte. Diese Grenzen stellten nach deren Auffassung sowohl sprachliche wie militärische Barrieren dar, die in optimalen Grenzlinien exakt bestimmt werden konnten. (Allerdings fiel dieses Konzept wenige Jahre später bereits zugunsten der „Sprachgrenze“.) Diese optimalen Grenzen sollten mittels Umsiedlungen anderssprachiger Bevölkerungen oder Assimilation konkretisiert werden. Sie seien bereits zu diesem Zeitpunkt von den Protagonisten (Arndt) durchaus in Erwägung gezogen worden, um die „balance of power“ zwischen den europäischen Staaten zu gewährleisten. Mit Begriffen wie „Grenzland“ und „Grenzmarken“ für die rückwärtigen Schutzzonen wurden erste Raumkonstrukte in den Diskurs nach dem Zweiten Pariser Frieden 1815 aufgenommen (65ff.). Erst die durch den konservativen Historiker Wolfgang Menzel im Verlaufe der Rheinkrise 1840 ins Spiel gebrachte Ausweitung der mittelalterlichen Reichsgrenze nach Westen an das Pariser Becken und ins Burgund habe den Grenzdiskurs radikalisiert, welcher jedoch erst wieder 90 Jahre später von den jungkonservativen Völkischen aufgenommen worden sei. Aufschlußreich ist auch die Feststellung Müllers, daß Menzels Ausführungen weitestgehend in Vergessenheit gerieten und erst 1929 – irrtümlicherweise die Urheberschaft Helmuth von Moltke zuschreibend – durch Ernst Niekisch im Widerstand-Verlag neu aufgelegt worden sind (78). Der nationalistische Historiker und Vertreter alldeutscher Expansionsbestrebungen, Heinrich von Treitschke, forderte schließlich eine ethnische Dekomposition Frankreichs, die er zusätzlich mit dem demographischen Argument der rückläufigen französischen Bevölkerung ergänzte, um eine Verkleinerung Frankreichs zugunsten Deutschlands und Belgiens zu erreichen (100ff.).

Mit der Einführung der Sprachstatistik durch den Preußischen und Reichsstatistiker Richard Boeckh, dem Mitbegründer des später so genannten Vereins für das Deutschtum im Ausland, wird schließlich eine neue Phase der Auffassung von linearen Sprachgrenzen eingeläutet, die sich nicht mehr an natürlichen Grenzverläufen orientierte. Boeckhs europäische Sprachenkarten mit ihren „Sprachinseln“ und „Übergangszonen“ wurden 1994 wieder gedruckt und gehören als völkisch-nationalistische Dokumente heute zum Kanon neokonservativer und rechtsextremer Kreise (90f.).

Müller hebt hervor, daß mit Riehls ethnographischen Entwürfen zur Bestimmung einer „Westgrenze“ im Vorfeld des deutschfranzösischen Krieges 1870/71 eine systematische völkische Grenzlandforschung begann, die sich nicht mehr in der Festlegung von militärischen Grenzlinien erschöpft, sondern sich auf den Nachweis der Verbreitung deutscher Stämme und Landschaften konzentrierte und somit zur Auffassung der Entlinearisierung der Grenzen von der Nordseeküste bis in die Schweiz beitrug. Somit schließt sich der Kreis mit dem bereits erwähnten Heinrich von Treitschke, indem sich die Entlinearisierung der Staatsgrenzen zugunsten der Volkstumsgrenzen als Grenzlandschaften zu Beginn des Kaiserreiches niederschlägt (97f.).

2 Nationalisierung der Westgrenze

Wie seit der Reichsgründung die „Grenzen“ umdefiniert wurden, wird im Kapitel „Konzept der politischen Geographie seit Friedrich Ratzel“ verdeutlicht. Müller leitet seine Ausführungen ein mit einem Abriß über die bekannte Entwicklung des „geozentrischen Weltbilds“ in der Geographie im 19. Jahrhundert, die das Land und nicht den Staat in den Vordergrund stellte. Durch seine darwinistische Sichtweise eines „organischen Raumes“ und dessen gesetzmäßigen Wachstums hatte Ratzel die „Grenzlinien“ in natürliche „Grenzsäume“ aufgelöst (107-112) und diese Begrifflichkeiten einer permanenten Dynamisierung unterzogen. Daß Ratzel die Schweiz im Nachgang ihrer 600-Jahrfeier als „Bruchstücke“ neben anderen Kleinstaaten bezeichnete, die „unser Land“ von der Mündung und den Quellen nicht immer trennten, spricht für ein völkerrechtlich fragwürdiges Selbstverständnis des Mitbegründers des Alldeutschen Verbands (121), welches er mit Karl Lamprecht, Dietrich Schäfer, Gustav Kossinna, Paul Langhans und anderen teilte. Zweifelsohne, möchte ich als Rezensent anführen, schlug sich der Zeitgeist der Industrialisierung wie auch des ausufernden Kolonialismus genauso wie der verbreitete Antisemitismus im Bildungsbürgertum des Kaiserreichs nieder. Ratzel setzte in seiner Politischen Geographie Juden, Zigeuner, indigene Völker Afrikas und „zahllose ähnliche Existenzen“ der Klasse „Landlose Völker in zerstreuter Verbreitung“ gleich. Ratzel postulierte in seiner Politischen Geographie, daß diese 'kulturarmen' Völker zwangsläufig den überlegenen Kulturen weichen müßten und seiner eigenen Definition nach zum Untergang verurteilt seien.² Damit stand er Heinrich von Treitschke 1899 nicht nach, dem zufolge das „Völkerrecht ... zur Phrase [werde], wenn man dergleichen Grundsätze auf barbarische Völker“ anwenden wollte.

3 Kulturelle Hegemonie

Die Radikalisierung der Vorstellungen über Grenzen und die damit einhergehende Abwertung der Bevölkerungen der Nachbarstaaten – romanischen oder slawischen Ursprungs – verschärften die alldeutschen Vertreter noch, denen Müller ein eigenes Kapitel widmet: „Die 'Westmark' der Alldeutschen“. Pejorativ besetzte Zuschreibungen wie 'dekadente französische Kultur', 'Nachlässigkeit' und 'Ungenauigkeit' verweisen auf ein diesen Völkern zugeschriebenes fiktives Kulturgefälle. Gegenüber frankophonen Belgiern und Elsässern und vor allem Franzosen wurde eine kulturelle und teilweise eine „rassische „Überlegenheit“ postuliert. Völkische Vertreter sprachen gar von „verwelschten Dörfern“ in der Schweiz (136, 147ff.). Mit Kurd von Strantz, der sich dreißig Jahre später noch der SS anzudienen versuchte (173f.), steht ein Verfechter der Theorie des verwelschten Deutschtums in der mit Wehrbauern durchsetzten Westmark, die ihren Verlauf jenseits bisheriger Staats- und Sprachgrenzen hatte. Er habe gefordert, nicht nur deutschsprachige Bewohner der Nachbarstaaten zu infiltrieren, sondern die flämische und die wallonische Bewegung in der völkischen Politik zu berücksichtigen. So verwundert es nicht, daß einige völkische Akteure behaupteten, die „deutsche Kultur“ sei im Mittelalter allen anderen, so auch der romani-

schen, überlegen gewesen und die unterlegenen Kulturen hätten die „Errungenschaften“ der Deutschen als „Kulturträger“ angenommen, wie dies bereits Julius Langbehn in seinem Werk „Rembrandt als Erzieher“ postuliert hatte.

4 Die Westgrenze als organistisches Gebilde

Luzid geht Müller in dem Kapitel über das Konzept der „Grenzräume“ in der Geopolitik der Frage nach, wie Geopolitik sich in die Reihe ethnopolitischer Forderungen des „Grenzlandaktivismus“ einpassen konnte. Haushofer habe nicht nur Ratzels „biopolitisches Konzept“ des organischen Wachstums von Räumen weiterentwickelt, sondern auch die „Gleichartigkeit geologischer, biologischer, kultureller und politischer ‘Grenzsäume’“ postuliert, die als Grenzlandschaften zur „Wachstumsspitze“ eines zur Expansion gedrängten „Lebensraumes“ konvergierten (181). Indem Haushofer die alldeutsche Kriegszielpropaganda umging und neben Ratzels universaler Theorie der Räume internationale Ansätze – nicht nur Rudolf Kjelléns, sondern insbesondere der britischen Kolonialgeographie – adaptierte sowie dem „deutschen Volks- und Kulturboden“-Theorem einen hohen Stellenwert beimaß, wurde er auch für den völkischen Diskurs der Jungkonservativen und der Weimarer Rechten interessant, in deren Reihen er sich politisch nachhaltig engagierte. Weil er „Grenzräume“ als „Grenzkörper“ betrachtete und sie als Teil des „Volkskörpers“ aufwertete, ließen sich beliebig auch weitere rassistische und suggestive Elemente entwickeln. Es ist selbstredend und hätte hier von Müller erwähnt werden sollen, dass Karl Haushofer bereits 1927 in der Begriffsbildung des „Volks- und Kulturbodens“ einen geopolitischen Versuch erkannte, wissenschaftliche Kriterien für den Aufbau von Grenzen herauszuarbeiten. Das Paradigma des „Volks- und Kulturbodens“ stellte für Haushofer eine deutsche Monroe-Doktrin dar.³

5 Adaption vorausgegangener Westgrenzphantasien

Im Kapitel über das „Westland“ der Jungkonservativen widmet sich Müller den jungkonservativen Hauptvertretern wie Moeller van den Bruck (228) und Max Hildebert Boehm, die während des Ersten Weltkriegs für Armeeeinheiten arbeiteten, wobei sie die Kriegsziele der Alldeutschen legitimierten und umzusetzen versuchten.⁴ Aus der Kriegsniederlage entwickelten sie jedoch im Gegensatz zu den Alldeutschen eine neue politische Strategie, die deutschen Kriegsziele umzuformulieren und nunmehr als deutsche Friedensziele auszugeben, die der geänderten politischen Situation in Europa angepaßt waren (189). Diese Transformation („Modernisierung“) alldeutscher Ideen fand ihren Niederschlag nicht nur in neuen völkischen Organisationen wie dem Deutschen Schutzbund, die sich der Erweckung des nationalen Bewußtseins verschrieben, sondern auch in den von völkischen Wissenschaftlern gelieferten Konzeptionen und „gewalttätigen“ und „aktivistischen“ Suggestivkarten (269). Müller zeigt anschaulich am Beispiel der Diskurse der grenzlandlandpolitischen Akteure Deutscher Schutzbund 1919, Jugendgrenzlandarbeit mit

der Zeitschrift *Volk und Raum* 1921, an der auch der bekannte Kartograph der deutschen Volks- und Kulturbodenkarte, der Nationalsozialist Arnold Hillen-Ziegfeld, mitwirkte, und dem Isperkreis der Grenzlandabteilung der Rheinischen Provinzverwaltung in Düsseldorf 1924, wie die Zusammenarbeit funktionierte und der Begriff „Westland“ in einer Melange ethnographischer, sozialer bis hin zu wirtschaftlichen Fragestellungen eingesetzt wurde. Sie führten nun, so Müller, zur Einordnung des Grenzkampfs als Formierungsmodell der Grenze: dem „Westland“ (240ff.). Die jungkonservative und teilweise biopolitisch aufgeladene Kategorie „Westland“ ging in ein ethnopolitisch definiertes Raum- und Grenzkonstrukt über. Als Gegenbegriff zur Rheingrenze der französischen Gegenseite integrierte dieser sich geschmeidig in die gängigen Volks- und Kulturbodentopoi und Mitteleuropakonzepte. Deren propagandistische Leistungsfähigkeit verdankten sie weniger ihren geopolitischen Ursprüngen, als vielmehr den zugrundeliegenden mittelalterlichen Ordnungsmodellen und völkischen, in die urgermanische Zeit ausufernden Vorstellungen.

6 Im Western nichts Neues

Der Übergang zum Nationalsozialismus stellt in der Diskursebene keinen Bruch dar, zumal bis zur Abstimmung über das Saarland 1935 eine gewisse außenpolitische Zurückhaltung geboten war. Am Beispiel des in der Zeitschrift *Volk und Reich* geführten Diskurses verfolgt Müller die weitere Entwicklung des „Westland“-Begriffs, der schließlich in der ebenfalls vom gleichen Verlag herausgegebenen Zeitschrift *Westland* mündete (328-338). Die „Westgrenze“ des neuen „Westraums“ zielte nunmehr auf die bereits durch Menzel und Treitschke geforderte Verkleinerung Frankreichs (338ff.). Nicht ganz neu im völkischen Diskurs war die Einbeziehung einer germanisch-flämischen und -wallonischen Völkergemeinschaft Europas, auf deren rassische Zusammensetzung hier aus Raumgründen nicht näher eingegangen werden soll (349-367), weil diese bereits von den flämischen Nationalisten unter Mithilfe der deutschen Besatzungsverwaltung um Max Robert Gerstenhauer während des Ersten Weltkriegs lanciert worden ist. Eine während 80 Jahren kanonisierte Melange historischer, wirtschaftlicher, archäologischer, kultureller, biologischer und rassischer Stereotypen fand nun Eingang in ein Amalgam der wissenschaftlichen und politischen Publizistik. Diese Stereotypen schlugen sich in einer Anzahl von Denkschriften und Gutachten an die Reichszentralen nieder, die unter anderem in die berühmte Stuckart-Denkschrift vom Juni 1940 mündeten (31ff., 324-328, 377). Müller behandelt die Ziele dieser Denkschrift ausführlich, deren Ursprung Peter Schöttler 2003 nicht etwa den Westforschern und schon gar nicht dem Vorsitzenden der Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland und der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft (WFG), dem völkischen Geographen Friedrich Metz, zugeschrieben hatte, sondern Stuckarts Mitarbeitern im Reichsinnenministerium,⁵ obwohl der Nachlaß von Friedrich Metz und seine Stuckart-Denkschrift aus dem Jahr 1940 bis heute als verschollen gelten. Zudem soll es mehrere Versionen dieser Stuckart-Denkschrift gegeben haben, weil Hitler

nach dem ersten ihm vorgelegten Entwurf die Erweiterung um die an Deutschland fallenden Gebiete an der Kanalküste gefordert hatte.⁶ Vertreter der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (VFG) waren bereits bei der Vorbereitung des Münchner Abkommens 1938, beim deutschrussischen Abkommen über die Grenzziehung Polens 1939, den Wiener Schiedssprüchen als auch der Aufteilung Jugoslawiens 1941 an der Ausarbeitung von Grenzvorschlägen mitbeteiligt gewesen, wie ich bereits in meiner Arbeit über die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften 1999 dargelegt hatte.⁷ Warum die völkischen Wissenschaftler ausgerechnet im Westen nicht zum Zuge gekommen sein sollten, bleibt Schöttlers Geheimnis.

Friedrich Metz, der sich im übrigen nicht nur ethnopolitische, sondern auch geopolitische Denkmuster – wie andere völkische Wissenschaftler auch – zu eigen machte, hatte außerdem im Sommer 1941 eine zweite Westdenkschrift, diesmal an das Auswärtige Amt verfaßt, in der er bereits den *fait accompli* der Aussiedlung der französischsprachigen Bevölkerung aus dem besetzten Frankreich berücksichtigte und eine Umsiedlung von einer weiteren halben Millionen flämischsprachiger Menschen aus dem unbesetzten Frankreich in die zuvor geräumten Gebiete vorschlug. Er rannte damit wohlgerne beim Auswärtigen Amt offene Türen ein. Bemerkenswert ist außerdem die Entwicklung europäischer, großgermanischer Planungsvisionen in den Benelux-Staaten und die Annexion Elsaß-Lothringens, die durch ethnische Flurbereinigungen flankiert werden sollten.⁸

7 Resümee

Wie bei jeder größeren Arbeit schleicht sich auch Unplausibles ein, das hier nicht verschwiegen werden soll:

1. Im Abschnitt über Wolfgang Ispert, der bei der Provinzverwaltung des Rheinlands in Düsseldorf eine von der WFG unabhängige eigenständige Abteilung Grenzland aufgebaut habe, verweist Müller auf ein Dokument, in welchem Ispert die WFG als unfähig und politisch unzuverlässig stigmatisierte, um mit Hans Joachim Beyer vom SD und dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart zusammenzuarbeiten. Müller führt ferner hierzu an, daß Ispert ein eigenes Forschungsprogramm vorgeschlagen habe, welches in Konkurrenz zur WFG stand, ohne dies jedoch weiter zu belegen, wozu die Jahresberichte der WFG auszuwerten gewesen wären (296-322, hier 316ff., 377). Auch wenn Ispert behauptete, eine von der WFG unabhängige weitere regionale wissenschafts-politische Organisation aufbauen zu wollen, so ist doch sein Mitarbeiter, Wilhelm Bодens, selbst Mitglied der WFG gewesen.⁹ Auch die eigenständigen Projekte von Isperts Arbeitsstelle sind vor dem Hintergrund der Ressourcenoptimierung historisch eindeutig einzuordnen: Bereits Karl Ditt hatte 1988 darauf hingewiesen, daß im Zuge der Okkupationspolitik die „Zersplitterung der Landesgeschichtsforschung im Westen“ überwunden worden sei.¹⁰ Es kam im Zuge des Westprogramms schließlich zu einer Kooperation der WFG und der SS. 1943 gelangten die landeskundlichen Forschungs-

einrichtungen unter die Kontrolle der Reichszentrale für Länderkunde des Reichssicherheitshauptamt (RSHA) VI G.

2. Es wäre auch wünschenswert gewesen, wenn die Pionierstudien von Emile Krier und Paul Dostert herangezogen worden wären, die auf die Verbindung der Westforscher der Rheinprovinz, Franz Steinbach und Josef Schmithüsen, bei der Okkupation Luxemburgs hingewiesen hatten, denn auch sie wollten luxemburgische Gebiete akquirieren.¹¹

Es ist festzuhalten, daß die sachinhaltliche Gliederung zwar das Arbeiten mit diesem Werk erleichtert, sie erübrigt jedoch nicht das fehlende Index-Verzeichnis, welches die verborgenen Schätze dieser Arbeit noch stärker zur Geltung brächte, wie etwa die Tatsache, daß nicht Michel Foucault den Begriff „Biopolitik“ begründete, sondern dieser Begriff durch Louis von Kohl ausgerechnet in der Zeitschrift für Geopolitik im Jahr 1933 eingeführt worden ist (14). Müller geht auf die Kontinuität der völkischen Paradigmen und ihrer Kriegsziele im Ersten und Zweiten Weltkrieg und vor allem in den Zwischenkriegszeiten 1871-1914 und 1918-1938 ein. Indem er die verschiedenen Grenzabschnitte von der Nordsee bis zu den Alpen diskutiert, zeigt er die mitteleuropäische Dimension der „Westgrenze“ auf. Es ist zu wünschen, daß für die anderen „Grenzabschnitte“ ähnliche Studien folgen.¹²

Anmerkungen

- 1 Nicht erwähnen möchte ich die vielen Regionalstudien. Wichtige Arbeiten zur Westfrage vgl. Alexander Demandt (Hg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte, München 1991; Franziska Wein, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919 bis 1930, Essen 1992; Burkhard Dietz u. a. (Hg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwest-europäischen Raum (1919-1960), Münster 2003; Gertrude Cegl-Kaufmann u. a. (Hg.), Wissenschaftsgeschichte im Rheinland unter besonderer Berücksichtigung von Raumkonzepten, Kassel 2008. Vgl. auch die umfangreiche Diskussion des Forschungsstands in der Einleitung Müllers, S. 9-63.
- 2 Vgl. Friedrich Ratzel, Politische Geographie 1897, S. 35ff., 118ff., ausführlich diskutiert bei Sven Lindqvist, Durch das Herz der Finsternis, Frankfurt a.M. 1999, S. 192ff.
- 3 Vgl. Karl Haushofer, Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, Berlin 1927, S. 36, 124, 317.
- 4 Moeller van den Bruck arbeitete für die Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung die Kriegsziele für die Annexionspläne aus. Max Hildebert Boehm wurde in einer Propagandaeinheit des Oberkommando Ost im Baltikum eingesetzt.
- 5 Schöttler behauptete zudem irrigerweise, Metz habe die Geopolitik abgelehnt, obwohl Metz in der Zeitschrift für Geopolitik 1926 publiziert hatte. Vgl. Peter Schöttler, Eine Art ‘Generalplan West’. Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine neue deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, in: Sozial.Geschichte (2003) 3, S. 83-131, 104; dagegen führt Engels die Urheberschaft

der Stuckart-Denkschrift auf Ergebnisse von Tagungen der WFG zurück, vgl. Marc Engels, Die „Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes“. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Aachen 2007, S. 177, 216-235.

- 6 Vgl. IMT XXXVII, S. 218ff. Niederschrift der Vernehmung Hans Globkes vom 25.9. und 13.10.1945 betr. Annexionspläne im Westen zitiert in Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der national-sozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945, Baden-Baden 1999, S. 709, Fußnote 579.
- 7 Vgl. Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der national-sozialistischen Politik?, S. 510. Zu Metz' Rolle als Rektor der Freiburger Universität vgl. auch Silke Seemann, Die politischen Säuberungen des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945-1957), Freiburg i. Brg. 2002, passim.
- 8 Zu den Vernichtungsaktionen im Westen vgl. Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, München 2008, S. 488-506, 557ff. Zur geschichtlichen Einordnung der bilateralen Politik vgl. Carine Germond/Henning Türk (Hg.), A History of Franco-German Relations in Europe. From „Hereditary Enemies“ to Partners, Basingstoke 2008.
- 9 Wie Müller an anderer Stelle erwähnte: Thomas Müller, Die Formierung des „Grenzraums“. Die 'Abteilung G' des Reichsinspektors und Landeshauptmanns Haake, in: Burkhard Dietz u. a. (Hg.), Griff nach dem Westen, 763-790.
- 10 Das Zitat stammt vom stellvertretenden Leiter der WFG Ernst Zipfel aus dem Jahr 1940. Vgl. Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923-1945, Münster 1988, S. 253ff. Vgl. auch meine Ausführungen zur Kooperation im Kriege im Westen: Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der national-sozialistischen Politik?, S. 510, 586, 695.
- 11 Emile Krier, Deutsche Kultur- und Volkstumspolitik von 1933-1940 in Luxemburg, Bonn 1978; Paul Dostert, Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die volksdeutsche Bewegung 1940-1945, Luxemburg 1985; soeben neu erschienen: Bernard Thomas, Le Luxembourg dans la ligne de mire de la Westforschung, Luxemburg 2011.
- 12 Vgl. Nancy M. Wingfield (ed.), Creating the Other. Ethnic Conflicts and Nationalism in Habsburg Central Europe, New York, Oxford 2004 2nd ed., insbes. Part 3, S. 169-242.

Jürgen Lethmate ■

„Alles, was auf der Erde drauf ist, ist Geographie“

Anmerkungen zu: Julian Bette: Schülervorstellungen und fachliche Vorstellungen zur "Geographie" und ihren zentralen Konzepten. Eine empirische und hermeneutische Untersuchung. Münster 2011 (= Münsteraner Arbeiten zur Geographiedidaktik, Bd. 01). 148 S.

Zusammenfassung

Julian Bette analysiert im Forschungsrahmen "Didaktische Rekonstruktion" die Fach- und Schülervorstellungen zentraler Konzepte der Geographie. Die Ergebnisse sind für Geographiedidaktiker und Geographielehrer gleichermaßen von Bedeutung. Das zentrale Fachkonzept "Raum" ist in den Köpfen von Schülerinnen und Schülern (9./10. Klasse) nicht präsent. Erdkunde ist für sie das Fach der Entdeckungen, der Länder und Landschaften, der Mensch-Umwelt-Beziehung und der Globalisierung, kurz: ein "interessantes Sammelfach", das "das Grobe der Welt erforscht".

Gelungene geodidaktische Forschung

Die von M. Hemmer, G. Schrüfer und J.C. Schubert herausgegebene neue Schriftenreihe "Münsteraner Arbeiten zur Geographiedidaktik" hat das Ziel, herausragende studentische Abschlussarbeiten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Um es vorwegzunehmen: Die Arbeit von Julian Bette erfüllt diesen Anspruch voll und ganz, wenngleich aus Sicht des Rezensenten einige Ergebnisse und didaktische Schlussfolgerungen kritikwürdig sind. Fragestellung und Zielsetzung der Arbeit werden pointiert formuliert, der Forschungsstand unter Berücksichtigung internationaler Literatur wird hinreichend zusammengefasst. Der Forschungsrahmen der Didaktischen Rekonstruktion wird nicht einfach nach Vorgaben der Erstautoren (Kattmann et al. 1997) reproduziert, sondern unter reflexiver Beachtung der Spezifika des eigenen Themas auf hohem Niveau entfaltet. Ebenso gilt dies für die äußerst differenzierte und reflektierte Methodendarstellung. Der Interviewleitfaden ist in Erläuterung, grafischer Übersicht und tabellarischer Verlaufsform beispielhaft. Die Fachliche Klärung begründet die Auswahl des Quellentextes aus den "Bildungsstandards im Fach Geographie..." (DGfG 2010) und deckt mit anschließender gründlicher Explikation wesentliche Inhaltsaspekte des aktuellen Geographiediskurses ab. Die Literaturbeherrschung ist durch-

weg souverän. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung werden als "Geordnete Aussagen" vorgestellt (Transkripte und redigierte Aussagen der Interviews in CD-Beilage). Die Differenzierungen in Aussagen zu Forschungsgegenstand, Mensch-Umwelt-System, Basisteilkonzepte, wissenschaftliche Grundperspektive, Raum und Maßstabsebenen sind nur möglich, da die Interviews mit etlichen materialbezogenen Interventionen durchgeführt wurden, so dass die Interviewpartner ihre Vorstellungen modifizieren und erweitern konnten. In übersichtlichen Concept-Maps für jeden der 3 Interviewpartner sind deren Vorstellungen veranschaulicht und werden danach in klarer Form vergleichend und verallgemeinernd gegenübergestellt. Weitere 3 Interviews ergänzen in Kurzanalyse die Ergebnisse, die zum Schluss auf die im Kapitel Forschungsstand referierten Befunde bezogen werden. In der Didaktischen Strukturierung werden fachliche Vorstellungen und Schülervorstellungen verglichen und in sechs didaktischen Thesen auf unterrichtspraktische Empfehlungen zentriert. Ein Schlusskapitel widmet sich der kritischen Reflexion und Vorschlägen zu weitergehenden Untersuchungen.

„Brücken“-Probleme

Wenngleich die zahlreichen, brüchigen, semantisch aufgeladenen und zum Teil widersprüchlichen Schülervorstellungen nur schwer auf einen Nenner zu bringen und noch nicht "gesättigt" sind, wenngleich hier nicht alle Facetten der Arbeit gewürdigt werden können, erscheinen dem Rezensenten die folgenden Aspekte bedenkenswert. Obwohl die Explikation im Kontext der zu explizierenden Termini einer begründeten Literaturliste folgt (S. 51), zählt nicht gerade im naturwissenschaftlichen Anspruch des Quellentextes zur kritischen Bestandsaufnahme auch die Position einer deskriptiven Geographie? So heißt es bei Falter/Hasse (2001, 133): "Geographie hebt sich nicht nur in der Wortbildung von Geologie genauso ab wie Biographie von Biologie. Sie ist eine beschreibende Wissenschaft. Beschreibende Wissenschaften machen nicht verfügbar, sondern verstehbar..." (Hervorh. J.L.). Noch pointierter Oßenbrügge (1999, 35): "Die meisten wissenschaftlichen Geographie-Macher sind sich bewusst oder unbewusst darüber im klaren gewesen, dass der Wert der Geographie in ihrem beschreibenden Vermögen besteht, in der anschaulichen und zusammenfassenden Wiedergabe von Alltagswissen [...] Bereits Kant verwies die Geographie in den deskriptiven Vorhof der Wissenschaften, Habermas bestätigte dieses etwa 200 Jahre später, und dort ist sie noch heute überwiegend lokalisiert..." (Hervorh. J.L.).

Der Autor folgt gemäß Quellentext dem Konzept "Brückenfach", dessen Problematik zwar erkannt (S. 60), nicht aber hinreichend ausdiskutiert wird. Überraschend ist dies insofern, als Julian Bette andere Schwächen des Quellentextes sehr deutlich erkennt (vgl. S. 59) und in der Fachlichen Klärung die meisten der relevanten Arbeiten von Weichhart heranzieht. Dessen "Mythos Brückenfach" (Weichhart 2008) fehlt in der Literaturliste. Dieser Aspekt sollte in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden: Die Bildungsstandards setzen für den Geographieunterricht eine Position, die in der Fachwissenschaft entweder kaum wahrgenommen wird (vgl. Hilpert et al. 2004) oder aber hochkontrovers bleibt: "Wa-

rum sollten ein Kardiologe und ein Orthopäde gemeinsam forschen?" (Anonymus, zit. nach Weichhart 2005, 133). Von der heutigen Fachdidaktik unbeachtet, ist bereits vor 30 Jahren in einer geographiedidaktischen Dissertation ausführlich begründet worden, weshalb der Anspruch auf Sonderstellung als Brückenfach aufzugeben ist (Schrand 1978).

In historisch-geographischer Sicht erscheinen die gegenwärtigen Integrationsbemühungen von Anthro- und Physiogeographie eher als Hoffnung, "mit einer modernisierten Fachsprache die alten Träume vom allkompetenten, generalisierenden Brückenfach doch noch zu verwirklichen" (Schulz 2008, 257). Wenn die dahinterstehenden Bemühungen nach Schulz (2008) schon seit jeher in der Fachwissenschaft als Hybris gelten, zu welchen Ergebnissen werden solche Bemühungen dann wohl in der Schulgeographie führen? Die "Brücke" wird Quelle hochproblematischer Fachdeutungen bleiben, dazu nur zwei Beispiele: (1) In einem "Portfolio - Mein Verständnis von Geographie" ist Geographie eine "ganzheitliche Wissenschaft, die physio- und humangeographische Faktoren vereinen möchte" (Anonymus o.J. a; Hervorh. J.L.). (2) Noch kritischer formuliert ein Fachdidaktiker die Synthese physisch- und humangeographischer Inhalte: "Synthese bedeutet sachadäquate Verschmelzung..." (Falk 2006, 44; Hervorh. J.L.).

„Raumlose“ Schülerinnen und Schüler

Die zentrale geographische Kategorie "Raum" ist nach allen Befunden bei Schülerinnen und Schülern (SuS) nicht präsent. Hier sieht Julian Bette eine Chance für eine Raumreflexion im Unterricht (S. 119). Andere Autoren sind konsequenter: Dürr/Hülsmann (1999) kommen vor vergleichbarem Problem zur Schlussfolgerung: Raum ist in der Gesellschaft schwer vermittelbar, Erdkunde mit "Raumverhaltenskompetenz" und "Raumverständnis" zu legitimieren, schafft nur Verständnisschwierigkeiten. Aus Sicht der Schulgeographie war und ist "Raum" keine klare Legitimationsformel (Behrmann 1997, Mittelstädt 2011). Die vier Raumkonzepte der aktuellen Diskussion werden nach Lehrerfahrungen des Rezensenten nicht einmal von Studierenden des Hauptstudiums sauber differenziert. Nur ein Belegbeispiel: "Für mich ist ein geographisch gebildeter Schüler jemand, der in der Lage ist durch den Raum zu gehen, ihn bewusst zu erfassen und dabei hinterfragt, warum es hier an dieser Stelle auf der Erde so aussieht wie es aussieht..." (Anonymus o.J. b). Ob hier, wie Julian Bette vorschlägt, Sichtweisen der Neuen Kulturgeographie (Dickel/Kanwischer 2006) weiterhelfen, darf für SuS der 9./10. Klasse bezweifelt werden - ganz abgesehen davon, dass Teilaussagen dieser Quelle (a.a.O.: 213 ff) aus naturwissenschaftlicher Sicht im Unterricht Fehlvorstellungen generieren würden.

Erdkunde bleibt nach Dürr/Hülsmann (a.a.O.: 62) die Fachdisziplin für Natur-Mensch-Komplexe, eine Schlussfolgerung, die die vorliegende Arbeit verstärkt: Das Fachkonzept "Mensch-Umwelt-System" erweist sich als anschlussfähig. Das in diesem Kontext und auch in dieser Arbeit empfohlene Syndromkonzept ist aber als didaktische Problemlösung keineswegs so geeignet wie angenommen. Insbesondere gilt dies für das Sahelsyndrom, das im Schulbereich wohl häufig Anwendung findet und auch vom Autor dieser Arbeit her-

angezogen und im zentralen Mechanismus "Teufelskreis" abgebildet wird (S. 121). Die Bewertung eines Desertifikationsforschers der Geographie belegt das Problem mehr als deutlich: "Die tautologischen Teufelskreiskonstrukte der Syndromforschung bleiben einer deskriptiven Methodik verhaftet und beinhalten das Risiko von gravierenden Fehldeutungen bei der Ursachenanalyse von Umweltveränderungen..." (Krings 2002,139; Hervorh. J.L.).

Schülervorstellungen

Die Schülervorstellung, Geographie erforsche "eher natürliche Sachen" und die bekundete Nähe zur Naturwissenschaft, wenngleich nicht durchgängig, geben zu denken angesichts der massiven anthropogeographischen Überlast der Schulgeographie und einer geisteswissenschaftlich orientierten Lehrerschaft - nicht zu vergessen der universitären Geographiedidaktik! Dies gilt auch, wenn in den Schülervorstellungen der Dualismus der Geographie anklingt (S. 110 f), bedarf er doch einer fundierten naturwissenschaftlichen Grundlage. Die Vorstellung "Alles, was auf der Erde drauf ist, ist Geographie" (S. 110) scheint nicht nur für deutsche SuS zu gelten, auch englische SuS halten Geographie "as being the study of the world" (S. 7). Es scheint sich hier weniger um kultur-, curriculum- oder sprachabhängige Vorstellungen zu handeln (S. 7), vielmehr scheinen solche Äußerungen ein Grundproblem des Faches zu charakterisieren (vgl. Hard 1982/2003). Insofern sind Schülervorstellungen über Geographie als "fast alles" und als "Sammelfach", das die "komplette Erde bzw. Welt erforscht" (S. 111, 112), nicht überraschend.

Zudem wird Erdkunde assoziiert mit Entdeckungsreisen, Länderkunde und Landschaftsforschung, mit Mensch-Umwelt-Forschung und mit Globalisierung. Während Biologen "viel genauer untersuchen", forschen Geographen "nicht in jedem Detail" (S. 91), nach anderer Schüleraussage erforschen sie das "Grobe der Welt bzw. der Länder", was aber nicht "undetailliert" heißen muss (?) (S. 109). Selbst wenn die Schülervorstellungen zum Anspruchsniveau des Faches aufgrund der geringen Probandenzahl nicht, wie Julian Bette kritisch einräumt (S. 125), als "theoretisch gesättigte Denkfiguren" gelten können, markieren sie doch eine massive Diskrepanz zur Auffassung der SuS, Geographie sei (auch) eine Naturwissenschaft. Das von den Interviewpartnern wiederholt geäußerte "fächerübergreifende Arbeiten" scheint dagegen Ausdruck davon zu sein, dass Geographie im Kontext von Wissenschaften von SuS nicht eindeutig zuzuordnen ist. Jedenfalls wäre Julian Bettes Schlussfolgerung bzw. seine 1. Didaktische These, "Geographie als Wissenschaft" explizit zu unterrichten, eine vorrangige Maßnahme. Auch die in manchen Schüleräußerungen enthaltenen inhaltlichen und methodischen Holismen, die der Autor sowohl in den Fach- wie auch Schülervorstellungen erkennt (S. 73, 83, 91, 99, 115), begründen die Notwendigkeit dieser These.

Pointiert auch die Schülervorstellung, Geographie bedeute methodisch vornehmlich "Karten". Wenn wissenschaftliches Denken methodisches Denken ist, hat der Geographieunterricht hier mit einem weit differenzierteren Methodenangebot gegenzusteuern als in

Schulbüchern die Regel ist. Dass geographisches Denken, wie Julian Bette vorschlägt (S. 120), mit der GIS- bzw. Layertechnik zu fördern ist, mag so sein. Wenn SuS mit Geographie aber auch "Landschaft" assoziieren, könnten sich schulgemäße Methoden der Landschaftsanalyse ebenso anbieten, zumal damit eine Operationalisierung des Landschaftsbegriffs wie auch naturwissenschaftliches Arbeiten gefördert wird. Zu Recht fordert der Autor in These 5: "Mit dem Begriff "Landschaft" muss im Unterricht gearbeitet werden" (S. 122), wohlgermerkt "gearbeitet".

Ergebnis des Unterrichts

Als Fazit bleibt: Die Arbeit von Julian Bette ist eine sehr gelungene, beispielhafte Anwendung des Forschungsrahmens "Didaktische Rekonstruktion" und in ihrer Themenstellung wie auch ihren Ergebnissen von so hohem geographiedidaktischen Wert, dass sie für jeden Lehramtskandidaten der Geographie Pflichtlektüre sein sollte. Die Arbeit schärft im Detail aber auch den Blick für Schwachstellen der (Schul-)Geographie und der Geographiedidaktik, die fortbestehen resp. ungelöst sind. So mögen Ergebnisse und Kritikpunkte aufzeigen, welchen Anspruch Geographieunterricht einzufordern hat, will er dem aktuellen fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Diskurs inhaltlich und vor allem methodisch gerecht werden. Nur wenn dieser Anspruch umgesetzt ist, werden SuS vielleicht in ihrer Beurteilung anders formulieren als "Erdkunde - ein Sammelfach, kratzt manche Sachen nur an, nicht detailliert, erforscht das Grobe der Welt, ist interessant", kurz gesagt: Geographie ist alles, zwar interessant, aber oberflächlich. Die Schülervorstellungen, so stellt der Autor fest, "entstammen zum großen Teil dem Schulkontext" (S. 108), sind also Ergebnis des Geographieunterrichts...

Literatur

- Anonymus o.J. a: Portfolio eines Lehramtsstudierenden, Master of Education.
Anonymus o.J. b: Portfolio eines Lehramtsstudierenden, Master of Education
Behrmann, Dierk 1997: Die Ausbildung von Erdkundelehrern für die Sekundarstufe II in Nordrhein-Westfalen. In: Geographie und ihre Didaktik 25/4. S. 200-209.
DGfG - Deutsche Gesellschaft für Geographie (Hg.) 2010: Bildungsstandards im Fach Geographie für den Mittleren Schulabschluss - mit Aufgabenbeispielen-. Berlin. 6. Aufl. 94 S.
Dickel, Mirka, Detlef Kanwischer (Hg.) 2006: TatOrte. Neue Raumkonzepte didaktisch inszeniert. Berlin. 301 S.
Dürr, Heiner, Matthias Hülsmann 1999: Basisinhalte des Erdkundeunterrichts. Analyse der Lehrpläne Erdkunde für die Sekundarstufe II in elf Bundesländern. In: Praxis Geographie 29/7-8). S. 61-62.
Falk, Gregor 2006: Synthese geographischer Ansätze. In: Hartwig Haubrich (Hg): Geographie unterrichten lernen. München. S. 44.

- Falter, Reinhard, Jürgen Hasse 2001: Landschaftsfotografie und Naturhermeneutik. - Zur Ästhetik erlebter und dargestellter Natur. In: *Erdkunde* 55/2. S. 121-137.
- Hard, Gerhard 1982/2003: Studium in einer diffusen Disziplin. In: Ders.: Dimensionen geographischen Denkens. Göttingen (= Aufsätze zur Theorie der Geographie Bd. 2). S. 173-230.
- Hilpert, Markus, Jochen Kundinger, Thomas Staudinger 2004: Was ist Geographie? Eine Frage und 13 Antworten. Augsburg. 38 S.
- Kattmann, Ulrich, Reinders Duit, Harald Gropengießer, Michael Komorek 1997: Das Modell der Didaktischen Rekonstruktion - ein Rahmen für naturwissenschaftsdidaktische Forschung und Entwicklung. In: *Z. für Didaktik der Naturwissenschaften* 3/3. S. 3-18.
- Krings, Thomas 2002: Zur Kritik des Sahel-Syndromansatzes aus der Sicht der Politischen Ökologie. In: *Geogr. Zeitschrift* 99/3-4. S. 129-141.
- Mittelstädt, Fritz-Gerd 2011: Der Raum als geographiedidaktisches Polylemma. In: *Geographie und ihre Didaktik* 39/3. S. 140-143.
- Oßenbrügge, Jürgen 1999: Total entankert, normal verstrickt. Anmerkungen zur Situation der Geographie und ihrer Reformulierung durch Benno Werlen. In Peter Meusburger (Hg.): *Handlungszentrierte Sozialgeographie*. Stuttgart (= *Erdkundl. Wissen* 130). S. 35-41.
- Schrand, Hermann 1978: *Geographie in Gemeinschaftskunde und Gesellschaftslehre* Braunschweig (= *Geographiedidaktische Forschungen* Bd. 3). 115 S.
- Schulz, Hans-Dietrich 2008: *Klassische Geographie. Geschlossenes Paradigma oder variabler Denkstil?* Berlin (= *Berliner Geographische Arbeiten* 111). S. 39-276.
- Weichhart, Peter 2005: Auf der Suche nach der "dritten Säule". Gibt es Wege von der Rhetorik zur Pragmatik? In: Detlef Müller-Mahn, Ute Wardenga (Hg.): *Möglichkeiten und Grenzen integrativer Forschungsansätze in Physischer Geographie und Human-geographie*. Leipzig (= *Forum ifl H.* 2). S. 109-136.
- Weichhart, Peter 2008: Der Mythos vom "Brückenfach". In: *geographische revue* 10/1. S. 59-69.

Wilfried Heller ■

Gesellschaftliche Entwicklungen im ländlichen Raum Südosteuropas – Erkenntnisse einer Aufsatzsammlung

Anton Sterbling: Entwicklungsverläufe, Lebenswelten und Migrationsprozesse. Studien zu ländlichen Fragen Südosteuropas. Aachen 2010 (Buchreihe Land-Berichte. Hg. von Karl Friedrich Bohler, Anton Sterbling und Gerd Vonderach. Institut für regionale Forschung e.V. Band 5). 213 S.

Das Buch enthält elf Aufsätze des Autors, die innerhalb des Zeitraumes von 2003 bis 2010 erschienen sind, neun davon in der Zeitschrift ‚Land-Berichte. Sozialwissenschaftliches Journal‘. Die Aufsätze sind entsprechend den im Titel des Sammelbandes genannten Begriffen nach drei Teilen gegliedert. Während der erste und der dritte Teil mit jeweils drei Beiträgen auf den ländlichen Raum Südosteuropas mit dem Schwerpunkt Rumänien bezogen sind, ist der zweite Teil, der fünf Beiträge umfasst, besonders dem Banat und der deutschen Bevölkerungsgruppe dieser Region, den Banater Schwaben, gewidmet. Alle Beiträge sind mit umfangreichen Literaturhinweisen ausgestattet.

Entwicklungsverläufe in Südosteuropa

Mit den Beiträgen des ersten Teils werden unterschiedliche Aspekte der Entwicklungen in Südosteuropa aufgegriffen. Im ersten Beitrag (zum ersten Mal 2010 erschienen) geht es um sozialmoralische Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstrukturen südosteuropäischer Gesellschaften. Dabei werden deren partikularistische Orientierungen (im Sinne von Talcott Parsons) herausgearbeitet, die typisch für traditionelle Gesellschaften sind. Im Unterschied zu diesen herrschen in modernen Gesellschaften eher universalistische Normen vor, wie z. B. Chancengleichheit. Wie das Adjektiv ‚partikularistisch‘ ausdrückt, gelten Orientierungen dieser Art nur für Teile oder Segmente der Bevölkerung oder erscheinen nur für diese als verbindlich. Vielleicht noch wichtiger für eine partikularistische Sichtweise ist, dass Normen und Sanktionen nicht auf alle gleich, sondern nach den verschiedenen Teilen der Bevölkerung unterschiedlich angewendet werden. In diesem Fall wird die Bevölkerung nach „Eigenen“ und „Anderen“ bzw. nach zur „Wir-Gruppe“ ge-

hörenden und „Fremden“ differenziert. Bereits dieser Beitrag zeichnet sich durch ein klar systematisches, theoriegeleitetes Vorgehen aus, das für den Autor charakteristisch ist. Denn es werden von ihm auf der Basis grundlegender thematisch einschlägiger Literatur politische, soziale und kulturelle Merkmale sowohl moderner als auch traditioneller Gesellschaften allgemein dargestellt und danach wird von ihm sein besonderer Untersuchungsgegenstand studiert. Auf diese Weise werden die partikularistischen Normen und Weltanschauungen, die traditionelle Gesellschaften kennzeichnen, gut verständlich gemacht. Partikularismus kann sich in vielen Formen artikulieren, z.B. als familiärer, ethnischer, regionaler, landsmannschaftlicher oder religiöser Partikularismus. Der Autor zeigt außerdem, wie in Südosteuropa die partikularistischen Phänomene mit politischen und sozialstrukturellen Merkmalen zusammenhängen. Insgesamt könne in den gegenwärtigen südosteuropäischen Gesellschaften eine Mischung traditioneller und moderner Elemente festgestellt werden. Auf eines der Merkmale geht der Autor besonders ein, nämlich auf das „öffentliche Misstrauen“ (unter Bezugnahme auf Christian Giordano). Im ländlichen Raum Südosteuropas herrsche weder ein allgemeines, unpersönliches Vertrauen in andere Menschen, noch – und dies sei für moderne Gesellschaften typisch – ein Vertrauen in öffentliche Einrichtungen, sondern soziales Vertrauen sei vorwiegend an persönliche Beziehungen gebunden. Die historischen Ursachen dafür werden vom Autor überzeugend dargestellt. Zu diesen Ursachen seien auch die Verhältnisse und Entwicklungen der Zeit der kommunistischen Herrschaft trotz ökonomischer Modernisierungen zu rechnen, da in dieser Zeit der Zugang der Bevölkerung zur höheren Bildung und ihr Aufstieg im Beschäftigungssystem im Allgemeinen an ideologische Konformität und persönliche Loyalität gebunden gewesen sei. Die politische Wende habe leider insoweit keinen umfassenden Wandel in Südosteuropa bewirkt, als die alten Eliten der sozialistischen Zeit in der Regel auch die neuen Eliten seien. Insgesamt lehrt dieser Beitrag, dass die in den südosteuropäischen Gesellschaften weiter bestehenden traditionellen Handlungsorientierungen den Schlüssel zum Verständnis der Modernisierungsprobleme Südosteuropas bilden.

Der zweite Aufsatz (zuerst 2003 publiziert) befasst sich mit den Agrarreformen der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, mit der Agrarpolitik zur Zeit des Sozialismus sowie mit den Reprivatisierungs- und Restitutionsprozessen in der Landwirtschaft, die nach der sozialistischen Zeit abliefen. Der Aufsatz ist auf Rumänien konzentriert. Andere südosteuropäische Beispiele werden punktuell zum Vergleich hinzugezogen. Die genannten Reformen und Prozesse werden untersucht im Hinblick auf erstens die politischen Absichten, die ihnen zugrunde lagen, und zweitens ihre sozialen Folgen, die von den Herrschenden bei ihren Entscheidungen nicht beabsichtigt worden seien. Auch in diesem Beitrag zeigt sich eine mustergültige theoriegeleitete Vorgehensweise des Autors, da er seinen konkreten Untersuchungsgegenstand in grundsätzliche soziologische Überlegungen zu paradoxen Effekten des sozialen Handelns bzw. politischer Entscheidungen einbettet. Nach dem Ersten Weltkrieg – so beschreibt der Autor – sei die Lösung der Bodenfrage eine sehr wichtige Aufgabe gewesen, weil die Gesellschaften Südosteuropas sozialstrukturell

Agrargesellschaften waren. Als Fazit wird vom Autor bezüglich Rumänien festgestellt, dass die dortige Agrar- und Bodenreformpolitik nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur die intendierten Ziele einer umfassenden agrarwirtschaftlichen Modernisierungspolitik, sondern auch die vorgesehenen sozialpolitischen und paradoxerweise sogar auch die nationalistischen Anliegen verfehlt habe. Auch die Agrarpolitik in der Zeit des Sozialismus habe unbeabsichtigte Ergebnisse erzeugt, und zwar insoweit, als die durch diese Politik benachteiligten Angehörigen der deutschen Minderheit sich gezwungenermaßen um Bildung und beruflichen Aufstieg in außerlandwirtschaftlichen Bereichen besonders stark bemüht und sich dadurch mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt modernisiert hätten. Nach dem politischen Systemwechsel seien durch die Politik wiederum Ungerechtigkeiten erzeugt worden, die zu Belastungen der interethnischen Beziehungen geführt hätten. Die Ausführungen des Autors über die sozialistische Zeit und den Zeitraum seit der politischen Wende sind vergleichsweise knapp geraten. Ausnahmsweise hätte man sich hier als Leser eine weitergehende Beschäftigung – auch unter Berücksichtigung zusätzlicher Literatur – gewünscht.

Der dritte Aufsatz (2005) behandelt die Merkmale des Zeitverständnisses und des Zeitgefühls, die für viele Menschen auf dem Balkan charakteristisch seien. Damit macht der Autor auf ein bisher allgemein vernachlässigtes Thema aufmerksam, das insofern wichtige Erkenntnisse liefert, als aus dem Studium des Umgangs der Bevölkerung mit der Zeit viel über die gesellschaftliche Situation gelernt werden kann. Auch in diesem Beitrag ist das Vorgehen des Autors von einer klaren Systematik bestimmt: Er behandelt zunächst die Determinanten der Zeitvorstellungen und der Umgangsformen der Menschen mit der Zeit auf grundsätzliche Weise. Danach geht er auf die Veränderungen dieser Vorstellungen und Umgangsformen seit dem 18. Jahrhundert ein. Unter den Bedingungen der Transformations- und Modernisierungsprozesse zeige sich heute in Südosteuropa ein disparates und widersprüchliches Bild, das durch Spannungen zwischen Tradition und Moderne gekennzeichnet sei. Demnach würden also gleichsam verschiedene Zeiten gleichzeitig existieren. Dieser Befund spricht für die komplizierte Umbruchsituation, zu deren Verständnis der Autor einen sehr spannenden Beitrag leistet, der zu weiteren Arbeiten über diese Thematik auch in ganz anderen räumlichen Kontexten anregt.

Das Banat und die Banater Schwaben

Im ersten Aufsatz des zweiten Teils des Buches (2004) wird das Banat als ein Raum vorgestellt, in dem sich verschiedene kulturelle Einflüsse überschneiden und überlagern. Die kulturelle Interferenzialität des Banats sei insbesondere seiner Lage im Überlappungsbereich verschiedener Kulturkreise geschuldet, d.h. des östlichen und westlichen Christentums sowie – historisch gesehen – des Islams im Osmanischen Reich. Darüber hinaus werde das Banat seit dem 18. Jahrhundert durch zahlreiche Zuwanderungsgruppen unterschiedlicher regionaler und ethnischer Provenienz geprägt: durch Deutsche, Rumänen, Ungarn, Serben, Kroaten, Tschechen und andere Gruppen. Der Autor erarbeitet zunächst in bewährter Weise ein klares begriffliches Instrumentarium, das für die Analyse von

Regionalkultur eingesetzt werden kann. Zentral ist dabei die Aussage des Autors, dass Regionalkultur nur als heterogenes und vielschichtiges Phänomen begriffen werden könne. Dies wird am Beispiel des Banats erörtert. Trotz der politisch-administrativen Aufteilung auf verschiedene Staaten habe das Banat eine spezifische, unverwechselbare Regionalkultur entwickelt. Diese dürfe nicht reduziert werden auf lokale Folklore und auch nicht auf verschiedene kulturelle Elemente und Einflüsse, die hier aufeinander treffen, nebeneinander existieren und kulturelle Spannungen erzeugen können. Wegen der eigenständigen Kultur des Banats seien es keine Zufälle, dass der Aufstand gegen das national-kommunistisch rumänische Ceau°escu-Regime in Temeswar (Timi°oara) sowie gegen die nationalistische, serbische Milošević-Herrschaft in der Voivodina und im serbischen Teil des Banats stattfanden. Trotz der gut nachvollziehbaren Darstellungen des Autors wäre der Leser zusätzlich dankbar, wenn der Autor anhand einiger konkreter Beispiele das „Ineinanderfließen“ und „Ineinanderübergehen“ (S. 65) der verschiedenen regional-kulturellen Elemente deutlicher als geschehen veranschaulicht hätte. Insgesamt gibt der Aufsatz jedoch sehr hilfreiche Orientierungen bei Untersuchungen verschiedener kultureller Interferenzräume.

Im zweiten Beitrag des zweiten Teils (2007) diskutiert der Autor die Identität und die Ethnizität der Banater Schwaben innerhalb ihrer multikulturellen Region. Dieser Beitrag zählt zu den Höhepunkten des Buches. Zunächst beschäftigt sich der Autor mit dem Begriff der kulturellen Identität. Dabei geht er auf die Wissensbestände und Wertvorstellungen sowie die affektiven Bindungen einer ethnischen Gruppe ein, auf ihr ethnisches Selbstverständnis. Am Beispiel des Banats werden überzeugend allgemeine Reflexionen über das Verhältnis von Demokratie und Multikulturalität entwickelt, die auch für das Verständnis der Situationen in anderen Zuwanderungsräumen genutzt werden können, wie z.B. in Deutschland. Nach Sterblich brauchen funktional integrierte demokratische Gesellschaften für ihren Fortbestand akzeptierte gemeinsame Wertfragen. Multikulturell verfasste demokratische Gesellschaften mit unterschiedlichen Werteorientierungen seien auf Dauer nicht lebensfähig, da sie durch fundamentalistische und autoritäre Tendenzen bedroht würden. Eine gemeinsame kulturelle Identität sei erforderlich. Diese könne sich auch wandeln, ein Sachverhalt, der vom Autor dadurch thematisiert wird, dass er die kulturelle Identität im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne behandelt. Was die Banater Schwaben betrifft, kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass es trotz aller Entwicklungen und Probleme in der Zeit des Sozialismus nicht zu einer rumänisch-sozialistischen Überformung oder Umformung ihrer kulturellen Identität gekommen sei. Jedem, der sich für die Geschichte der Rumäniendeutschen im allgemeinen und der Banater Schwaben im Besonderen interessiert, bringt die Lektüre gerade dieses Aufsatzes viele Einsichten. Aber die Erkenntnisse können auch auf das Verständnis anderer Minderheitengruppen in anderen räumlichen und sozioökonomischen Kontexten angewendet werden.

Der dritte Aufsatz (2008) widmet sich der kollektiven Erinnerung, dem kulturellen Gedächtnis der Banater Schwaben. Die Ausführungen hierzu sind teilweise stark geprägt

durch die persönliche Lebensgeschichte des Autors, der aus dem Banat stammt, wenn er beispielsweise über das Bild des Türkenbezwinners Prinz Eugen berichtet, das in den Familien der Banater Schwaben vorherrscht. Er analysiert die Rolle von Ursprungsmythen und historischen Mythen in der kollektiven Erinnerung. Auch dieser Beitrag ist einmal mehr durch gründliches Vorgehen gekennzeichnet. So berichtet der Autor über die Mythenforschung, nach deren Erkenntnissen es zwar keine objektive Geschichtsschreibung gebe, aber wissenschaftliche Standards zu beachten seien. Geschehe dies, dann könnten die sozialen Funktionen der Mythen eingeschätzt werden, nämlich die kollektive Identitätsvergewisserung durch Bezüge auf die Geschichte und die Vorspiegelung wissenschaftlich nachgewiesener Wahrheiten. Gerade Politiker und Intellektuelle auf dem Balkan würden oft Mythen für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Im vierten Aufsatz (2010) untersucht der Autor am Beispiel des Banats das Spannungsverhältnis zwischen kommunistischem Herrschaftssystem und Lebenswelten in der sozialistischen Zeit. Unter Lebenswelten werden im Allgemeinen die alltäglichen Routinen verstanden (mit Bezug auf Max Weber und andere; Geographen können sich dabei an den Begriff ‚alltägliche Regionalisierungen‘ von Benno Werlen erinnern). Die soziale Lage ethnischer Minderheiten wird in diesem Zusammenhang von Sterblich besonders berücksichtigt. Wie in den anderen Beiträgen des Buches werden auch in diesem Beitrag zunächst theoretische Ansatzpunkte für die Behandlung des Themas erarbeitet, dieses Mal aber besonders ausführlich. Der Autor reflektiert über die Leistungsfähigkeit der Totalitarismustheorie und der Systemtheorie. Im Ergebnis seiner Untersuchung präferiert der Autor die Denkfigur der partiellen Modernisierung, die moderne und traditionelle Elemente miteinander verbindet. Diesen Sachverhalt weist er sowohl in den alltäglichen sozialen Wertvorstellungen als auch in den sozialstrukturellen Gegebenheiten nach. Eine besonders wichtige Rolle bei der Wahrung der kollektiven Identität der Banater Schwaben hätten trotz des autoritären Sozialismus die kirchlichen Feiertage gespielt. Diese Bedeutung hätten sie auch heute noch im Auswanderungskontext.

Das Wirken der politischen Staatspolizei und ihre Hinterlassenschaften in den ehemaligen sozialistischen Staaten Europas sind bisher nur wenig wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Der Autor zeigt im fünften Beitrag des zweiten Teils des Buches (2010) am Beispiel der Deutschen in Rumänien in vorbildhafter Weise, wie an dieses Thema herangegangen werden kann und welche Fragen dabei verfolgt werden können. Sehr lebendig und geradezu spannend ist dieser Aufsatz geschrieben, nicht zuletzt wegen der persönlichen Betroffenheit des Autors als Zielperson der Securitate (der rumänischen Staatssicherheitspolizei). So geht der Autor auch auf die Struktur und den Charakter der Securitate-Akten ein. Ein besonderes Anliegen ist ihm, die durch die Securitate-Verfolgung verursachten Traumatisierungen der Opfer zu erörtern und dabei auch die Reaktionen der enttarnten oder vermutlichen Kollaborateure der Securitate sowie der Öffentlichkeit einzubeziehen., die im Sinne der Viktimologie wie eine „zweite Bestrafung“ bewirken können

Migrationsprozesse und soziale Folgen

Der erste Aufsatz des dritten Teils des Buches (2009) beschäftigt sich mit Beispielen von Zwangsmigrationen in Südosteuropa, die im Laufe der letzten drei Jahrhunderte erfolgten und große wirtschaftliche und soziale Auswirkungen einschließlich Folgen für die kollektive Identität hatten. Der Autor beginnt mit den Abwanderungen der Nachkommen der sephardischen Juden im 18. Jahrhundert aus Südosteuropa, die – vertrieben von der iberischen Halbinsel und aus Sizilien – zu Ende des 15. Jahrhunderts im östlichen Mittelmeerraum und auf dem Balkan zugewandert waren. Die weiteren Beispiele betreffen die Wanderungen von Aromunen, Südslawen, Donauschwaben, Emigranten nach Amerika, Türken, Ungarn, Griechen, Juden vor und während des Zweiten Weltkriegs, Deutschen sowie Muslimen und anderen Gruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die wesentlichen Ursachen dieser vielfältigen und komplizierten Vorgänge und Formen von Zwangsmigrationen, die vom Autor übersichtlich zusammengestellt werden, waren imperiale Herrschaftsexpansionen, Kriege und Bürgerkriege, Armut sowie nationalkulturelle Homogenisierungen und interethnische Konflikte.

Der zweite Aufsatz (2006) befasst sich mit Migrationen, die durch die folgenden Prozesse ausgelöst wurden: 1. durch die zunehmende Vergrößerung der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten zwischen dem sich modernisierenden Westeuropa und dem zurückbleibenden Südosteuropa, die gleichsam als Faktoren struktureller Gewalt (im Sinne von Johan Galtung) Ost-West- bzw. Süd-Nord-Wanderungen bewirkten, 2. durch die damit einhergehende Verschärfung der sozialen und räumlichen Disparitäten innerhalb der südosteuropäischen Länder, die zu Binnenmigrationen führten, d. h. vor allem zu Wanderungen aus den ländlichen und peripheren Gebieten in die großstädtischen Zentren. Als Beispiele betrachtet der Autor Albanien, Bulgarien und Rumänien, und zwar insbesondere unter dem Aspekt der Auswirkungen und Folgeprobleme. Um diese zu verstehen, sei es notwendig, Sozialstrukturanalysen nicht nur auf der Ebene von Nationalstaaten oder von Vergleichen verschiedener Staaten, sondern auch auf den gesamten europäischen Sozial- und Migrationsraum bezogen durchzuführen, damit die nationalen und transnationalen sozialen Ungleichheiten angemessen verstanden werden können.

Der letzte Beitrag (2009) behandelt Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Anerkennung, und zwar unter der Frage, wie diese in der Gegenwartsgesellschaft verändert werden und welche Identitätsprobleme sich für die Menschen daraus ergeben. Diese Veränderungen begreift der Autor als „Deregulierungen“, die er als „Gestaltungswandel von Vergesellschaftungsformen“ bezeichnet. Als wichtigste theoretische Bezugsbasis für diesen Beitrag verwendet der Autor den Aufsatz von Heinrich Popitz über Autoritätsbedürfnisse (Popitz, H. 1987: Autoritätsbedürfnisse. Der Wandel der sozialen Subjektivität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39. Jg. S. 633-647). Er greift aber auch auf eigene Forschungen zu diesem Thema zurück. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Grunderkenntnis, dass alle sozialen Beziehungen zumindest ein Minimum wechselseitiger

Anerkennung voraussetzen. Die Bedürfnisse nach Anerkennung oder Autorität können aber ganz unterschiedliche Formen annehmen, die der Autor im weiteren Verlauf seines Beitrags betrachtet und hinsichtlich ihrer Bedeutung diskutiert. Mit den zunehmenden Modernisierungen würden auch die sozialen Anerkennungsbedürfnisse komplizierter und variabler, d. h., die Menschen müssten sich immer mehr mit diesen Bedürfnissen und mit den Bestimmungsfaktoren ihrer Identitäten auseinandersetzen. Identitätskrisen nähmen zu, vor allem unter den Migranten, deren besonderes Problem darin bestehe, dass sie von zwei oder mehr Lebenswelten geprägt seien. Diese Sachverhalte werden vom Autor in einem sehr dicht geschriebenen Text dargestellt, der den lernbegierigen Leser zu einer besonders genauen Lektüre herausfordert.

Der reiche Gehalt des Sammelbandes erschließt sich dem Leser nicht durch ein „Überfliegen“, sondern nur durch intensive Auseinandersetzung. Die sprachliche Darstellung wirkt zuweilen leider etwas sperrig. Der Autor setzt manchmal die Kenntnis auch selten verwendeter sozialwissenschaftlicher Fachbegriffe voraus. Hier wären kurze Erläuterungen hilfreich gewesen, z. B. zur Theorie des Protochronismus. Aber die Darstellungen sind andererseits an zahlreichen Stellen auch sehr beeindruckend und lebendig, vor allem dann, wenn der Autor nicht distanziert, sondern als persönlich Betroffener die Sachverhalte analysiert. Jedenfalls ist die Lektüre dieses Sammelbandes jedem zu empfehlen, der sich mit der behandelten Thematik befasst, und zwar auch dann, wenn sein Interesse für die Region Südosteuropa nachrangig ist. Denn die systematische, theoriegeleitete Vorgehensweise des Autors und die Erkenntnisse der Beiträge können auch bei der Beschäftigung mit ähnlichen Themen in anderen Regionen genutzt werden.